

**Heft 117 enthält u.a. folgende Beiträge:**

- Kirsten Aner :** Kritische Gerontologie und Soziale Altenarbeit im aktivierenden Staat
- Silke van Dyk:** Vom Schattendasein zum Bodenschatz? Zur aktivgesellschaftlichen Entdeckung des Post-Erwerbslebens
- Monika Alisch und Michael May:** Zwischen Eigensinn und Sozialstaatlichkeit: Stützung von Selbsthilfe und Selbstorganisation älterer Migrant(inn)en
- Ines Himmelsbach und Frank Oswald:** Wohnen und Lebensqualität im Alter
- Birgit Kasper:** Gemeinschaftliches Wohnen – weit mehr als die Optimierung individueller Wohnvorstellungen älterer Menschen
- Christian Schütte-Bäumner:** Alter(n) in Bewegung. Zum Verhältnis von Geschlechtsidentität und Lebensalter am Beispiel alternativer Wohnprojekte der Queer Community
- Ulrike Knobloch:** Prozesse der Verlagerung sozialer Dienstleistungen zwischen Markt, Staat, Non-Profit-Sektor und privaten Haushalten

EAN 978-3937461687



9 783937 461687



„Eigensinnige Alte!“ Älter werden in Zeiten wohlfahrtsstaatlicher Verknappungspolitiken

117  
Widersprüche



Kleine Verlag



# „Eigensinnige Alte!“ Älter werden in Zeiten wohlfahrtsstaatlicher Verknappungspolitiken

# WIDERSPRÜCHE



# Widersprüche

## Herausgegeben vom Sozialistischen Büro

**Redaktion:** Manfred Kappeler, Friedel Schütte (Berlin); Christof Beckmann, Holger Ziegler (Bielefeld); Henning Schmidt-Semisch (Bremen); Uwe Hirschfeld (Dresden); Fabian Kessl (Essen); Karl August Chassé, Helga Cremer-Schäfer, Kirsten Huckenbeck (Frankfurt); Frank Düchting, Timm Kunstreich, Michael Lindenberg, Tilman Lutz, Barbara Rose, Wolfgang Völker, Heiner Zillmer (Hamburg); Dietlinde Gipser (Hannover); Thomas Wagner (Ludwigshafen); Joachim Weber (Mannheim); Maria Bitzan, Eberhard Bolay (Reutlingen); Günter Pabst (Schwalbach/Ts.); Michael May (Wiesbaden); Gertrud Oelerich, Andreas Schaarschuch, Heinz Sünker (Wuppertal).

**Redaktionsadresse:** Sozialistisches Büro, WIDERSPRÜCHE, Holger Adam, Niddastraße 64, 60329 Frankfurt a.M.,  
Tel.: (0 69) 67 99 84, e-mail: [widersprueche@gmx.de](mailto:widersprueche@gmx.de)

**Verlag:** USP Publishing / Kleine Verlag, Leopoldstrasse 191, 80804 München, Deutschland  
Tel.: +49 89 724 06 - 839 Fax: +49 89 724 06 - 842,  
e-mail: [KV@Kleine-Verlag.de](mailto:KV@Kleine-Verlag.de),  
Webseite: <http://www.usp-publishing.com> und  
<http://www.kleine-verlag.de>  
Extra Webseite *Widersprüche*:  
<http://www.widersprueche-zeitschrift.de>

**Bezugsbedingungen:** Die Zeitschrift *Widersprüche* erscheint viermal jährlich. Die *Widersprüche* können als Einzelhefte oder im Abonnement bezogen werden. Bestellungen über den Buchhandel oder direkt an den Verlag. Jahresabonnement € 39,00, SFr 67,10; StudentInnenabonnement (Studienbescheinigung beilegen) € 25,90, SFr 44,80; Einzelhefte € 14,00, SFr 24,20, jeweils zuzügl. Zustellgebühren. Abbestellungen müssen spätestens acht Wochen vor Ablauf des Jahresabonnements erfolgen, andernfalls verlängert sich das Abonnement jeweils um ein Jahr.

## **Anzeigenannahme, Verwaltung, Herstellung und Auslieferung:**

USP Publishing Kleine Verlag, Leopoldstrasse 191  
80804 München, Deutschland

© **Kleine Verlag GmbH:** Die in der Zeitschrift veröffentlichten Beiträge sind urheberrechtlich geschützt. Alle Rechte vorbehalten. Nachdruck, auch auszugsweise, nur mit schriftlicher Genehmigung des Verlags. Auch jede weitere Verwertung außerhalb der engen Grenzen des Urheberrechtsgesetzes ist ohne Zustimmung des Verlages unzulässig. Dies gilt insbesondere für Vervielfältigungen, Übersetzungen, Mikroverfilmungen und die Einspeicherung und Verarbeitung in elektronischen Systemen. Von einzelnen Beiträgen oder Teilen von ihnen dürfen nur einzelne Kopien für den persönlichen und sonstigen eigenen Gebrauch hergestellt werden. Namentlich gekennzeichnete Beiträge geben nicht in jedem Fall die Meinung der Redaktion wieder. Manuskripte zur Veröffentlichung nimmt die Redaktion gerne entgegen. Für unverlangt eingesandtes Material wird keine Gewähr übernommen.

## **Bibliografische Information Der Deutschen Nationalbibliothek**

Die Deutsche Nationalbibliothek verzeichnet diese Publikation in der Deutschen Nationalbibliografie; detaillierte bibliografische Daten sind im Internet über <http://dnb.d-nb.de> abrufbar.

# Widersprüche

***Gesellschaft als „Diskurs der Wünsche“ meint das Verfertigen  
des Sozialen im Prozess des sozialen Diskurses,  
nicht Unterwerfung unter vorgefertigte Normierungen.***

Niko Diemer (1952-1992)

## ***Wir über uns***

1981/82 gründeten Mitglieder der Arbeitsfelder Gesundheit, Sozialarbeit und Schule des Sozialistischen Büros die Zeitschrift „Widersprüche“. In dieser Zeit des grünen Aufbruchs und der radikalisierten konservativen Wende versuchten wir eine erste Standortbestimmung als Redaktionskollektiv: „Verteidigen, kritisieren, überwinden zugleich“.

Unter dieser Programmatik wollten wir als Opposition dazu beitragen, die materiellen Errungenschaften des Bildungs- und Sozialbereichs zu verteidigen, dessen hegemoniale Funktion zu kritisieren und Konzepte zu ihrer Überwindung zu konkretisieren. Zur Überzeugung gelangt, daß eine alternative Sozialpolitik weder politisch noch theoretisch ausreichend für eine sozialistische Perspektive im Bildungs- und Sozialbereich ist, formulierten wir unseren ersten Versuch einer Alternative zur Sozialpolitik als Überlegungen zu einer „Politik des Sozialen“.

An der Präzisierung dieses Begriffes, an seiner theoretischen und politischen Vertiefung arbeiteten wir, als die Frage nach der „Zukunft des Sozialismus nach dem Verschwinden des realen“ 1989 auf die Tagesordnung gesetzt wurde. Das Kenntlichmachen der „sozialen Marktwirtschaft“ als modernisiertem Kapitalismus im Westen und Kapitalismus „pur“ im Osten erleichtert uns zwar die Analyse, gibt aber immer noch keine Antwort auf die Frage nach den Subjekten und Akteuren einer Politik des Sozialen, nach Kooperation und Assoziationen, in denen „die Bedingung der Freiheit des einzelnen die Bedingungen der Freiheit aller ist“ (Kommunistisches Manifest). Wer in diesem Diskurs der Redaktion mitstreiten will, ist herzlich eingeladen.

# Widersprüche

32. Jahrgang, September 2010

*Knochenbrüche  
Z'ammenbrüche  
Bibelsprüche  
Lehrerflüche  
Mutters Küche  
sind 'ne Menge  
Widersprüche  
(Volksmund)*

## Inhalt

**Zu diesem Heft** ..... 3

### Schwerpunktthema

**„Eigensinnige Alte!?“ Älterwerden in Zeiten wohlfahrtsstaatlicher  
Verknappungspolitiken**

*Kirsten Aner*

Kritische Gerontologie und Soziale Altenarbeit im aktivierenden Staat ..... 17

*Silke van Dyk*

Vom Schattendasein zum Bodenschatz? Zur aktivgesellschaftlichen  
Entdeckung des Post-Erwerbslebens ..... 33

*Monika Alisch und Michael May*

Zwischen Eigensinn und Sozialstaatlichkeit: Stützung von Selbsthilfe  
und Selbstorganisation älterer Migrant(inn)en ..... 49

*Ines Himmelsbach und Frank Oswald*

Wohnen und Lebensqualität im Alter ..... 83

*Birgit Kasper*

Gemeinschaftliches Wohnen – weit mehr als die Optimierung individueller Wohnvorstellungen älterer Menschen ..... 103

*Christian Schütte-Bäumner*

Alter(n) in Bewegung. Zum Verhältnis von Geschlechtsidentität und Lebensalter am Beispiel alternativer Wohnprojekte der Queer Community..... 119

## Forum

*Ulrike Knobloch*

Prozesse der Verlagerung sozialer Dienstleistungen zwischen Markt, Staat, Non-Profit-Sektor und privaten Haushalten ..... 147

## Magazin

### Rezensionen

*Michael Wolf über Thomas von Freyberg: Tantalos und Sisyphos in der Schule. Zur strukturellen Verantwortung der Pädagogik.*

Frankfurt/M. 2009 ..... 165

*Ulrich van der Heyden über Susanne Timm: Parteiliche Bildungszusammenarbeit. Das Kinderheim Bellin für namibische Flüchtlings-*

kinder in der DDR. Münster/New York/München/Berlin 2007 ..... 168

*Nils Rosendal Jensen über Sven Steinacker: Der Staat als Erzieher.*

Jugendpolitik und Fürsorge im Rheinland vom Kaiserreich bis zum

Ende des Nazismus. Stuttgart 2007 ..... 170

**Zeitschriftenschau** ..... 174

---

### Bildnachweise

Titelfoto sowie Fotos im Innenteil: © Walburga Freitag, Bielefeld

---

## Zu diesem Heft

---

### Altersbilder in der Gesellschaft

Alter(n) gehört zu den bisher noch wenig berücksichtigten sozialwissenschaftlichen Kategorien. Das verwundert, wird doch immer häufiger über das Alter(n) geredet. Zumeist verlaufen diese Diskurse über das Älterwerden entlang des gesamtgesellschaftlich diagnostizierten ‚sozialen Problems des demographischen Wandels‘. In überwiegender Mehrzahl starten gerontologische, aber auch populärwissenschaftliche Abhandlungen mit der Problemexposition einer dramatisch zunehmenden Kluft zwischen den Generationen. Steigende Lebenserwartung bei gleichzeitig rasantem Rückgang der Geburtenzahlen manifestiert die Formel der ‚schrumpfenden alternde Bevölkerung‘, die sich unverhältnismäßig einseitig zu Lasten der jüngeren Generation entwickle und daher zur Teilung der Gesellschaft führe.

Im Modus einer ‚Moralpanik‘ sind sich die beteiligten Diskutant\_innen einig: „es ist fünf nach zwölf und wir brauchen dringend neue wohlfahrtsstaatliche Konzepte, um die Herausforderung der vergreisten Gesellschaft zu lösen“; so oder ähnlich könnte die sozialpolitische Auseinandersetzung mit der letzten Lebensphase in ihrer emphatischen Variante kursorisch zusammengefasst werden. Obgleich die wissenschaftliche und sozialpolitische Praxis rund um das Thema Älterwerden in Konkurrenz zu den harten ökonomischen Fragestellungen nach wie vor um gesellschaftliche Anerkennung ringt, nimmt die Rede über innovative gerontologische Modelle und eine als offensichtlich notwendig erachtete Theoriebildung zur Bewältigung der Altersfrage zu. Zugleich wird von den (sozial-)gerontologisch informierten Experten erwartet, dass Sie tragfähige, nachhaltige, wirksame Verfahren zur Lösung des ‚Vergreisungsdilemmas‘ entwickeln und anwendungsbezogen aufbereiten.

Wenn das erhebliche ‚Mehr an Lebenszeit‘ aus dieser Perspektive vor allem dazu führt, dass die Zunahme von Gebrechen, Behinderungen, Krankheiten und Leistungsverlust in den Blick genommen wird, so lässt sich dieser Argumentationsstrang als defizitorientierte *Semantik der Schwäche* und als daraus resultierende *Hilfsbedürftigkeit* bezeichnen. Sozialpolitisch wie gesellschaftstheoretisch bedeutsam erscheint dieses *Bild des abhängigen und bedürftigen Alter(n)s* deshalb, weil im Kontext dieser Repräsentationen der letzten Lebensphase entsprechende Fürsorge-Aktivitäten in Gang gesetzt werden und zwar jenseits der traditionellen Grenzziehung zwischen den unterschiedlichen wissenschaftliche Disziplinen, die sich mit sozialen Dienstleistungen beschäftigen und den entsprechenden Care-

Professionen. Am Beispiel des aktuellen Professionalisierungserfolgs des Palliative Care, aber auch am Beispiel der Anstrengungen, die im Zusammenhang mit dementiellen Erkrankungen unternommen werden, ließe sich diese Entwicklung hin zu einer *Care-Industrie* exemplarisch nachzeichnen. Wohlgleich stellt sich diese Debatte der *Bedürftigkeit* etwas komplizierter dar, als einzig im Modus Anspruch/Leistung oder Krise/Hilfe zu denken. Vor allem ethische Perspektiven des *End-of-life-Care* führen durchaus kritische Überlegungen ins Feld, wie mit einem ‚nicht-mehr-Können‘ angemessen umgegangen werden kann, so dass Bedürfnisse nicht einfach professionell antizipiert werden, sondern die Stimme der Adressat/innen Sozialer (Alten-)Arbeit systematisch in die Konzeption von Versorgungsleistungen einbezogen, oder gar von ihr ausgegangen wird (vgl. Ewers/Schaeffer 2005).

Eine völlig andere und fast gegensätzliche Deutung der Altersfrage liefert die Vorstellung vom aktiven, erfolgreichen Alter(n), das die *Produktivität* und Leistungsfähigkeit älterer Menschen in den Vordergrund stellt. Von der Sachverständigenkommission des fünften Altenberichts im Jahre 2005 als zentrale Thematik aufgegriffen, stehen Kompetenzen statt Defizite im Fokus (vgl. BMFSFJ 2005, Himmelsbach 2009). In den Blick geraten hierbei aber nicht ausschließlich nur körperbezogene Ressourcen, die sich darin widerspiegeln, dass Senioren bis ins (sehr) hohe Alter ‚fit‘ bleiben können, dieses auch selbstverständlich wollen und demzufolge Angebote im Sport-, Wellness- und Freizeitbereich infrastrukturell bereitgestellt werden müssten. Das *Bild des produktiven Alter(n)s* integriert zudem Aspekte der *Engagementbereitschaft* älterer Menschen. Damit ist gleichsam eine Form der ‚Nützlichkeit‘ angesprochen, die nicht nur zum Zwecke gesellschaftlicher Anerkennung und Zugehörigkeit fast identitätsstiftende Züge annehmen kann. Sie wird vor allem auch von den alternden Menschen erwartet und diese wiederum erachten den Umstand der *Erwartung von Produktivität* nun als derart selbstverständlich, dass sie es als Glück und Lebensinhalt beschreiben, Gutes zu tun, ja etwas zurück zu geben an die Gesellschaft, von deren Ressourcen man lange Zeit profitierte. Soweit fällt die Anrufung von Engagement in Gestalt durchaus *ökonomisch einsetzbarer Kompetenz und Leistungsbereitschaft* nicht weiter auf, weil sie gewissermaßen am Rande der Gewährwerdung in das Selbstverständnis der Akteure eingeschrieben ist. Ein Denken und Handeln im Muster marktwirtschaftliche Rationalisierungsprinzipien bereitet die Chiffre des Unternehmertums als Grundlage für die Rekonstruktion gesellschaftspolitischer Krisen und Schieflagen vor. Hinzu kommt eine Logik der expliziten Eigenverantwortung für ‚das eigene Leben‘. Zusammengekommen entsteht dann so etwas wie eine außerordentlich komplexe Subjektivierungsform: ‚*das unternehmerische Selbst*‘ (Bröckling 2007) in nunmehr jeder Lebensalterphase.

Einerseits vermittelt das *Leitbild des produktiven Alterns* die Zusage an den respektvollen Umgang mit Senioren und die Achtung der Würde der letzten Lebensphase. Nicht mehr ausnahmslos im gleichen Atemzug mit Rentenkasse,

Altenpflege, Versorgungslücken der Altenhilfe als ‚altes Eisen‘ verhandelt zu werden, stattdessen im Sinne ‚nützlicher Alte‘, die Kinder betreuen oder sich in Selbsthilfegruppen und Kirchenvereinen engagieren, transformiert den Diskurs auf die Ebene selbstbestimmter Individuen, die sich durch ihren eigenen Beitrag am gesellschaftlichen Sozialprodukt eine legitimierte Existenz sichern. Populistische Diskurse über sozialstaatliche Belastungen durch die Alten und teilweise aber auch strategisch sehr ernst gemeinte Problematisierungen des kostspieligen weil pflegeintensiven Alterns, die insofern immer auch an den Rändern von *Altersdiskriminierung* (*ageism*) entlang Überlegungen für effiziente Interventionskonzepte mit Einsparpotentialen anstellen, wären demgemäß entkräftet (vgl. Bäcker et al. 2010: 356ff.).

Andererseits erscheint der Paradigmenwechsel vom Defizit zur Kompetenz ausgesprochen ambivalent, weil erstens altersbedingte Unzulänglichkeiten hinterrücks positiv diskriminiert werden können (*„ab einem bestimmten Moment ist Inkompetenz/ein Nicht-mehr-Können völlig normal und auch gut so“*<sup>1</sup>) und weil zweitens, dann eher im engeren Sinne aktivierungsprogrammatisch argumentiert, die letzte Kraft der Alten für eine Weiterentwicklung der Gesellschaft herangezogen wird und sich auf diese Weise das Bild der eigenverantwortlichen und selbst schuldhaften Bürger\_in stabilisiert (*„Ich bin für mein Lebensschicksal selbstverantwortlich und muss für Krankheit und Gebrechen entsprechend frühzeitig ausreichend Vorsorge betreiben [Prävention]; andere dürfen nicht aufgrund meiner Unzulänglichkeiten belastet werden“*).

## Konzepte

„Wird also, wie Kritiker vermuten, die Verlagerung der Wohlfahrtsproduktion vom Staat auf gesellschaftliche Gruppen und marktkonforme Institutionen den rechtlich kodifizierten Anspruch bedürftiger Personen auf Hilfe erodieren? [...] droht die Geltung von als verbindlich wahrgenommen sozialen Rechten und Gerechtigkeitsstandards sukzessiv durch Gemeinschaftssolidaritäten und paternalistische Formen von Barmherzigkeit ersetzt zu werden?“ (Kurzke-Maasmeier 2006: 112). Ich zitiere diese Frage nicht, um sie direkt zu beantworten, denn aus ganz unterschiedlichen Perspektiven werden sich die Autor\_innen dieses Schwerpunktheftes diesem Gegenstand auf ihre je spezifische Art und Weise behutsam nähern. Allerdings verstehe ich sie als impliziten Hinweis darauf, den *Übergang von Altersbildern zu Interventionskonzepten*, deren Entwicklung, wie bereits eingangs erwähnt, immer häufiger auch von Fachkräften Sozialer Arbeit gefordert wird, auszubuchstabieren. Um nämlich, so meine These, das Soziale (neu) zu gestalten, was im Jargon der Aktivierung als effektive Lösung des als kaum bewältigbar erscheinenden demographischen Faktors durch mehr Eigenverantwortung und durch (viel) weniger von der „traditionellen wohlfahrtsstaatlichen Strategie der Daseinswattierung“ (Kersting 2000:248)



vorbereitet wird, dient eine populistisch strukturierte Politikform dazu, den offensichtlichen Topos der individuellen Kompetenz und der moralisch situierten *Engagementbereitschaft* rhetorisch zu kaschieren. Dies gelingt vor allem durch eine Politikform, die den *Controltalk* beherrscht und präzise einsetzt. Neoliberal konnotierter Sozialstaats-Reformen erscheinen mithin als gar nicht mehr so kaltherzig und herrschaftlich (vgl. Cremer-Schäfer 2007). Ähnlich wie Orwells „New Speak“ werde ein Vokabular, das eigentlich eine Form der Normierung und insofern auch der Kontrolle zum Ausdruck bringen soll, solchermaßen euphemistisch eingesetzt, dass das eigentliche Ziel, zum Beispiel die Disziplinierung von Bürger\_innen, vor allem wenn sie als Adressat\_innen Sozialer Arbeit in Erscheinung treten, zugunsten des Eindruck von Beteiligung an Entscheidungsprozessen, in den Hintergrund trete. Im Vokabular der *Potenzialität des Alter(n)s* ist jener Euphemismus bereits angelegt und es erhärtet sich der Verdacht, dass die Rede vom erfolgreichen Alter zuallererst ökonomistisch und schließlich sogar *utilitaristisch* motiviert ist. Im vorletzten Altenbericht der Sachverständigenkommission aus dem Jahr 2005 wird gar explizit auf die „Potenziale des Alters in Wirtschaft und Gesellschaft“ (Altenbericht 2005) abgehoben. Im gerontologischen Feld kommt diese Nachricht als Reaktion auf die Altersdiskriminierung an und wird gleichsam zur Betonung individueller Fähigkeiten älterer Menschen eingesetzt. Es gehe im Potenzialitätsansatz darum, das, was geht und möglich ist zu betonen und das negative Altersbild der bedürftigen, kostspieligen und daher belastenden Alten zu überwinden. In der Folge führt eine individualisierte Perspektive auf Fähigkeiten zur „Hochkonjunktur des Produktivitätsdiskurses“ (Naegele 2006), die in der programmatischen Ankündigung einer „neuen Kultur des Helfens“ (ebd.) gipfelt. Grundsätzlich müsse das Verhältnis von „Engagement und Teilhabe älterer Menschen“ (BMFSFJ 2005: 337) zwischen Geben und Nehmen ausgewogen gelebt werden.

Am Beispiel der ambulanten Hospizarbeit wird im Bericht weiter vorgeführt, wie wichtig und vergleichsweise simpel umsetzbar, sich die (Re-)aktivierung noch kaum oder zumindest noch zu wenig berücksichtigter Unterstützungsaktivitäten darstellt. Bemerkenswert an dieser Entwicklung ist die Parallele zur Expansion des professionellen Palliative Care. Meines Erachtens offenbaren sich im Umgang mit Sterben, Tod und Trauer ‚gesellschaftliche Zustände‘ wie in einem Spiegelbild. Wie in einem Brennglas treten Konflikte und Herausforderungen der Wohlfahrtsproduktion zu Tage: insofern erhöhen Lebenssituationen wie hohes Alter, chronische Erkrankungen, pflegeintensive Versorgungsbedarfe und ethisch problematische Fragestellungen den Druck auf das Gemeinwesen, angemessene und tragfähige Interventionskonzepte zu entwickeln.

In einer Melange aus Aktivitäten der Hospiz- und AIDS-Hilfe-Bewegung, als im wesentlichen ehrenamtlich strukturierte Engagementbereitschaft, aus professionellen Konzepten des *End-of-Life-Care* sowie der Sozialen Arbeit mit älteren Menschen startet ein *Wettbewerb* um nachhaltige und ‚zukunftsweisende Fürsorge-Programme‘. Modelle alternativer, mehr oder weniger gemeinschaftlicher,

Wohnformen im Alter gehören genauso dazu wie Konzepte für Adressatengruppen Sozialer Arbeit deren Bedürfnislagen häufig als besonders spezifisch gedeutet werden. Allerdings funktioniert diese Praxis nicht einzig im Modus der Exzellenz. Am Beispiel sozialraumbezogener Projekte, die sich mit der Lebenswelt älterer Migrant\_innen oder schwul-lesbisch konnotierten Identitäts- und Lebensentwürfen (vgl. die Beiträge von May und Schütte-Bäumler in diesem Heft) auseinandersetzen wird deutlich, dass die sozialpolitischen und professionellen Interessen im Umgang mit schwierigen Situationen, in die Menschen geraten können, häufig sehr schwer auseinander zu halten und noch viel schwerer vom *Eigensinn* jedes Individuums zu unterscheiden sind.

Autonom das eigene Leben in den Griff zu bekommen beschreibt eine Perspektive, die den *Eigensinn der Akteure* betont. Programmatisch wird dieser Ansatz von der Sozialen Arbeit (und sicherlich auch anderen Care-Professionen) aufgegriffen. Einerseits formuliert eine kritische Soziale Arbeit, dass zuallererst vom *Eigensinn* derjenigen, die einen Hilfebedarf artikulieren und ggf. zugleich Unterstützungsszenarien einbringen, ausgegangen werden müsse. Nur so könne ein „Ausweg aus der Pädagogisierung und Individualisierung sozialer Probleme“ (Rathgeb 2008: 370) entwickelt werden. Andererseits beziehen sich auch sozialstaatliche Planungen auf die Idee der Inklusion, so dass der Herrschaftscharakter wissenschaftlicher, professioneller und politischer ‚Konstruktionen von Hilfe‘ ausgesprochen komplex daherkommt. Eine kritische Reflexion von Machtverhältnissen im Wohlfahrtsstaat erscheint mir aus diesem Grund erstens ausgesprochen notwendig zu sein und zweitens unter den Vorzeichen eng miteinander verwobener Deutungsmuster (zum Beispiel eben in Bezug auf das ‚bedürftige‘ und ‚produktive‘ Alter) methodologisch nur in ähnlich komplexen Arrangements umsetzbar. Die Proklamation *partizipativ arrangierter sozialer Hilfen* funktioniert in diesem Zusammenhang als Scharnier zwischen Versorgungsbedarf, individuellen Ressourcen als produktivem Einsatz sowie dem Postulat der Selbstbestimmung.

Partizipation erscheint mir eine zwar durchaus erforderlich, trotzdem aber nicht ganz unproblematische Formel im sozial-gerontologischen Feld zu sein. Keineswegs geht es mir mit meiner Skepsis darum, die Autonomie von Akteuren in Frage zu stellen: Im Gegenteil denke ich, dass die Arbeit an sozial gerechten und ausgewogenen Strukturen für ein Alter(n) in Würde am Selbstbestimmungsrecht jedes Einzelnen ansetzen muss. Allerdings birgt das, durch Forderungen nach mehr bürgerschaftlichem Engagement, prolongierte Gebot für eine extensive Partizipation die Gefahr, soziale Ausschließung zu verstärken anstatt sie zu verhindern oder zumindest zu verringern. Chantal Munsch (2005) interpretiert diese Ambivalenz als „*Effektivitätsfalle*“. Darunter versteht sie eine Verwässerung des Prinzips Bürgerbeteiligung. Wenn sich beispielsweise Ergebnisorientierung als entscheidendes Gütekriterium erfolgreicher Bürgerforen durchsetzt und kaum mehr Raum zur Diskussion gesellschaftsstruktureller Bedingungen für

mehr Teilnahme und Teilhabe zur Verfügung gestellt wird, so gerät der häufig kommunalpolitisch organisierte Aufruf für mehr Bürgerbeteiligung schlechterdings zur Farce; insbesondere auch dann wenn solcherart politische Reflexionen als rein mittelschichtsgeprägte Foren konzipiert werden.

## Eigensinn und Lebenswelt der Akteure

Konzepte der (anwendungsbezogenen) Human- und Sozialwissenschaften, die antreten, die Zukunft des Älterwerdens (neu) zu gestalten, stehen vor der Aufgabe, Partizipation nicht einzig als ‚mach-mit‘-Veranstaltung rein marktförmig auszubuchstabieren, sondern Wege zu finden, jenseits einer ‚totale(n) Mobilmachung‘ (Bröckling 2000) vermeintlich übersehener Kräfte, die Lebenswelten derer zunächst einmal zu *verstehen*, bevor über die Köpfe der Leute hinweg mit vermuteten oder statistisch interpretierten Bedürfnislagen ans Werk gegangen wird. Eine solche lebensweltorientierte Vorgehensweise ist sicherlich nicht neu.

Hans Thiersch hat den Begriff der *Lebenswelt* als *den* zentralen Topos für eine theoretische Grundlegung der Sozialpädagogik ausgearbeitet. Ihm ging es kursorisch gefasst darum, einen Rahmen und eine Grundorientierung sozialpädagogischer Praxis zur Verfügung zu stellen, um auf diese Weise „die Frage nach den Bestimmungsmerkmalen heutiger Lebensverhältnisse mit der nach den Konstruktionsprinzipien einer zeitgemäßen Sozialen Arbeit“ (Grunwald/Thiersch 2005: 1136) zu verknüpfen. Vergewenigt man sich aber die breite Rezeption des Lebensweltansatzes einerseits und seine qualitative Nivellierung andererseits, so lohnt sich eine Relektüre unter Vorzeichen, die den *Eigensinn der Akteure* berücksichtigt. Neben der Frage, ob und welche sozialinfrastrukturellen Ressourcen in angemessener Weise zur Verfügung stehen, um den Alltag zu bewältigen, spielt der Eigensinn für den Lebensweltansatz in der Sozialen Arbeit, vor allem durch die Adressat/innenorientierung programmatisch in das Curriculum eingeschrieben, eine herausragende Rolle. „Lebenswelt wird als Gegenwelt zu gesellschaftlichen Enteignungsprozessen gesehen, als Ort eigensinniger und zu respektierender Lebensarrangements, als Ort einer notwendigen Destruktion pseudokonkreter Bewältigungsmuster und als Ort von Autonomie und Selbstgestaltung des Alltags“ (ebd.: 1138f.).

Zugleich ist damit eine Forschungsmethode der differenzsensiblen Erkundung in Anschlag gebracht, mit deren Einsatz die „Doxa des sozialgerontologischen Feldes“ (Schroeter 2004) selbstreflexiv in den Blick genommen werden kann. Nach den feldspezifischen Routinen und Gesetzmäßigkeiten zu fragen steht ausdrücklich in der Tradition der Lebensweltorientierung, nur kommt es allzu oft vor, dass im Rahmen lebensweltorientierter Sozialer Arbeit, aus meiner Sicht auch diejenige, die sich mit den Belangen älterer Menschen befasst, ihr kritisches und multiperspektivisches Potential unterschlagen wird, um stattdessen die Ökonomie der Lebensverhältnisse und das damit zusammenhängende Paradigma der

Wirkungsorientierung in den Vordergrund sozialer Praxis zu stellen. Im Zuge einer demzufolge *notwendigen Ethnographisierung des professionelle Blicks* auch für den Bereich älterer und alternder Menschen wird klar, warum die Rekonstruktion, die Analyse sozialer Praktiken, die Intervention und schließlich die Evaluation der Fälle Sozialer Arbeit zwar keine wirklich neue Perspektive referiert, deren Weiterentwicklung aber dennoch ein Desiderat darstellt, um der Forderung nach stärker partizipativ strukturierten Methoden im Umgang mit hilfsbedürftigen Akteuren sowohl im sozialpädagogischen Alltag, wie auch in Forschungsprojekten gerecht zu werden. Phänomenoffene ethnographische Forschung vermeidet die Fokussierung einer ‚Zooforschung‘, die sich von außen an die Objekte ihres Erkenntnisinteresse nähert und auf diese Weise lediglich absentiert und top down Fragen formulieren kann. „Die ethnographische Sichtweise [hingegen] nimmt ungewöhnliche Aufmerksamkeitsspannweiten, -breiten und -tiefen ein; sie ist deshalb in der Lage, ungewußte Problemkonstellationen, Routinepraktiken und heteronome Systembedingungen zu erfassen“ (Schütze 1994: 190).

## Alter(n) in Zeiten wohlfahrtsstaatlicher Verknappungspolitiken

Nach der Wirkmächtigkeit von Altersbildern zu fragen und den Bedeutungen von daran anschließenden Care-Konzepten auf die Spur zu kommen, stellt die Figur von ‚eigensinnigen Alten‘ in den Kontext wohlfahrtsstaatlicher Verknappungspolitiken. Einmal, so scheint es, stellen sie sich widerständig gegen eine privatisierte Selbstpflege und Kommodifizierung von gesellschaftlichem Engagement, um aber ein anderes Mal dem Ruf gutes zu tun blindlings zu folgen, ohne die hegemoniale Situierung des eigenen Tuns zu reflektieren. Aus meiner Sicht kann es in der Diskussion um ‚mehr Würde im Alter‘ nicht darum gehen, den Schlüssel für eine moderne und erfolgreiche Sozialgerontologie zu finden, so als können man fortan die guten von den schlechten Konzeptualisierungen eindeutig und klar unterscheiden. Um der Selbstverständlichkeit, mit der vielfach Überzeugungen im sozialgerontologischen Feld vorgetragen werden, nicht allzu schnell auf den Leim zu gehen, empfiehlt es sich, den „praktischen Glauben“ durch *Nachfragen* zu irritieren, also die vermeintliche Richtigkeit von Diskursen nicht einfach zur Voraussetzung von Argumentationen zu nehmen, denn: „Dieser Glaube stellt, mit Bourdieu [...] gesprochen, die „ontologische Übereinstimmung“ zwischen den mentalen und objektiven Strukturen im Feld dar und sorgt dafür, dass die beteiligten Akteure ihre Handlungsstrategien mit einem subjektiv erfahrenen und einem von der Institution objektiv getragenen Sinne versehen“ (Schroeter 2004: 52). Ähnlich wie es auch Vertreter\_innen der Cultural Studies formulieren, geht es in dieser Perspektive nicht darum, Kulturen und Lebensstile als Objekte aufzufassen oder darauf zu reduzieren „was auf sie spezialisierte Institutionen produzieren und distribuieren. Statt dessen geht es um den Prozeß der Entstehung und Hervorbringung von Kultur, um die Zirkulation von Bedeutungen und Energien, um die Mobilitäten und Möglichkeiten

im alltäglichen Leben, um die Entfaltung der kreativen Aspekte von Kultur und um die Schaffung einer gemeinsamen Kultur“ (Winter 2001: 14). Als *interessierte Nachfragen* interpretiere ich auch die folgenden Beiträge, die sich aus ganz unterschiedlichen Blickwinkeln, mal mehr mal weniger explizit kritisch, einem Verstehen des „Alltag als Dialektik des Konkreten“ (Thiersch 1995:) behutsam nähern.

## Zu den Beiträgen im Einzelnen

Der erste Beitrag dieses Schwerpunktheftes greift Fragen einer Kritischen Gerontologie in grundsätzlicher Weise auf. *Kirsten Aner* leistet eine Einführung in die wichtigsten wissenschaftlichen Perspektiven einer Kritischen Gerontologie die sich, ausgehend von der Frage „Wie wollen wir Alter(n)“, vor allem auch mit der Koppelung jeglicher wissenschaftlicher und sozialpolitischer Programme an neoliberal konstituierte Argumentationsweisen auseinandersetzt. Orientiert an der Figur einer Schnittstelle zur Gerontologie referiert sie das reichhaltige Erfahrungspotential Sozialer Arbeit, das längst noch nicht vollständig entdeckt und beschrieben wurde. Dem Vorschlag zu folgen, Soziale Altenarbeit für das gerontologische Projekt der Erkundung der Möglichkeiten und Potentiale im Alter zu professionalisieren bzw. umgekehrt, von der umfassenden Wissensressource Sozialer Arbeit für eine moderne Gerontologie zu profitieren, sei allerdings nicht ohne Risiko durchzusetzen. Insbesondere offenbare sich in der kommunitaristisch motivierten Debatte, die über die Anrufung zivilgesellschaftlichen Engagements versuche, das Problem des Alter(n)s in den Griff zu bekommen, eine Tendenz zur ‚Idealisierung von Gemeinschaftlichkeit‘. Vor diesem Hintergrund komme einer ‚advokatorischen Ethik‘ (vgl. Brumlik 2000) besondere Bedeutung zu. Im sozialanwaltschaftlichen Habitus gelte es, kultursensibel Projekte im Bereich Sozialer Altenarbeit anzustoßen, die den Rahmen aktivierender Sozialstaatlichkeit nicht unterschlagen, sondern reflektieren.

Aus einer aktivierungskritischen Perspektive interessiert sich *Silke van Dyk* im zweiten Beitrag dafür, wie sich Diskurse des Alter(n)s auf der Welle einer beständigen Ökonomisierung sozialer Verhältnisse in die Aktivitätsrhetorik einpassen. Besonderes Augenmerk wird in dieser Hinsicht auf die im sechsten Altenbericht geforderte ‚selbstverantwortliche Lebensführung‘ gelegt. Im Anschluss an eine aufschlussreiche Rekonstruktion des Aktivierungspostulats in vier Schritten, so wie es gegenwärtig in den Alternswissenschaften verhandelt wird, setzt sich van Dyk mit den Ambivalenzen der Altersaktivierung auseinander. Sie weist darauf hin, dass die Diskussionen hierzu gegenwärtig zu unterkomplex geführt würden. Im diskursiven Geflecht ‚Alter(n)‘ könne es keine einfachen und schon gar keine eindeutigen Lösungen geben. Um der aktivgesellschaftlichen Entdeckung des Post-Erwerbslebens auf die Spur zu kommen, lasse sich diese Thematik einzig in ihrer Vielschichtigkeit angemessen reflektieren. Gibt es noch den Ruhestand als Lebensphase, in der die Wirkmächtigkeit von Effektivitäts- und Effizienz-Kriterien

ausgesetzt sind? Oder ist jedes Lebensalter, so auch der „Alterskraftunternehmer“ (Lessenich/Otto 2005), in die Programmatik des Leistungserbringens irreversibel eingebunden?

Wenn vielerorts von der „Krise und Metamorphose“ (Philipp Hessinger) bzw. gar vom Ende sozialer Bewegungen und sozialer Kämpfe gesprochen und ein Übergang der 68er-Bewegung zum Netzwerkkapitalismus konstatiert wird, so lassen sich doch bezogen auf die hier zu behandelnde Thematik, community activities beobachten, die den Gedanken alternativer, gemeinschaftlicher Lebens- und Wohnformen um die Reflexion des Alterns als eine, längst nicht einzige, Differenzkategorie erweitern.

Wie sich beispielsweise ältere Migrant\_innen das Älterwerden vorstellen, welche sozialräumliche Ressourcen und Bedarfe sich demgemäß beschreiben lassen, analysieren *Monika Alisch und Michael May* im dritten Beitrag. Im Zentrum ihrer Argumentationen steht die Notwendigkeit, in den jeweiligen Quartieren Netzwerke zu initiieren oder bereits aktive Selbsthilfeformen zu stützen. Zudem problematisiert und rekonstruiert der Beitrag das Verhältnis Sozialer Arbeit als professionelle und intermediäre Vermittlungsexpertin zu den Aktivistinnen, Interessierten, engagierten Akteuren selbst. Wie ist es möglich, fragen die Autor\_innen dieses Beitrags, der Zurichtung von Biographien in wohlfahrtsstaatlich strukturierten Lebensverhältnissen insbesondere auch dann widerständig-eigensinnig zu begegnen, wenn bisher kaum auf angemessene Auseinandersetzungsräume zur Artikulation von Interessen von und für ältere Migrant\_innen zurückgegriffen werden konnte? Im Spannungsfeld von *Eigensinigkeit* und *Governance* untersuchen sie so etwas wie ‚kollektive Subversion im Alter(n) als Verwirklichungshandeln für ein gutes Leben‘, dass von den ‚Experten in eigener Sache‘ ausgeht und die Aktivistinnen, Interessierten, engagierten Akteuren selbst zum Ausgangspunkt von Projekten und Stadtteilarbeit nimmt. Einer „praktisch einhakenden Sozialforschung“ (vgl. May 2008) folgend, geht es vor allem um die Darstellung der Arbeiten im Forschungsprojekt AMIQUUS (Ältere MigrantInnen im Quartier- Stützung und Initiierung von Netzwerken der Selbstorganisation und Selbsthilfe). Nachbarschaftliche Unterstützungssysteme sollen gestärkt und die Selbstorganisation zur Artikulation ‚eigener Interessen‘ unterstützt werden.

Aus Sicht einer ökologischen Gerontologie gehen *Ines Himmelsbach und Frank Oswald* im vierten Beitrag der *Vielschichtigkeit des Wohnens im Alter* nach. Einmal könne die Situation Wohnen im Alter im Verhältnis von Person und Umwelt in den Blick genommen werden, um so vor allem das Privatwohnen zum Gegenstand von Untersuchungen zu machen. Ein anderes Mal stehe das institutionalisierte Wohnen im Vordergrund des Erkenntnisinteresses. Beiden Perspektiven gehe es aber stets um die Frage, wie sich Lebensqualität, gewissermaßen zwischen autonomen Gestaltungsansprüchen und Situationen institutionalisierter Fremdbestimmung, wie sie in der stationären Altenhilfe mit Bezug auf Erving Goffman

als totale Institution rekonstruiert werden (vgl. Heinzlmann 2004, Koch-Straube 1997), grundsätzlich herstellen lässt. Insbesondere interessieren sie sich für „komplexe Austauschprozesse“ zwischen der Kategorie Person und ihrer sozial-räumlichen Umwelt, die sowohl den Aspekt der umweltlichen Determination, wie auch die Perspektive der *eigensinnigen Nutzung* gesellschaftlich verwalteter Ressourcen tangieren. Für die Soziale Arbeit erscheint gerade die Bezugnahme auf die Nutzungsperspektive, die andernorts auch unter den Vorzeichen einer Handlungsmächtigkeit (*agency*) diskutiert wird, besonders instruktiv zu sein (vgl. Homfeldt et al. 2008), wenn die Frage nach den Bedingungen für Lebensqualität und Wohnen gestellt wird.

Um die skizzierten Perspektiven in Bezug auf die Nutzer\_innen sozialer personenbezogener Dienstleistungen programmatisch-organisatorisch weiterzuführen und um die unterschiedlichen kulturellen Systeme „mit spezifischen Strukturmustern“ (Winter 2001: 16) und Interessen für eine konstruktiv-produktive Weiterentwicklung sozialer Hilfen einzusetzen, werden von sozialstaatlicher Seite Konzepte wie ‚Gemeinschaftliches Wohnen‘, ‚Soziale Netzwerke‘ bzw. ‚Netzwerkarbeit‘ sowie ‚Sozialraumorientierung‘ ins Spiel gebracht. Gemäß dieser Figur sozialstaatlicher Aktivierung individueller Ressourcen gilt es, mit dem Älterwerden entweder im Rahmen der gegenwärtig angebotenen Versorgungskonzepte umzugehen, bzw. über das Gegebene hinaus an ein ‚*Anders Altern*‘ anzuschließen, um auf diese Weise den Eigensinn der Akteure hervorzuheben.

*Birgit Kasper* geht im fünften Beitrag auf die gegenwärtige Expansion selbstorganisierter Projekte ein, die in Gemeinschaft ihr Alter(n) selbstbestimmt gestalten wollen. Einmal rekapituliert sie die Hintergründe dieser veränderten, oder vielleicht einfach nur mutiger vorgetragenen Motivationslage älterer Menschen: warum und vor allem wie artikulieren sie das Ziel, die herkömmliche Versorgungsform in ambulanten oder stationären Altenhilfeinstitutionen nicht als einzig denkbaren Lebensverlauf hinzunehmen, sondern *eigensinnig* alternative Lebens- und Wohnformen zu denken, um sie vor allem dann auch praktisch umzusetzen? Sich in Netzwerken zusammenzuschließen, um gewissermaßen *peer to peer* von den Erfahrung der jeweils anderen zu profitieren, aber auch die eigene Projektidee zur Debatte zu stellen, machen die (professionelle) Koordination von Netzwerkiniciativen erforderlich. Auf der Metaebene müsse eine Infrastruktur zur Verfügung gestellt werden, die verlässlich Projektberatung anbietet und Projektentwicklungen transparent aufarbeitet, so dass voneinander im Sinne nachahmenswerter Praxis gelernt, ja durchaus auch profitiert werden könne.

Abschließend interessiert sich *Christian Schütte-Bäumner* in ähnlicher Weise zielgruppenorientiert für die „Logik der Praxis“ (Bourdieu 1993: 147ff.) alternativer Wohnprojekte im Feld ‚queerer Lebenswelten‘. Der empirisch rekonstruierbare Wunsch nach ‚eigenen Räumen‘ im Sinne notwendiger Schutzräume aufgrund traumatischer Diskriminierungserfahrungen, stellt sich als komplizierter Befund dar. Einerseits ist die Forderung nach subkulturellen Räumen aus Gründen erlebter

Stigmatisierung gut nachvollziehbar. Andererseits aber birgt diese Praxis zugleich die Gefahr eines Rückzugs aus gesellschaftlichen Kontexten und die Flucht in parallele Versorgungsstrukturen. Etikettierung können, durch Selbstetikettierungspraxen in der Weise vereindeutigender ‚Homo-Identitäten‘ mit spezifischen Bedarfen, verstärkt und stabilisiert werden. Die subkulturell organisierten Kämpfe für ein autonom-friedlich situiertes Alter(n) jenseits von homophob prolongiertem *ageism*, werden nachgezeichnet und interpretativ in den Zusammenhang professioneller Konzepte der Sozialen Arbeit gestellt.

Alle Beiträge in diesem ‚Schwerpunktheft Alter(n)‘ vereint die grundlegende Idee, mal stärker theoretisch, mal empirisch fundiert, ‚doxische Standardisierungen‘ im expandierenden Feld des Älterwerdens nicht blindlings zu affirmieren. Bemerkenswert ist diese wissenschaftliche Praxis deshalb, weil es politischen Debatten und gerontologisch verfassten Forschungsaktivitäten häufig (noch) nicht gelingt, vom mitschwingenden ‚pädagogischen Appell‘ der je spezifischen Forschungsinteressen angemessen zu abstrahieren, so dass empirische Analysen dann Realitäten mit vermeintlich gegebenen Wahrheiten belegen, was einem hermeneutischen Zirkelschluss gleichkommt.

Soziale Welt und Praxis nicht schon immer als selbstverständliche Ordnung und Struktur vorauszusetzen, vermittelt den Anspruch der vorliegenden Bemühungen um eine Kritische Gerontologie und Soziale Arbeit mit älteren Menschen.

**Christian Schütte-Bäumner** für die Redaktion der Widersprüche

## Anmerkung

<sup>1</sup> Im Anschluss an das Bild der vergreisten Gesellschaft beschreibt das Defizitmodell Altern als biologischen, natürlichen Abbauprozess. Hieran knüpft eine sehr bekannte Theorie der Alternswissenschaften an: die Disengagement-Theorie. Damit ist gemeint, dass der natürliche Abbauprozess des Menschen eine durchaus gesellschaftliche Funktion habe, und zwar die Möglichkeit wie auch die Forderung, des Rückzugs der Älteren. Die Gesellschaft enthalte dieser Gruppe – naturgemäß und funktional – bestimmte Rollen die mit Leistungserbringung in Verbindung stehen vor. Heftig kritisiert wurde und wird nach wie vor dieses Modell, weil es „Altern als Naturtatsache“ (Kade 2007) zu einseitig darstelle.

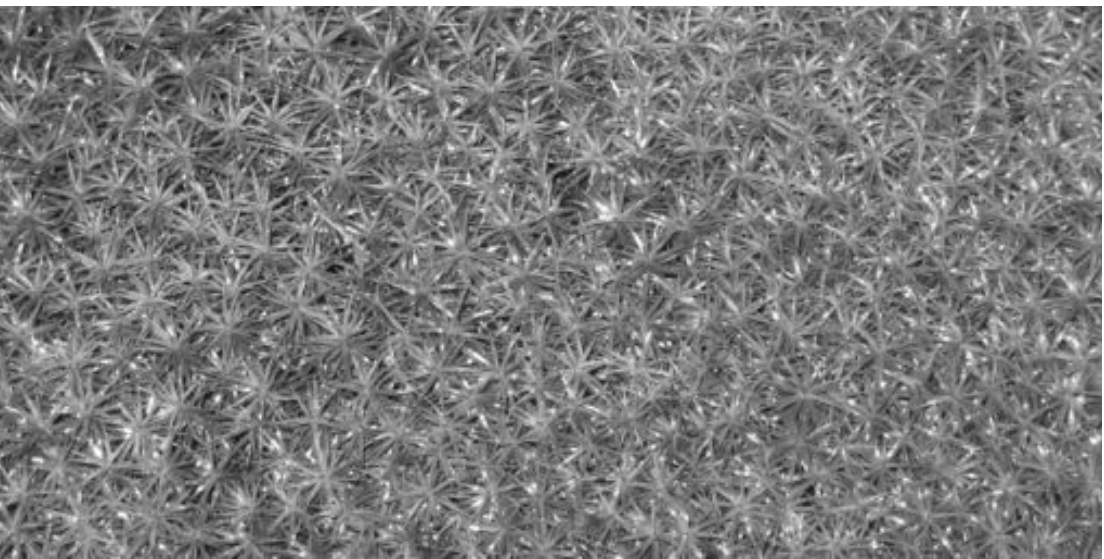
## Literatur

- BMFSFJ (2005): Potenziale des Alters in Wirtschaft und Gesellschaft. Der Beitrag älterer Menschen zum Zusammenhalt der Generationen. Fünfter Bericht zur Lage der älteren Generation in der Bundesrepublik Deutschland. Bericht der Sachverständigenkommission an das Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend, Berlin.
- BMFSFJ (2010): Altersbilder in der Gesellschaft. Sechster Bericht zur Lage der älteren Generation in der Bundesrepublik Deutschland. Bericht der Sachverständigen-



- kommission an das Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend, Berlin, im Juni 2010.
- Bäcker, Gerhard et al. (Hg.) (2010): Sozialpolitik und soziale Lage in Deutschland. Band 1: Grundlagen, Arbeit, Einkommen und Finanzierung, 5., durchgesehene Auflage, Wiesbaden.
- Bourdieu, Pierre/Wacquant, Loïc J. D. (1996): Reflexive Anthropologie, Frankfurt am Main.
- Bourdieu, Pierre/Wacquant, Loïc J. D. (1996): Die Ziele der reflexiven Soziologie, in: dies.: Reflexive Anthropologie, Frankfurt am Main, S. 95-249.
- Bourdieu, Pierre (1993): Sozialer Sinn: Kritik der theoretischen Vernunft. Frankfurt am Main.
- Bröckling, Ulrich (2000): Totale Mobilmachung. Menschenführung im Qualitäts- und Selbstmanagement, in: ders./Kramann, Susanne/Lemke, Thomas (Hg.): Gouvernementalität der Gegenwart, Frankfurt am Main, S. 131-167.
- Bröckling, Ulrich (2007a): Das unternehmerische Selbst. Soziologie einer Subjektivierungsform. Frankfurt am Main.
- Bröckling, Ulrich (2007b): Fallstricke der Bemächtigung, in: Zukünfte. Zeitschrift für Zukunftsgestaltung und vernetztes Denken, Band 18/2007, S. 16–20.
- Brumlik, Micha (2000): Advokatorische Ethik und sozialpädagogische Kompetenz, in: Müller, Siegfried/Sünker, Heinz/Olk, Thomas (Hg.), Soziale Arbeit. Gesellschaftliche Bedingungen und professionelle Perspektiven, Neuwied, S. 279–287.
- Cremer-Schäfer (2007): Populistische Pädagogik und das „Unbehagen in der punitiven Kultur“, in: Widersprüche, Zeitschrift für sozialistische Politik im Bildungs-, Gesundheits- und Sozialbereich, Heft 106, Wer nicht hören will, muss fühlen? - Zwang in öffentlicher Erziehung, 27. Jg., S. 59-75.
- Ewers, Michael/Schaeffer, Doris (Hg.) (2005): Am Ende des Lebens. Versorgung und Pflege von Menschen in der letzten Lebensphase. Bern, Göttingen, Toronto.
- Grunwald, Klaus/Thiersch, Hans (2005): Lebensweltorientierung. Zur Entwicklung des Konzepts Lebensweltorientierte Soziale Arbeit, in: Otto, Hans-Uwe/Thiersch, Hans (Hg.), Handbuch Sozialarbeit, Sozialpädagogik, München und Basel, S. 1136-1148.
- Heinzelmann, Martin (2004): Das Altenheim - immer noch eine „totale Institution“?: eine Untersuchung des Binnenlebens zweier Altenheime. Göttingen.
- Hessinger, Philipp (2008): Krise und Metamorphose des Protests: Die 68er Bewegung und der Übergang zum Netzwerkkapitalismus, in: ders./Wagner, Gabriele (Hg.): Ein neuer Geist des Kapitalismus? Ambivalenzen und Paradoxien der Netzwerkökonomie, Wiesbaden, S. 63-99.
- Himmelsbach, Ines (2009): Altern zwischen Kompetenz und Defizit. Der Umgang mit eingeschränkter Handlungsfähigkeit, Wiesbaden.
- Kade, Sylvia (2007): Altern und Bildung. Eine Einführung. Bielefeld.
- Kersting, Wolfgang (2000): Politische Philosophie des Sozialstaates. Weilerswist.
- Koch-Straube, Ursula (1997): Fremde Welt Pflegeheim. Eine ethnologische Studie. Bern/Göttingen / Toronto/ Seattle.
- Kurzke-Maasmeier, Stefan (2006): Aktivierende Soziale Arbeit im reformierten Sozialstaat. Professionelle Herausforderungen und sozialetische Kritik, in: Ders. et al (Hg.): Baustelle Sozialstaat! Sozialetische Sondierungen in unübersichtlichem Gelände. Aschendorff-Verlag: Münster 2006, S. 111-128.
- Lessenich, Stephan/Otto, Ulrich (2005): Zwischen „verdientem Ruhestand“ und „Alterskraftunternehmer“: Das Alter in der Aktivgesellschaft – eine Skizze und offene

- Fragen zur Gestalt eines „Programms“ und seinen Widersprüchen, in: Otto, Ulrich (Hg.): Partizipation und Inklusion im Alter – aktuelle Herausforderungen. Jena, S. 5-18.
- May, Michael (2008): Die Handlungsforschung ist tot. Es lebe die Handlungsforschung, in: ders./Alisch, Monika (Hg.): Praxisforschung im Sozialraum. Fallstudien in ländlichen und urbanen sozialen Räumen, Opladen, S. 207–238.
- Munsch, Chantal (2005): Die Effektivitätsfalle. Bürgerschaftliches Engagement und Gemeinwesenarbeit zwischen Ergebnisorientierung und Lebensbewältigung. Hohengehren.
- Munsch, Chantal (2008): Welches Modell des Bürgers und der Zivilgesellschaft für eine zeitgenössische Sozialpädagogik?, in: Schröder, Wolfgang/Stiehler, Steve (Hg.): Lebensalter und Soziale Arbeit. Band 5: Erwachsenenalter. Hohengehren, S. 114 – 130.
- Naegele, Gerhard (2006): Die Potenziale des Alters nutzen – Chancen für den Einzelnen und die Gesellschaft, in: Böllert, Karin/Hansbauer, Peter/Hasenjürgen, Brigitte/Langenohl, Sabrina (Hg.) (2006): Die Produktivität des Sozialen, den sozialen Staat aktivieren. Sechster Bundeskongress Soziale Arbeit, Wiesbaden, S. 147-156.
- Rathgeb, Kerstin (2008): Sozialer Raum als Ressource. Vom Nutzen der Gemeindestudien für die Soziale Arbeit, in: Anhorn, Roland/Bettinger, Frank (Hg.): Sozialer Ausschluss und Soziale Arbeit. Positionsbestimmungen einer kritischen Theorie und Praxis Sozialer Arbeit, Wiesbaden, S. 369-384.
- Schroeter, Klaus R. (2004): Zur Doxa des sozialgerontologischen Feldes: Erfolgreiches und produktives Altern – Orthodoxie, Heterodoxie oder Allodoxie? In: Zeitschrift für Gerontologie und Geriatrie 37/1: 51–55.
- Schütze, Fritz (1994): Ethnographie und sozialwissenschaftliche Methoden der Feldforschung. Eine mögliche methodische Orientierung in der Ausbildung und Praxis der Sozialen Arbeit? In: Grodeck, Norbert/Schumann, Michael: Modernisierung Sozialer Arbeit durch Methodenentwicklung und -reflexion. Freiburg i. B., S. 189-297.
- Thiersch, Hans (1995): Alltagshandeln und Sozialpädagogik, in: Neue Praxis, 3, S. 215-234.
- Widersprüche (2006): Zeitschrift für sozialistische Politik im Bildungs-, Gesundheits- und Sozialbereich, Heft 100, Was ist heute kritische Soziale Arbeit, 26. Jg. 2006, Nr.2.
- Winter, Rainer (2001): Die Kunst des Eigensinns. Cultural Studies als Kritik der Macht. Weilerswist.



**Kirsten Aner**

## **Kritische Gerontologie und Soziale Altenarbeit im aktivierenden Staat**

---

Dieser Beitrag fragt einleitend danach, welches grundsätzliche Potenzial zur Bereicherung einer Kritischen Gerontologie Sozialarbeit und Sozialpädagogik haben. Im Anschluss daran wird dargelegt, dass es unter den Bedingungen des aktivierenden Staates im Interesse der AdressatInnen und der eigenen Professionalität liegt, die Soziale Altenarbeit kritisch gerontologisch zu betrachten. Abschließend werden ausgehend von der bisherigen, eher pragmatischen Entwicklung der Fachlichkeit in diesem Feld exemplarisch offene Fragen und kritische Lösungsansätze skizziert.

### **1. (Sozial-)Pädagogik an der Schnittstelle zur Kritischen Gerontologie**

Wenn im Folgenden von Kritischer Gerontologie die Rede ist, dann im doppelten Sinne: Zum einen knüpft kritische Gerontologie an die „political economy of aging“ an, die sich seit den 1970er Jahren mit der sozialen Konstruktion von Alter unter den Bedingungen moderner kapitalistischer Gesellschaften interessiert (Estes et al. 1982). Sie reflektiert die politischen und sozioökonomischen Kontexte von Alter und ergänzt diese Betrachtung um kulturelle Perspektiven. Zum zweiten bedeutet Kritische Gerontologie eine fortwährende Reflexion der komplexen Wechselwirkungen zwischen der Wissenschaft vom Altern und ihrem Gegenstand vor dem Hintergrund der sozialpolitischen Durchdringung jeglicher Wissenschaft (Baars 1991). Eine solche Herangehensweise war und ist umso wichtiger, als sich die Problematik der Wissensproduktion und -verwendung in der Gerontologie in besonderer Weise stellt, „weil Alter und Altern zu den Alltagserfahrungen und -diskursen der Menschen gehören, und weil von einer Alternswissenschaft unmittelbar Beiträge zu einer Lösung der damit verbundenen Aufgaben und Probleme erwartet werden (Karl 2003: 16). Die vergleichsweise junge Wissenschaft Gerontologie war in ihren Anfängen durchaus auch von Konzepten und Forschungsgegenständen geprägt, die gesellschaftliche Verhältnisse kritisch beleuchten (vgl. u. a. Gubrium 1975 zur Situation alter Menschen in Heimen, Butler 1980 zum Thema „Ageism“, Kohli 1985 zur Institutionalisierung des Lebenslaufs). Bereits in den 1980ern warnten Gerontologen, dass das Etikett der „Neuen Alten“

benutzt wird, um einen Verdruss über die Alten zu schüren und auf diesem Weg einen Rückzug des Wohlfahrtsstaates aus Dienstleistungen für eine große Zahl benachteiligter *alter* Menschen zu legitimieren (vgl. Karl/ Tokarski 1989).

Diese Situation hat sich in den letzten Jahren insofern zugespitzt, als das Thema „Demografie“ sich offensichtlich anbietet, um den Um- oder, besser Abbau des bundesdeutschen Sozialstaates voranzutreiben. Heute zählt der angebliche Interessengegensatz von *Jung* und *Alt* zu den populären Argumenten für eine neoliberale Deregulierung. Die komplex bedingte Problematik einer umlagefinanzierten Alterssicherung wird solange als Generationenproblematik dargestellt, bis die Mehrheit der Bevölkerung daran glaubt. Differenzierungen haben es in der öffentlichen Debatte schwer, Etiketten wie das der Alterslast sind *en vogue*, allenfalls gemindert durch die ambivalenten Bilder der „silver consumer“ oder „aktiven Alten“. Man müsste nun annehmen, dass die Gerontologie – die ja in ihren Anfängen ein nicht unbeträchtliches Potenzial des Widerstands gegen normierende und stigmatisierende Altersbilder offenbarte, auch heute erheblichen Widerstand leistet. Amann/Kolland (2008) resümieren allerdings, dass der kritische Impetus gegenüber der gesellschaftlichen Praxis im Umgang mit dem Alter zuletzt selten auftauchte (ebd.: 9). Van Dyk (2009) vermisst insbesondere eine kritische Auseinandersetzung mit dem Postulat des aktiven Alters. Statt das Paradigma systematisch zu analysieren, werde es entproblematisiert (ebd.: 602f.). Getragen vom Wunsch nach Aufwertung des Alters avancierten die Grundannahmen der Aktivitätsthese zur „normativen Basis der als Lobbywissenschaft agierenden Gerontologie sowie der deutschen Altenhilfepolitik“ (ebd.: 606). Auf diese Weise leiste diese Wissenschaft einen erheblichen Beitrag zu einem „abgeschlossenen, gegen innere Widersprüche und äußere Einrede erfolgreich immunisierten Diskurs“ über die Potenziale des Alters (van Dyk et al. 2010: 32).

In jüngster Zeit nehmen auch Pädagogik und Sozialpädagogik, die bisher kaum mit dieser Lebensphase befasst waren verstärkt an der gerontologischen Theorieentwicklung und Forschung teil. Wo versucht wird, die eigene Disziplin zu positionieren, wird zu recht darauf verwiesen, dass (sozial-)pädagogische Fachlichkeit Unterstützung in einem Lebensalter bieten kann, das nicht weniger herausfordernd ist als das bewegte Jugendalter. Hier muss eine Lebensphase bewältigt werden, „die durch zahlreiche Weichenstellungen der Vergangenheit ebenso gekennzeichnet ist wie durch die Tatsache, dass die verbleibende Lebenszeit in ihrer Begrenztheit anerkannt werden muss. Besondere Herausforderungen für die Alten resultieren außerdem daraus, dass diese Lebensphase von Altersnormen gerahmt wird, die vielfach uneindeutig markierte, formulierte und sanktionierte Aberkennungsnormen sind. Diese über alle Lebensalter hinweg geteilten Vorstellungen stehen unübersehbar in einem Spannungsverhältnis zu den normativen Vorstellungen vom lebenslangen Lernen, vom aktiven oder produktiven Altern“

(Aner/Karl 2010: 11), die für die Sozialpädagogik mit ihrer paradigmatischen Orientierung an der Hilfe zur Selbsthilfe so attraktiv sind. Deshalb stellt sich die Frage, ob es der „aktivophilen“ Sozialarbeit und Sozialpädagogik besser als bspw. der Soziologie des Alter(n)s gelingt, eine theoretisch überzeugende Balance zu finden zwischen der wertschätzenden Anerkennung der Individualität und des Eigen-Sinns des Alterns und gesellschaftlich sowie disziplinär positiv konnotierten Normen.

Grundsätzlich können auch Pädagogik, Sozialpädagogik und Sozialarbeit in Forschung und Theorieentwicklung auf eine kritische Tradition zurückblicken. So formulierte die Pädagogik unter dem Label „kritisch-konstruktive Forschung“ einen großen Anspruch: die Verflechtung pädagogischer Probleme in historische, politische, gesellschaftliche und wirtschaftliche Zusammenhänge aufzuklären, Folgerungen für weiterführende Forschungen und die pädagogische Praxis zu entwickeln und sich für eine kritisch-emanzipatorische, demokratische Entwicklung der Gesellschaft als Bedingung für die Entwicklung von Individuen mit der Fähigkeit zu Selbstbestimmung, Mitbestimmung und Solidarität zu engagieren (vgl. u. a. Klafki 1976, Frieberthäuser/Prengel 1997).

Etwas bescheidener wird in der Sozialpädagogik postuliert, dass sich sozialpädagogische Forschung und Theorie durch einen „sozialpädagogischen Blick“ auf ihren Gegenstand auszeichnet, der die Lebenslagen und die Lebensbewältigung von AdressatInnen ebenso fokussiert wie das Handeln der Professionellen und den daraus resultierenden Beitrag zur Lebensbewältigung von AdressatInnen. Das bedeutet, dass sich sozialpädagogische Forschung „ohne auf Praxisforschung reduziert zu sein, an einer ‚guten Praxis‘ orientiert“, die ihrerseits darin besteht, „das Streben nach subjektiver Handlungsfähigkeit in kritischen Lebenssituationen“ (Scheffold 2005: 878), die sich aus ambivalenten Strukturen ergeben, zu bestärken. Eine „gute Praxis“ Sozialer Altenarbeit bestünde dann darin anzuerkennen, dass „der Horizont biografischer Endlichkeit, der das Alter begrenzt, [...] eben signifikant auf das Leben zurück [wirkt]“ (Böhnisch 2010: 193) und zugleich ältere Menschen dabei zu unterstützen, die vorhandenen Handlungsspielräume zu gestalten und zu erweitern. Die Eröffnung neuer Spielräume für ältere Menschen ließe sich durchaus einordnen in die „Emanzipationsgeschichte, in die Soziale Arbeit involviert war (etwa die Heimreform, die Psychiatriereform, die zweite Frauenbewegung mit den aus ihr hervorgegangenen Arbeitsfeldern)“ (Rose 2004: 217) und emanzipatorische Ansätze der Gemeinwesenarbeit. Eine von diesen Traditionen inspirierte kritische Orientierung von Theorie und Forschung ist aktuell notwendiger denn je, wie im Folgenden gezeigt werden soll.

## **2. Soziale (Alten-)Arbeit im aktivierenden Staat**

### **Soziale Altenhilfe als Teil moderner Sozialhilfe**

Soziale Arbeit mit Menschen im höheren Lebensalter gehört zweifelsfrei zu den Organisationen und Institutionen, die gerontologische Expertise aufgreifen und für die Baars (2003: 85) fordert, sie wegen ihrer weitreichenden Auswirkungen auf das Leben alter Menschen intensiv zu studieren, „statt sie ohne kritische Distanz zu bedienen“.

In Deutschland ist Soziale Arbeit für die Adressatengruppe älterer Menschen in der sozialen Altenhilfe verankert, einem Sachbereich der selbstverwalteten kommunalen Daseinsvorsorge. Nun hat die moderne Sozialhilfe generell die gesetzlich vorgegebene Aufgabe und den Anspruch, dem Leistungsberechtigten ein Leben zu ermöglichen, das der Würde des Menschen entspricht, und die Hilfe so auszugestalten, dass der Leistungsberechtigte durch die Hilfe zu einer unabhängigen Lebensführung befähigt wird (§ 1 SGB XII). Dabei ist die Anwendungspraxis im Sachbereich Altenhilfe vergleichsweise schwach rechtlich reguliert seit 1962 durch §75 BSHG, seit 2005 durch §71 SGB XII und seit 1975 insbesondere auf präventive und offene Angebote orientiert (ausführlich dazu vgl. Hammerschmidt 2010; Hammerschmidt/Tennstedt 2010). Jedoch ist nicht vorgegeben, von welchen Berufsgruppen die Leistungen zu erbringen sind. In der Folge bietet sich hier zwar breites Betätigungsfeld für Fachkräfte der Sozialen Arbeit, jedoch wird die Hilfe zur Lebensbewältigung im Kontext von Altenhilfe – in Form von Beratung, Betreuung, Unterstützung – nicht nur von diplomierten Sozialarbeitern/-arbeiterinnen und Sozialpädagogen/-pädagoginnen, sondern auch von weiteren (sozialen) Berufsgruppen erbracht.

### **Altenpolitik als Rahmung sozialer Altenhilfe**

Die Altenpolitik, die den Rahmen sozialer Altenhilfe und Sozialer Arbeit in diesem Bereich setzt, war in Deutschland lange Zeit vom Thema „materielle Sicherung im Alter“ dominiert. Darüber hinausgehende Bedürfnisse älterer Menschen wurden im internationalen Vergleich relativ spät wahrgenommen und ihre sozialstaatlich organisierte Befriedigung durch soziale Altenhilfe war und ist gesetzlich nur rudimentär als Teil der Hilfe in besonderen Lebenslagen geregelt, statt in einem Altenhilfegesetz (analog zum SGB VIII) gebündelt zu sein. Bis weit in die 1970er Jahre hinein wurde diskutiert, ob überhaupt, ggf. in welchem Maße und wie soziale Hilfen für älteren Menschen überhaupt professionalisiert werden sollten und welche Rolle dabei SozialarbeiterInnen spielen können (vgl. Ballussek/Bernstein 1980). Weder der deutliche quantitative Ausbau der sozialen Altenhilfe seit ihrer gesetzlichen Regelung im BSHG 1962 noch die Ausdifferenzierung

der Dienste und Einrichtungen haben vor diesem Hintergrund quasi automatisch zu einem angemessenen Bedeutungszuwachs Sozialer (Alten-)Arbeit führen können. Vielmehr hat die Soziale Arbeit mit alten Menschen „streng genommen erst in der zweiten Hälfte der [19]80er Jahre klare Konturen erhalten“ (Schmidt 1999: 659). Ihre dann einsetzende Profilierung resultierte weniger aus den Professionalisierungsbestrebungen der Sozialarbeit und Sozialpädagogik selbst, als aus Personalkostenzuschüssen der Landesregierungen (vgl. ebd.: 659f.).

Seither haben die *offenen Angebote* Sozialer Altenarbeit eine Modernisierung erfahren, dies jedoch unter schwierigen Bedingungen: Sie wurden und werden von den Kommunen weitgehend als freiwillige Leistungen angesehen, ihre Ausgestaltung ist abhängig von der jeweiligen Finanzkraft derselben und einem lokalen Engagement, das (deshalb) unübersehbar mit Bundes- und Landesmodellprogrammen korrespondiert. Die Abhängigkeit der finanziellen Ausstattung und inhaltlichen Ausrichtung von solchen sozialpolitischen Förderinstrumenten führte und führt nicht nur zu ungesicherten Arbeitsplätzen in diesem Bereich, sie erschwerte auch langfristige konzeptionelle Entwicklungen bis hin zur Klärung notwendiger Aus- und Fortbildungsinhalte.

Die Rahmenbedingungen für die Soziale Arbeit im *Bereich Gesundheit und Pflege* verschlechterten sich Mitte der 1990er Jahre. Hier verschärfte sich mit Einführung des Pflegeversicherungsgesetzes (SGB XI) die ohnehin bestehende Dominanz materieller und körperbezogener Hilfeleistungen für ältere Menschen durch die Zuordnung der Pflege zum (ökonomisierten) Gesundheitswesen und die eindeutig medizinisch-pflegerische Ausrichtung des Gesetzes. Obwohl die Anknüpfungspunkte Sozialer Arbeit im Handlungsfeld Pflege deutlich sind und die Entwicklung eines modernen Profils in diesem Bereich wesentlich vorangekommen und gut dokumentiert ist (Kricheldorf 2008), könnte sich die schwierige Situation im Zuge der europäischen Entwicklung von Altenpflege als sozialer Dienstleistung eher noch verfestigen, weil im Rahmen der offenen Koordinierung die medizinisch-pflegerische und zugleich ökonomische Ausrichtung dieses Sektors voranschreitet.

Zusammenfassend lassen sich die Aufgaben der Sozialen Altenarbeit im aktivierenden Staat aktuell zum einen dort verorten, wo angesichts (drohender) Desintegrationsprozesse die individuellen Ressourcen älterer und alter Menschen selbst nicht ausreichen, um das Leben zu bewältigen, soziale Integration und biografische Handlungsfähigkeit aufrechtzuerhalten bzw. herzustellen. Zum anderen kann Soziale Altenarbeit dazu beitragen, dass einzelne Individuen oder Gruppen von Menschen im höheren Lebensalter gesellschaftlich verfasste Handlungsspielräume nutzen und sich – individuell oder kollektiv – neue eröffnen. Beide Aufgaben werden zu einer besonderen Herausforderung unter den Rahmenbedingungen des „aktivierenden Staates“.



## Ältere Menschen im aktivierenden Staat

Der sog. aktivierende Staat gilt zwar „weiterhin als maßgeblicher Träger sozialer Dienste und Einrichtungen, da Selbstorganisation und Selbsthilfe die Leistungen professionalisierter und bürokratisierter Sicherung nicht ersetzen könnten. Ihm werden aber vor allem strategiebildende, regulative, gewährleistende und moderierende Aufgaben zugesprochen“ (Braun 2001:86). Er zielt auf ein spezifisches Verhältnis zwischen Staat und BürgerInnen, indem die Subjektstellung des Einzelnen als Nachfrager und selbständige private Leistungsanbieter sozialpolitisch programmatisch gefördert werden (Maaser 2003: 18). Hinter dieser grundsätzlichen Konturierung der Rolle des Staates verbergen sich zwei gegensätzliche Positionen:

Auf der einen Seite steht eine liberal tradierte Auffassung, nach welcher der „aktivierende Staat“ besser als der traditionelle deutsche Wohlfahrtsstaat in der Lage sei, individuelle und zivilgesellschaftliche Potenziale wecken. Aus dieser Position heraus wird die BürgerIn – hier nicht nur die/der Arbeitslose oder SozialhilfeempfängerIn – ermuntert, seine Bürgerrolle aktiv wahrzunehmen. Eigene Interessen sollen mit gemeinschaftlichen verbunden werden, z. B. das Interesse an einer befriedigenden Gestaltung der nachberuflichen Lebensphase mit dem Hilfe- und Pflegebedarf in Familien und Nachbarschaften, eine Erwartung die nach wie vor insbesondere an Frauen adressiert ist und von ihnen auch vielfach bejaht und gelebt wird. In jüngerer Zeit erfuhr diese liberale Position eine auffällige Veränderung. Es treten nun auch in liberalen Gemeinschaftsentwürfen die Rechte des autonomen Individuums, das sich ausschließlich freiwillig vertraglich im Interesse des Gemeinwohls bindet, zugunsten verbindlicher Wertvorstellungen zurück. Einer angemessenen Förderung durch Politik und Verwaltung steht in diesem Konzept eine Erwartung an die BürgerInnen gegenüber. Neben der Selbstverantwortung wird die Verantwortung für das Gemeinwesen als ethisches Prinzip thematisiert (vgl. Putnam 1993; Wendt 1996; Zimmer/Nährlich 2000; Klein 2001; Kocka 2003).

Auf der anderen Seite stehen kommunitaristisch inspirierte Konzepte. Auch hierbei wird für einen „schlankeren“ Staat geworben, dabei jedoch die Verantwortung des Staates, seiner Institutionen und Verfahren stärker betont als die Reprivatisierung von Aufgaben. Hierzu gehört die Vorstellung der „Transformation des Sozialstaates in eine Wohlfahrtsgesellschaft“, die auf die Lebenswelten der Menschen als Orte sozialen Aufbruchs setzt. Durchgesetzt hat sich in Deutschland allerdings die „rot-grüne“ Agenda eines aktivierenden Staates. Sie erscheint nur vordergründig als kommunitaristischer Diskurs. Tatsächlich leitet sie eher das Ende traditioneller Sozialpolitik ein (Trube/Wohlfahrt 2003). Anders formuliert: Wie zunächst in den USA (im „enabling-state“ Clintons), später in Großbritannien (auf Blairs „Drittem Weg“) und mittlerweile auch in anderen europäischen Staaten zielt die deutsche (Sozial-)Politik in weiten Teilen auf ein „Workfare-Regime“. Mit dem Prozess des Umbaus des deutschen Wohlfahrtsstaats zum „aktivierenden Staat“

geht insgesamt eine weitere Spreizung der Einkommen und Vermögen einher (vgl. Engels 2010). Für viele ältere und in das Alter hineinwachsende Menschen bedeutet dies eine Prekarisierung ihrer Lebenslagen: Im Transformationsprozess vom Wohlfahrtsstaat zum aktivierenden Sozialstaat wird die Sozialpolitik zunehmend zu arbeitsmarktpolitischen Zwecken instrumentalisiert – für die älteren ArbeitnehmerInnen mit sehr spezifischen Auswirkungen: Trotz der im Rahmen der offenen Koordinierung aufgelegten EU-Programme zum „active aging“ mangelt es in Deutschland noch immer weitgehend an langfristigen Unternehmensstrategien, die das Altern der Belegschaften als Normalität begreifen und den Prozess des Alterns im Beruf sinnvoll begleiten. Die Erwerbsquote bei den 60- bis 64-jährigen stieg zwar in den letzten Jahren, jedoch liegt sie noch immer auf einem niedrigen Niveau und nur ein Viertel dieser Altersgruppe arbeitet sozialversicherungspflichtig. Im Jahr 2009 waren nur 5,7% der 63-jährigen vollzeiterwerbstätig (sozialpolitik-aktuell 2010). Die schrittweise Heraufsetzung des Rentenzugangsalters bzw. die entsprechenden Einbußen bei vorzeitiger Verrentung wie auch die Abschaffung der Berufsunfähigkeitsrenten wirken deshalb als erhebliche Kürzungen der Ruhestandseinkommen. Hinzu kommen bei vielen älteren Menschen finanzielle Einbußen durch die Pauschalierung von Sozialleistungen sowie auf „Eigenverantwortlichkeit“ zielende Reformen im Gesundheitswesen, da Ältere überdurchschnittlich häufig von chronischen Krankheiten betroffen sind.

Der „aktivierende Staat“ „verschlankt“ sich auch, indem er soziale Aufgaben nicht mehr selbst übernimmt, sondern zivilgesellschaftliches Engagement als Teil der sozialen Infrastruktur materiell fördert. Sozialpolitisch funktional ist aus dieser Perspektive ein Rückgriff auf die amerikanische Vorstellung eines Kommunitarismus, wonach eine Übereinstimmung zwischen den Interessen der Individuen und denen der Gemeinschaft besteht, Werte und Ziele der Gemeinschaft für die Angehörigen derselben verbindlich sind. Unterschiede und erst recht Gegensätze zwischen staatsbürgerlichen Pflichten und bürgerlichen Privatinteressen werden „im Konzept des aktivierenden Staates schlicht ignoriert“ (Dahme/Wohlfahrt 2003: 97). Vor diesem Hintergrund werden auch ältere Menschen zunehmend Aktivitätserwartungen ausgesetzt und ausgewählte Altersbilder zur gesellschaftlichen Norm (vgl. u.a. Lessenich/Otto 2005; Aner/Hammerschmidt 2008; van Dyk 2007), die von vielen Alten längst im Alltag erfüllt (van Dyk 2009: 605) und den kommenden Alten aus dem Berufsleben in die Nacherwerbsphase hinein verlängert wird (Aner 2005), andere Alte aber ausgrenzt. Die Normalisierungsstrategien und die damit verbundenen sozialmoralischen Programme erstrecken sich mittlerweile auch und gerade bei Menschen im höheren Lebensalter bis hin zur Körperlichkeit. Neben einem eigenverantwortlichen und kenntnisreichen, möglichst präventiven Gesundheitshandeln gewinnen sogar ästhetische Maßstäbe an Bedeutung (vgl. Schroeter 2008). Die sozialpolitisch adressierten und zum Vorbild erhobenen aktiven SeniorInnen sind nicht nur gesund, sie sehen auch „jung“ aus und erfreuen

sich mit strahlend weißem Lächeln ihres aktiven Lebens. Fotos älterer Frauen und Männer in Publikationen zu einschlägigen Modellprogrammen von Bundes- und Landesministerien ähneln ihren Vorbildern in kommerziellen Medien: Sie sind sehr gepflegt, immer dezent und meist sportlich angezogen, was ihnen auch hervorragend steht, denn sie sind rank und schlank, wirken in jeglicher Hinsicht beweglich. Mit anderen Worten: Sie haben die sozialen Anforderungen inkorporiert. Die dahinter stehenden Perfektionierungsanstrengungen bleiben verborgen. Der Rückschluss vom attraktiven Körper auf einen wachen Geist bleibt unhinterfragt.

## **Soziale Altenarbeit zwischen Risiken und Chancen**

Soziale Arbeit mit älteren Menschen ist mit beiden Phänomenen, der Prekarisierung und dem Aktivierungsparadigma, unmittelbar konfrontiert – über die Lebenslagen ihrer AdressatInnen und durch die eigene Einbindung in die kommunale Sozial(hilfe-)politik und damit verbunden in sozialpolitische Beratungs- Entscheidungs- und Umsetzungsprozesse. Kaum weniger als die Jugendhilfe ist sie in Gefahr, zur Exklusionsverwalterin von Adressatengruppen zu werden, deren Integration wenig realistisch ist – zumindest in das, was aktuell gesellschaftlich als nützlich und moralisch legitim anerkannt wird. Ihre besondere Qualität bezieht diese Gefahr im Feld der Sozialen Altenarbeit aus der schwachen rechtlichen Regulierung, die eine ausgeprägte Abhängigkeit von den Bundes- und Landesmodellprogrammen und somit von den ambivalenten Begründungen und Wirkungen aktivierender Sozialpolitik mit sich bringt. Sowohl aus Sicht der Adressaten und Adressatinnen, die jenseits akuter materieller und gesundheitlicher Notlagen keine einklagbaren Rechte hinsichtlich der Lebensbewältigung vorfinden, als auch aus Sicht der Profession ist also zu bedauern, dass die im Vergleich zur Jugendhilfe schwache Verrechtlichung wohl auch in Zukunft bestehen bleibt, weil weder ein „Altenhilfegesetz“ noch das geplante „Altenhilfestrukturegesetz“ (BMFSFJ 2001: 38) als kleinere Lösung in Sicht sind. Chancen der Professionalisierung ergeben sich dennoch: aus den mit eben jener rudimentären Regelung verbundenen Gestaltungsspielräumen und aufgrund der ausgeprägten Schnittstellenproblematiken, zu deren Lösung die „Generalisten“ der Sozialen Arbeit in besonderer Weise beitragen können. Dies setzt selbstverständlich voraus, dass die Fachkräfte über die Lebenslagen und potenzielle Unterstützungsbedarfe zur Lebensbewältigung von Menschen in der zweiten Lebenshälfte umfassend informiert sind. Aus der Perspektive der Kritischen Gerontologie kommt es zudem darauf an, die soziökonomischen Rahmenbedingungen des Altwerdens und Altseins zu den eigenen (aktivierenden) Paradigmen und Handlungsmethoden in Beziehung zu setzen, um die eigenen Methoden nicht nur gekonnt anzuwenden, sondern auch mit Blick auf den eigenen Beitrag zur Konstruktion der Lebensphase Alter prüfen zu können.

### **3. Kritische Gerontologie und Soziale Altenarbeit – vorläufiges Fazit**

Wenn sich Soziale Altenarbeit der Subjektivierung und Moralisierung von sozialer Ungleichheit entgegenstellen und der „Wiederkehr der Reaktion“, verstanden als offensive Verteidigung von Privilegien einerseits und von Disziplin und Unterordnung der Unterprivilegierten andererseits (Brumlik 2009) entgegenstellen will, ist sie sowohl auf die kritischen Impulse der Gerontologie als auch der eigenen Theorie- und Forschungstraditionen angewiesen. Sie benötigt solche Orientierungspunkte, um unter Bedingungen wachsender sozialer Ungleichheit bei gleichzeitiger Stärkung des Aktivierungsparadigmas und Ausdehnung desselben auf die Gruppe der Älteren deren Lebensbewältigung angemessen zu begleiten, einen Beitrag zur Emanzipation älterer Menschen von Herrschaftsdiskursen zu leisten und das eigene professionelles Handeln zu reflektieren. Zu fragen ist deshalb, ob die Soziale Altenarbeit mit dieser Orientierung vertraut ist und wie die zukünftigen Chancen stehen, kritische gerontologische und eigene Wissenschaftstraditionen aufzugreifen und weiter zu entwickeln.

Bisher wurde der Fachdiskurs über Aufgaben und Paradigmen Sozialer Arbeit im Kontext der sozialen Altenhilfe kaum von der Gerontologie angestoßen. Die Impulse kamen vielmehr häufig aus der Sozialpolitik. Bisweilen lässt sich die Fachdiskussion in den vergangenen Jahrzehnten aber auch selbst als Anstoß politischer Diskussionen identifizieren, der dann je nach altpolitischem „Zeitgeist“ und Unterstützung seitens der Alten selbst aber eben auch abhängig von der finanziellen Lage der Träger der Altenhilfe mehr oder weniger erfolgreich war. Der teils reaktive, teils aktive Diskurs ist außerdem dadurch gekennzeichnet, dass theoriegeleitete paradigmatische Auseinandersetzungen und konzeptionelle Konkretisierungen miteinander verknüpft wurden und er häufig nicht nur im Dialog mit Wissenschaft und Hochschulbildung, sondern auch mit der Politik und den älteren Menschen selbst stattfand. Die regelmäßige Verknüpfung von Theorie, Empirie und (Projekt-)Praxis und auch die Breite des fachlichen Austauschs sind wesentlich darauf zurückzuführen, dass die Chance Sozialer Altenarbeit, ihre Expertise in innovative Vorhaben zur Gestaltung einer zeitgemäßen sozialen Altenhilfe einzubringen überwiegend dann bestand, wenn im Rahmen von Bundes- oder Landesmodellprogrammen nicht gedeckte Bedarfe aufgespürt oder konkretisiert und nach Möglichkeiten ihrer Befriedigung gesucht werden sollte. Die Interessen der Adressaten und Adressatinnen spielten im so gerahmten Diskurs über die Ausgestaltung sozialer Altenhilfe und Sozialer (Alten-)Arbeit stets ebenso eine Rolle wie professionelle Interessen, die wiederum zwischen den auftraggebenden Ministerien und der Wissenschaft, zwischen den verantwortlichen politischen Ebenen, einzelnen Trägern und Anbietern sowie zwischen den involvierten Berufsgruppen oft erheblich differierten (Aner 2010a).

Diese ambivalenten Rahmenbedingungen haben wohl einen wesentlichen Anteil daran, dass die Fachdiskussion der Sozialen Arbeit über ihre Rolle bei der Begleitung älterer und hochaltriger Menschen noch heute nicht auf dem Stand ist, der angesichts der oben skizzierten Situation und deutlichen Zunahme von Adressatinnen und Adressaten im sog. dritten und vierten Lebensalter notwendig wäre. Gleichwohl hat sich die Fachlichkeit Sozialer (Alten-)Arbeit im Sachbereich Sozialer Altenhilfe insbesondere seit den 1980er Jahren wesentlich weiterentwickelt und es lässt sich beobachten, dass die anwendungsbezogenen Konzeptentwicklungen von einer Art nachholender Entwicklung eines kritischen Theoriediskurses begleitet war und ist (vgl. ebd.). Baut man darauf auf, nimmt die traditionell vorhandene sozialanwaltschaftliche Expertise Sozialer Arbeit hinzu und ergänzt sie noch um die Geschlechterperspektive (vgl. u.a. Pichler 2010) und einen kultursensiblen Blick (u.a. Olbermann 2009; Schweppe/Schröer 2009, 2010), ergeben sich beste Voraussetzungen dafür, den Blick auf die eigene Funktion wie auch das eigene Handeln unter den Bedingungen aktivierender Sozialstaatlichkeit schärfen.

So ließe sich z. B. analysieren, wie und warum – zumindest im politischen Diskurs – derzeit die Gewinnung und Einbindung ehrenamtlicher Kräfte als eine „klassische“ Aufgabe Sozialer Arbeit eine Renaissance erlebt: Gerade Ältere, von beruflichen Verpflichtungen befreit, sollen ihren Lebensabend produktiv gestalten und dabei Leistungsdefizite und personelle Unterausstattung u.a. bei den öffentlichen wie freigemeinnützigen Trägern sozialer Hilfen kompensieren (vgl. Hammerschmidt 2010: 30). Kritisch gerontologisch betrachtet, ist zu betonen, dass auf diese Weise die Wohlfahrtsproduktion wohl kaum angemessen gesichert werden kann und die produktive Einbindung im Interesse aller Beteiligten nur dort funktionieren kann, wo eine professionelle Infrastruktur mit entsprechender Personalausstattung dafür bereit steht (Aner 2006; Bettmer 2007; Aner/Hammerschmidt 2007). Zu kritisieren ist zudem, dass hierbei die Alten einem Verwertungszusammenhang ausgesetzt, der jedoch „strukturalistisch verkürzt dargestellt [wäre], wenn er als ausweglose Einpassung der Nutzerinnen und Nutzer Sozialer Arbeit [...] aufgefasst würde. Vielmehr gilt es, die Ambivalenzen und Widersprüche auszuloten, die auch dieser Prozess mit sich bringt, um damit mögliche Freiräume für die Nutzerinnen und Nutzer zu ermöglichen“ (Kessl/Otto 2003: 70).

Allerdings gehören nicht zuletzt die professionellen Vorstellungen von dem, was „Freiräume für die Nutzerinnen und Nutzer“, hier die älteren AdressatInnen Sozialer Arbeit, eigentlich sind, auf den Prüfstand. Instruktiv hierfür sind die soziologisch inspirierten Vorschläge von van Dyk (2009: 617ff.). Jedoch kann man bei dieser Prüfung durchaus auch an eigene Theorietraditionen anknüpfen. So ließen sich z. B. die Überlegungen zur „Advokatorischen Ethik“ (Brumlik 2004) aufgreifen und die advokatorischen Wirkungen von Konzepten und Interventionen mit Blick auf das Alter hinterfragen (vgl. Breinbauer 2008). Advokatorik wurde

in der (Sozial-)Pädagogik bisher in den Kontext des pädagogischen Umgangs mit Unmündigen gestellt und kritisch reflektiert: mit dem Ergebnis, dass ein solches Deuten und Handeln, sofern es nicht anwaltschaftlich, sondern vormundschaftlich erfolgt, nur ethisch reguliert und vorübergehend legitim ist. Auch im Umgang mit Alten ist Advokatorik zu beobachten, wenngleich dieses Phänomen in der modernen Sozialen Altenarbeit weniger offensichtlich ist als noch vor Jahren. Zahlreiche geragogische und präventive Ansätze sind gleichwohl zumindest „negativ advokatorisch“ (ebd.: 298) im Sinne der Vorbeugung gegenüber einem als unerwünscht angesehenen Ereignis. Durch eine ethische Reflexionsfolie lässt sich der wohlgemeinte sozialwissenschaftliche Blick auf die Lebensphase Alter auch als „eine Art Nötigung“ betrachten – so wenn biografische Anschlüsse von den Individuen aber auch von den (zu schaffenden) Sozialstrukturen gefordert werden – auf dass die Alten „anschlussfähig“ bleiben an eine dynamische Welt, die ihnen sonst fremd zu werden droht (ebd.: 306). Warum soll den alten Menschen die Welt nicht fremd werden dürfen? Wie können gerade SozialwissenschaftlerInnen das fordern, die sich viel auf ihren professionellen „fremden Blick“ zugute halten und seine Vorzüge auch im Privatleben oft zu schätzen wissen? Welche Vorstellungen oder Befürchtungen über das eigene Leben im Alter projizieren SozialpädagogInnen unter dem Label der Entfremdung auf die AdressatInnen (vgl. dazu auch Aner 2010b)? Warum tun sie dies, während sie in anderen Kontexten vehement für die Akzeptanz von (jugendlichen) Teilkulturen kämpfen? In besonderer Weise deutlich wird die – zumeist ausgeblendete oder dementierte – advokatorische Haltung schließlich, wenn man sich vor Augen hält, dass auch noch Menschen im Vierten Lebensalter die konstruktive Bewältigung von Verlusten zugetraut – aber eben auch zugemutet wird (vgl. Bubolz-Lutz 2000). Ein Bewusstsein über die „sozialpädagogische Provokation“ (Karl 2005), die in der letzten Lebenszeit steckt, ist notwendig und muss erst noch entwickelt werden. Zwar stimmen wir gern Herrmann Hesse zu und folgen seiner Beschreibung, dass auch noch die Todesstunde uns neuen Räumen jung entgegen senden könnte. Doch Literaten verweisen ebenso auf andere Aspekte dieser oft abhängigen und bewusstlosen Phase, wie jüngst Hennig Mankell: „Das höchste Alter ist eine seelische Feldschlacht, die sich in totaler Dunkelheit abspielt. Eine Feldschlacht, die unerbittlich zu einer Niederlage führt“ (Mankell 2010: 91).

Die Bewahrung und Weiterentwicklung der eigenen kritischen Fachlichkeit auf der Basis gerontologischer Erkenntnisse verlangt nicht zuletzt, diese in den disziplinären Diskurs und die Ausbildung oder Weiterbildung von SozialarbeiterInnen und SozialpädagogInnen hinein zu tragen. Hilfreich dürfte dabei sein, die eigenen Forschungsmethoden selbstbewusster als bisher aufzugreifen. Praxisforschung, partizipatorische Forschung, Aktionsforschung etc. haben in der Sozialen Arbeit eine lange Tradition. Zwar haben Lehrende die Wirkungen ihrer Lehre und ForscherInnen die Verwertung ihrer Forschung – sei es durch die Lernenden, sei es durch Auftraggeber, durch die Fach- und/oder politische Öffentlichkeit –

niemals vollständig in der Hand, so dass sich eine per se positive Konnotation der Methoden verbietet. Dennoch ist jeder Versuch eines sozialpädagogisch inspirierten Beitrags zu einer kritischen Alternswissenschaft wichtig, gerade weil die sozialpädagogische Forschung über ihr Forschungsfeld „Praxis Sozialer (Alten-)Arbeit“ auch und gerade solche Älteren erreicht und als ExpertInnen ihrer Lebenswelt anerkennt, die viele andere Disziplinen trotz ausgefeilter Methoden der Forschung und Datenanalyse allenfalls von weitem oder eben als Beforschte zu sehen bekommen. Vielleicht finden sich ja gerade bei den weniger privilegierten Alten Aspekte von Identität und Lebensführung, die sich der Zurichtung des Alters widersetzen.

## Literatur

- Amann, Anton/Kolland, Franz (2008): Vorwort. In: dies. (Hrsg.) (2008): 9-11
- Amann, Anton/Kolland, Franz (Hrsg.) (2008): Das erzwungene Paradies des Alters? Fragen an eine Kritische Gerontologie. Wiesbaden: VS
- Aner, Kirsten (2005): „Ich will, dass etwas geschieht!“ Wie zivilgesellschaftliches Engagement entsteht – oder auch nicht. Berlin: edition sigma
- Aner, Kirsten (2006): Wunsch und Wirklichkeit. Zivilgesellschaftliches Engagement zwischen sozialpolitischen Erwartungen und individuellem Handeln. In: neue praxis (np) 36. Jg., Heft 1/2006, S. 53-67
- Aner, Kirsten (2010a): Soziale Altenhilfe als Aufgabe Sozialer Arbeit. In: Aner, Kirsten/Karl, Ute (Hrsg.) (2010): 33-50
- Aner, Kirsten (2010b): Soziale Beratung und Alter. Irritationen, Lösungen, Professionalität. Opladen & Farmington Hills 2010: Barbara Budrich
- Aner, Kirsten/Hammerschmidt, Peter (2008): Zivilgesellschaftlich produktiv Altern. Eine kritische Analyse ausgewählter Modellprogramme. In: Erlinghagen, Marcel/Hank, Karsten (Hrsg.) (2008): Produktives Altern und informelle Arbeit in modernen Gesellschaften. Wiesbaden: VS: 259–276
- Aner Kirsten/Karl, Fred/Rosenmayr, Leopold (Hrsg.) (2007): Die Neuen Alten - Retter des Sozialen? Wiesbaden: VS
- Aner, Kirsten/Karl, Ute (2008a): Einleitung. In: dies. (Hrsg.) (2008b), S. 1-7
- Aner, Kirsten/Karl, Ute (Hrsg.) (2008b): Lebensalter und Soziale Arbeit: Ältere und alte Menschen. Band 5 der Reihe Basiswissen Soziale Arbeit, hrsg. von Hans-Günther Homfeldt und Jürgen Schulze-Krüdener. Baltmannweiler: Schneider
- Aner, Kirsten/Karl, Ute (Hrsg.) (2010): Handbuch Soziale Arbeit und Alter. Wiesbaden: VS
- Baars, Jan (1991): The Challenge of Critical Gerontology: The Problem of Social Constitution. In: Journal of Aging Studies 5: 219-243
- Baars, Jan (2003): Ansätze zu einer kritischen Gerontologie. In: Karl, Fred/Meyer, Martha (Hrsg.) (2003): Internationale Gerontologie. Kasseler Gerontologische Schriften Band 32: 67-87
- Ballussek, Hilde von/Bernstein, Reiner (Hrsg.) (1980): Sozialarbeit und Altenhilfe. Bericht über eine Tagung des Deutschen Zentrums für Altersfragen e. V. vom 12. bis 14. November 1979 in Berlin. Berlin: DZA

- BMFSFJ (Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend) (2001): *Altenhilfestrukturen der Zukunft. Neue Wege finden, neue Wege gehen. Das Modellprogramm „Altenhilfestrukturen der Zukunft“ im Überblick.* Berlin: Eigenverlag
- Bettmer, Franz (2007): Anerkennung, Macht und Gemeinsinn. Voraussetzungen eines neuen Altersbildes. In: Aner Kirsten/Karl, Fred/Rosenmayr, Leopold (Hrsg.) (2007): 111–126
- Böhnisch, Wolfgang (2010): Alter, Altern und Soziale Arbeit – ein sozialisatorischer Bezugsrahmen. In: Aner, Kirsten/Karl, Ute (Hrsg.) (2010): 187-193
- Brumlik, Micha (2009): Die Wiederkehr der Reaktion. In: Otto, Hans-Uwe/Sünker, Heinz (Hrsg.) (2009): *Demokratische Bildung oder Erziehung zur Unmündigkeit. Pädagogisch-politische Alternativen heute.* Lahnstein: verlag neue praxis: 1-14
- Bubolz-Lutz (2000): Bildung und Hochaltrigkeit. In: Becker, Susanne/Veelken, Ludger/Wallraven, Klaus Peter (Hrsg.): *Handbuch Altenbildung. Theorien und Konzepte für die Ukunft.* Opladen: Leske + Budrich: 326-349
- Butler, R.N. (1980): Ageism. A Foreword. In: *Journal of Social Issues.* 36. Jg.: 8-11
- Breinbauer, Ines Maria (2008): Wider die advokatorische Haltung gegenüber dem Alter. In: Ferring, Dieter/Haller, Miriam/Meyer-Wolters, Hartmut/Michels, Tom (Hrsg.) (2008): *Soziokulturelle Konstruktionen des Alters. Transdisziplinäre Perspektiven.* Würzburg: Königshausen & Neumann: 295-310
- Braun, Sebastian (2001): Konjunktur und Ambivalenz einer gesellschaftspolitischen Debatte. In: *Leviathan*, 29. Jg., H. 1/2001: 83-109
- Dyk, Silke van (2007): Kompetent, aktiv, produktiv? Die Entdeckung der Alten in der Aktivgesellschaft. In: *Prokla. Zeitschrift für kritische Sozialwissenschaft.* 36. Jg./H. 1/2007: 93-112
- Dyk, Silke van (2009): Das Alter: adressiert, aktiviert, diskriminiert. Theoretische Perspektiven auf die Neuverhandlung einer Lebensphase. In: *Berliner Journal für Soziologie.* 19: 601-625
- Dyk, Silke van/Lessenich, Stefan/Denniger, Tina/Richter, Anna (2010): Die „Aufwertung“ des Alters. Eine gesellschaftliche Farce. In: *Mittelweg* 36. 19. Jg. H. 10-11/2010: 15-32
- Engels, Dietrich (2010): Lebenslagen im Alter – Einkommen und Vermögen. In: Aner, Kirsten/Karl, Ute (Hrsg.) (2010): 289-300
- Estes, Caroll L./Swan, J. H./Grearard, L. E. (1982): Dominant and competing paradigms in gerontology: Toward a political economy of aging. In: *Aging and Society* 2: 151-164
- Friebertshäuser, Babara/Prenzel, Annedore (1997): Einleitung. In: dies. (Hrsg.): *Handbuch Qualitative Forschungsmethoden in der Erziehungswissenschaft.* Weinheim/München: Juventa: 11-26
- Dahme, Heinz-Jürgen/ Wohlfahrt, Norbert (2003): Aktivierungspolitik und der Umbau des Sozistaats. In: Dahme, Heinz-Jürgen/Otto, Hans-Uwe/Trube, Achim/Wohlfahrt, Norbert (Hrsg.) (2003): 75-100
- Dahme, Heinz-Jürgen/Otto, Hans-Uwe/Trube, Achim/Wohlfahrt, Norbert (Hrsg.) (2003): *Soziale Arbeit für den aktivierenden Staat.* Opladen: Leske + Budrich
- Engels, Dietrich (2010): Lebenslagen im Alter – Einkommen und Vermögen. In: Aner, Kirsten/Karl, Ute (Hrsg.) (2010): 289-300
- Gubrium, Jaber F. (1975): *Living and Dying at Murray Manor,* New York: St. Martin's Press



- Hammerschmidt, Peter (2010): Soziale Altenhilfe als Teil kommunaler Sozialhilfepolitik. In: Aner, Kirsten/Karl, Ute (Hrsg.) (2010): 19-32
- Hammerschmidt, Peter/Tennstedt, Florian (2010): Sozialrecht und Sozialpolitik für das Alter. In: Aner, Kirsten/Karl, Ute (Hrsg.) (2010): 235-246
- Karl, Fred (2003): Sozial- und verhaltenswissenschaftliche Gerontologie – ein multi- und interdisziplinäres Projekt. In: ders. (Hrsg.) (2003): Sozial- und verhaltenswissenschaftliche Gerontologie, Weinheim und München: Juventa: 1-18
- Karl, Fred (2005): Demenz und Sozialpädagogik. In: Schewpe, Cornelia (Hrsg.) (2005), S. 131-140
- Karl, Fred; Tokarski, Walter (1989): Die „neuen Alten“. Zur Einordnung eines ambivalenten Begriffs. In dies. (Hrsg.) (1989): „Die neuen Alten“, Beiträge der XVII. Jahrestagung der Deutschen Gesellschaft für Gerontologie in Kassel 22.-24.09.1988, Kasseler Gerontologische Schriften 6, Kassel, S. 9-14
- Kessl, Fabian/Otto, Hans-Uwe (2003): Aktivierende Soziale Arbeit. Anmerkungen zur neosozialen Neuprogrammierung Sozialer Arbeit. In: Dahme, Heinz-Jürgen/Otto, Hans-Uwe/Trube, Achim/Wohlfahrt, Norbert (Hrsg.) (2003): 57-73
- Kricheldorf, Cornelia (2008): Auf der Suche nach einem Profil. Soziale Arbeit im Handlungsfeld Pflege. In: Blätter der Wohlfahrtspflege(BlW). H. 5/2008: 185-188
- Wolfgang Klafki (1976): Aspekte kritisch-konstruktiver Erziehungswissenschaft. Gesammelte Beiträge zur Theorie-Praxis-Diskussion. Weinheim/Basel: Beltz
- Klein, Ansgar (2001): Der Diskurs der Zivilgesellschaft. Politische Hintergründe und demokratietheoretische Folgerungen. Opladen: Leske + Budrich
- Kocka, Jürgen (2003): Zivilgesellschaft in historischer Perspektive. In: Forschungsjournal Neue Soziale Bewegungen. 16. Jg., H. 2/2003: 29-37
- Kohli, Martin (1985): Die Institutionalisierung des Lebenslaufs. In: Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie 37. Jg.: 1-29
- Lessenich, Stefan/Otto, Ulrich (2005): Das Alter in der Aktivgesellschaft – eine Skizze und offene Fragen zur Gestalt eines „Programms“ und seinen Widersprüchen. In: dies. (Hrsg.) (2005): Partizipation und Inklusion im Alter. Aktuelle Herausforderungen. Jena: edition paideia: 5-18
- Maaser, Wolfgang (2003): Normative Diskurse der neuen Wohlfahrtspolitik. In: Dahme, Heinz-Jürgen/Otto, Hans-Uwe/Trube, Achim/Wohlfahrt, Norbert (Hrsg.) (2003): 17-36
- Olbermann, Elke (2009): Kultursensible Altenhilfe. In: Aner/Karl (Hrsg.) (2009): 138-150
- Pichler, Barbara (2010): Aktuelle Altersbilder: „junge Alte“ und „alte Alte“. In: Aner, Kirsten/Karl, Ute (Hrsg.) (2010): 415-425
- Rose, Barbara (2004): Wer bestimmt die Qualität? Anmerkungen zum Qualitätsdiskurs und seinen Wirkungen in der Sozialen Arbeit. In: Beckmann, Christoph/Otto, Hans-Uwe/Richter, Martina/Schrödter, Mark (Hrsg.) (2004): Qualität in der Sozialen Arbeit. Zwischen Nutzerinteresse und Kostenkontrolle: Wiesbaden: VS: 211-220
- Schefold, Werner (2005): Soziapädagogische Forschung. Stand und Perspektiven. In: Thole, Werner (Hrsg.) (2005): Grundriss Soziale Arbeit. Wiesbaden: VS: 881-902
- Sozialpolitik aktuell (2010): Sozialversicherungspflichtige Beschäftigte im rentennahen Alter online: [[http://www.sozialpolitik-aktuell.de/tl\\_files/sozialpolitik-aktuell/\\_Politikfelder/Arbeitsmarkt/ Datensammlung/PDF-Dateien/abbIV105.pdf](http://www.sozialpolitik-aktuell.de/tl_files/sozialpolitik-aktuell/_Politikfelder/Arbeitsmarkt/ Datensammlung/PDF-Dateien/abbIV105.pdf)]. Zugriff: 20.10.2010]

- Mankel; Henning (2010): Tiefe. Wien: Paul Zsolnay
- Schefold, Werner (2005): Soziopädagogische Forschung. Stand und Perspektiven. In: Thole, Werner (Hrsg.), S. 881-902
- Schmidt, Roland (1999): Die Modernisierung Sozialer Arbeit mit alten Menschen. In: Jansen, Birgit/Karl, Fred/Radebold, Hartmuth/Schmitz-Scherzer, Reinhold (Hrsg.) (1999): Soziale Gerontologie. Weinheim/Basel: Beltz: 659-682
- Schwepe, Cornelia (Hrsg.) (2005): Alter und Soziale Arbeit. Theoretische Zusammenhänge, Aufgaben- und Arbeitsfelder. Baltmannsweiler: Schneider
- Schröer, Wolfgang/Schwepe, Cornelia (2008): Alte Migrantinnen und Migranten – Vom Kulturträger zum transnationalen Akteur? In: Aner, Kirsten/Karl, Ute (Hrsg.) (2008b): 151-160
- Trube, Achim/Wohlfahrt, Norbert (2003): Arbeitszwang und Bürgeraktivierung. Der Deutsche Fürsorgetag und das Janusgesicht des aktivierenden Sozialstaats. Sozial Extra. 8-9/2003: 26-30
- Wendt, Wolf Rainer u.a. (1996): Zivilgesellschaft und soziales Handeln. Bürgerschaftliches Engagement in eigenen und gemeinschaftlichen Belangen. Freiburg: Lambertus
- Zimmer, Anette; Nährlich, Stefan (Hrsg.) (2000): Engagierte Bürgerschaft. Traditionen und Perspektiven. Opladen: Leske + Budrich

*Prof. Dr. rer. pol. Kirsten Aner, Alice-Salomon-Hochschule Berlin, Alice-Salomon-Platz 512627 Berlin*  
*E-Mail: [aner@ash-berlin.eu](mailto:aner@ash-berlin.eu)*



Silke van Dyk

## Vom Schattendasein zum Bodenschatz?

### Die gesellschaftliche Entdeckung des Post-Erwerbslebens

---

#### 1. Einleitung

Seit der Rentenreform 1957 kam alten Menschen in Deutschland eine Sonderrolle zu: Vergleichsweise gut versorgt wurden sie in den „wohlverdienten Ruhestand“ entlassen und von gesellschaftlichen Erwartungen weitgehend entbunden. Sie führten eine gut abgesicherte Nischenexistenz, der allenfalls unter Versorgungsgesichtspunkten im Rahmen von Rentendiskussionen ein gewisses Maß an öffentlicher Aufmerksamkeit zu Teil wurde. Davon kann aktuell keine Rede mehr sein: Von der Nebenbühne ins Scheinwerferlicht gerückt, avanciert das Alter zum politischen und medialen Top-Thema – und zwar in doppelter Hinsicht. Die Botschaft ist ebenso einfach wie bestechend: Erstens gibt es – je nach Diktion – sehr oder zu viele Alte (Stichwort ‚Überalterung‘ der Gesellschaft). Zweitens können und sollen die Alten selbst – jünger, gesünder, fitter und gebildeter als je zuvor – Teil der Lösung des Alterungsproblems sein (Stichwort ‚empowerment‘ und ‚Aktivierung des Alters‘). Die alten Menschen, so die Botschaft weiter, *sollen* nicht nur Teil der Lösung sein, sondern sie *wollen* es auch<sup>1</sup> – denn die Nutzung ihrer Potenziale eröffnet nicht nur der Gesellschaft brachliegende Ressourcen, sondern verspricht zugleich den Alten selbst eine von den traditionellen Defizitperspektiven auf das abhängige Alter befreite Existenz als anerkanntes Subjekt der Aktivgesellschaft. Aktivierung des Alters als Potenzialnutzung, Anti-Diskriminierung und Teilhabesicherung in einem – „drei in eins“ –, wer wollte mehr?<sup>2</sup>

Ganz anders als bei der umkämpften Aktivierung der erwerbsfähigen Bevölkerung im Zuge der Hartz-Reformen, sind wir anscheinend mit einer Konstellation allseitigen Profits und Wohlgefallens konfrontiert, die wie sonst nur frisch gebackener Apfelkuchen oder glückliche Mutterschaft jeder erdenklichen Kritik enthoben wird. Dies gilt leider auch für weite Teile der deutschen Altersforschung, die seit einigen Jahren munter in das Lob der Altersaktivierung einstimmt. Tatsächlich aber erfordert die wissenschaftlich gebotene Skepsis gegenüber kuchengleichen win-win-Situationen in einer durch Machtverhältnisse und -ungleichgewichte geprägten Gesellschaft einen zweiten, kritischen Blick auf das Postulat der Altersaktivierung.

Ein solcher Blick offenbart: Auf eine sozio-ökonomische und politische Einbettung der aktivgesellschaftlichen Entdeckung des Alters, also auf eine Verortung im Kontext von liberaler Aktivierung, Deregulierung und Sozialabbau, wird ebenso verzichtet, wie auf eine (theoretisch) fundierte Auseinandersetzung mit Alten- und Altersfeindlichkeit (im Folgenden: *ageism*).

Den Problemen dieser politischen wie theoretischen entbetteten Altersaktivierung – die damit in einem gesellschaftlichen (Macht-)Vakuum platziert wird – widmet sich der erste Teil des Beitrags. Dabei wird sich erweisen, dass nicht nur die kritiklose, wissenschaftliche Affirmation der Altersaktivierung, sondern auch ihre gängige Kritik – im angelsächsischen Raum dezidiert und prominenter vorgebracht als im deutschsprachigen Kontext – häufig in eine Sackgasse führt. Das zweite Kapitel ist deshalb der Kritik der Kritik gewidmet: Allzusehnlich übertragen die Kritikerinnen der Aktivierung die „allgemeine“ Aktivierungskritik einfach auf die Lebensphase des Alters, so dass der Alters-Kontext mit all seinen Eigenarten im Hinblick auf *ageism*, auf Anerkennungs- und Identitätsfragen, auf Leistungsnormen und Lebenslage(n) in zentralen Facetten unausgeleuchtet bleibt. Inwiefern Ältere beispielsweise an den Effizienz- und Effektivitätskriterien der kapitalistischen Gesellschaft gemessen werden *wollen* – statt pauschal und kollektiv vor ihnen geschützt zu werden – gerät dabei mitunter aus dem Blickfeld. Erst durch die altersspezifische und diskriminierungssensible Reflektion der polit-ökonomischen und sozio-politischen Bedingungen der liberalen Aktivgesellschaft – also durch den kritischen Parallelblick auf Aktivierung *und* Diskriminierung –, kann eine überzeugende Kritik und eine der Komplexität des Gegenstandes angemessene Durchdringung der Neuverhandlung des Alters gelingen. In Zentrum dieses Fokus stehen die Ambivalenzen und Paradoxien des Alter(n)s, die auf der Basis der doppelten Kritikperspektive erkennbar werden, bevor abschließend die adressierten Älteren selbst, ihre Praktiken und Aktivitäten, ihre Widerstände und ihr „stillere Entzug“ in den Blick treten.

## 2. Die Aktivierung des Alters – eine Problematisierung in vier Schritten

Worum geht es eigentlich, wenn von Altersaktivität und den Potenzialen dieser neu entdeckten Lebensphase die Rede ist und das zuständige Ministerium konstatiert: „Das Know-how, die Kompetenz und die Lebenserfahrung Älterer dürfen weder in der Wirtschaft noch in der Gesellschaft weiter ungenutzt bleiben“ (BMFSFJ 2004: 2). Während das Projekt der „Rente mit 67“ nicht nur in der Bevölkerung, sondern auch unter Experten hoch umstritten ist und eine gewisse Sonderstellung einnimmt, geht es im Rahmen des *Win-Win*-Versprechens vor allem um die bessere Nutzung der Kompetenzen und Erfahrungen älterer Arbeitnehmer/innen, das in zahlreichen Modellprogrammen der Bundesregierung propagierte zivilgesellschaftliche Engagement in der Nacherwerbsphase, die Übernahme von

Betreuungs- und Pflegeleistungen im sozialen Nahraum sowie die selbstregulative Gesundheitsprophylaxe durch verantwortliche Lebensführung, gesunde Ernährung sowie geistige und körperliche Aktivität (BMFSFM 2010: vi). Die Popularisierung der selbstverantwortlichen Präventionsarbeit hat einen Boom der einschlägigen Ratgeberliteratur sowie entsprechender Konsumprodukte und Fitnessangebote ausgelöst und erfährt im Rahmen von Anreizprogrammen der Krankenkassen derzeit eine erste Institutionalisierung (vgl. das Programm „Unternehmen Leben“ der DAK, [www.dak.de](http://www.dak.de)).

## Die Altersforschung und die Aktivität

Es ist kein Zufall, dass die interdisziplinäre deutschsprachige Altersforschung dazu neigt, die politische Hinwendung zu den Aktivitäten und Potenzialen des Alters als Chance auszurufen – ist es doch stets das Ziel der gerontologischen Forschung gewesen, die hegemoniale passivierende Defizitperspektive auf das Alter zu überwinden. Vorherrschend in der gerontologischen Forschung ist seit den 1970er Jahren die Aktivierungsthese (Havighurst et al. 1964; Tartler 1961), derzufolge der bei vielen Alten zu konstatierende psycho-physische Abbau nicht die Ursache für die gesellschaftliche Ausgliederung ist, sondern deren Folge. Eine aktive gesellschaftliche Einbindung Älterer wirkt dem Alternsprozess entgegen und erhält die körperliche wie geistige Leistungsfähigkeit. Dass Gerontolog/innen deshalb zunächst das Herz aufgeht, wenn von der Aktivierung des Alters die Rede ist, mag also verständlich sein; eine über diesen herzerwärmenden Moment hinausgehende umfassende Entproblematisierung der Altersaktivierung zeugt jedoch von großer politischer Naivität, verkennt sie doch die Kontextbedingungen der Aktivitätsanrufung.

Die Prinzipien der Aktivierung und Eigenverantwortung stellen heute Schlüsselkategorien einer neuen Sozialpolitik dar, die die Responsibilisierung der Staatsbürger/innen und die Indienstnahme ihrer Kapazitäten mit einer „politischen Praxis des Sozialstaatsrück- und -umbaus kombiniert“ (Urban 2004: 468). Die Abmagerungskur für den Sozialstaat soll, wie es Hermann Kocyba (2004: 20) treffend formuliert hat, durch ein „Fitnessstraining der Zivilgesellschaft kompensiert werden“. Vor diesem Hintergrund ist es kurzichtig, wenn Altersforscher/innen die (gute) Aktivierung des Alters begrüßen, aber vor ihrer (bösen) Instrumentalisierung zwecks Kompensation wegrationalisierter öffentlicher (Dienst-)Leistungen warnen (BMFSFJ 2010: 137ff.; Backes 2006: 65; Zeman 2002: 21). Die Warnung bleibt ohne Biss, da sie von genau dem sozio-ökonomischen Kontext absieht, der das Postulat der Ressourcennutzung erst hervorgebracht hat und der damit die monierte Instrumentalisierung strukturell begründet. Die Instrumentalisierung ist nicht der Unfall, sondern die Regel; ohne sie wäre das aktive Alter weiterhin ein Orchideenthema für interessierte Gerontologinnen und Gerontologen.

Diese Kurzschlüssigkeit liegt nicht zuletzt darin begründet, dass die deutschsprachige Altersforschung recht theoriefrei operiert und auf eine gesellschaftstheoretische Verortung ihres Gegenstandes weitgehend verzichtet. Einflussreiche kritisch-gerontologische Strömungen aus dem angelsächsischen Raum – wie die *Critical Gerontology* oder die *Political Economy of Ageing* –, die den Status des „Altseins“ als soziale Konstruktion unter kapitalistischen Vorzeichen analysieren (z.B. Estes 1979; Phillipson 1982; Estes et al. 2003; Holstein/Minkler 2003), werden nicht rezipiert. Eine solche theoretische Rückbindung würde jedoch vor so manchem Irrweg bewahren: So ist in einem gesellschaftlichen Kontext, in dem die Zeichen auf individuelle Verantwortungsübertragung stehen, in dem statt der sozialen Verhältnisse das Verhalten der Subjekte zum Ansatzpunkt politischer Steuerung geworden ist, realistischerweise nicht zu erwarten, dass die (nach wie vor altersfeindlich strukturierten) Rahmenbedingungen des Alter(n)s zum prominenten politischen Thema werden, wie es sich die gerontologische Forschung (mehr oder weniger explizit) wünscht. Auch geht es im Zuge der Popularisierung von Altersaktivität eben weniger um den – von der Gerontologie betonten – *individuellen* Nutzen der Aktivität und das Wohlbefinden der adressierten Älteren als um den *gesellschaftlichen* Nutzen ihrer Lebensführung. Eingebettet in diesen Kontext wird Altersaktivität als eigenverantwortliche „Arbeit an sich selbst und an der eigenen Entwicklung“ (Baltes/Montada 1996: 3) zum Wohle der Gesamtgesellschaft propagiert, während gleichzeitig bis dato gesellschaftlich gewährleistete soziale Sicherheiten im Feld der Renten-, Pflege- und Gesundheitspolitik reduziert werden, politische Initiativen gegen Altersdiskriminierung in Deutschland weiterhin in den Kinderschuhen stecken und es nach wie vor, aller demographischpolitischen Bewusstseinsenerweiterung zum Trotz, an altersgerechten Arbeitsplätzen fehlt.

### **Aktivierung und Eigenverantwortung – wenn Menschen wollen sollen**

Während eine formale Verpflichtung zur Aktivität nahezu einhellig zurückgewiesen wird, entgehen der deutschsprachigen Altersforschung in ihrer vereinfachenden Gegenüberstellung von (zurückgewiesenem) Zwang und (gewünschter) Freiwilligkeit, die mit weichen Steuerungsmechanismen – wie dem moralischem Appell an die Eigenverantwortung – einhergehenden Machtverhältnisse und Normierungszwänge. Erstaunlicherweise bleibt die große Bandbreite theoretischer und empirischer Analysen, die herausarbeiten, dass und inwiefern die neuen Freiheiten und Modi der Selbststeuerung (auch) mit neuen Formen der Kontrolle einhergehen, weitgehend ungehört. „Herrschaft durch Autonomie“ (Moldaschl 2001: 132), „Selbstverwirklichungszwänge“ (Boltanski/Chiapello 2006: 462), „Organisierte Selbstverwirklichung“ (Honneth 2002: 141) – die Paradoxien spätmoderner Vergesellschaftung scheinen um die Welt des Alters einen großen Bogen zu machen. In der mantramäßigen Zurückweisung formaler Aktivitätsverpflichtungen und der

Entproblematisierung formaler Freiwilligkeit operieren viele Altersforscher/innen unterhalb der theoretischen Höhe der Zeit.

Tatsächlich geht mit der Benennung der Möglichkeit (wie der Erwartung), das Alter aktiv und produktiv zu bewältigen, im Zuge der Popularisierung von Eigenverantwortung sowie der Privatisierung sozialer Sicherung die gesellschaftliche Erwartung einher, dass die als möglich konstruierte Leistung – gesund und selbstständig zu altern – auch erbracht wird (Biggs/Powell 2001: 96). So wird durch das neue Leitbild des aktiven und produktiven Alterns „die gerade offensichtlich gewordene Pluralisierung des Alters [...] nun einer, wenn man so will, neuen gesellschaftlichen Rahmung ausgesetzt, deren Leitkriterien mit ‚gesellschaftlicher Verpflichtung‘, ‚gesellschaftlicher Selbstlegitimation‘ und ‚Remoralisierung‘ umschrieben werden können“ (von Kondratowitz 1998: 62). Hierbei geht es gerade nicht um die zwangsweise Verpflichtung Älterer, sondern um die moralische Anleitung zum vernünftigen ‚Sich-Verhalten‘ als ‚alter ego‘ der sozialpolitischen Regulierung des Alters – die im Zweifelsfall nicht weniger tiefgreifend ist.

Die Re-Regulierung des Alters vollzieht sich nicht in erster Linie als ‚von außen‘ erzwungener Prozess – als Instrumentalisierung oder Verpflichtung der widerstrebenden alten Menschen –, sondern durch Verlagerung der Regulierung in die Subjekte selbst, durch Anleitung zur Selbstführung (Foucault 1987: 255f.). Wenn es gelingt, die Verankerung des Produktivitätspostulats und die eigenverantwortliche Sorge für ein erfolgreiches und produktives Alter als gesellschaftliche („wahre“) Leitideen zu verankern, steigt die Wahrscheinlichkeit, dass die Lenkung der alternden Individuen zunehmend mit ihrer Selbstführung zusammenfällt. Dies vorausgesetzt, würde Zwang nicht mehr das primäre Medium der Disziplinierung darstellen (ohne deshalb automatisch gänzlich an Bedeutung zu verlieren). Die gouvernementalitätstheoretische Machtanalyse der „government in the name of truth“ (Gordon 1991: 8) würde in diesem Fall zum „government of old people in the guise of successful ageing“ (Tulle-Winton 1999: 283).

Im Zentrum der sich herausbildenden alten- und sozialpolitischen Ordnung steht dabei ein aktivierender Staat, der auf die Veränderung defizitärer Persönlichkeitsstrukturen zielt: Die rhetorisch beschworenen, durch den alten Versorgungsstaat angeblich entmündigten Subjekte bedürfen, so der Gedanke von Programmen wie Rhetoriken, (zunächst) der politischen Führung, um zu den gewünschten, sich selbst steuernden, unternehmerischen Subjekten zu werden (Lessenich 2006). Für den Bereich der Altersaktivierung ist diese Beschwörung in den Altenberichten der Bundesregierung zu beobachten, die eine im Tonfall schärfer werdende moralische Verpflichtung der Älteren festschreiben – so im jüngst erschienen Sechsten Altenbericht der Bundesregierung: „Eine selbst- und mitverantwortliche Lebensführung im Alter ist aus der Perspektive der Sechsten



Altenberichtskommission durchaus im Sinne einer normative Anforderung zu interpretieren“ (BMFSFJ 2010: 28). Paradox an dieser „normativen Anforderung“ ist, dass der allerorten propagierte Aktivitätswunsch der Älteren – beschworen als ein Pol der allen zum Vorteil reichenden *Win-Win*-Situation –, offenkundig erst erzeugt werden muss – durch politische „Führung“ und entsprechende Rhetorik. Liegt das Alterspotenzial etwa (noch) schlummernd auf dem Sofa, spaziert es selbstgenügsam über die Alpen oder sortiert in aller Ruhe zu Hause Fotos, an denen kein gesellschaftlicher Bedarf besteht?

Das Paradigma des eigenverantwortlichen und aktiven Alter(n)s ist also nicht ganz so unproblematisch und „freiwillig“, wie es zunächst erscheint: Politiker/innen wie Wissenschaftler/innen definieren, was die Alten zum Wohle der Gesellschaft *wollen sollen* und formulieren mit unverhohlener Schärfe eine entsprechende Erwartungshaltung: „Das für jeden älter werdenden Menschen bestehende Recht, Potenziale zu entwickeln und zu verwirklichen, korrespondiert auch für jeden einzelnen Menschen – im Rahmen der jeweils bestehenden Möglichkeiten – mit Pflichten, nicht nur gegenüber der eigenen Person, sondern auch gegenüber der Gesellschaft“ (BMFSFJ 2010: 28).<sup>3</sup>

Da nicht alle Ältere über die gleichen zu mobilisierenden Ressourcen verfügen, gilt es an dieser Stelle zudem auf eine weitere Schieflage des Potenziale-Diskurses aufmerksam zu machen: Hier redet ganz offenkundig die Mittelschicht über sich selbst. Hier rufen Mittelschichtsakteure Mittelschichtsbilder des ‚erfolgreichen‘, weil aktiven und produktiven Alter(n)s an – und ‚die Alten‘ dazu auf, in ihrer alltäglichen Lebensführung diesen Bildern nachzueifern. Die Vorzeige-Alten, die in der öffentlichen Diskussion als Rollenmodelle präsentiert werden, könnten gutbürgerlicher – und insofern stereotyper – nicht gezeichnet sein: da geht es um ehemalige Manager, die Jungunternehmer beraten, um pensionierte Lehrerinnen, die sich um Problemjugendliche kümmern oder um Großeltern, die regelmäßig mit ihren Enkeln die Kinderoper besuchen. Eine kleine, privilegierte Minderheit materiell wohl ausgestatteter, gut gebildeter Senior/innen wird zum Maßstab einer anerkannten Altersaktivität erkoren, den die mit weniger ökonomischem und kulturellem Kapital gesegneten Alten nur verfehlen können. Ihnen werden die (neuen) Freiheiten der Altersaktivitätseliten geradezu zwangsläufig zu disziplinierenden Normierungen, denen sie sich wiederum nur bei Strafe weiterer sozialer Benachteiligung entziehen können.

### **Altern als Scheitern oder: Von der Produktivität eines gemeinwohlverträglichen Ablebens**

Im Rahmen der moralischen Aktivitäts(an)forderung geht es aber nicht nur um konkrete Aktivitäten im Alter – vom ehrenamtlichen Engagement über

die Pflegetätigkeit bis hin zur fortgesetzten Erwerbsarbeit –, sondern um den Prozess des Alterns selbst: Im Zuge der Versprechen medizinisch-technischer Innovationen, der Philosophie der Wellness und der Fitness sowie des Postulats eigenverantwortlicher Gesundheitsprävention gilt das Alter immer weniger als Schicksal (van Dyk/Graefe 2010). Das Nicht-Altern wird sukzessive zu einer Frage der Wahl und des individuellen Bemühens – und das Altern zum Scheitern infolge von Aktivitäts- und Präventionsverweigerung. In einem populärwissenschaftlichen Buch zum erfolgreichen Altern heißt es: „The frailty of old age is largely reversible [...] what does it take to turn back the ageing clock? It’s surprisingly simple. [...]. Success is determined by good old-fashioned hard work.“ (Rowe/Kahn 1998: 102) Wer altert hat also nicht genug an sich gearbeitet. Wo die Feststellung, dass Altern kein Prozess des notwendigen und natürlichen Abbaus ist, zunächst das Potential birgt, verbreiteten Defizitperspektiven und gesellschaftlich tief verankerter Altersfeindlichkeit entgegen zu treten (vgl. dazu das folgende Kapitel 3), ist sie zugleich ein Instrument der Disziplinierung und Normierung, das insbesondere mit einer Abwertung des kranken und hochaltrigen Alters einhergeht. Tatsächlich dürfte sich im Zuge der Betonung der Plastizität des Alternsprozesses der Druck auf die heute Hochaltrigen im Vergleich zu früheren Generationen erhöht haben: das hohe, abhängige, kranke Alter wird zum Scheiternsfall des „Unternehmen(s) Leben“ (www.dak.de). Wo der Platz der so genannten ‚unverantwortlichen‘ Alten – der Kranken und Schwerstpflegebedürftigen, der Verwirrten und demenziell Erkrankten – sein soll, blieb im Rahmen der Entdeckung „Ressource Alters“ lange Zeit unbeantwortet.

Dieser Frage nimmt sich nun ausführlich der im November 2010 veröffentlichte Sechste Altenbericht der Bundesregierung an. Es ist uneingeschränkt zu begrüßen, dass in einer Zeit, da ältere Menschen insbesondere dafür gewürdigt werden, gar nicht alt zu sein, das hohe und höchste Alter mehr Aufmerksamkeit erhält. Doch leider propagieren die Sachverständigen selbst im Hinblick auf die Grenzsituationen des Lebens noch ein (flexibel angepasstes und modifiziertes) Aktivitäts- und Produktivitätsparadigma. Niemand in dieser Gesellschaft, so der Bericht, sei dem normativen Postulat selbstbestimmten Lebens enthoben, auch Menschen „in äußerlich abhängigen Situationen“ seien „als unabhängig wahrzunehmen“ (BMFSFJ 2010: 125). So verdienstvoll es ist, auf die *Möglichkeit* einer selbstbestimmten Gestaltung auch des pflegebedürftigen Alters hinzuweisen, so schnell bestätigt die Kommission, dass dort, wo Potenziale aufscheinen, der Nutzungsimpuls nicht weit ist: „Menschen dürfen nicht nur als Hilfebedürftige wahrgenommen werden, sondern als Menschen, die uns etwas zu bieten haben“ (ebd.) – und sei es die positive Bewältigung des eigenen Todes und die darin sich ausdrückende Vorbildfunktion für nachfolgende Generationen Sterbender ist. Statt den Menschen als grundsätzlich – in jedem Alter und jeder Lebensphase – in unterschiedlicher Weise auf Andere verwiesenes und bedürftiges Wesen zu akzeptieren,<sup>4</sup> wird eine an den mittleren

Lebensjahren orientierte Form der (vermeintlichen) Unabhängigkeit produziert, die den Grenzsituationen des Lebens nicht gerecht werden kann. Wenn selbst die Gestaltung des Lebensendes als ein potenziell produktiver Akt gepriesen wird, der der Gesellschaft mittelbar zu Gute kommt, gerät die bedingungslose Anerkennung und Würdigung jedes menschlichen Wesens – und sei es noch so hilfsbedürftig – aus dem Blick.

## **Aktivierung als Politik der Anti-Diskriminierung?**

Eines der beliebtesten Argumente der Altersaktivitäts-Apologeten ist der Hinweis darauf, dass mit der Aktivierung des Alters ein großer Schritt im Kampf gegen *Ageism* und Altenfeindlichkeit vollzogen sei, womit Aktivierungs-Kritiken zugleich schnell im Verdacht einer eben solchen Abwertung des Alters stehen. Diese Perspektive blendet jedoch Entscheidendes aus:

Erstens interessieren die Potentiale der Alten neuerdings vor allem deshalb, weil die Alten zugleich als Problem wahrgenommen werden. Es zeugt von einem offen negativen Altersbild, wenn der wachsende Anteil älterer Menschen an der Gesellschaft im Sinne einer „Überalterung“ als Last diskutiert (und als AltersLASTquotient gemessen) wird. Vergreisung, Innovationsblockade, Rentnerrepublik, Demografieschock – das Vokabular, mit dem die alternde Gesellschaft beschrieben wird, ist in seinen Konnotationen mehr als deutlich. Als Ressource werden die Älteren also vor allem entdeckt, um das durch ihre große Zahl verursachte Problem zu lösen.

Zweitens bleibt unerkannt, dass nicht die Abwertung des Alters grundsätzlich in Frage steht, sondern lediglich die empirische Gültigkeit von Defizitperspektiven für aktive und leistungsfähige ältere Menschen. Während junge Alte politisch, medial und wissenschaftlich zunehmend als Ko-Produzenten und aktive Subjekte adressiert werden, verbleiben hochaltrige Menschen – vom eben zitierten jüngsten Altenbericht abgesehen – im Objektstatus als zu Pflegenden, zu Betreuenden, zu Versorgenden (Gilleard/Higgs 2000: 199); man könnte von einem ‚Fahrstuhleffekt‘ ganz besonderer Art sprechen, würden die klassischen Altersattribute doch einfach im Lebenslauf nach ‚oben‘ verschoben.

Drittens wird verkannt, dass die Abschaffung diskriminierender Maßnahmen, Regelungen und Praktiken notwendige Voraussetzung für eine gelungene Altersaktivität ist. Bevor die älteren Menschen zum Handeln aufgerufen und mit der Aussicht auf Anerkennung zur Nutzung ihrer Potenziale bewegt werden, müsste eine konsequente Anti-Diskriminierungspolitik für die Gruppe Älterer den Anfang machen. Die Idee, dass ältere Menschen in *Vorleistung* gehen müssen, um anerkannt und aufgewertet zu werden, steht einer bedingungslosen Anti-Diskriminierungsperspektive diametral entgegen. Ganz anders verhielt es sich

beispielsweise mit der zeitlich früher als in Deutschland zu datierenden Entdeckung des aktiven und produktiven Alters in den USA, die in den 1980er Jahren aus der Debatte um *ageism*, sprich der Debatte um politische und rechtliche Lösungen für ausbleibende Teilhabemöglichkeiten und Benachteiligungen alter Menschen, erwuchs (Butler 1975; Butler/Gleason 1985).

Viertens erweist sich das Versprechen der „Anerkennung für (Potenziale-)Nutzung“, wie bereits angedeutet, als blind für Fragen und Probleme des *age-imperialism* als spezifischer Form der Altersfeindlichkeit: „By age imperialism here is meant the imposition of the goals, aims, priorities and agendas of one age group onto and into the lives of other age groups. [...]. It is a more sophisticated ageism than a simple dislike of old age“ (Biggs 2004: 103; vgl. ähnlich bereits Cole 1984). Ganz im Gegensatz zum Tenor der deutschen Diskussion, im Rahmen derer Aktivität im Alter zum Garant gegen *ageism* wird, zeigt diese Perspektive auf, inwiefern das Aktivitätspostulat selbst altenfeindlich strukturiert ist, indem es sich einseitig an den (Aktivitäts-)Normen der mittleren Lebensjahre ausrichtet. Die aktuelle politische Rahmung der Altersaktivierung als *de facto* Anti-Diskriminierungspolitik kann auf Basis der skizzierten Implikationen des Aktivierungsparadigmas nur zurückgewiesen werden.

### **3. Von den Ambivalenzen der Altersaktivierung und der Gefahr, das Alter als differentes Anderes schützen zu wollen**

Vornehmlich im angelsächsischen Raum finden wir, wie skizziert, eine polit-ökonomisch fundierte Kritik der Altersaktivierung, die diese an die Rahmenbedingungen des auf Eigenverantwortung und Aktivierung setzenden flexiblen Kapitalismus zurückbindet und sie kritisch im Kontext des Ab- und Umbaus wohlfahrtsstaatlicher Leistungen reflektiert (Estes et al. 2003; Holstein/Minkler 2003; Biggs/Powell 2001). Auch in der deutschsprachigen aktivierungskritischen Literatur aus dem Kontext der Wohlfahrtsstaats- und Arbeitsmarktforschung sind wichtige Anknüpfungspunkte für eine Kritik der Altersaktivierung zu finden. Zugleich wäre es jedoch irreführend, den skizzierten alterspolitischen Paradigmenwechsel *ausschließlich* als neoliberale Wende des Altersregimes zu kritisieren und den altersspezifischen Implikationen des Feldes – und den mit diesen einhergehenden Ambivalenzen der Aktivierungsanrufung – keine weitere Beachtung zu schenken.

#### **Zur Altersspezifik der Aktivierungsanrufung**

Die feministische Wohlfahrtsstaatsforschung (Knijn/Ostner 2002) hat seinerzeit dafür sensibilisiert, dass sozialpolitische De-Kommodifizierung nur für diejenigen ein soziales Recht auf (Markt-)Unabhängigkeit bedeutet, die unter den gegebenen

gesellschaftlichen Bedingungen kommodifiziert, also in die Erwerbsarbeit eingebunden sind. Die Geschlechterforscherinnen wiesen darauf hin, dass die Frage nach einer progressiven Sozialpolitik deshalb aus frauenpolitischer Perspektive neu formuliert werden müsse. In analoger Weise müsste eine kritische Altersforschung aufzeigen, dass die Aktivierung von Menschen, deren erwerbsgesellschaftliche De-Aktivierung durch die Altersrente (nach wie vor) wohlfahrtsstaatliche Prämisse ist und deren Abwertung und Stereotypisierung wesentlich auf der festen Verankerung passivitätsorientierter Altersbilder beruht (z.B. Filipp/Mayer 2005), ebenfalls nach eigenen Maßstäben zu diskutieren ist. Erst die Sensibilisierung für diese Maßstäbe kann den Blick für ambivalente Effekte der Altersaktivierung öffnen: Denn wenn – wie bei Älteren häufig der Fall – bereits die Befähigung zu selbstständigem Handeln und aktiver Gestaltung grundsätzlich in Zweifel gezogen wird, bedürfen die Konsequenzen einer aktivierungspolitischen Programmatik, die alte Menschen als Ko-Produzenten ihrer Lebensverhältnisse anerkennt, besonderer Aufmerksamkeit. Die Aktivierung des Alters ist, wie eingangs bereits angedeutet, in ihrer Komplexität also nur zu verstehen und zu kritisieren, wenn zugleich die allgegenwärtige Diskriminierung und Ausgrenzung des Alters thematisch wird. Auch ist das – durchaus gegebene – allgemeine Bestreben, aktiv und gesund zu sein, sicherlich mehr als allein das Produkt eines liberalen Aktivierungsdiskurses und der Versprechen einer jugendorientierten „consumer culture“, bedienen doch beide zu unmittelbar den Impuls zur Verdrängung des Alters als letzte Station vor dem Tod.<sup>5</sup>

So problematisch aus den bereits diskutierten Gründen das Postulat des aktiven Alterns ist, so wenig darf vernachlässigt werden, dass damit die tief verankerte, biomedizinisch begründete Defizitperspektive auf das Alter, die traditionell wenig Handlungsspielräume für ältere Menschen einräumte, zumindest erschüttert worden ist: „Jede Förderung von Autonomie und Eigenverantwortung, so instrumentell sie auch sein mag, birgt in sich ein subversives Potential, das zumal in einer gesellschaftlichen Gruppe, die strukturell arm an Anerkennungsressourcen ist, sukzessive gedeihen könnte“ (van Dyk/Lessenich 2009: 544). Auch ist zu bedenken, dass die heute adressierten und zur Aktivität aufgerufenen jungen Alten – sollten sie dieser Anrufung denn entsprechen –, irgendwann wahrscheinlich ihre Ehrenämter und Walking-Stöcke niederlegen werden und nicht selten auf Hilfe und Unterstützung angewiesen sein dürften. Ob sie sich dann still und genügsam aus der gesellschaftlichen Mitte verabschieden, um im Ohrensessel ihrer Vorfahren Platz zu nehmen und auf den Tod zu warten, wird abzuwarten sein; zu vermuten ist aber, dass „die (alten) Geister, die man rief“, neue Ansprüche stellen und sich nicht ohne weiteres verabschieden werden.<sup>6</sup>

## Fallstricke der Aktivierungskritik

Die Kritik der Altersaktivierung im Kontext der *Critical Gerontology* geht zumeist mit der Kritik des *age-imperialism*, also der Orientierung des Alters an den Normen der mittleren Lebensjahre einher. So instruktiv dieser Ansatz für die Zentralstellung einer ganz anderen Altersfeindlichkeit ist, so problematisch ist zugleich die aufscheinende, selbstverständliche Annahme einer klaren Differenz zwischen ‚Alter‘ und ‚Nicht-Alter‘. Es überrascht, dass auch Vertreter/innen der *Critical Gerontology*, die mehrheitlich dem sozialkonstruktivistischen Paradigma zuzurechnen sind, in ihrer berechtigten Kritik am Aktivitäts- und Produktivitätsideal auf eine vermeintlich natürliche Evidenz des Alters zurückgreifen, das in seiner Integrität nicht beschädigt werden soll (Holstein/Minkler 2003: 795). So deutet Andrews die verbreitete Tendenz zur ‚Alterslosigkeit‘ (*agelessness*) als eine neue Form der Altersfeindlichkeit und plädiert für die Anerkennung des Alters als eigenständiger, differenter Lebensphase: „While difference is celebrated in axes such as race, gender, religion and nationality, the same is not true for age“ (Andrews 1999: 309). Offen bleibt jedoch, wo und wie eine solche Linie der Differenz zu ziehen wäre – und warum, würde man wie üblich die Ruhestandsgrenze wählen, eine 70-jährige Marathonläuferin mehr mit einem 90-jährigen Dementen gemein haben soll als mit einem 40-jährigen Manager.

Indem die Kritik am *age-imperialism* und damit die Anpassung an die Normen des mittleren Lebensalters einseitig in den Vordergrund gerückt werden, gerät die Diskriminierung des Alters (*ageism*) bisweilen aus dem Blick – und damit die aus dieser Perspektive zu berücksichtigenden ambivalenten Effekte einer Adressierung des Alters als potenziell leistungsfähiger Lebensphase. Die Verknüpfung von Aktivierungskritik und Kritik des *age-imperialism* neigt stattdessen dazu, das Alter zu renaturalisieren und es als biologisch bestimmtes ‚Anderes‘ per se dem Zugriff der liberalen Aktivierung zu entziehen. An die Stelle einer umfassenden Kritik liberaler Aktivierung im flexiblen Kapitalismus (für alle) tritt der pauschale Schutz einer in hohem Maße heterogenen Gruppe – mit allen Problemen dieser naturalisierten Schutzbedürftigkeit für eine diskriminierungssensible Politik.

Wenn ich damit (auch) die verpflichtende Ruhestandsgrenze problematisiere, die in einer kapitalistischen Erwerbsgesellschaft mitsamt ihrer erwerbsarbeitsgestützten Anerkennungsordnung zu Statusverlusten für Rentner/innen führen kann, wirft dies die grundlegende gesellschaftspolitische Frage auf, wie Einkommen, Erwerbsarbeit, nicht-erwerbsförmige Tätigkeiten und der Raum für „zweckfreies Sein“ im Kapitalismus so verteilt werden können, dass ein höchstmögliches Maß an Versorgung und Anerkennung für alle Alten, auch für die nicht oder nicht mehr „Leistungsfähigen“, garantiert ist (van Dyk 2010: 33f.). Eine bloße Abschaffung des verpflichtenden Ruhestandsalters unter den gegebenen gesellschaftlichen Bedingungen kann diesen Anspruch jedoch nicht erfüllen.

## 4. Das Alter zwischen Aktivität, Entzug und Protest

„Real empowerment and real change will occur, if they do, from the bottom up. Old people themselves must articulate their values, envision goals for themselves, and organize to topple the old order of paternalistic, sympathetic powerbrokers in the legislative and executive branches of government, private service and advocacy organizations, and religious denominations.“ (Whittington 2009: 312)

Alterwerden im flexiblen Kapitalismus erweist sich in der Zusammenschau des Skizzierten als hochambivalente Angelegenheit: Weder kann und darf die sozialwissenschaftliche Beobachtung der Altersaktivierung vom umfassenden Trend zur Aktivgesellschaft entkoppelt werden, noch ist es möglich, die Analysen der aktivierungskritischen Wohlfahrtsstaats- und Arbeitsmarktforschung einfach auf das Alter und dessen Aktivierung zu übertragen. Erst wenn die Spezifika der Altersphase berücksichtigt werden, wenn die (nach wie vor) hoch legitimierte Ausgliederung aus dem Arbeitsmarkt ebenso wie umfassende strukturelle und alltägliche Diskriminierung Älterer in die Analyse einbezogen werden, kann eine Kritik gelingen, die der Komplexität des Gegenstandes gerecht wird.

Dieser „Doppelperspektive“ von Aktivierungskritik und Diskriminierungssensibilität folgend, kann strategisch auf der Schiene der Entdeckung des aktiven Alters gesurft werden: Die aktuelle Konjunktur und die neue Aufmerksamkeit für das Alter können genutzt werden, um auf die mangelnden Möglichkeiten für ein selbstbestimmtes Alter in einer strukturell altersfeindlichen Gesellschaft hinzuweisen. Eine sich immer größerer Beliebtheit erfreuende Strategie sollte sich dabei von selbst verbieten: der ‚Schutz‘ des Alters vor seiner gesellschaftlichen Indienstnahme (als Pflegeressourcen und Dienstleister) durch seine Re-Biologisierung, d.h. durch den Verweis auf das Alter als natürlichen Prozess und notwendige Phase des Rückzugs und der Entlastung. Stattdessen gilt es dafür zu sensibilisieren, dass die Nutzung von Altersressourcen im Zuge neoliberaler Umstrukturierungen kollektiver Sicherungssysteme im Zweifelsfall wenig mit der – uneingeschränkt zu begrüßenden – Ermöglichung selbstgewählter Altersaktivität zu tun hat. Die Aktivitäten, die heute von den Alten erwartet werden, müssen sich keineswegs mit den von den Alten selbst gewünschten Aktivitäten decken. Manchmal *kann* Widerspenstigkeit schon mit einem Winter auf Teneriffa, exzessivem Kreuzworträtsellösen oder dem hingebungsvollen Sortieren von Briefmarken anfangen – egal wieviele Ehrenämter auf Engagement, Enkelkinder auf Betreuung und *Fitness for Best Ager*-Kurse auf einen Besuch warten.

*Kann* – wohlgemerkt, denn die Frage des Umgangs Älterer mit der lauter werdenden Aktivierungsanrufung ist ein komplexes Feld: Tatsächlich kann die Verweigerung der mit Nachdruck ‚gewünschten‘ Altersaktivität ebenso widerständig wie Aus-

druck verinnerlichter Defizitzuschreibungen an das Alter oder Resultat fehlender Opportunitätsstrukturen sein. Umgekehrt kann der sich gegen Diskriminierung und Unsichtbarmachung richtende (alltägliche) Kampf um soziale Anerkennung in einer altenfeindlich strukturierten Gesellschaft schnell mit der Reproduktion zunehmend kommerzialisierter, jugendorientierter Normen zusammenfallen – und die Negativkonnotation des Alters damit noch verstärken.

Wie alte Menschen sich in diesem komplexen Geflecht bewegen (werden), ist eine der spannendsten Fragen, die sich der sozialwissenschaftlichen Altersforschung stellen. Dafür ist – entgegen des quantitativ orientierten *Mainstreams* in der deutschsprachigen Gerontologie – eine Altersforschung gefragt, die die Älteren selbst zu Wort kommen lässt, statt vornehmlich *über* sie zu sprechen und/oder sie im Rahmen standardisierter Verfahren entlang vorgegebener Relevanzen zu vermessen. Der Fokus auf Prioritäten und Präferenzen Älterer dürfte sich dadurch deutlich verschieben, dass „von oben“ propagierte *win-win*-Versprechen, demzufolge gesellschaftlicher Bedarf und individuelles Aktivitätsstreben Älterer harmonisch in eins fallen, Risse bekommen. Von „Zeitsouveränität und langem Frühstück“ ist weder in den Altenberichten der Bundesregierung noch in den Modellprogrammen des Bundesseniorenministeriums zu lesen, sehr wohl aber in Interviews mit jungen Alten, die auf die Frage antworten, was sie am Leben im Ruhestand schätzen.

## Anmerkung

- <sup>1</sup> „In dem ältere Menschen ihre Verantwortung [...] erkennen und als persönliche Verpflichtung deuten, tragen sie nicht nur zu einer (notwendigen) Entlastung nachfolgender Generationen bei. Zahlreiche empirische Studien belegen: Die Übernahme der Aufgaben trägt dem Bedürfnis älterer Menschen, tätig zu sein, gebraucht zu werden und Teil der Gemeinschaft zu sein, Rechnung, fördert Selbstwirksamkeits- und Kontrollüberzeugungen und verhilft zu einer höheren Lebenszufriedenheit“ (BMFSFJ 2010: 28f.).
- <sup>2</sup> „The beauty of this strategy is that it is good for everyone: from citizens of all ages as ageing individuals, in terms of maximizing their potential and quality of life, through to society as a whole, by getting the best from human capital, extending community participation and solidarity, avoiding intergenerational conflicts and creating a fairer, more inclusive society“ (Walker 2002: 137).
- <sup>3</sup> Inwiefern solche Leitbilder und Diskurse von den Subjekten tatsächlich aufgegriffen werden, kann nur empirisch erschlossen werden; verschiedene Arbeiten aus dem Kontext der kritischen Aktivierungsforschung sowie Analysen zum unternehmerischen Selbst und zum flexiblen Menschen (z.B. Legnaro/Birenheide 2008) deuten jedoch darauf hin, dass die aktivierungspolitische Anrufung (zunehmend) zu konkreten – die Anrufung immer modifizierenden – Handlungslogiken verarbeitet wird, die den eminent materiellen Charakter gesellschaftlicher Diskurse und Leitideen zu Tage treten lassen.
- <sup>4</sup> „We must demystify ideals of self-sufficiency and independence and promote a conception of equality that begins with our relationality and neediness“ (Feder Kittay 2001: 530).



- <sup>5</sup> Umgekehrt scheint genau diese Verdrängung aber anschlussfähig an die Prämissen der kommerzialisierten Aktivgesellschaft zu sein: „Die subjektive Plausibilität des Verlangens, bis zu einem möglichst späten Tod ohne große Krankheiten und Beschwerden zu leben, korrespondiert [...] bezeichnend mit den Erwartungen der Außenwelt: des Arbeitsmarktes auf ungeschmäleretes Leistungsvermögen, der Versicherungen auf einen kostenneutralen Lebensabend, der Gesellschaft insgesamt auf allzeit fittes, freundliches und optimistisches Erscheinungsbild“ (Siemons 2002).
- <sup>6</sup> Ob, an welchem Punkt und für wen Ermächtigung in Eigensinn und Selbstbestimmung oder aber in Entmündigung und Unterwerfung umschlägt, ist dabei allein empirisch, wahrscheinlich selten eindeutig und nur vom Einzelfall ausgehend zu bestimmen. Die Autorin leitet gemeinsam mit Stephan Lessenich das Forschungsprojekt „Vom ‚verdienten Ruhestand‘ zum ‚Alterskraftunternehmer‘? Bilder und Praktiken des Alter(n)s in der aktivgesellschaftlichen Transformation des deutschen Sozialstaats nach der Vereinigung“, in dem den hier aufgeworfenen Fragen empirisch im Ost-West-Vergleich nachgegangen wird (vgl. [www.sfb580.uni-jena.de](http://www.sfb580.uni-jena.de)).

## Literatur

- Andrews, Molly (1999): The seductiveness of agelessness, in: *Ageing and Society* 19, S. 301-318.
- Backes, Gertrud. M. (2006): Widersprüche und Ambivalenzen ehrenamtlicher und freiwilliger Arbeit im Alter, in: Klaus R. Schroeter/Peter Zängl (Hg.), *Altern und bürgerschaftliches Engagement. Aspekte der Vergemeinschaftung und Vergesellschaftung in der Lebensphase Alter*, Wiesbaden, S. 63-94
- Baltes, Margret/Montada, Leo (1996): Vorwort, in: Baltes, Margret/Montada, Leo (Hg.), *Produktives Leben im Alter*, Frankfurt/New York, S. 1-3.
- Biggs, Simon (2004): New ageism: age imperialism, personal experience and ageing policy, in: Svein Olav Daatland/Simon Biggs (Hg.), *Ageing and diversity. Multiple pathways and cultural migrations*, Bristol, S. 95-106.
- Biggs, Simon; Powell, Jason L. (2001): A Foucauldian Analysis of Old Age and the Power of Social Welfare, in: *Journal of Aging & Social Policy*, 12 (2), S. 93-112.
- BMFSFJ (2010): Altersbilder in der Gesellschaft. Sechster Bericht zur Lage der älteren Generation in der Bundesrepublik Deutschland, Berlin.
- BMFSFJ (2004): Projektportrait: 5. Altenbericht, <http://www.dza.de/download/praesentation5ab.pdf>, 22.11.2009.
- Boltanski, Luc/Chiapello, Eve (2006): *Der neue Geist des Kapitalismus*, Konstanz.
- Butler, Robert N. (1975): *Why Survive? Being Old in America*, New York et al.
- Butler, Robert N./Gleason, Herbert P. (Hg.) (1985): *Productive Aging: Enhancing Vitality in Later Life*, New York.
- Cole, Thomas R. (1984): Age, Meaning, and Well-Being: Musings of a Cultural Historian, in: *International Journal of Aging and Human Development* 19, S. 329-336.
- van Dyk, Silke (2009): 'Junge Alte' im Spannungsfeld von liberaler Aktivierung, Ageism und Anti-Ageing-Strategien, in: Silke van Dyk/Stephan Lessenich (Hg.), *Die jungen Alten. Analysen zu einer neuen Sozialfigur*, Frankfurt/New York, S. 316-339.
- van Dyk, Silke/Graefe, Stefanie (2010): Fit ohne Ende – gesund ins Grab? Kritische Anmerkungen zur Trias Alter, Gesundheit, Prävention, in: *Jahrbuch für kritische Medizin* 46, S. 96-121.

- van Dyk, Silke/Lessenich, Stephan (2009): Ambivalenzen der (De-)Aktivierung: Altwerden im flexiblen Kapitalismus, in: WSI-Mitteilungen, 62 (10), S. 540-546.
- Estes, Caroll L. (1979): *The aging enterprise*, San Francisco.
- Estes, Caroll L./Biggs, Simon/Phillipson, Chris (2003): *Social Theory, Social Policy and Ageing*, Berkshire.
- Feder Kittay, Eva (2001): A feminist public ethic of care meets the new communitarian family policy, in: *Ethics*, 111 (3), S. 523-547.
- Filipp, Sigrun-Heide/Mayer, Anne-Kathrin (2005): Zur Bedeutung von Altersstereotypen, in: *Aus Politik und Zeitgeschichte B49-50*, S. 25-30.
- Foucault, Michel (1987): Das Subjekt und die Macht, in: Hubert L. Dreyfus/Paul Rabinow (1987), *Michel Foucault: Jenseits von Strukturalismus und Hermeneutik*, Frankfurt, S. 243-261.
- Gilleard, Chris/Higgs, Paul (2000): *Cultures of Ageing. Self, citizen and the body*, Harlow et al.
- Gordon, Colin (1991): Governmental Rationality: an Introduction, in: Graham Burchell/Gordon Colin/Peter Miller (Hg.), *The Foucault Effect. Studies in Governmentality*, Chicago, S. 1-52.
- Havighurst, Robert J./Neugarten, Bernice L./Tobin, Sheldon S. (1964): Disengagement and Patterns of Aging, in: *The Gerontologist* 4.
- Holstein, Martha/Minkler, Meredith (2003): Self, Society, and the 'New Gerontology', in: *The Gerontologist* 43, S. 487-496.
- Honneth, Axel (2002): Organisierte Selbstverwirklichung. Paradoxien der Individualisierung, in: Ders. (Hg.), *Befreiung aus der Mündigkeit. Paradoxien des gegenwärtigen Kapitalismus*, Frankfurt/New York, S. 141-158.
- Knijff, Trudie/Ostner, Ilona (2002): Commodification and de-commodification, in: B. Hobson et al. (Hg.): *Contested Concepts in Gender and Social Politics*, Cheltenham, S. 141-169.
- Kocyba, Hermann (2004): Aktivierung, in: Ulrich Bröckling/Susanne Krasmann/Thomas Lemke (Hg.): *Glossar der Gegenwart*, Frankfurt/M., S. 17-22.
- von Kondratowitz, Hans-Joachim (1998): Vom gesellschaftlich "regulierten" über das "unbestimmte" zum "disponiblen" Alter, in: Wolfgang Clemens/Gertrud Backes (Hg.), *Altern und Gesellschaft. Gesellschaftliche Modernisierung durch Altersstrukturwandel*, Opladen, S. 61-82.
- Legnaro, Aldo/Birenheide, Almut (2008): Regieren mittels Unsicherheit. Regime von Arbeit in der späten Moderne, Konstanz.
- Lessenich, Stephan (2006): Hoch die internationale Eigenverantwortung? Grenzen wohlfahrtsstaatlicher Solidarität, in: WSI-Mitteilungen, 59 (4), S. 181-185.
- Manfred Moldaschl (2001): „Herrschaft durch Autonomie – Dezentralisierung und widersprüchliche Arbeitsanforderungen“, in: Burkart Lutz (Hg.), *Entwicklungsperspektiven von Arbeit*, Berlin, S. 132-164.
- Phillipson, Chris (1982): *Capitalism and the construction of old age*, London.
- Rowe, John W.; Kahn, Robert L. (1998): *Successful Aging*, New York.
- Siemons, M. (2002): Werden Sie unsterblich. Nie wieder freie Radikale: Das neue Weltethos des Anti-Ageing, in: *Frankfurter Allgemeine Zeitung* vom 20.4.2002, S. 41.
- Tartler, Rudolf (1961): *Das Alter in der modernen Gesellschaft*, Stuttgart.

- Tulle-Winton, Emanuelle (1999): Growing old and resistance: towards a new cultural economy of old age?, in: *Ageing and Society* 19, S. 281-299.
- Urban, Hans-Jürgen (2004): Eigenverantwortung und Aktivierung – Stützpfiler einer neuen Wohlfahrtsarchitektur? In: *WSI-Mitteilungen*, 57 (9), S. 467-473.
- Walker, Alan (2002): A Strategy for Active Ageing, in: *International Social Security Review*, 55 (1), S. 121-139.
- Whittington, Frank (2009): Boomer Rumors: A commentary on Haber's Empowerment Paradigm, in: *Journal of Applied Gerontology* 28, S. 308-313.
- Zeman, Peter (2002): Zur Neugewichtung des Erfahrungswissens ältere Menschen, in: Institut für Soziale Infrastruktur; Bundesarbeitsgemeinschaft Seniorenbüros (Hg.), *Grundsatzthemen der Freiwilligenarbeit. Theorie und Praxis des sozialen Engagements und seine Bedeutung für ältere Menschen*, Stuttgart et al., S. 9-24.

*Dr. Silke van Dyk, Institut für Soziologie, Friedrich-Schiller-Universität, Carl-Zeiß-Str. 2, 07743 Jena*  
*E-mail: silke.vandyk@uni-jena.de*



Monika Alisch und Michael May

## **Stützung von Selbsthilfe und Selbstorganisation älterer Migrant(inn)en im Spannungsfeld zwischen Eigensinn und Sozialstaatlichkeit**

---

### **Zu Lebenslage und Vergesellschaftungsgrad älterer Migrant(inn)en**

Als ab 1955 Arbeitskräfte aus den südeuropäischen Ländern durch die Wirtschaft der Bundesrepublik angeworben wurden, gingen alle Beteiligten von einer vorübergehenden beruflichen Tätigkeit und einer Rotation als Remigration aus. Heute, knapp 35 Jahre nach dem Anwerbestopp (1973), erreichen immer mehr Angehörige der ersten Generation das Rentenalter und beabsichtigen gemeinsam mit ihren Familien auch ihren Lebensabend in Deutschland zu verbringen. Infolge der demografischen Entwicklungstendenzen, wonach auf der Basis einer mittleren Variante der Modellrechnungen die Zahl der 60-jährigen und älteren Menschen mit Migrationshintergrund sich bis 2030 im Vergleich zu heute fast verfünffachen soll, wird die Frage nach der Stellung dieser Bevölkerungsgruppe in der Gesellschaft immer drängender.

Die diesbezüglich in den letzten Jahren zahlreich durchgeführten Studien kommen alle einhellig zu dem Ergebnis, dass die „Lebensumstände“ ältere „Menschen ausländischer Herkunft aufgrund ihrer Migrationsbiografie und der diskriminierenden Lebensumstände in der Ankunfts-gesellschaft“ (Krumme/Hoff 2004: 459) nicht nur von geringerer Lebensqualität gekennzeichnet sind“ (ebd.; vgl. auch Özcan/Seifert 2006: 39; ISG/WZB 2009: 164 ff.). So unterliegt die Altersgruppe der über 60-jährigen aus der ersten Zuwanderergeneration bei „Kontrolle der sozialstrukturellen Merkmale von Alter, Bildung, Erwerbsstatus und Haushaltstyp“ (ISG/WZB 2009: 166) sogar im Vergleich zu Angehörigen der zweiten Generation ohne eigene Migrationserfahrung einem „signifikant höhere[m] Risiko, von Einkommensarmut betroffen zu sein“ (ebd.) – Frauen noch stärker als Männer (ebd.: 164). Darüber hinaus weist diese Bevölkerungsgruppe auch einen „geringeren Vergesellschaftungsgrad“ (Krumme/Hoff 2004: 459) auf. Beklagt wird diesbezüglich vor allem ihr deutlich geringeres Engagement in Vereinen und Gruppen (ebd.: 491; vgl. auch Geiss/Gensicke 2005; Haug/Müssig/Stichs 2009; Sauer 2009; 2010; kritisch dazu May 2010).

Dass die einzelnen Angaben der Studien besonders bezüglich der Mitgliedschaft in deutschen und „herkunftsbezogenen“ Vereinen zum Teil deutlich voneinander abweichen, unterstreicht die Fragwürdigkeit entsprechender Durchschnittswerte selbst bei repräsentativen Studien. Vergleiche unserer gerade in Auswertung befindlichen quantitativen Studie bezüglich verschiedener strukturierter Gemeinwesen (s.u.) legen den Schluss nahe, dass entsprechende sozialräumliche Unterschiede in den Stichproben diese Abweichungen sehr stark mitbedingt haben dürften.

Allerdings zeigen im Zusammenhang mit der Erprobung des Indikatorensets zum bundesweiten Integrationsmonitoring vorgenommene multivariate Regressionsanalysen (vgl. ISG/WZB 2009), dass selbst wenn „sozialstrukturelle Merkmale, zu denen das Bildungsniveau, das Haushaltseinkommen und der Tätigkeitsstatus der Befragten zählen“ (ebd.: 169), kontrolliert werden, „die Chancen von männlichen Migranten der ersten Generation, sich freiwillig zu engagieren, [...] deutlich unter denen von Männern ohne Migrationshintergrund“ (ebd.: 168) liegt. Ähnlich sähe dies auch für Frauen aus, die sich jedoch insgesamt „seltener freiwillig engagieren als Männer“ (ebd.). „Die geringere Chance auf gesellschaftliche Beteiligung von männlichen Migranten der ersten Generation“ (ebd.: 169) könnten weder durch „gesellschaftliches Interesse, Wertevorstellungen und Religionszugehörigkeit“ (ebd.) erklärt werden, noch vermöchten „Wohndauer und Urbanitätsgrad den Effekt des Migrationshintergrunds [...] auf(zu)klären“ (ebd.). Die Autor(inn)en der Studie sehen damit „eine Forschungsfrage aufgeworfen, der durch zukünftige Untersuchungen nachgegangen werden sollte“ (ebd.: 171).

Entsprechend war „die geringere Chance auf gesellschaftliche Beteiligung“ (ebd.: 169) von Zugewanderten der ersten Generation – allerdings beiderlei Geschlechts – auch ein wesentlicher Ausgangspunkt für das vom Bundesministerium für Bildung und Forschung (BMBF) für drei Jahre in der Forschungslinie SILQUA-FH geförderte Praxisforschungsprojekt „Ältere Migrant(inn)en im Quartier – Stützung und Initiierung von Netzwerken der Selbstorganisation und Selbsthilfe (www.AMIQUS.de)<sup>41</sup>. Dessen Ansatz und erste Ergebnisse nach der Hälfte der Laufzeit sollen im Folgenden dargestellt werden.

## Zielrichtung und Ansatz des AMIQUS-Projektes

Einem Ansatz „praktisch einhakender Sozialforschung“ (vgl. May 2008) verpflichtet, hat das AMIQUS-Projekt als ersten Schritt zur Umsetzung seiner im Projekttitel formulierten Zielsetzung in seinem ersten Jahr in vier sehr unterschiedlich strukturierten Quartieren mit hohem migrantischen Bevölkerungsanteil im Bundesgebiet jeweils Fokusgruppen von 20 älteren Migrant(inn)en ab 60 Jahren gebildet. In diesen sind die verschiedenen Ethnien, Religionen, Lebenslagen

und Lebensweisen dieser Zielgruppe aus den jeweiligen Untersuchungsgebieten entsprechend repräsentiert. Hier finden sich also Analphabeten neben Menschen, die in ihrem Herkunftsland ein Studium absolviert haben, verschleierte Frauen ebenso wie an westlichen Lebensstilen Orientierte, eher zurückgezogen Lebende, wie hochgradig sozial vernetzte und engagierte. Im Vordergrund der Arbeit in den Fokusgruppen stand zunächst die Erhebung der alltäglichen Formen der Selbstorganisation und Selbsthilfe sowie Raumeignung ihrer Mitglieder über solche qualitativen Verfahren wie regelmäßige tagebuchsähnliche Berichte bezüglich ihrer Alltagsorganisation (Sozialraum/Netzwerk-Tagebücher) über einen Zeitraum von zwei Monaten, Gruppendiskussionen, Nadel-Methode, Ortsbegehungen. Zudem wurden mit diesen Gruppen jeweils Zukunftswerkstätten durchgeführt, um mit ihnen gemeinsam

- ihre verschiedenen Problemsichten auf ihr gegenwärtiges Alltagsleben (= *Problempphase*) herauszuarbeiten sowie
- die damit häufig korrespondierenden Wunschperspektiven einer zukünftigen Organisation dieses ihres sozialen Lebens (= *Utopiephase*)
- einschließlich darauf aufbauender konkreter Projektvorschläge für dessen Verbesserung (= *Konkretisierungs- bzw. Umsetzungsphase*).

Die in den Zukunftswerkstätten entwickelten Projektideen werden nun mit den Praxispartnern vor Ort (städtischen Ämtern sowie freien Trägern der Migrations-, Alten- und Gemeinwesenarbeit) – handlungsforscherisch durch AMIQUUS begleitet – zu realisieren versucht. Über eine gerade abgeschlossene und in der Auswertung befindliche aktivierende Befragung in den Quartieren (n = 801) sollen nicht nur Interesse und Mitwirkungsbereitschaft der anderen zugewanderten Senior(inn)en aus den jeweiligen Gebieten an diesen Projekten erhoben werden. Vielmehr erlaubt die große Stichprobe auch eine interferenzstatistische Überprüfung der mit Hilfe qualitativer Methoden im ersten Jahr gewonnen Typologien zu Netzwerken, Raumnutzung und Interessenlagen. Zudem wird vermittels entsprechender Operationalisierungen der spezifischen Probleme dieser Zielgruppe auch eine quantitativ solide Bedarfsbestimmung möglich.

Als „praktisch einhakende Sozialforschung“ ist AMIQUUS damit seinem Anspruch zufolge nach mindestens drei Seiten hin gefordert:

1. Neben der wissenschaftlichen Verantwortung für valide, möglichst verallgemeinerbare Ergebnisse, die sich in die Forschungslandschaft ihres Gegenstandes einfügen, versucht es
2. eine starke und direkte Einbeziehung der älteren Menschen mit Migrationshintergrund – in all ihren lebenslagen- und lebensweisenbezogenen Eigensinnigkeiten – in den Prozess der Problemdefinition, Lösungsfindung sowie der konkreten partizipativen Projektentwicklung.

3. sind die für eine sozialstaatliche Verbesserung der Lebensbedingungen funktional zuständigen Träger einer sozialraumorientierten- bzw. gemeinwesenbezogenen Sozialen Arbeit – insbesondere aus dem Bereich der Alten- und Migrations- bzw. Integrationsarbeit der Kommunen – eng in den Prozess der partizipativen Projektentwicklung im Sozialraum (vgl. May 2008a) einzubeziehen und erwarten verwertbare, in ihre Praxislogik umsetzbare Ergebnisse.

Zweifellos ist dies ein spannungsreiches Unterfangen, besonders im Hinblick auf die Ausbalancierung der unterschiedlichen Logiken der Ansätze von Selbstorganisation und Selbsthilfe auf Seiten der älteren Migrant(inn)en sowie den sozialstaatlichen Logiken der verschiedenen Träger Sozialer Arbeit.

Gerade die Logiken der Ansätze von Selbstorganisation und Selbsthilfe älterer Migrant(inn)en werden – wenn sie nicht gar mit dem Begriff der Parallelgesellschaft belegt werden (vgl. Sauer 2009: 173; 2010: 153) – zumindest häufig als „*eigensinnig*“ apostrophiert. Zumeist ist dieser Begriff dann negativ konnotiert und wird mit mangelnder Integrationsbereitschaft in Verbindung gebracht. Allerdings kann ein sozialwissenschaftlich aufgeklärter Begriff von Eigensinn auch dazu beitragen, die entsprechenden Logiken der Ansätze von Selbstorganisation und Selbsthilfe älterer Migrant(inn)en in ihrer gesellschaftlich-historischen Genese zu rekonstruieren.

## **Zum Begriff von Eigensinn und seinem Bezug zu Ansätzen migrantischer Selbstorganisation**

Klassisch findet im deutschen Sprachraum der Begriff Eigensinn eher negativ Verwendung. Giaco Schiesser (vgl. 2004) hat nachgezeichnet, wie unter neuplatonischem Einfluss der bei Augustinus noch ambivalent verwendete Begriff der „*voluntas propria*“ – seit Luther mit dem Begriff des Eigensinns übersetzt – deutlich negativ besetzt wird und als Ursünde überhaupt erscheint. Entsprechend wird dann auch in Kirchners Wörterbuch der Philosophischen Grundbegriffe Eigensinn als eine „*Gesinnung*“ gefasst, „*welche zur hartnäckigen Verfolgung eines Grundsatzes oder eines Entschlusses ohne Achtung auf Gegen Gründe oder Hemmnisse oder den mangelnden Wert des Erstrebten antreibt*“ (1998: 164). Diese wird mit „*Leidenschaft*“ (vgl. ebd.: 326f.) in Verbindung gebracht und sogar als „*intellektueller Mangel*“ bezeichnet, höre doch der Eigensinn „*nicht das Urteil der Vernunft und entschließ[e] sich, ohne erwogen zu haben*“ (ebd.).

Schiesser (vgl. 2004: 5) zeigt weiterhin, wie in säkularisierter Form auch bei Rousseau der Begriff des Eigensinns – als „*volonté particulière*“ und damit Gegenbegriff zum „*volonté generale*“ – eine ausschließlich negative Bedeutung

behält. Die schon erwähnte Debatte um „Parallelgesellschaften“ schließt hier insofern an, als besonders in der Variante, wie sie in jüngster Zeit von konservativ/reaktionärer Seite her geführt wird, Formen der Organisation migrantischer Interessen als im negativen Sinne *eigensinnige* Artikulationsformen eines „volonté particulière“ zu diskreditieren versucht werden. Dies beginnt bereits, wenn im Hinblick auf Formen migrantischer Selbstorganisation und Selbsthilfe „ein Engagement“, das nur „auf die eigene ethnische Gemeinschaft“ (Huth 2007: 23) und nicht zugleich auch „auf einen größeren sozialen Zusammenhang und damit [...] auf das Gemeinwesen bezogen“ ist, das Attribut „bürgerschaftlich“ aberkannt wird. Wenn dann auch noch eine sogenannte „Deutsche Leitkultur“ als „volonté generale“ ausgegeben wird, bedeutet dies allerdings nichts anderes, als dass bloß ebenso *eigensinnig* der Egoismus einer bestimmten Bevölkerungsgruppe direkt in ein gesamtgesellschaftliches Verhältnis übertragen wird. Demgegenüber hat Uwe Hunger (vgl. 2006: 8 ff.) – im Anschluss an Habermas' Untersuchung zum Strukturwandel der Öffentlichkeit (vgl. 1990) – „Integration“ zu fassen versucht als „immerwährender Prozess, bei dem sich Menschen wechselseitig und wiederkehrend in ihren Interessen tangiert fühlen und sich damit ein öffentliches Interesse [als wirklicher ‚volonté generale‘ d.V.] konstituieren kann“ (ebd.).

Aus Uwe Hungers Perspektive wird „Integration“ also nur dort zu einem Thema, wo ein „öffentliches“ Interesse berührt wird. Was demgegenüber als *eigensinnige* „Privat“-Angelegenheit eines Menschen definiert wird, ist seiner Auffassung nach nicht Gegenstand von „Integration“. Von daher ist aber nicht nur das, was jeweils als „Integration“ bezeichnet wird, sondern auch die Grenze zwischen *eigensinnigen* „Privat“-Angelegenheiten und „öffentlichem“ Interesse bzw. „zwischen dem, was politisch ist, und dem, was nicht politisch ist, Gegenstand eines Konflikts“ (Fraser 1994: 257). Und so lässt sich im Anschluss an Nancy Fraser zeigen (vgl. May 2007: 50ff.), wie sich diese Konflikthaftigkeit bezüglich der zugewanderten Bevölkerung auch auf der Mikroebene sozialstaatlicher Ansätze der Interpretation und Befriedung von deren Bedürfnissen bzw. der Reaktion auf ihre als ‚abweichend‘ konnotierten eigensinnigen Formen der Bedürfnisartikulation und -befriedigung umsetzt. In all diesen Fällen, in denen es Streit darüber gibt, „was genau die verschiedenen Gruppen wirklich benötigen und wer in diesen Angelegenheiten das letzte Wort haben sollte“ (Fraser 1994: 249), (re-)produzieren sich damit zugleich soziale Prozesse der Differenz auf einer Ebene kulturell-ethnischer Zugehörigkeit.

Im Anschluss an Nancy Fraser und Uwe Hunger beansprucht AMIQUUS zu zeigen, in welcher Weise auch ältere Migrant(inn)en in der Bundesrepublik ihr „Bedürfnis, die Grenzen, was privat und was öffentlich in ihrer Aufnahmegesellschaft geregelt werden soll, ihrerseits zu verändern“ (Hunger 2006: 10) suchen. Hunger hat in diesem Zusammenhang die Bedeutung von – wie er es nennt – „ethnischen“ Öffentlichkeiten“ hervorgehoben, welche dann auch deren eigene



„Integrationsstrategien“ maßgeblich mitbestimmen, und er hat in diesem Zusammenhang eine Unterscheidung von „Privatisierungsstrategien“ und „Strategien einer stärkeren öffentlichen Einbindung“ vorgeschlagen. Von unserem auf Frasers Überlegungen aufbauenden Projektverständnis her, wären im Rahmen von AMIQUUS vor allem solche „Strategien einer stärkeren öffentlichen Einbindung“ aufzugreifen und zu unterstützen.

Da in der Planung von AMIQUUS die von uns künstlich unter Repräsentativitätsgesichtspunkten zusammengestellten Fokusgruppen älterer Migrant(inn)en in unseren vier Untersuchungsquartieren (s.o.) zunächst einmal als eine Art Untersuchungsinstrument bzw. Flankierung der anderen in der ersten Projektphase eingesetzten Forschungsmethoden – vor allem der Sozialraum/Netzwerk-Tagebücher – gedacht waren, wollten wir den vermuteten „Eigensinnigkeiten“ der von uns Rekrutierten zunächst dergestalt Rechnung tragen, dass wir es ihnen selbst überließen, ob sie im Plenum arbeiten wollten, oder aber sich nach dem Prinzip soziokultureller Nähe in Untergruppen organisieren würden – z.B. nach Ethnizität oder Religionszugehörigkeit oder Geschlecht. Erst zu den Zukunftswerkstätten sollten diese wieder zusammengeführt werden, um dann in Verbindung mit den anschließenden aktivierenden Befragungen bezüglich der dort entwickelten Projektideen nicht „nach Köpfen“ (weil diese ganz unterschiedliche Bedürfnisse vereinen können) – und schon gar nicht nach ‚Ethnien‘ –, „sondern nach Interessen zu organisieren“ (Negt 1976; May 2008b: Kap. 5).

Zwar hält AMIQUUS in dieser Weise am Ziel „kategorialer Gemeinwesenarbeit“ (vgl. May ebd.) fest, über gemeinsame Problem- und Interessenlagen eine öffentliche Assoziation von bisher in ihrer Privatheit isolierten Menschen anzustoßen. Denn nur so ist es möglich, dialogisch partizipative Prozesse einer – wie Nancy Fraser sie nennt – „Politik der Bedürfnisinterpretation“ anzustoßen und damit das „juristische, administrative und therapeutische Management der Bedürfnisbefriedigung“ (1994: 240) zu überwinden. Dabei ist jedoch darauf zu achten, ob es sich um elementare, organisierbare Interessen handelt, die – indem sie einer spezifischen gesellschaftlichen Unterdrückung unterliegen – zu einer Aufhebung in einer zunächst eigenen Öffentlichkeit tendieren. Nur in diesem Falle wären im Projekt auch spezielle eigene ‚ethnische‘ Öffentlichkeiten zu unterstützen. Denn es besteht die Gefahr, dass Ansätze eines sich herausbildenden „politischen Ausdrucksvermögens“ von Bedürfnissen in ihrer Eigensinnigkeit nur allzu leicht in „sich überstürzende Geltungsansprüche“ (vgl. Negt/Kluge 1992: 32) umschlagen, mit der Folge andere Eigensinnigkeiten auszugrenzen und sich dadurch gegenseitig zu zerstören. In solchen Fällen wäre es Aufgabe von AMIQUUS, an der öffentlichen Aufhebung nicht nur der privaten Organisationsstrukturen entsprechender Interessen, sondern auch von deren spezifischen Eigensinn zu arbeiten, um dessen Direktübertragung in ein gesamtgesellschaftliches Verhältnis entgegenzusteuern.

Zudem hat schon Marx in diesem Zusammenhang in seinen „Kritischen Randglossen“ (vgl. MEW Bd. 1: 407 ff.) davor gewarnt, dass die „Tendenz der politisch einflusslosen Klassen, ihre Isolierung vom Staatswesen und von der Herrschaft aufzuheben“ (ebd.), darauf hinausläuft, den Standpunkt des Staats einzunehmen: „Eines abstrakten Ganzen, das nur durch die Trennung vom wirklichen Leben besteht, das undenkbar ist ohne den organisierten Gegensatz zwischen der allgemeinen Idee und der individuellen Existenz des Menschen“ (ebd.). Eine Revolution von – wie er es polemisch nennt – „politischer Seele“ organisiere von daher auch nur, „der beschränkten und zwiespältigen Natur dieser Seele gemäß, einen herrschenden Kreis in der Gesellschaft, auf Kosten der Gesellschaft“ (ebd.). Demnach kann und darf sich das AMIQUUS-Projekt auch nicht darin erschöpfen, mehr Partizipationsmöglichkeiten in kommunalen Angelegenheiten für ältere migrantische Mitbewohner(inn)en durchzusetzen oder gar nur über „Strategien stellvertretender Einmischung“ kompensatorische sozialstaatliche Möglichkeiten der Lebensbewältigung für diese zu sichern.

Das, was Marx an dieser Stelle vielleicht etwas ungewöhnlich „eine soziale Revolution“ (vgl. ebd.) nennt – und was in der Widersprüche Redaktion etwas bescheidener als „Sozialpolitik der Produzierenden“ (vgl. May 1997) diskutiert wird –, nimmt demgegenüber überall da ihren Anfang, wo Menschen in Sozialitäten gemeinsam daran arbeiten, ihre menschlich- gesellschaftlichen Vermögen zu verwirklichen, und dabei in entsprechenden elementaren Situationen die unterdrückte und im Kapitalverhältnis verdrehte menschliche Sinnlichkeit zu sich selbst kommt. Marx argumentiert, dass solche Ansätze selbst als in dieser Weise bloß „partielle Reaktion“ deswegen „auf dem Standpunkt des Ganzen“ gründen, weil sie eine „Protestation des Menschen gegen das entmenschte Leben“ (ebd.) darstellen und „weil das Gemeinwesen, gegen dessen Trennung von sich das Individuum reagiert, das wahre Gemeinwesen des Menschen ist, das menschliche Wesen“ (ebd.).

Angestoßen werden sollten solche Prozesse in AMIQUUS durch die Zukunftswerkstätten in den Untersuchungsquartieren und die darauf aufbauenden aktivierenden Befragungen. Im Hinblick auf die Realisierung der in den Zukunftswerkstätten entwickelten Projektideen zielt AMIQUUS dann zum einen darauf, die in den bürokratischen Organisationen verwalteten sozialstaatlichen Ressourcen fruchtbar zu machen für jene Selbstorganisationsansätze älterer Migrant(inn)en, die ihre Lebenszusammenhänge und Probleme kollektiv und öffentlich bearbeiten und ändern wollen. Zum anderen will es auch die bei diesen Trägern angestellten Professionellen in solche Formen eines Bearbeitungsprozesses Sozialer Probleme einbinden, die in dieser Weise ‚von unten‘ kontrolliert werden und die älteren Migrant(inn)en vor Vereinzelung, Machtanhäufung und unausgewiesenen Normalitätskriterien schützen sollen.

## Das Verhältnis von Wissenschaft, Eigensinn und Geschichte im Projekt AMIQUUS

Im philosophisch-sozialwissenschaftlichen Diskurs wurde immer wieder über den Befreiungsgehalt von Eigensinn debattiert. So hat Hegel im Kapitel „Herrschaft und Knechtschaft“ seiner „Phänomenologie des Geistes“ (1979 Bd. 3: 157f.) Eigensinn als „die Freiheit“ bezeichnet, „die an eine Einzelheit sich befestigt und innerhalb der Knechtschaft steht“ (ebd.). „Der eigene Sinn ist Eigensinn, eine Freiheit, welche noch innerhalb der Knechtschaft stehenbleibt. Sowenig ihm die reine Form zum Wesen werden kann, sowenig ist sie, als Ausbreitung über das Einzelne betrachtet, allgemeines Bilden, absoluter Begriff, sondern eine Geschicklichkeit, welche nur über einiges, nicht über die allgemeine Macht und das ganze gegenständliche Wesen mächtig ist“ (ebd.: 155). Diese so begrenzte Freiheit des Eigensinns konterkariert er mit einer „Freiheit, welche unmittelbar immer aus ihr her und in die reine Allgemeinheit des Gedankens zurückkommt [und] als allgemeine Form des Weltgeistes nur in der Zeit einer allgemeinen Furcht und Knechtschaft, aber auch einer allgemeinen Bildung auftreten konnte, welche das Bilden bis zum Denken gesteigert“ (ebd.: 157f.) habe.

Aus heutiger – die Standortgebundenheit aller Erkenntnis hervorhebender – wissenssoziologischer Perspektive (vgl. Mannheim 2003; Luhmann 1998; Bohnsack 2010) scheint es jedoch mehr als problematisch, wenn verschiedene Formen von Bildung hierarchisiert werden, aus der sich dann ein „zum Denken gesteigertes“ Bilden, das „in die reine Allgemeinheit des Gedanken zurückkommt“, heraushebt. Für ein Projekt, wie AMIQUUS, verbietet sich ein solches Verständnis allein schon auf Grund der Tatsache, dass dessen Zielgruppe aus höchst unterschiedlichen Kulturen stammt (vgl. May 2007).

Allerdings verweist Adorno in seinen „Minima Moralia“ (2003 GS 4: 80) auf eine von ihm als „hintersinnig“ und „eulenspiegelhaft“ (ebd.) bezeichnete Formulierung Hegels, dass „seine Philosophie [...] im Grunde nichts weiter sei, als der geregelte, methodisch ausgebildete Widerspruchsgeist, der jedem Menschen innewohnt“ (ebd.). Adornos Deutung zufolge – die interessanter Weise dann auch den Eigensinn-Begriff aufgreift – enthält diese Formulierung „zugleich die Denunziation des common sense, zu dessen innerster Bestimmung es gemacht wird, gerade nicht vom common sense sich leiten zu lassen, sondern diesem zu widersprechen“ (ebd.). Demzufolge sei Dialektik, als wissenschaftliche Methode auf die sich auch AMIQUUS u.a. stützt (s.u.), doch nicht, „wozu sie in der englischen Hegelschule und dann vollends im angestregten Pragmatismus Deweys wurde, sense of proportions, das Einstellen der Dinge in ihre rechte Perspektive, der einfache, aber hartnäckige gesunde Menschenverstand“ (ebd.). Zwar gebe „seine Nüchternheit [...] ein unabdingbares Moment von kritischem Denken ab. Aber der

Verzicht auf verblendeten Eigensinn ist doch auch wiederum dessen geschworener Feind“ (ebd.).

Sicher nicht zufällig erwähnt Adorno an gleicher Stelle, dass Hegel „den gesunden Widerspruchsgeist [...] mit der Dickköpfigkeit des Bauern hervorgehoben [habe], der jahrhundertlang lernte, Jagd und Zins der mächtigen Feudalherren zu überstehen“ (ebd.: 81). Wenn er in ganz ähnlicher Weise in einen der wenigen Stellen in seinen Schriften, bei denen es um Eigensinn geht (vgl. 2003 GS 20.2: 488), den von ihm an Peter Suhrkamp beobachteten Eigensinn ausgerechnet mit dessen bäuerlicher Herkunft in Verbindung gebracht hat, dann verweist dies unserer Ansicht nach auf den besonderen Bildungscharakter, der mit dieser Produktionsweise verknüpft ist. Der daraus erwachsende „Widerspruchsgeist“ setzte sich im bisherigen Projektverlauf von AMIQUUS bei dem aus der bäuerlichen Produktionsweise entstammenden älteren Migrant(inn)en in lebendiger Weise besonders im Rahmen der Zukunftswerkstätten frei und kreierte dort Projektideen, die in vielfältiger Weise (s.u.) an die historisch bisher nicht abgegoltenen Momente dieser Produktionsweise anknüpfen.

Negt/Kluge (vgl. 1981: 935 & 977) heben in ihrer historischen Rekonstruktion der „ursprünglichen Hausgemeinschaft (Familienallianz)“ hervor, dass in der politischen Ökonomie des „Ganzen Hauses“ die Kategorie der Produktion nicht nur auf „ursprüngliche Bodenbearbeitung“ und „Selbstversorgung mit Gebrauchsgütern“ (ebd.: 977), sondern auch auf „Kinder – Sinne, Gemeinwesen“ (ebd.) bezogen gewesen sei: „In der ursprünglichen Hausgemeinschaft (Familienallianz) ist die Familie das Zentrum der gesellschaftlichen Produktion, produziert Haus, Produkte, Grundzelle des Gemeinwesens, Sinn und integralen Zusammenhang und außerdem die Generationen“ (ebd.: 935). Nicht umsonst wird von Negt/Kluge dabei Sinn und Sinne im gleichen Atemzug verwendet. So hat doch schon Marx (vgl. MEW: Bd. 40: 541f.) verdeutlicht, dass ein Gegenstand „nur Sinn für einen ihm entsprechenden Sinn hat“ (ebd.). Und diese empirische Erkenntnis hat ihn dann auch zum Postulat geführt, dass „die Vergegenständlichung des menschlichen Wesens, sowohl in theoretischer als praktischer Hinsicht, [dazu] gehört [...], sowohl um die Sinne des Menschen menschlich zu machen als um den ganzen Reichtum des menschlichen und natürlichen Wesens entsprechend menschlichen Sinn zu schaffen“ (ebd.), was er dann auch mit dem Begriff „soziale Revolution“ zu fassen versucht hat.

Zwar wird Eigensinn von Negt/Kluge zunächst allgemein gefasst als „Eigen-Sinn, eigener Sinn, Eigentum an den fünf Sinnen, dadurch Wahrnehmungsfähigkeit gegenüber allem, was in der Umwelt passiert“ (1981: 766). Allerdings muss im Hinblick auf das schon unter Rückgriff auf Marx Ausgeführte hervorgehoben werden, dass die Bildung dieser Sinne nur als ein zugleich individual- wie gattungsgeschichtlicher Prozess begriffen werden kann. Von daher heben auch Negt/Kluge sogleich hervor, dass Eigensinn „keine ‚natürliche‘ Eigenschaft“ (ebd.:

767) sei. Zwar wird von Marx die Verwirklichung menschlicher Sinnlichkeit in gegenständlicher Auseinandersetzung mit dem Begriff der Aneignung gefasst (vgl. May 2004c). Er betont jedoch, dass sich diese unter den Bedingungen der Entfremdung niemals gänzliche verwirklichen könne, da die kapitalistisch-arbeitsteilige Produktion „den Arbeiter in eine Abnormität [verkrüppelt], indem sie sein Detailgeschick treibhausmäßig fördert durch Unterdrückung einer Welt von produktiven Trieben und Anlagen“ (MEW Bd. 23: 381).

Durch solche immer mit Unterdrückungen und Blockierungen verbundene „treibhausmäßige“ Züchtung finden auch schon im Prozess primärer und sekundärer Sozialisation Enteignungen statt (vgl. May 2004: Kap. 6). Und so verweisen Negt/Kluge in diesem Zusammenhang auch darauf, dass Eigensinn zumeist aus „bitterer Not“ (ebd.) entstehe als „der auf einen Punkt zusammengezogene Protest gegen Enteignung [...] der eigenen Sinne, die zur Außenwelt führen“ (1981: 767). Wenn sie dies zunächst „individualgeschichtlich“ deuten, schließen sie zumindest implizit an Rousseau an, der in seinem „Emil“ ausführt: „Der Eigensinn der Kinder ist niemals eine Mitgift der Natur, sondern das Ergebnis einer schlechten Zucht. Die Ursache liegt in ihrer Gewohnheit, zu gehorchen oder zu befehlen“ (o.J. Bd. 1: 193). Allerdings ist aus Negt/Kluges Perspektive „Eigensinn sowohl, wenn ich an der ursprünglichen Bindung an das Urobjekt, wenn ich an meinen Protesten gegen diese Urobjekte oder wenn ich an den einmal eroberten Balancen festhalte. Gerade aus solchem Eigensinn (und nicht nur aus der Bindungsfähigkeit – Anpassung) entstehen Zuwendungen und Beziehungsverhältnisse“ (1981: 885; vgl. dazu auch May 2004: Kap. 4. & 5.). Und solche nicht aus Anpassung, sondern aus Eigensinn entstehende Zuwendungen und Beziehungsverhältnisse konnten wir auch in den Fokusgruppen von AMIQUUS und in besonders lebendiger Weise im Rahmen der Zukunftswerkstätten beobachten.

Allerdings interessiert uns in AMIQUUS weniger die „individualgeschichtliche“ Dimension von Eigensinn als vielmehr die von Negt/Kluge zugleich auch hervorgehobene „gattungsgeschichtliche“ als „Produktion im kollektiven Geschichtsverhältnis“ (ebd.: 768). In besonderer Weise konzentrieren wir uns dabei darauf, wie der „in den enteigneten Sinnen begründet[e]“ (ebd.: 767) Eigensinn auch „als kollektive Erinnerung“ (ebd.) sich fortsetzt. Anknüpfungspunkt ist Negt/Kluges Erkenntnis, dass durch „die Trennung von Boden und Gemeinwesen [...] Herrschaftsverhältnisse [erzeugt wurden], für die der Eigensinn nicht weniger gefährlich ist als die volle Entfaltung des sinnlichen Reichtums“ (ebd.). Und ebenso bedeutsam erscheint uns, dass sie den „gleichsam verpuppt, in Gestalt des Privaten“ (ebd.: 765) auftretenden „Eigensinn der Rebellion“ damit erklären, dass „die aus der Gesellschaft abgezogenen Motive [...] nicht einfach aus der Gesamtökonomie der Eigenschaften [verschwindenden], sondern [...] dort weiter[arbeiten], wo sie am geschütztesten sind, im Subjekt“ (ebd.).

Wenn Negt/Kluge im Zusammenhang mit ihren gattungsgeschichtlichen Untersuchungen das „Produktionsprinzip“ der Familienallianz des „Ganzen Hauses“ als ursprüngliche Gesellschaftsformation gegen das „Abstraktionsprinzip, z.B. des Kriegs, des Raubs oder der Unvollständigkeit des äußeren Gemeinwesens“ (ebd.: 977) stehen sehen, so wurde dies in einer spezifischen Weise auch im AMIQUUS-Projekt bei vielen der älteren Zugewanderten ersichtlich, die in ihren Heimatländern noch durch den Erfahrungszusammenhang der bäuerlich/handwerklichen Produktionsweise geprägt wurden. So haben diese das „Produktionsprinzip“ der Familienallianz des „Ganzen Hauses“ auch noch in unsere hochindustrialisierte und -formalisierte Gesellschaft versucht herüber zu retten.

Antonio Gramsci (vgl. Gef 6, H. 11, §12: 1376f.) spricht in diesem Zusammenhang von Alltagsorientierungen, die „auf bizarre Weise zusammengesetzt“ (ebd.) seien: „es finden sich in ihr Elemente des Höhlenmenschen und Prinzipien der modernsten und fortgeschrittensten Wissenschaft, Vorurteile aller vergangenen, lokal bornierten geschichtlichen Phasen und Intuitionen einer künftigen Philosophie, wie sie einem weltweit vereinigten Menschengeschlecht zueigen sein wird“ (ebd.). Deshalb fordert er, „bei jeder Lebensweise die Geschichte [zu] studieren, also die ursprüngliche ‚Rationalität‘, und sich dann, wenn man diese erkannt hat, die Frage [zu] stellen, ob diese Rationalität in jedem Einzelfall noch besteht, insofern die Bedingungen noch bestehen, auf denen die Rationalität gegründet war“ (Gef 7, H. 14, §67, 1690). Und so betont er, dass „eine Lebens-, Handlungs- oder Denkweise, nur weil sie in einem bestimmten Umfeld ‚irrational‘ geworden ist“ (ebd.) – und dann auch möglicherweise als *eigensinnig* verurteilt wird –, nicht „überall und für alle irrational geworden ist“ (ebd.).

Methodologisch betrachtet ist dies durchaus anschlussfähig an das, was in der Max Weber-Rezeption als „*genetische Rekonstruktion*“ bezeichnet wird (vgl. Seyfarth 1979: 156; Gerhardt 1986: 36 ff.) und im Rahmen der maßgeblich von Ralf Bohnsack (vgl. Bohnsack et al. 2001) weiterentwickelten „*Dokumentarischen Methode*“ dann methodisch diffizil ausgearbeitet wurde. In Anlehnung daran konnten wir in AMIQUUS auch für viele der älteren Migrant(inn)en aus unserer Untersuchungspopulation – zumindest sofern sie in den vier Fokusgruppen vertreten waren – rekonstruieren, wie im Rahmen ihrer herkunftskulturell geprägten Sozialisation (Sinn-)Bildung quasi nebenbei erfolgte einhergehend mit der Entwicklung ihrer Sinne in der Auseinandersetzung mit den Gegenständen ihrer landwirtschaftlichen, viehzüchterischen und handwerklichen Tätigkeiten. Dies wird in der angelsächsischen Tradition der New Cultural Studies auch als spezifisch-kultureller Modus von Sozialisation mit dem Begriff „Erbe der Fertigkeiten“ (vgl. Thompson 1979; Cohen 1986; May 2003) bezeichnet. Hervorzuheben ist jedoch, dass es sich bei dem, wie sich der Sinn von Gegenständen den entsprechenden Sinnen erschließt, zugleich um einen sozialen Prozess handelt, in dem die darüber

und darin erfolgende Bildung (eines ‚inneren‘ Gemeinwesens als menschliches Wesen im Marxschen Sinne) zugleich dialektisch vermittelt ist mit der gemeinsamen Arbeit/Bildung eines sozialen Gemeinwesens. Und dies erklärt auch, warum die aus der Arbeit der Hausgemeinschaft entstehenden Beziehungsvermögen – wie Negt/Kluge dargelegt haben – in Form „der Bewegungsgeschwindigkeiten zueinander, [...] die Sachen und Personen aufeinander“ (1981: 917) konzentrieren. Damit gibt „wie die Mitglieder und Funktionen sich im Raum bewegen, [...] ihre Beziehungen, ihre Zeiten und den Raum gleichzeitig wieder“ (ebd.), was auch ihren Formen der Selbstorganisation und Selbsthilfe einen spezifischen Eigensinn verleiht, der so dechiffrierbar wird.

## **Der Umgang mit Eigensinn im Handlungsforschungsprozess von AMIQUUS**

Mit diesem Eigensinn der im Modus des „Erbes der Fertigkeiten“ Sozialisierten war das AMIQUUS-Projekt schon gleich zu Beginn der Arbeit in den Fokusgruppen konfrontiert. Hier entstanden zunächst Spannungen zwischen denjenigen, die in ihren Heimatländern formal vergleichsweise hohe Bildungsabschlüsse erringen konnten (welche ihnen in der Bundesrepublik jedoch zumeist nicht anerkannt wurden!) und denjenigen, die „lediglich“ eine Bildung im Modus des „Erbes der Fertigkeiten“ erlangt hatten und als (funktionale) Analphabeten dann auch eine fremde Unterstützung brauchten, um ihre Sozialraum/Netzwerk-Tagebücher zu führen bzw. ausschließlich mündlich über ihre Tagesabläufe Auskunft geben konnten. In einer der Fokusgruppen wurde es sogar erforderlich, diese Mitwirkenden zunächst in eine eigene kleinere Untergruppe zu fassen, um ein Abspringen zu verhindern. Dies hatte einerseits sicher auch etwas mit deren Scham bzw. Minderwertigkeitsgefühlen zu tun. Zugleich ist jedoch die von ihnen selbst gegebene Begründung bezüglich ihres zumindest anfänglichen Rückzugs aus den Plenumsgesprächen ernst zu nehmen, sie würden lieber im Garten arbeiten, sich um den Haushalt kümmern oder dessen Inventar reparieren und in Stand setzen als diskutieren. Letztlich verweisen sie damit auf die spezifische Eigensinnigkeit einer Form von Erfahrungsproduktion in der sie heranwuchsen und in der sie bis heute eingebunden sind.

Dass auch jene Fokusgruppe, in der zunächst eine Trennung notwendig war, bereits vor der Zukunftswerkstatt wieder erfolgreich zusammengeführt werden konnte, hat sicher auch mit der Anerkennung zu tun, die diese Leute dann in der Gesamtgruppe erfuhren, als vermittels ihrer Tagesberichte deutlich wurde, welche großen Leistungen sie z.B. in der Versorgung ihrer Familien, Verwandtschaft und jeweiligen Community (durch den Anbau von Gemüse im eigenen Garten, das Ernten frei zugänglicher Früchte und Kräuter, das Reparieren oder Herstellen

von Gebrauchsgütern etc.) erbringen. Ein anderer Grund dürfte jedoch auch gewesen sein, dass die Fokusgruppen selbst eine spezifische Form des Eigensinns produzierten. Denn die einzelnen Gruppen mussten ja für sich eine Form finden, wie sie sich untereinander sprachlich verständigen, und sie mussten Formen und Rituale der Begrüßung und des Umgangs miteinander entwickeln – einschließlich der Maße von Distanz und Nähe – auch im körpersprachlichen Bereich. Und von daher gilt auch für die Fokusgruppen, was von Negt/Kluge (1981: 917) als Spezifikum der „ursprünglichen Hausgemeinschaft“ herausgearbeitet wurde: „Wie die Mitglieder und Funktionen sich im Raum bewegen, das gibt ihre Beziehungen, ihre Zeiten und den Raum gleichzeitig wieder“ (ebd.).

Wenngleich es zu keinen der von uns erwarteten Untergruppenbildungen nach Ethnizität, Religionszugehörigkeit oder Geschlecht kam, spiegelte sich so zumindest zu Beginn der Arbeit in den Fokusgruppen neben den unterschiedlichen Modi von Bildung auch solcher Eigensinn noch im Raum wider. Dass es außer zu der bereits angesprochenen, von uns selbst vorgenommenen vorübergehenden Trennung nach Bildungsform aber in keiner der Fokusgruppen zu entsprechenden eigensinnigen Untergruppenbildungen gekommen ist, dürfte dem Zusammenwirken unterschiedlicher Faktoren geschuldet sein: Zum einen wurden die älteren Migrant(inn)en von uns ja nicht nur als Expert(inn)en ihrer sehr spezifischen Lebenswelt angesprochen, sondern es war ihnen klar, dass sie zusammengenommen als Fokusgruppe die Situation von älteren Migrant(inn)en im jeweiligen Untersuchungsquartier in allgemeiner Weise repräsentieren sollten. Darüber hinaus entdeckten sie zu Beginn der Arbeit in den Fokusgruppen jedoch auch selbst eine Gemeinsamkeit, die dann auch in allen Fokusgruppen artikuliert wurde: So hatte es niemand von ihnen zuvor erlebt, dass offizielle Vertreter(innen) des Landes, in dem sie leben, spürbar Anteil an ihrem Leben, ihren Problemen und ihren Interessen genommen hätten – geschweige denn, dass ihnen von dieser Seite eine Kompetenz zur Gestaltung dieses Lebens zugesprochen worden wäre. Von unserem durch ein Bundesministerium geförderten Projekt aber waren sie „ausgewählt“ worden, im Anschluss an eine erste Phase der Erhebung ihrer Alltagsorganisation auch im Rahmen einer Zukunftswerkstatt Projekte zur Verbesserung ihrer Lebensqualität zu entwickeln und dann selbst umzusetzen.

Durch diese ihnen von Seiten des AMIQUUS-Projektes auch im unmittelbaren menschlichen Kontakt entgegengebrachte Wertschätzung konnte ihre anfängliche Skepsis im Hinblick auf die Vertrauenswürdigkeit und Seriosität des Vorhabens nicht nur sehr rasch überwunden werden. Zugleich dürfte unsere von Respekt, Achtung und Anerkennung geprägte Haltung maßgeblich dazu beigetragen haben, dass bei fast allen Mitwirkenden der Fokusgruppen ein rasch anwachsendes Selbstwertgefühl zu beobachten war. In den Fokusgruppen entwickelte sich so im Laufe der Zeit – neben der Einigung, in welchen Sprachen sie kommunizieren – eine



Kultur inter- und transkultureller Verständigung, die dann auch ein wechselseitiges Nachfragen erlaubte, welches in anderen Kontexten möglicherweise als distanzlos, übergriffig, evtl. sogar als respektlos gefürchtet wird. So ermöglichte das von AMIQUUS über die Fokusgruppen eröffnete, vergleichsweise freie Setting von Zeit und Raum – in dem sich die Mitwirkenden auch über das Erkenntnisinteresse des Projektes hinaus immer wieder Nischen für ein wechselseitiges Befragen kultureller oder auch religiöser Eigensinnigkeiten erschlossen – intensive Prozesse der Selbstvergewisserung.

Interessant ist, dass nur bei einer Fokusgruppe sich eine mehrsprachige Kommunikation durchgehalten hat, während zwei Gruppen sich dazu entschieden haben, konsequent in Deutsch zu kommunizieren und bei Bedarf individuelle Übersetzungshilfen zur Verfügung zu stellen. Hier fungierte die deutsche Sprache als neutrales Medium zur inter- und transkulturellen Verständigung und gleichzeitig als Herausforderung in der Notwendigkeit, die einzelnen Begriffsdeutungen immer wieder zu klären. Die vierte Gruppe kommunizierte wegen des quartiergemäß hohen Anteils von Mitgliedern aus den Gebieten der ehemaligen Sowjetunion durchgehend zweisprachig auf Deutsch und Russisch. Dass von einer Vielzahl der Mitwirkenden in den Fokusgruppen diese Praxis im Nachhinein als der für sie effektivste Deutschkurs bewertet wurde – was ja keineswegs von AMIQUUS so intendiert war – wirft ein weiteres Schlaglicht auf die nichtformale Form eines Sich-Bildens, wie es für viele Mitglieder der Zielgruppe von AMIQUUS prägend ist.

Die Eigensinnigkeiten dieser unterschiedlichen Formen eines Sich-Bildens spiegelten sich dann auch wieder in den Zukunftswerkstätten – besonders bei der Utopie- und der daran anschließenden Konkretisierungsphase. So entwickelten diejenigen, welche über hohe formale Bildungsabschlüsse in ihren Herkunftsländern verfügten, die in Deutschland nicht anerkannt wurden, Projektideen, in denen sie ihre Kompetenzen zum Tragen bringen können, wie bspw.: Gesundheitsberatung in russischer Sprache von in der ehemaligen Sowjetunion ausgebildeten, in Deutschland aber nicht approbierten Ärzt(inn)en; Erziehungsberatung für migrantische Familien von im Herkunftsland ausgebildeten, hier jedoch nicht anerkannten Pädagog(inn)en. Aber auch Ideen, wie aus Müll am Flussufer Kunstwerke zu produzieren, oder ein Musical aufzuführen, verraten eine entsprechende ästhetische Bildung im Herkunftsland. Auf der anderen Seite lassen sich viele in den Zukunftswerkstätten geborenen Projektideen – wie bereits angedeutet – als Versuche lesen, neue Formen der Öffentlichkeit für das „Produktionsprinzips“ der ursprünglichen Hausgemeinschaft zu schaffen. Beispiele hierfür sind Initiativen zur Einrichtung öffentlicher Gärten sowie von Werkstätten – sowohl für Näharbeiten als auch für handwerkliche Reparatur- und Konstruktionsarbeiten –, bis hin zu neuen Formen wechselseitiger Versorgung im Alter. Deutlich wird in diesen Projektideen auch, dass es nicht ausreicht, „bei jeder Lebensweise die Geschichte [zu] studieren“

und mit Gramsci (Gef 7, H. 14, §67, 1690) zu fragen, „ob diese Rationalität in jedem Einzelfall noch besteht, insofern die Bedingungen noch bestehen, auf denen die Rationalität gegründet war“ (ebd.). Denn viele solcher historisch geprägter, eigensinniger „Lebens-, Handlungs- oder Denkweisen“ bergen offensichtlich noch eine gesellschaftliche Zukunft. Gerade in jenen privaten Beziehungen der Menschen untereinander und zur Natur, die durch das Weiterwirken solch gesellschaftlich früher, wenn auch noch so überlagerter Verhältnisse und Formen einer im Prinzip an der Produktion von Menschen orientierten Produktionsweise strukturiert sind, halten sich unvergangene, weil nie ganz realisierte, daher bleibend subversive und utopische Inhalte (vgl. May 2004a: 142ff. & 2004b: Kap. 5). Auf diese Weise spitzt sich in solchem Eigensinn ein – wie Ernst Bloch (1976: 116ff.) ihn genannt hat – „ungleichzeitiger“ Widerspruch zu, zwischen dem heute in Familie und Haus- und Gartenarbeit verschlüsselten ursprünglichen Beziehungsreichtum der Produktionsweise des „Ganzen Hauses“ und dessen Einengung und Kasernierung in die familiäre Privatheit, wo er sich nicht verwirklichen kann.

Bloch (vgl. 1976: 116ff.) unterscheidet in seiner Grundlegung einer „mehrzeitlichen“ und „mehrräumigen“ (ebd.: 124) Dialektik, auf die sich auch das AMIQUUS-Projekt methodologisch bezieht, auf diese Weise aber nicht nur ungleichzeitige und gleichzeitige Widersprüche: „Jeder aufrührende Widerspruch, sogar sein Schein“ (ebd.: 116) als spezifische Eigensinnigkeit hat „zwei Seiten: eine innere [= subjektive d.A.] sozusagen, der etwas nicht paßt, eine äußere [= objektive d.A.], worin etwas nicht stimmt. [...]. Als bloß dumpfes Nichtwollen des Jetzt ist dies Widersprechende subjektiv ungleichzeitig, als bestehender Rest früherer Zeiten in der jetzigen objektiv ungleichzeitig“ (ebd.: 116). Blochs Analyse zufolge vermag der subjektiv ungleichzeitige Widerspruch den objektiv ungleichzeitigen so zu aktivieren, dass „beide Widersprüche zusammenkommen, der rebellisch schiefe der gestauten Wut und der objektiv Fremde des übergebliebenen Seins und Bewußtseins. [...]. Niemals aber wäre der subjektiv ungleichzeitige Widerspruch so scharf und der objektiv ungleichzeitige so sichtbar, bestünde kein objektiv gleichzeitiger, nämlich der in und mit dem heutigen Kapitalismus selbst gesetzte und wachsende“ (ebd.: 117) zwischen Produktivkräften und Eigentumsverhältnissen. Dessen objektive Erscheinung ist nicht mehr bloß unaufgearbeitete Vergangenheit, sondern „verhinderte Zukunft“ (ebd.: 119), „die verhinderte neue Gesellschaft, womit die alte in ihren Produktivkräften schwanger geht“ (ebd.: 122).

Wie Bloch (vgl. ebd. 124ff.) sieht auch das AMIQUUS-Projekt diese „mehrzeitliche und mehrräumige Dialektik“ als „Instrument“ einer „kritischen“, „nicht kontemplativen“ und damit „praktisch einhakenden“ Totalität, „die den Reichtum der Substanz nicht in der vergoldeten Vergangenheit, sondern im faktischen Erbe ihres Endes im Jetzt besitzt, kurz, die gerade aus dem unvollständigen Reichtum der Vergangenheit, wenn er auf der letzten Stufe erst recht nicht ‚aufgehoben‘ ist“ (ebd.:

125), zusätzliche Kraft gewinnt für das, was Marx „soziale Revolution“ genannt hat. So haben nicht zu letzt die Zukunftswerkstätten von AMIQUUS gezeigt, dass die subjektiv Ungleichzeitigkeit einer eigensinnigen Ablehnung des „kapitalistischen Kosmos verkehrter und reduzierter Lebensmöglichkeiten“ (Negt 1976: 274) seitens der älteren Migrant(inn)en im Unterschied zu bloß gegenstandsloser Romantik als treibende Kraft in einem Prozess zu wirken vermag, in dem dann das „Produktionsprinzip“ der ursprünglichen Familienallianz des „Ganzen Hauses“ aktiv gegen das „Abstraktionsprinzip“ des kapitalistischen Verwertungsprozesses zu verteidigen versucht wird. Mit diesem sind die älteren Zugewanderten in unserer Aufnahmegesellschaft in vielfältiger Form konfrontiert. Vor allem aber tritt es ihnen in den vielen für sie unüberschaubaren, anonymen Strukturen und Formalisierungen als „Unvollständigkeit des äußeren Gemeinwesens“ gegenüber.

Der sich aus entsprechenden Ängsten vor Enteignung genährte Eigensinn zeigt sich nun allerdings auch bei der Umsetzung der Projektideen in der Form, dass Mitwirkende aus den Fokusgruppen, die geprägt sind von einer Sozialisation im Modus des „Erbes der Fertigkeiten“ und deren Formen der Selbstorganisation und Selbsthilfe sich bisher auf personell zu befriedigende Bedürfnisse in Beziehungsverhältnissen beschränkte, sich sehr skeptisch gegenüber formaleren Organisationsformen zeigen. Dies bezieht sich schon auf von anderen Mitwirkenden der Fokusgruppen selbst entwickelte bzw. gegenüber der Moderation seitens der wissenschaftlichen Mitarbeiter(inn)en von AMIQUUS eingeforderten formaleren Formen der Organisation der Zusammenarbeit. Mit diesen sind Mitwirkende der Fokusgruppen, die über höhere formale Bildungsabschlüssen verfügen, in der Regel erfahrener, während diejenigen, deren bisher praktizierte Formen der Selbstorganisation und Selbsthilfe im Medium von Solidarität und Vertrauen auf der Basis persönlicher Pietätspflichten erfolgte, sehr viel eher auf zwischenmenschliche Beziehungen und auf die sich aus ihnen ergebenden Regulierungsformen vertrauen.

Um solchen Eigensinnigkeiten Rechnung zu tragen, versucht das AMIQUUS-Projekt in der Moderation der Fokusgruppen und den sich daraus gerade entwickelnden Projektgruppen zur Umsetzung der Zukunftswerkstadt-Ideen zu vermeiden, die Spontaneität selbstregulativer Prozesse durch allzu formalisierte Entscheidungsabläufe zu blockieren. D.h. auch, dass seitens der Moderation Bedenken von Mitwirkenden gegen formaleren Formen der Zusammenarbeit selbst dann aufgegriffen und gestützt werden, wenn solche Strukturen möglicherweise eine effektivere und effizientere Umsetzung des Projektanliegens erlauben würden. Allerdings sieht das AMIQUUS-Konzept explizit als Aufgabe der Moderation seitens der wissenschaftlichen Mitarbeiter(inn)en vor, misslingende Selbstregulierungen in Form einer wissenschaftlich gestützten Mediation aufzuarbeiten, indem die von ihr entdeckten verborgenen und impliziten Hintergründe entsprechender Eigensinnigkeiten offen gelegt werden. Eine besondere Schwierigkeit im Ansprechen solch verborgener Signalen ist dabei die stets latent vorhandene Gefahr,

Gesichtsverluste und Kränkungen zu erzeugen bzw. die Erfahrung von Enteignung zu reproduzieren, die der eigentliche Hintergrund für solche Eigensinnigkeiten darstellt.

Allein auf der Ebene von Zeitstruktur verweist jedoch die Spannung zwischen der spontanen Unmittelbarkeit ge- oder misslingender Selbstregulierung der Mitwirkenden zu den zur Verfolgung schon mittelfristiger Ziele notwendigen planvollen Regelungen der Selbstorganisation auf ein weiteres Dilemma: Dies bezieht sich zum einen auf die Problematik, mit älteren Migrant(inn)en aus einem bis dato auf Situationsbewältigung und Unmittelbarkeit ausgerichteten Lebenszusammenhang heraus – dem jegliche Grundlage für eine solide Zukunftsplanung schlicht fehlte – nun zur Veränderung ihrer misslichen Lage auch Projekte mittel- und langfristiger Perspektive zu entwickeln. Hinzu kommt, dass deren Zeit- und Lebensstruktur eher Intensitätskonturen folgt als einer chronologischen Terminierung spezifischer Aktivitäten. Damit sind zugleich Schwankungen im Engagement der Betroffenen induziert, während eine partizipative Projektentwicklung schon im Hinblick auf mittelfristige Ziele auch ein gewisses Maß an Kontinuität und auch so etwas wie funktionale Arbeitsteilung und abgegrenzte Verantwortlichkeiten verlangt.

Diesbezüglich versuchen wir in AMIQUUS durch entsprechendes Rückfragen seitens der Moderation – wer sich an welchen Aufgaben noch beteiligen kann und will und ob es irgendwelche Bedenken gibt, die dann in gemeinsamer Anstrengung auszuräumen wären – die Engagementbereitschaft der Einzelnen so zu kanalisieren, dass sie nicht die der anderen blockiert und dennoch Erfüllung findet. Auch hier gilt es in der Moderation den aus Angst vor Enteignung entstehenden Eigensinnigkeiten Rechnung zu tragen, ohne dass dies erneut als Enteignung erfahren wird. Dass es den Mitwirkenden aber zum Teil so schwer fällt, gemeinsam einen produktiven Umgang mit engagementbezogenen Eigensinnigkeiten und Kompetenzunterschieden zu finden, liegt an nichts anderem als dem Grunddilemma jeglichen Selbstorganisationsversuches von Marginalisierten: dass nämlich der Wille zur Selbstorganisation bei ihnen zunächst negativ bestimmt ist, als Ablehnung jeglicher Fremdherrschaft und Fremdverfügung (vgl. May 2008a: 59). Dies verdeutlicht, dass es nicht so einfach ist, den aus Angst vor Enteignung resultierenden Eigensinn in einer höheren Form eines Eigensinns, der auf Selbstorganisation in freier Assoziation zielt, aufzuheben.

## **Zur Spannung zwischen Eigensinn und Sozialstaatlichkeit in der Stützung von Selbsthilfe**

Ein weiteres Dilemma für die im Rahmen der Zukunftswerkstätten und aktivierenden Befragungen angestoßene Projekte ergibt sich daraus, dass sie häufig auf sozialstaatliche Ressourcen und Dienstleistungen angewiesen sind, die durch sozialbürokratisch organisierte Träger verwaltet werden. Wie schon kurz

angedeutet hat Fraser (s.o.) die Funktionen des Sozialstaates als Kombination aus drei unterschiedlichen Elementen zu analysieren versucht. Grundlage aller Sozialstaatlichkeit ist das *juristische* Moment, „das die Betroffenen dem Rechtssystem gegenüber einstuft, indem es ihnen unterschiedliche *Rechte* gewährt oder verweigert“ (1994: 237). Davon ist die Zielgruppe von AMIQUUS in besonderer Weise schon allein aufgrund des unterschiedlichen Aufenthaltsstatus in enormer Weise betroffen. Hinzu kommt, dass mit solchen rechtlichen Kategorien, wie Spätaussiedler(in), Kontingentflüchtling etc. ganz unterschiedliche Ansprüche an sozialstaatliche Leistungen verknüpft sind, die allerhöchstens sekundär mit deren menschlicher Bedürftigkeit zu tun haben. Dieses juristische Element sieht Fraser mit einem zweiten, dem administrativen Element verknüpft. Denn „um Sozialleistungen bewilligt zu bekommen, müssen die Betroffenen einem Verwaltungsapparat gegenüber die Haltung von Antragstellern einnehmen; sie müssen Anträge stellen bei einer bürokratischen Institution, die dazu ermächtigt ist, über ihre Ansprüche auf der Grundlage administrativ festgelegter Kriterien zu entscheiden“ (ebd.: 237 f.).

Habermas hat verdeutlicht, dass „aus der Struktur des bürgerlichen Rechts [...] sich die Notwendigkeit ergibt, die sozialstaatlichen Verbürgungen als individuelle Rechtsansprüche für genau spezifizierte Tatbestände zu formulieren“ (1981: 531). Im Anschluss an ihn hat Fraser gezeigt, wie damit zugleich eine Umdefinition der Bedürfnisse von Anspruchsberechtigten „als Korrelate bürokratisch verwalteter Bedarfsdeckungen“ (1994: 238) erfolgen muss, die zudem zu quantifizieren bzw. als „Äquivalente einer Geldsumme“ (ebd.) auszudrücken sind. Hatte schon Habermas zuvor herausgearbeitet, dass durch den bürokratischen Vollzug von Ansprüchen und den Zwang zur administrativen Umdefinition von Alltagssituationen sozialstaatliche Verbürgungen häufig zugleich den Charakter von Eingriffen trügen, so hat Fraser darüber hinaus dargelegt, wie dabei die Anspruchsberechtigten zugleich als abweichende Personen konstruiert werden, was für die Zielgruppe der älteren Migrant(inn)en zumeist mit den Attributen „integrationsunwillig“ bzw. „Parallelgesellschaft“ inhaltlich gefüllt wird. Deshalb trage die „Bereitstellung von Unterstützung den Charakter der Normalisierung [...] – obgleich die Normalisierung mehr auf Stigmatisierung als auf ‚Reform‘ angelegt“ (ebd.) sei.

Hier sieht Fraser den „Einsatzpunkt für das dritte, das *therapeutische* Moment der Funktionsweise“ (ebd.) des Sozialstaates, welches zentral dazu beitrage, eigentlich die soziale Existenz sowie Fragen gesellschaftlichen Zusammenlebens und damit „politisch-ökonomische Probleme als individuelle psychologische Probleme auszugeben“ (ebd.: 239). Fraser verdeutlicht in diesem Zusammenhang, dass der Sozialstaat, indem er seine Anspruchsberechtigten zu ‚Fällen‘ degradiert, nicht nur ihrer kollektiven Identifikation entgegenwirkt. Er stuft sie damit zugleich „als passive Klienten oder konsumierende Leistungsempfänger ein und nicht als an der Gestaltung ihrer Lebensbedingungen aktive Beteiligte“ (ebd.: 240). Und

so fungiert auch die von älteren Migrant(inn)en erlebte Unzufriedenheit mit ihren Lebensbedingungen und -verhältnissen hier in der Bundesrepublik häufig gerade „nicht als Ausgangsmaterial für Prozesse, die zur Bewußtseinsbildung ermächtigen“ (ebd.), sondern im Kontext sozialstaatlicher Bemühungen als Auslöser für Individuum zentrierte „anpassungsorientierte“, Integrations‘-Maßnahmen.

Gerade dagegen aber steht der Eigensinn vieler älterer Migrant(inn)en, nicht durch solche Eingriffe enteignet zu werden. Während „der bürokratische Staatsapparat und der ihm eingegliederte rationale homo politicus, ebenso wie der homo oeconomicus“ (Weber 1988: 453) ihre Geschäfte „sachlich, ‚ohne Ansehen der Person‘, ‚sine ira et studio‘, ohne Haß und daher ohne Liebe“ (ebd.), verrichten, erfolgte in den privaten Beziehungsverhältnissen ihrer auf Selbsthilfe ausgerichteten Familienverbänden und Gemeinschaften ein Bedarfsausgleich nicht nach legalistischen Rationalitätsprinzipien, sondern bei konkreter persönlicher Würdigung des Einzelfalles und unter Ansehung der Person. Medien dieser Regulation sind Solidarität und Vertrauen auf der Basis persönlicher Pietätspflichten. Dass es sich bei solchen Formen der Selbsthilfe keinesfalls um eine lebensweltliche Oase herrschaftsfreier Kommunikation im Habermasschen Sinne (vgl. 1981 Bd. II: 179) handelt, wird allein schon darin deutlich, dass Max Weber die Begriffe, „persönliche Pietätspflichten und konkrete persönliche Würdigung des Einzelfalles unter Ansehung der Person“ (1988: 453) zur Charakterisierung patriarchaler Verhältnisse verwendet hat. Entsprechend wird in der ursprünglichen Produktionsweise des „Ganzen Hauses“ die Position des Hausvaters bzw. „sorgenden Inhaber des Hauses“ (Brunner 1980: 106) mit „Pflicht, pflegen, sich für jemand einsetzen“ (ebd.) assoziiert, was für viele der noch subsistenzwirtschaftlich geprägten älteren Migranten in unseren Fokusgruppen eine für sie nach wie vor hoch bedeutsame Orientierung darstellt, die sie in ihrer Praxis zu beherzigen suchen.

Noch stärker sind jedoch die Frauen mit sorgenden und pflegenden Tätigkeiten bezüglich ihrer Kinder, Enkel und pflegebedürftigen Familienmitgliedern betraut. Negt/Kluge haben den „Eigensinn der Antigone im griechischen Mythos“ (1981: 767), als „eine entscheidende Stufe in der Entwicklung von Kontinuitäten im weiblichen Charakter“ (ebd.: 768) interpretiert, da „Millionen von Frauen“ (ebd.) ja nicht nur „die Mauern von Ehen akzeptieren“ (ebd.). „In einem zwangsweisen Doppel- und Mehrfach-Programm der Unterdrückung“ (ebd.) akzeptierten sie damit zugleich „Grundelemente einer unbezahlten und mit Privatheit geschlagenen weiblichen Einschließung in ein patriarchalisches Realitätsverhältnis: eine Kultur, die nicht die ihre ist“ (ebd.).

Im Gegensatz zu dieser psychohistorischen Spekulation von Negt/Kluge zeigte sich in allen AMIQUUS-Fokusgruppen allerdings eine noch etwas anders gelagerte Eigensinnigkeit der Frauen. So griffen sie selbst in den von Männern moderierten Gruppen nicht auf die Möglichkeit zurück, sich zunächst als Frauen unter sich

zu verständigen, sondern brachten zahlreiche Aspekte des von ihnen erlebten „Doppel- und Mehrfachprogramm der Unterdrückung“ offensiv in die Gruppen – auch gegenüber den dort vertretenen ‚Patriarchen‘ – ein. Dies verdeutlicht, dass ihr weiblicher Eigensinn auch dann nicht mit der Reproduktion einer von Negt/Kluge mit dem Antigone-Mythos bezeichneten „Einschließung“ in Verbindung zu bringen ist, wenn sie in allen Zukunftswerkstätten Projektideen bezüglich öffentlicher Treffpunkte für Frauen entwickelt haben und diese nun zu verwirklichen suchen. So wurde von Kopftuch tragenden muslimischen Frauen aus einer Zukunftswerkstatt heraus zugleich auch eine Initiative zur doppelten Staatsbürgerschaft gestartet.

Würde das besonders von Frauen auf höchst einseitige Weise in ihren Familien(verbänden) zu realisieren versuchte Prinzip „jeder nach seinen Fähigkeiten, jedem nach seinen Bedürfnissen“ (MEW Bd. 19: 21), als wechselseitiges Verhältnis zu einer das Ghetto dieser Privatheit sprengenden Öffentlichkeit finden – was in solchen in den Zukunftswerkstätten entwickelten Projektideen wie öffentliche Gärten und Werkstätten sowie gemeinsames öffentliches Kochen zumindest ansatzweise mit anklingt –, stellt dies unsere auf privater Aneignung beruhende Gesellschaftsordnung grundlegend in Frage. Von daher scheinen es nicht nur Kostenersparnisgründe zu sein, wenn innerhalb der Strategie konservativer Modernisierung wieder die Privatheit der Familie hochgehalten wird und in diesem Zusammenhang auch entsprechende Idealbilder migrantischer Familien in interessierter Weise in den öffentlichen Diskurs eingespeist werden.

Gerade bezüglich der im Rahmen von AMIQUUS entwickelten Fraueninitiativen zeigt sich auch, dass selbst die von Uwe Hunger (s.o.) vorgeschlagene Unterscheidung zwischen „Privatisierungsstrategien“ und „Strategien einer stärkeren öffentlichen Einbindung“ analytisch zu kurz greift. So haben wir im AMIQUUS-Projekt bei zunächst einmal auf die eigene Ethnie bezogenen Sozialverbänden zwar auch einen in ein isoliertes, institutionalisiertes Netzwerk eingebundenen Typus gefunden, der vor allem in ethnischen Kulturvereinen oder religiösen Gemeinschaften Gestalt gewinnt, die eine hohe Kohäsion aufweisen und dabei sehr auf sich selbst bezogen bleiben. Allerdings muss dies nicht schon zwangsläufig immer auf eine „Privatisierungsstrategie“ hinauslaufen, da auch solche Gemeinschaften ja zumindest Teilöffentlichkeiten darstellen. Beispielsweise wurde von muslimischen Frauen in einer Zukunftswerkstatt ein eigener Frauentag in der Moschee gefordert ohne den männlichen Imam. Schon bisher nutzen sie ihre Treffen in der Moschee um eine über ihre ‚privaten‘ Frauennetzwerke hinausgehende Teilöffentlichkeit unter sich als muslimische Frauen herzustellen und wollen dies nun über diese Forderung noch stärker intensivieren. Sie unter „Privatisierungsstrategien“ zu subsumieren, würde ihrem Anliegen nicht gerecht.

Zudem zeigen die qualitativen Untersuchungsbefunde von AMIQUUS, dass Moscheevereinigungen und Kulturvereine, in denen ältere Zugewanderte und

Erstgenerationsangehörige überdurchschnittlich häufig vertreten sind – wie dies sowohl die Studie „Muslimisches Leben in Deutschland“ (Haug/Müssig/Stichs 2009), als auch die 9. und 10. Mehrthemenbefragungen der Stiftung Zentrum für Türkeistudien (vgl. Sauer 2009: 157ff. & 2010: Kap. 6.8) belegt – nicht grundsätzlich mit Abschottung in Verbindung gebracht werden dürfen. Zwar fanden sich auch in den AMIQUUS-Studien Beispiele von Vereinigungen, in denen einige tatsächlich eher einer „Privatisierungsstrategie“ zuzuordnen wären. Der Unterscheidung von Hunger folgend fanden sich jedoch in den gleichen Vereinigung immer auch Mitglieder, die sehr viel stärker eine Strategie „öffentlicher Einbindung“ verfolgten – ob nun bewusst (z.B. durch Veranstaltungen von Tagen der offenen Tür) – oder eher implizit, indem sie durch ein erst mal auf die institutionelle Absicherung der Vereinigung gerichtetes Engagement in Kontakt zu einheimischen Vertreterinnen und Vertretern von Kirchen, Vereinen und politischen Organisationen kommen. Und ebenso haben wir bezüglich der zunächst einmal sehr stark innerethnisch ausgerichteten Netzwerke gerade in halböffentlichen Räumen der Gemeinwesen- und/oder Migrationsarbeit einen in zumeist geschlechtshomogene peers eingebunden Typus gefunden. Durch die Nutzung dieser Orte und ihrer zum Teil auch übergreifenden Angebote (z.B. Feste) vernetzt dieser sich über seine im Vergleich zu Freundschaftsnetzwerken zwar zum Teil weniger kohäsiven, dennoch aber sehr dichten peer-Kontakte nach und nach auch mit Nutzer(gruppe)n anderer Herkunft.

Dieses zuletzt genannte Beispiel verdeutlicht auch, dass es durchaus Möglichkeiten gibt, sozialstaatliche Angebote als Infrastruktur vorzuhalten, die mit vergleichsweise wenig bürokratischem Vollzug und administrativer Umdefinition von Alltagssituationen verbunden sind. Doch auch solche eher offenen Einrichtungen unterliegen einem starken Legitimationsbedarf gegenüber ihren Kostenträgern, was häufig darauf hinausläuft, dass dann solche zunächst ‚privat‘ gestarteten, jetzt aber auch durch AMIQUUS geförderten Initiativen von Selbsthilfe und Selbstorganisation an diesen Orten zumindest dahingehend einer Enteignung unterliegen, dass sie nun als Gruppen dieser Institution ausgegeben werden. Zu Beginn der Umsetzung der in den Zukunftswerkstätten entwickelten Projektideen konnten wir bereits erleben, wie selbst solche von außen betrachtet vergleichsweise oberflächlichen Enteignungen auf die eigensinnige Skepsis der Initiator(inn)en dieser Initiativen aus dem Kreis der AMIQUUS-Fokusgruppen stoßen: Sie beharren darauf, dass es „ihre Gruppe“ / „ihr Projekt“ ist und nicht eines des Trägers, dessen Räume sie nutzen.

Zum anderen passieren Enteignungen in der Weise, dass die Relevanz und inhaltliche Konzeption der von AMIQUUS unterstützten Projekte in Zweifel gezogen werden, bzw. in einer Weise ‚korrigiert‘ werden, dass sie mit bestehenden Infrastrukturangeboten der Träger deckungsgleich erscheinen und somit keiner



weiteren Unterstützung bedürfen. Diese Variante der administrativen Umdefinition stößt bei den Initiator(inn)en der Projekte nicht allein auf Unverständnis bezüglich dieser Missachtung ihrer Ideen, sondern verstärkt auch die alten Unsicherheiten und Gefühle der Unzulänglichkeit: Mehr oder minder deutlich wird den älteren Migrant(inn)en zu verstehen gegeben, allein ihr Informationsdefizit habe sie dazu gebracht, nun solche Projektideen zu entwickeln, die eigentlich andernorts ähnlich schon längst als institutionelles Angebot vorgehalten würden.

Obwohl den Institutionen sozialer Arbeit auch schon vor AMIUQUS sehr wohl bekannt sein müsste, dass viele der zielgruppen- oder problembezogenen Beratungs- und Unterstützungsangebote im und jenseits des eigenen Wohnquartiers von älteren Migrant(inn)en kaum gekannt, geschweige denn genutzt werden, erschöpfen sich die „Lösungs“-Vorschläge von dieser Seite bisher zumeist

- a) in der wiederholten Forderung nach besseren Deutschsprachkenntnissen – verbunden mit der nicht belegbaren Annahme, damit steige die Informiertheit automatisch;
- b) dem quantitativen Ausbau bestehender Beratungs- oder Unterstützungsangebote z.B. im Hinblick auf veränderte Öffnungszeiten, Beratungszeiten im Stadtteil vielleicht ergänzt um zweisprachige Informations-Flyer sowie
- c) der gut gemeinten Übernahme/Kopie von „Best-Practice-Projekten“, die in vermeintlich ähnlichen Situationen andernorts positive Aufmerksamkeit erreichten.

Keine dieser Strategien nimmt die in den konkreten Projekten bereits kollektiv artikulierten Interessen der älteren Migrant(inn)en auch nur im Ansatz zum Ausgangspunkt für eine Öffnung der zum Großteil individualisierten Beratungsangebote für ein selbständiges Leben im Alter. Ganz im Gegenteil haben solche Strategien die Funktion eines Schutzmechanismus gegen den befürchteten Verlust der Definitionsmacht in Bezug auf die Problemformulierung, die Handlungsziele und die Lösungsalternativen dessen, was Fraser das „juristische, administrative und therapeutische Management der Bedürfnisbefriedigung“ (1994: 240) genannt hat. Zudem spiegelt sich in diesen Strategien die unterschiedlichen Hierarchien wahrzunehmender und damit zu lösender Probleme. „Es werden die ‚falschen‘ Probleme gelöst (mangelnde Deutschsprachkompetenz) oder vielmehr die ‚richtigen‘ gar nicht erst angefasst“ (Alisch 2002: 148). Bezüglich des AMIQUUS-Projekt bezieht sich dies vor allem auf die fehlende Anerkennung der Integrationspotenziale älterer Migrant(inn)en, im Sinne Uwe Hungers (s.o.), insbesondere in Form einer Diskreditierung ihres bürgerschaftlichen Engagements als *eigensinnige*, wenn nicht gar parallelgesellschaftliche, desintegrative Artikulationsform eines „volonté particulière“. Deutlich wird in diesen Reaktionen des Systems lokaler Akteure aus Politik, Verwaltung und intermediären Trägern auch, dass im Hinblick auf die Zielgruppe älterer Migrant(inn)en gar kein

Handlungsbedarf gesehen wird. Allenfalls kommen sie als künftige Pflegefälle und Kostenverursacher im Gesundheitswesen in den Blick. Gleichzeitig sind die von den älteren Migrant(inn)en formulierten und initiierten Projektideen von Inhalt und Ziel keineswegs so eigensinnig, dass sie nicht neben anderen zielgruppenbezogenen Maßnahmen bestehen könnten – insbesondere wenn es sich wie oben geschildert um eher informelle Infrastrukturergänzungen handelt.

Die durch AMIQUUS erst angestoßene Politisierung der bisher öffentlich stummen älteren Migrant(inn)en durch die partizipative Begleitung der Umsetzung ihrer eigenen Projektideen und die in diesem Zusammenhang erfolgende „Politik der Bedürfnisinterpretation“ stößt in dem, was Fraser (s.o.) als „juristisch, administratives, therapeutisches Management der Bedürfnisbefriedigung“ bezeichnet hat, auf ähnliche Blockaden wie (anderes) Expertenwissen: Die von den älteren Migrant(inn)en zusammengetragenen Informationen über ihre Alltagsprobleme und ihre Lösungswege treffen nicht den Sprachgebrauch der Professionellen. Diese erscheinen somit weder ‚bedarfsgerecht‘, „noch scheinen sie zu dem zu passen, was ihre Alltagswahrnehmung ihnen über Probleme sagt“ (Alisch 2002: 147). Die klar projektbezogenen Interessensartikulierungen der älteren Migrant(inn)en werden eben nicht als zivilgesellschaftliche Teilhabe in Form einer „Politik der Bedürfnisinterpretation“ aufgenommen und unterstützt, sondern als *eigensinniger* Versuch diskreditiert, partikulare Interessen einer kleinen, nicht repräsentativen Gruppe durchzusetzen. Die durchaus ernstgemeinte Rückfrage lokaler Akteure zu erfolgreich begonnenen Projekten älterer Russinnen: „Geht das auch mit Türken?“ deutet ebenso einen Versuch an, die Bedeutung der Interessensartikulation zu relativieren, wie die gängigen Formulierungen eines: „Da könnte ja jeder kommen!“

Wäre öffentliche (Sozial)Planung anders strukturiert, könnte in der Tat „jede(r) kommen“, um seine/ihre Bedürfnisse zu artikulieren bzw. Potenziale zu entfalten. Das ist nun keineswegs ein frommer Wunsch, sondern drückt aus, was Jan Kooiman (1993: 253) in seinem Konzept der „socio-political governance“ längst angelegt hatte: Auf einer normativen Ebene bedarf es zur Integration der Netzwerke und der in AMIQUUS von den älteren Migrant(inn)en entwickelten Projekte einer lokalpolitischen Struktur, die dem Konzept der „*socio-political governance*“ möglichst nahe kommt: Diese sei auf solche Interaktionsmuster gerichtet, die politisches und traditionell hierarchisches Regieren mit sozialer Selbstorganisation so verbindet, dass die Verantwortung und Rechenschaft für Interventionen auf öffentliche und private Akteure verteilt werden. Empirisch sind daraus zwei Trends ableitbar. Diese können sich einerseits als Ökonomisierung des Sozialen in Arrangements von Public-Private-Partnerships, zum anderen aber auch als Ausgestaltung einer „*kooperativen Demokratie*“ mit einer gestärkten Landschaft zivilgesellschaftlicher Akteure darstellen.

In beiden Perspektiven geht es im Kern um die Formen der Interaktion und Kooperation zwischen staatlichen, privatwirtschaftlichen und bürgergesellschaftlichen Akteuren, was Gramsci zusammengenommen als „Zivilgesellschaft“ bezeichnet hat. Individuen oder nicht formalisierte Zusammenschlüsse z.B. älterer Migrant(inn)en, die auf der Ebene ihres Wohnquartiers gemeinsame Interessen verfolgen, sind dabei noch kaum ins Blickfeld solcher Kooperationen geraten obwohl die „Commission on Global Governance“ hierunter sehr wohl die „Gesamtheit der zahlreichen Wege“ versteht, „auf denen Individuen sowie öffentliche und private Institutionen ihre gemeinsamen Angelegenheiten regeln“ (Benz 2004: 17). Hierunter werden somit „sowohl mit Durchsetzungsmacht versehene Herrschaftssysteme“ verstanden, als auch „informelle Regelungen, die von Menschen und Institutionen vereinbart“ werden (ebd.).

Der Planungstheoretiker Klaus Selle hat Planung im Kontext der Raumplanung als „die Vorbereitung raumwirksamen Handelns“ (2006b: 27) bezeichnet. Korrespondierend mit Uwe Hungers „Integrations“-Begriff beschreibt er die Aufgabe von Planung als das Koordinieren und Vorsteuern öffentlichen Handelns im Raum und das Definieren der Rahmenbedingungen für (eigensinniges) privates Handeln (ebd.). Diesbezüglich benennt er drei wesentliche Faktoren der Planung:

- a) *Raum* – als Bedingung und Ergebnis sozialen Handelns,
- b) *öffentliche Akteure* und
- c) den *Kontext* bzw. die Rahmenbedingungen, in Form demographischer, sozialer, ökonomischer Entwicklungen, Strukturen des politisch-administrativen Systems, gesetzliche Grundlagen, kulturelle und politische Orientierungen, Werthaltungen und Macht.

Neben der Funktion von Sozialplanung „als Frühwarn-, Orientierungs- und Koordinierungsinstrument“ sieht Selle die Entwicklung, in breiten Diskursen, prozessorientiert die kurz-, mittel-, und langfristige Entwicklung der Stadtgesellschaft zu planen (vgl. Alisch 2007: 307), als weitere Herausforderung. Diese argumentative, kommunikative und kooperierende Funktion von Planung wird als „*communicative turn*“ der Planung empirisch beobachtet und mit den Begrifflichkeiten Netzwerk (institutionelle Akteure) und Partizipation (individuelle und zivilgesellschaftliche Akteure) belegt.

Heinelt (2006: 240) greift für eine Strukturierung von Planung auf Scharpf zurück. Dieser unterscheidet zwischen

- a) „Planung als Reflexion über Handlungsmöglichkeiten und die Voraussetzungen und Folgen ihrer Umsetzung“ (ebd.), was – wie oben dargestellt – voraussetzt, auch solche Handlungsoptionen zu reflektieren, die von den Adressat(inn)en der Planung selbst formuliert werden

- b) „Prozessen verbindlichen Entscheidens über Planungen“ (ebd.) und
- c) deren „Umsetzung im Sinne einer Durchführungsplanung“.

Alle drei Planungselemente zusammengenommen fassen „Planung als Ko-Produktion [...], die einzig durch konkrete Kommunikations- und Interaktionsprozesse zwischen unterschiedlichen Akteuren“ (vgl. Alisch 2007: 308) entsteht und bezüglich des Gegenstandes von AMIQUUS somit auch gerade bisher nicht organisierte ältere Migrant(inn)en einzubeziehen hätte.

Das Problem ist also nicht, einen benennbaren Rahmen für die mit dem AMIQUUS-Projekt angestoßenen Prozesse der institutionellen Stützung und Vernetzung der Ansätze von Selbstorganisation und Selbsthilfe älterer Migrant(inn)en zu finden. Vielmehr besteht die Schwierigkeit darin, zunächst ein lokal politisches Bewusstsein dafür herzustellen, dass diese durch die AMIQUUS-Untersuchungen erst ins Licht der politischen Öffentlichkeit gerückten, bzw. durch das Projekt dann auch handlungsforscherisch initiierten Netzwerke der Selbstorganisation und Selbsthilfe überhaupt einen solchen „kollektiven Akteur“ darstellen, der es rechtfertigt, Prozesse der Kooperation und langfristig der Strukturveränderung einzuleiten. Hier hätte dann auch eine als „*good governance*“ bezeichnete „effiziente, rechtsstaatliche und bürgernahe Staats- und Verwaltungspraxis“ anzusetzen (Benz 2003: 20), bei der die „Bedeutung zivilgesellschaftlicher Mitwirkung am politischen Prozess als zentrales Merkmal“ (Mayntz 2004: 5) postuliert und mit Gestaltungsprinzipien wie „Transparenz, Partizipation, Verantwortlichkeit usw.“ (ebd.) charakterisiert wird.

Empfehlungen an die sozialstaatlichen Träger Sozialer Arbeit, die sich aus den bisherigen Erkenntnissen des AMIQUUS-Projektes im Hinblick auf das Spannungsverhältnis zwischen Eigensinn und Sozialstaatlichkeit ableiten ließen, haben demzufolge einen ebenso normativen wie praktischen Charakter: Ganz im Sinne des „communicative turn“ der raumbezogenen Planung oder von „*good governance*“ gilt es konsequent Partizipationsprozesse (von der Problemformulierung bis zur Angebotsumsetzung), Transparenz und Verantwortungsdelegation auch im Zusammenhang einer als „kultursensibel“ apostrophierten lokalen Altenhilfeplanung und Integrationsarbeit umzusetzen. Solche Empfehlungen greifen damit auch die in der lokalen Politikforschung seit den 1990er Jahren in Begleitung von Verwaltungsmodernisierungsprozessen geführte Diskussion um „neue Formen der direkten Demokratie und bürgerschaftlicher Partizipation“ (Heinelt 2004: 35) auf, die lokale Politiken verändern oder zumindest verändern sollten.

Der Politologe Hubert Heinelt ordnet diese Entwicklung in eine über die lokale Politik hinausgehende Debatte um „*participatory governance*“ ein, welche „die Prozesse der Formulierung und Durchsetzung gesellschaftlich verbindlicher Entscheidungen in die Gesellschaft hinein ausdehnt und so die Sphäre des Politischen aus dem „engen Gehäuse“ des politischen Systems“ (ebd.) befreie. Diese „*participatory*

governance“ impliziere „die Öffnung von Akteursnetzwerken und eine möglichst breite Beteiligung“ (ebd.). Damit dies nicht zu einem der üblichen Appelle für mehr Demokratie und Beteiligung gerinnt, sei es erforderlich, den dahinterstehenden Demokratiebegriff klarzustellen. Es gehe eben nicht um „liberale Demokratie“, die den Wahlakt ins Zentrum eines repräsentativ gedachten Systems stellt (*vote*), sondern dem Eigensinn Raum zu geben, indem – im Sinne deliberativer Demokratie – die „kommunikative Auseinandersetzung“ (ebd. 42) über „geäußerte Positionen (*voice*)“ in den Vordergrund gestellt und „argumentativ aufeinander abgestimmt werden“ (ebd.).

Allerdings geht es AMIQUUS als „praktisch einhakender Sozialforschung“ in diesem Zusammenhang im Gegensatz zu radikalkonstruktivistischen Ansätzen einer sog. „Fourth Generation Evaluation“ (vgl. Guba/Lincoln 1989: 42 ff.) nicht um den auf praktische Effektivitätssteigerung zielenden Versuch, durch Verhandlung („negotiation“) zu gemeinsamen Konstruktionen („joint constructions“) zu gelangen, welche unnötige ‚Reibungsverluste‘ in solchen Prozessen zu beseitigen trachten. Vielmehr zielen die Forschungsarbeiten vor allem darauf, entsprechende „Eigensinnigkeiten“ in ihren zumeist impliziten Handlungslogiken zu rekonstruieren und so „ein Verständnis der *Unterschiede* zu entwickeln“ (Bohnsack 2006: 152) und „zunächst Einblicke in die Standortgebundenheit der unterschiedlichen Perspektiven zu gewinnen“ (ebd.).

Während sich bestimmte Stränge lokaler Politikforschung recht ergiebig mit den aktuellen Modernisierungsimpulsen (New Public Management, Einführung direktdemokratischer Elemente, Ausbau kooperativer Demokratieformen, Privatisierungs- und Liberalisierungsbemühungen) und ihren Auswirkungen auf die politische Steuerungsfähigkeit und die demokratische Legitimation kommunalen Handelns und die Veränderungen (Machtverschiebungen) für das kommunale Entscheidungssystem auch im Hinblick auf Integration (vgl. u.a. Bogumil 2002) befassen, ist es u.a. das Politikfeld der sozialen Stadtentwicklung, das verdeutlicht, wie sozial selektiv Formen der Partizipation noch immer sind und wie punktuell es bisher erst gelingt, sozial benachteiligte, als „artikulationsschwach“ etikettierte Bevölkerungsteile zu erreichen. Dies betrifft in diesem Zusammenhang jedoch nicht nur die praktische Dimension des handlungsforscherischen Ansatzes von AMIQUUS. Vielmehr ist zugleich auch die Zuschreibung bezogen auf die Gruppe(n) älterer Migrant(inn)en, dass sich ihre Artikulationsschwäche nicht allein auf eine mangelnde Lobby, sondern ganz direkt sprachlich bedingte Barrieren beziehe, einer Problematisierung zu unterziehen. Denn den Untersuchungen von AMIQUUS zufolge werden diese Barrieren eben nicht einseitig durch „ausreichende“ Deutschsprachkenntnisse aufgebaut, sondern entstehen vielfach durch die geringe Akzeptanz der Professionellen im lokalen System des „juristisch, administrativen, therapeutischen Managements der Bedürfnisbefriedigung“

nicht nur gegenüber unterschiedlichen Informationsrezeptionsmustern ihrer Adressat(inn)en, sondern vor allem gegenüber jenen eigensinnigen Formen einer „Politik der Bedürfnisinterpretation“ wie sie sich ansatzweise in den Formen der Selbstorganisation und Selbsthilfe der älteren Migrant(inn)en entwickelt haben und nun durch AMIQUUS gestützt werden.

Im Hinblick auf die praktische Dimension des handlungsforscherischen Ansatzes von AMIQUUS scheinen drei wesentliche Merkmale von (good) Governanceprozessen auch für die die *nicht-enteignende* Integration von Formen der Selbstorganisation und Selbsthilfe älterer Migrant(inn)en in die Regelungsmodi der lokalen sozialstaatlichen Institutionalisierungsformen von Bedeutung zu sein:

- a) Das „Fehlen eindeutiger hierarchischer Über- und Unterordnungsverhältnisse und klarer Abgrenzungen der Herrschaftsbereiche“ (Rosenau/Czempiel 1992, zitiert nach Benz 2007: 16);
- b) die „Steuerung und Kontrolle“ (ebd.) durch eine Mischung aus „(einseitiger) Machtausübung und Kooperation“ (ebd.) sowie Kommunikation und Verhandlungen und
- c) die „Dominanz von Prozessen über Strukturen und die kontinuierlichen Veränderungen von Strukturen“ (ebd.).

Konkretisieren lassen sich diese im Hinblick auf die Verknüpfung der in unserem Sinne eigensinnig entwickelten Projekte der Selbstorganisation und Selbsthilfe älterer Migrant(inn)en mit lokalen sozialstaatlichen Institutionalisierungs- und Regulierungsformen, dahingehend, dass

- a) allein aufgrund der unterschiedlichen sozialen Positionen, aus denen heraus die älteren Migrant(inn)en in den Zukunftswerkstätten Projektideen angeregt und entwickelt haben – als Senior(inn)en, als Bürger(innen), als Migrant(inn)en, als Fachleute, als Frauen/Männer – sich keine klaren (Herrschafts-)bereiche benennen lassen, in deren „Zuständigkeit“ eines der Projekte ausschließlich fällt: Eine lokalpolitisch eindeutige Hierarchie von Altenarbeit, Integrationsarbeit, Gemeinwesenarbeit oder Förderung des bürgerschaftlichen Engagements ist in kaum einer Kommune ableitbar. Selbst wenn diese Handlungsfelder mit jeweils eindeutigen Prioritäten ausgefüllt werden, lässt sich eine klare Über- oder Unterordnung nicht benennen.
- b) Um eine bisher expert(inn)enorientierte Planung des „juristisch, administrativen, therapeutischen Management der Bedürfnisbefriedigung“ für eigensinnige Projekte der Selbstorganisation und Selbsthilfe sowie der darin sich konkretisierenden „Politik der Bedürfnisinterpretation“ älterer Migrant(inn)en zu öffnen, sind einerseits professionelle Handlungsmodi

- von „Empowerment“ nötig, um die bisher (einseitige) Machtausübung dieses Managements zu Gunsten von Formen der Kooperation zu überwinden, die diesen Begriff verdienen. Allerdings reicht dies nicht aus. Denn
- c) gilt es nicht nur allein deshalb schon die in der öffentlichen Verwaltung und den Trägerorganisationen Sozialer Arbeit dominanten Strukturen der GWA, der Altenarbeit, der Arbeit mit Migrant(inn)en und der Förderung bürgerschaftlichen Engagements für diese eigensinnigen Prozesse von Selbstorganisation und Selbsthilfe älterer Migrant(inn)en zu überwinden, weil sie jeweils nur einen Teil deren Umsetzungsbedingungen abdecken können. Zudem muss das „good-governance“-Merkmal der „Dominanz von Prozessen über Strukturen“ auch für die Zielgruppe der älteren Migrant(inn)en dahingehend wirksam werden, dass für sie im überschaubaren Umkreis eigener Erfahrungen überprüfbar wird, worin der Befreiungsgehalt lebendiger demokratischer Selbstorganisation und eines auf Lebensinteressen bezogenen politischen Handelns besteht, gegenüber der Vorherrschaft nicht nur formalisierter, sondern auch routinierter und ritualisierter Strukturen im Bereich eigener traditioneller Formen der Selbsthilfe und Selbstorganisation.

## Anmerkung

- <sup>1</sup> Das Akronym AMIQUUS ist nicht nur eine Abkürzung des Hauptitels (**A**eltere **M**igrant(inn)en **im Q**uartier), sondern verweist zugleich auch auf den lateinischen Begriff für Freund. Das Projekt wird unter Federführung der Hochschule Rhein-Main von Prof. Dr. habil. Michael May in Kooperation mit der Hochschule Fulda, Prof. Dr. habil. Monika Alisch, geleitet. Zum Forschungsteam gehören Benjamin Bulgay (Wiesbaden Westend), Frank Dölker (Fulda Aschenberg), Stefan Fröba (München Hasenberg), Mila Kovacevic und Nadia Laabdallaoui (Wiesbaden Biebrich).

## Literatur

- Adorno, Theodor W. (2003): Gesammelte Schriften. Tiedemann, Rolf (Hg.). Berlin: Directmedia Publ. (Digitale Bibliothek, 97).
- Alisch, Monika (2007): Empowerment nd Governance: Interdisziplinäre Gestaltung in der sozialen Stadtentwicklung. In: Baum, Detlef (Hrsg.): Die Stadt in der Sozialen Arbeit. Ein Handbuch für soziale und planende Berufe. VS Verlag. Wiesbaden. S. 305-315.
- Alisch, Monika (2002): Soziale Stadtentwicklung. Widersprüche, Kausalitäten und Lösungen. Verlag Leske+Budrich. Opladen.
- Baykara-Krumme, Helen (2007): Gar nicht so anders. Eine vergleichende Analyse der Generationenbeziehungen bei Migrantinnen und Einheimischen in der zweiten Lebenshälfte. Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung gGmbH. Berlin. (Discussion Paper, Nr. SP IV 2007-604). Online verfügbar unter <http://bibliothek.wz-berlin.de/pdf/2007/iv07-604.pdf>.

- Benz, Arthur (2004): Einleitung: Governance – Modebegriff oder nützliches sozialwissenschaftliches Konzept? In: ders. (Hrsg.) Governance – Regieren in komplexen Regelsystemen. Eine Einführung. VS Verlag. Wiesbaden. S. 11-28.
- Benz, Arthur (2003): Governance – Modebegriff oder nützliches sozialwissenschaftliches Konzept? In: ders. Et al.: Governance Eine Einführung. Dreifachkurseinheit der FerUniHagen.
- Bloch, Ernst (1976): Erbschaft dieser Zeit. Erweiterte Auflage Frankfurt a.M.: Suhrkamp (Gesamtausgabe, Bd. 4).
- Bogumil, Jörg / Holtkamp, Lars (o.J.): Local Governance und gesellschaftliche Integration. In: Schimank, Uwe / Lange, Stefan / (Hrsg.) Governance und gesellschaftliche Integration, Kurs Nr. 33710 der FernUniversität Hagen. S. 157-184.
- Bohnsack, Ralf (2010): Qualitative Evaluationsforschung und dokumentarische Methode. In: Bohnsack, Ralf; Nentwig-Gesemann, Iris (Hg.): Dokumentarische Evaluationsforschung. Theoretische Grundlagen und Beispiele aus der Praxis. Opladen: Budrich .
- Bohnsack, Ralf (2006): Qualitative Evaluation und Handlungspraxis – Grundlagen dokumentarischer Evaluationsforschung. In: Flick, Uwe (Hrsg.): Qualitative Evaluationsforschung. Konzepte Methoden Umsetzungen. Reinbeck: Rowohlt Verlag, S. 135-158.
- Bohnsack, Ralf; Nentwig-Gesemann, Iris; Nohl, Arnd-Michael (Hg.) (2001): Die dokumentarische Methode und ihre Forschungspraxis. Grundlagen qualitativer Sozialforschung. Opladen: Leske + Budrich.
- Bundesministerium für Familie, Senioren Frauen und Jugend (BMFSFJ) (im August 2005): Fünfter Bericht zur Lage der älteren Generation in der Bundesrepublik Deutschland. Potenziale des Alters in Wirtschaft und Gesellschaft. Der Beitrag älterer Menschen zum Zusammenhalt der Generationen. Bericht der Sachverständigenkommission. Berlin. Online verfügbar unter <http://www.bmfsfj.de/RedaktionBMFSFJ/Abteilung3/Pdf-Anlagen/fuenfter-altenbericht.property=pdf,bereich=bmfsfj,sprache=de,rwb=true.pdf>.
- Brunner, Otto (1980): Das "Ganze Haus" und die alteuropäische "Ökonomik". In: Brunner, Otto (Hg.): Neue Wege der Verfassungs- und Sozialgeschichte. 3., unveränd. Aufl. Göttingen: Vandenhoeck & Ruprecht, S. 103–127.
- Cohen, Philip (1986): Die Jugendfrage überdenken. In: Cohen, Philip; Lindner, Rolf; Wiebe, Hans-Hermann (Hg.): Verborgen im Licht. Neues zur Jugendfrage. Frankfurt am Main: Syndikat (Taschenbücher Syndikat/EVA, Bd. 65), S. 22–97.
- Fraser, Nancy (1994): Widerspenstige Praktiken. Macht, Diskurs, Geschlecht. Dt. Erstausg., 1. Aufl. Frankfurt am Main: Suhrkamp (Gender studies, 1726).
- Geiss, Sabine; Gensicke, Thomas (Dezember 2005): Freiwilliges Engagement von Migrantinnen und Migranten. In: TNS Infratest Sozialforschung (Hg.): Freiwilliges Engagement in Deutschland 1999–2004. Ergebnisse der repräsentativen Trenderhebung zu Ehrenamt, Freiwilligenarbeit und bürgerschaftlichem Engagement. Durchgeführt im Auftrag des Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend. München (BE 10-35212), S. 347–400.
- Gensicke, Thomas; Picot, Sibylle; Geiss, Sabine (Dezember 2005): Freiwilliges Engagement in Deutschland 1999–2004. Ergebnisse der repräsentativen Trenderhebung zu



- Ehrenamt, Freiwilligenarbeit und bürgerschaftlichem Engagement. Herausgegeben von TNS Infratest Sozialforschung. Durchgeführt im Auftrag des Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend. München. (BE 10-35212). Online verfügbar unter <http://www.bmfsfj.bund.de/RedaktionBMFSFJ/Engagementpolitik/Pdf-Anlagen/freiwilligen-survey-langfassung.property=pdf,bereich=bmfsfj,sprache=de,rwb=true.pdf>.
- Gerhardt, Uta (1986): Verstehende Strukturanalyse. Die Konstruktion von Idealtypen als Analyseschritt bei der Auswertung qualitativer Forschungsmaterialien. In: Soeffner, Hans-Georg (Hg.): Sozialstruktur und soziale Typik. Frankfurt/Main: Campus-Verl. (CampusForschung, 465), S. 31–83.
- Gramsci, Antonio (1994): Gefängnishefte. Kritische Gesamtausgabe. 1. Aufl. Bochmann, Klaus; Haug, Wolfgang Fritz (Hg.). Hamburg: Argument-Verl. [u.a.].
- Guba, Egon G./Lincoln, Yvonna S. (1989): Fourth Generation Evaluation, Newbury Park Calif. Sage Publications.
- Habermas, Jürgen (1981): Theorie des kommunikativen Handelns. Frankfurt/Main: Suhrkamp (2 Bde.).
- Habermas, Jürgen (1990): Strukturwandel der Öffentlichkeit. Untersuchungen zu einer Kategorie der bürgerlichen Gesellschaft ; mit einem Vorwort zur Neuauflage 1990. Univ., Habil.-Schr.--Marburg, 1961. 1. Aufl., [unveränd. Nachdr. der zuerst 1962 im Luchterhand-Verl. ersch. Ausg. Frankfurt am Main: Suhrkamp (Suhrkamp-Taschenbuch Wissenschaft, 891).
- Haug, Sonja; Müssig, Stephanie; Stichs, Anja (2009): Muslimisches Leben in Deutschland. Herausgegeben von Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (BAMF). Im Auftrag der Deutschen Islamkonferenz. Nürnberg. (Forschungsbericht, 6). Online verfügbar unter [http://www.bmi.bund.de/SharedDocs/Downloads/DE/Themen/Politik\\_Gesellschaft/DIK/vollversion\\_studie\\_muslim\\_leben\\_deutschland\\_.pdf?\\_\\_blob=publicationFile](http://www.bmi.bund.de/SharedDocs/Downloads/DE/Themen/Politik_Gesellschaft/DIK/vollversion_studie_muslim_leben_deutschland_.pdf?__blob=publicationFile).
- Hegel, Georg Wilhelm Friedrich (1979): Werke. Auf der Grundlage der Werke von 1832-1845 neu edierte Ausgabe. Redaktion Eva Moldenhauer und Karl Markus Michel. Frankfurt am Main: Suhrkamp (Theorie-Werkausgabe).
- Heinelt, Hubert (2004): Governance auf lokaler Ebene. In: Benz, A. (Hrsg.). S. 29-44.
- Heinelt, Hubert (2006): Planung und Governance. Der Beitrag der Governance-Debatte zum Planungsverständnis. In: Selle, Klaus (Hrsg.) Praxis der Stadt- und Regionalplanung. Planung neu denken Band 1. S. 235-247.
- Hunger, Uwe (Februar 2006): Die politische und zivilgesellschaftliche Partizipation von Migranten und ihre Bedeutung für die „Integration“. Fünf Thesen. In: Migration und Soziale Arbeit, Jg. 28, H. 1, S. 8–14
- Huth, Susanne (2007): Bürgerschaftliches Engagement von Migrantinnen und Migranten. Lernorte und Wege zu sozialer Integration. INBAS-Sozialforschung GmbH. Frankfurt. Institut für Sozialforschung und Gesellschaftspolitik (ISG); Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung gGmbH (WZB) (2009): Integration in Deutschland. Erster Integrationsbericht. Erprobung des Indikatorensets und Bericht zum bundesweiten Integrationsmonitoring. Erstellt für die Beauftragte der Bundesregierung für Migration, Flüchtlinge und Integration. Berlin. Online verfügbar unter <http://www.bundesregierung.de/Content/DE/Publikation/IB/Anlagen/2009-07-07-indikatorenbericht.property=publicationFile.pdf>.

- Kirchner, Friedrich; Michaëlis, Carl; Hoffmeister, Johannes; Regenbogen, Arnim; Meyer, Uwe (1998): Wörterbuch der philosophischen Begriffe. Hamburg: Meiner (Philosophische Bibliothek, 500).
- Krumme, Helen; Hoff, Andreas (2004): Die Lebenssituation älterer Ausländerinnen und Ausländer in Deutschland. In: Tesch-Römer, Clemens (Hg.): Abschlussbericht Sozialer Wandel und individuelle Entwicklung in der zweiten Lebenshälfte. Ergebnisse der zweiten Welle des Alterssurveys. Berlin, S. 455–500.
- Luhmann, Niklas (1998): Die Wissenschaft der Gesellschaft. 3. Aufl. Frankfurt am Main: Suhrkamp (Suhrkamp-Taschenbuch Wissenschaft, 1001).
- Mannheim, Karl (2003): Konservatismus. Ein Beitrag zur Soziologie des Wissens. Univ., Habil.-Schr. u.d.T.: Altkonservatismus--Heidelberg, 1926. 1. Aufl., [Nachdr.]. Unter Mitarbeit von David Kettler, Volker Meja und Nico Stehr. Frankfurt am Main: Suhrkamp (Suhrkamp-Taschenbuch Wissenschaft, 478).
- May, Michael (1997): Perspektiven einer ProduzentInnensozialpolitik. In: Redaktionen links und Widersprüche (Hg.): Gesellschaft ohne Klassen? Politik des Sozialen wider Ausgrenzung und Repression. Bielefeld: Kleine (Widersprüche, 17.1997=66), S. 231–244.
- May, Michael (2003): Lebenslagenbezogene Bildung von Jugendlichen. In: Lindner, Werner; Thole, Werner; Weber, Jochen (Hg.): Kinder- und Jugendarbeit als Bildungsprojekt. Opladen: Leske + Budrich, S. 119–135.
- May, Michael (2004): Selbstregulierung. Eine neue Sicht auf die Sozialisation. Orig.-Ausg. Gießen: Psychosozial-Verlag (Reihe Psyche und Gesellschaft).
- May, Michael (2004a): Transformation der Gesellschaft. Auswirkungen der gemeinwesenökonomischen Praxis in der Gesellschaft. In: Lindenberg, Michael; Peters, Lutz (Hg.): Die gelebte Hoffnung der Gemeinwesenökonomie. Bielefeld: Kleine (Impulse - Werkstatt Fachhochschule, 12), S. 135–159.
- May, Michael (2004b): Versuch einer Entmystifizierung sozialen Kapitals. Zur unterschiedlichen begrifflichen Fassung sozialen Kapitals. In: Kessl, Fabian; Otto, Hans-Uwe (Hg.): Soziale Arbeit und soziales Kapital. Zur Kritik lokaler Gemeinschaftlichkeit. 1. Aufl. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften, S. 79–93.
- May, Michael (2004c): Aneignung und menschliche Verwirklichung. In: Deinet, Ulrich; Reutlinger, Christian (Hg.): „Aneignung“ als Bildungskonzept der Sozialpädagogik. Beiträge zur Pädagogik des Kindes- und Jugendalters in Zeiten entgrenzter Lernorte. 1. Aufl. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften, S. 49–69.
- May, Michael (2007): Zur (Re-)Produktion sozialer Differenzen auf der Ebene von Kultur und Geschlecht. Grundpfeiler eines theoretischen Bezugsrahmens. In: Widersprüche Redaktion (Hg.): „Alles schön bunt hier!“. Zur Kritik kulturalistischer Praxen der Differenz. Bielefeld: Kleine (Widersprüche, 104), S. 37–62.
- May, Michael (2008): Die Handlungsforschung ist tot. Es lebe die Handlungsforschung. In: May, Michael; Alisch, Monika (Hg.): Praxisforschung im Sozialraum. Fallstudien in ländlichen und urbanen sozialen Räumen. Opladen: Budrich (Beiträge zur Sozialraumforschung, 2), S. 207–238.
- May, Michael (2008a): Partizipative Projektentwicklung im Sozialraum. In: May, Michael; Alisch, Monika (Hg.): Praxisforschung im Sozialraum. Fallstudien in ländlichen und

- urbanen sozialen Räumen. Opladen: Budrich (Beiträge zur Sozialraumforschung, 2), S. 45–64.
- May, Michael (2008b): Sozialraumbezüge Sozialer Arbeit. In: Alisch, Monika; May, Michael (Hg.): Kompetenzen im Sozialraum. Sozialraumentwicklung und -organisation als transdisziplinäres Projekt. Opladen: Budrich (Beiträge zur Sozialraumforschung, 1), S. 61–84
- May, Michael (2010): Produktionsweisen des Sozialen älterer Migrantinnen und Migranten in Deutschland. In: Ortega, Angela Pilch; Felbinger, Andrea; Mikula, Regina; Egger, Rudolf (Hg.): Macht - Eigensinn - Engagement. Lernprozesse gesellschaftlicher Teilhabe. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften / Springer Fachmedien Wiesbaden GmbH Wiesbaden, S. 189–210.
- Mayntz, Renate (2004): Governance Theory als fortentwickelte Steuerungstheorie?. MPIfG Working Paper 0/01.
- Marx, Karl; Engels, Friedrich (1956 ff.): Werke. Bd. 1-43. Institut für Marxismus-Leninismus beim ZK der SED (Hg.). Berlin: Dietz-Verlag.
- Meyer, Thomas (2002): Parallelgesellschaften und Demokratie. In: Meyer, Thomas; Weil, Reinhard (Hg.): Die Bürgergesellschaft. Perspektiven für Bürgerbeteiligung und Bürgerkommunikation. Bonn: Dietz, S. 343–372.
- Negt, Oskar (1976): Erbschaft aus Ungleichzeitigkeit und das Problem der Propaganda. In: Negt, Oskar (Hg.): Keine Demokratie ohne Sozialismus. Über den Zusammenhang von Politik, Geschichte und Moral. 1. Auflage, Erstausgabe Frankfurt am Main: Suhrkamp (Edition Suhrkamp, 812), S. 276–283.
- Negt, Oskar (1976): Nicht nach Köpfen, sondern nach Interessen organisieren! In: Negt, Oskar (Hg.): Keine Demokratie ohne Sozialismus. Über den Zusammenhang von Politik, Geschichte und Moral. 1. Aufl., Erstausg. Frankfurt am Main: Suhrkamp (Edition Suhrkamp, 812), S. 300–312.
- Negt, Oskar; Kluge, Alexander (März 1981): Geschichte und Eigensinn. 1. Aufl. Frankfurt am Main: Zweitausendeins
- Negt, Oskar; Kluge, Alexander (1992): Maßverhältnisse des Politischen. 15 Vorschläge zum Unterscheidungsvermögen. Frankfurt am Main: Fischer.
- Özcan, Veysel; Seifert, Wolfgang (2006): Lebenslage älterer Migrantinnen und Migranten in Deutschland. In: Deutsches Zentrum für Altersfragen (Hg.): Lebenssituation und Gesundheit älterer Migranten in Deutschland. Berlin: Lit (Expertisen zum fünften Altenbericht der Bundesregierung, Bd. 6), S. 7–76.
- Rousseau, Jean-Jacques (o.J.): Emil oder Über die Erziehung. Frei aus dem Französischen übersetzt von Hermann Denhardt. Neue Ausgabe. Band 1 und 2 Bände. Leipzig: Philipp Reclam jun.
- Sauer, Martina (Februar 2009): Türkeistämmige Migranten in Nordrhein-Westfalen und in Deutschland. Lebenssituation und Integrationsstand. Ergebnisse der neunten Mehrthemenbefragung. Herausgegeben von Stiftung Zentrum für Türkeistudien. Eine Analyse im Auftrag des Ministeriums für Generationen, Familie, Frauen und Integration des Landes Nordrhein-Westfalen. Essen. Online verfügbar unter <http://www.tamvakfi.de/downloads/downmehrthemenbefragung2008.pdf>.
- Sauer, Martina (Februar 2010): Teilhabe und Orientierungen türkeistämmiger Migrantinnen und Migranten in Nordrhein-Westfalen. Ergebnisse der zehnten Mehrthemenbefragung 2009. Herausgegeben von Stiftung Zentrum für Türkeistudien. Eine Analyse im

Auftrag des Ministeriums für Generationen, Familie, Frauen und Integration des Landes Nordrhein-Westfalen. Essen. Online verfügbar unter [http://www.integration.nrw.de/projekte\\_konzepte/Integration\\_Allgemein/Mehrthemenbefragungen\\_t\\_rkischst\\_mmiger/10\\_mehrthemenbefragung\\_2009.pdf](http://www.integration.nrw.de/projekte_konzepte/Integration_Allgemein/Mehrthemenbefragungen_t_rkischst_mmiger/10_mehrthemenbefragung_2009.pdf).

- Schiesser, Giaco (2004): Arbeit am und mit EigenSinn. Medien | Kunst | Ausbildung, oder: Über den Eigensinn als künstlerische Produktivkraft. (netzspannung.org Wissensraum für digitale Kunst und Kultur). Online verfügbar unter [http://netzspannung.org/cat/servlet/CatServlet/\\$files/273695/schiesser\\_II.pdf](http://netzspannung.org/cat/servlet/CatServlet/$files/273695/schiesser_II.pdf).
- Seyfarth, Constans (1979): Alltag und Charisma bei Max Weber. Eine Studie zur Grundlegung der „Verstehenden Soziologie“. In: Sprondel, Walter Michael; Grathoff, Richard; Sprondel-Grathoff (Hg.): Alfred Schütz und die Idee des Alltags in den Sozialwissenschaften. Stuttgart: Enke, S. 155–177.
- Thompson, Edward P. (1979): The Grid of Inheritance. A Comment. In: Goody, Jack; Thirsk, Joan (Hg.): Family and inheritance. Rural society in western Europe, 1200 - 1800. Cambridge: Cambridge Univ. Pr. (Past and present publications), S. 328–360.
- Tesch-Römer, Clemens (Hg.) (2004): Abschlussbericht Sozialer Wandel und individuelle Entwicklung in der zweiten Lebenshälfte. Ergebnisse der zweiten Welle des Alterssurveys. Berlin.
- Weber, Max (1988): Gesammelte Aufsätze zur Religionssoziologie. 9. Aufl. Tübingen: Mohr (Paul Siebeck) (Uni-Taschenbücher, 1488).
- Weinkauff, Wolfgang (2006): Die Philosophie der Stoa. Ausgewählte Texte. Stuttgart: Reclam (Universal-Bibliothek, 18123).

*Prof. Dr. habil. Monika Alisch, Hochschule Fulda, Fachbereich Sozialwesen,  
Marquardstr. 35, 36039 Fulda  
E-Mail: [monika.alisch@sw.hs-fulda.de](mailto:monika.alisch@sw.hs-fulda.de)*

*Prof. Dr. habil. Michael May, Hochschule RheinMain, Fb. Sozialwesen, Kurt-  
Schumacher- Ring 18; 65197 Wiesbaden  
E-mail: [michael.may@hs-rm.de](mailto:michael.may@hs-rm.de)*



**Ines Himmelsbach und Frank Oswald**

## **Wohnen und Lebensqualität im Alter**

---

### **1. Ausgangssituation: Rahmenbedingungen des Wohnens im Alter**

Beim Stichwort Wohnen im Alter werden häufig einseitig körperliche und geistige Einbußen, Zugangsbarrieren, Einsamkeit oder ein entbehrungsreiches Leben im Heim ohne Privatsphäre und ohne eigene Möbel assoziiert. Die Realität des Wohnens im Alter ist aber vielschichtig und umfasst sowohl innerhäusliche, als auch außerhäusliche Aspekte, sowohl soziale, als auch räumlich-dingliche Anteile, sowohl objektive Wohnbedingungen, als auch Prozesse des (aktiven und passiven) Handelns und des Erlebens der Person und zielt ferner auf bestimmte dem Wohnen übergeordnete Entwicklungsfolgen ab, wie beispielsweise Selbständigkeit, Identitätserhalt oder Wohlbefinden.

Wir betrachten Wohnen (und Lebensqualität) aus der Perspektive einer ökologischen Gerontologie, das heißt einer Altersforschung, die sich insbesondere der Interaktion von Person und sozial-räumlicher Umwelt und deren Folgen für das Altern widmet. Aus dieser Sicht kann Wohnen als Austauschprozess von Person und Umwelt betrachtet werden, der, zumindest im weitesten Sinne, zur Lebensqualität als Zielvariable beiträgt. Diese Perspektive findet sich häufig im Zusammenhang mit Studien zum Privatwohnen im höheren Alter. Wohnen kann aber auch als Teilbereich des Alltagslebens und damit als Facette von Lebensqualität selbst betrachtet werden. Diese Perspektive wird häufig im Bereich institutionalisierten Wohnens oder im Zusammenhang mit der Frage nach Lebensqualität im Heim vertreten. Im Beitrag soll zu beiden Perspektiven Stellung bezogen werden, und zwar insbesondere aus konzeptueller und aus methodischer Sicht, während empirische Befunde nur exemplarisch dargestellt werden.

Zur besseren Einordnung der Thematik werden zunächst einführend einige Eckwerte zum Privatwohnen und zum Wohnen im institutionellen Kontext, sowie einige Charakteristika des Wohnhandelns und Wohnerlebens im höheren Alter aufgeführt.

## 1.1 Wohnbedingungen im höheren Alter

Tatsächlich lebt der größte Teil älterer Menschen (ca. 93% der über 65jährigen) in privatem Wohnbestand. Dies gilt auch für den stark wachsenden Anteil der Bevölkerung der über 80jährigen Personen im sehr hohen Alter. Etwa 89% der über 80jährigen und noch rund zwei Drittel der über 90jährigen leben in Privatwohnungen, viele davon noch selbständig. Der Anteil von privat wohnenden Personen mit Pflegebedarf lag 2005 für die 75-84jährigen bei 8,2% und für die über 85jährigen bei 30,4% (Schneekloth & Wahl 2006). Die Zahl der über 80jährigen in Deutschland wird sich von Anfang des Jahrhunderts ca. 3 Mio. auf 8-10 Mio. im Jahre 2050 verdreifachen (Birg & Flöthmann 2002). Damit wird dem Wohnen gerade im sehr hohen Alter, das einhergeht mit steigendem Versorgungsbedarf und erhöhtem Risiko des Selbständigkeitsverlustes, eine noch größere Bedeutung zukommen.

Bei den Wohnungen Älterer handelt es sich in der Regel um Ein- und Zweipersonenhaushalte. Knapp die Hälfte davon sind Einpersonenhaushalte, größtenteils geführt von allein lebenden Frauen (StBA 2008). Darin spiegelt sich sowohl eine Veränderung der Haushaltsstrukturen in der Gesellschaft, als auch das Bestreben nach Selbständigkeit im Alter wider. Aber allein wohnen ist nicht gleichzusetzen mit allein leben. Immer mehr allein wohnende ältere Menschen leben zusammen mit einer Person, die ebenfalls nicht auf eine selbständige Haushaltsführung verzichten will (Motel-Klingebiel, Wurm & Tesch-Römer 2010). Belastbare Zahlen zur Häufigkeit gemeinschaftlicher Wohnformen liegen unseres Wissens nicht vor, sicher ist aber eine deutliche Zunahme seit den ersten ca. 250 Projekten bundesweit im Jahr 2000 (KDA 2003). Dasselbe gilt für Angebote des Betreuten Wohnens (im Jahr 2000 ca. 4000 Wohnanlagen bundesweit mit ca. 230.000 Bewohner/innen). Für das Betreute Wohnen liegt mittlerweile zudem eine DIN-Norm (77800) vor, die das Dienstleistungsangebot vereinheitlichen und sichern sowie für mehr Transparenz auf dem Wohnungsmarkt sorgen soll und Interessenten immerhin als Maßstab für die eigene Wohnentscheidung dienen kann. Insgesamt kann aber davon ausgegangen werden, dass auf absehbare Zeit das private Wohnen (in kleinen Haushalten) die zentrale, primäre Wohnform im höheren Alter bleibt. Was die Wohnqualität betrifft, so wohnen über 65jährige knapp zur Hälfte in selbstgenutztem Eigentum (48%) und zu 51% zur Miete (Bundesamt für Bauwesen und Raumordnung 2010). Neben zahlreichen Zugangsbarrieren innerhalb und außerhalb der Wohnung (z.B. Stufen und Schwellen zum Eingang, in der Wohnung, zum Balkon etc.) (ebd.), kann sich auch die Lage der Wohnung insbesondere im sehr hohen Alter auf die Selbständigkeit auswirken. So liegen etwa zwei Drittel der Wohnungen älterer Menschen in städtischen Randlagen oder außerhalb von Ortschaften und nur 38% zentral oder zumindest zentrumsnah (ebd.). Dabei ist zu beachten, dass ältere häufiger als jüngere Menschen in älterem und deshalb

auch häufig hinsichtlich grundlegender Wohnstandardindikatoren ungünstigerem Wohnbestand leben, was bisweilen als „doppeltes Altern“ charakterisiert worden ist.

Auch wenn der relative Anteil älterer Menschen im institutionellen Kontext zunächst gering erscheint, lebten Ende 2005 in Deutschland rund 749.000 Menschen in vollstationären Einrichtungen, was einem Anstieg über ca. 10 Jahre von 13,3% entspricht. Davon waren 637.000 (85%) Leistungsbezieher der Pflegeversicherung, und „nur“ etwa 60.000 Personen (8%) körperlich und geistig so wenig beeinträchtigt, dass sie als reine „Wohnfälle“ beschrieben werden konnten (Schneekloth & Wahl 2009). Etwa 2/3 der Heimbewohner/innen (68%) sind 80 Jahre und älter, 25% sind mindestens 90 Jahre alt und das Einzugsalter wird zukünftig noch ansteigen, so dass der Anteil sehr alter Bewohner (90 Jahre und älter) weiter zunimmt. Der Anteil der Frauen an der Heimpopulation liegt derzeit bei 73% (ebd.). Wir können zudem davon ausgehen, dass etwa 60% vom Einpersonenhaushalt, 27% vom Zweipersonenhaushalt und ca. 10% aus anderen Einrichtungen ins Heim wechseln. Das Risiko, im Laufe des Lebens einmal in ein Heim zu ziehen liegt für Männer bei etwa 20%, für Frauen bei etwa 40% (BMFSFJ 2001). Ein Charakteristikum der Bewohnerstruktur von Heimen (insb. Pflegeheimen) ist der hohe Anteil von Bewohnern/innen mit psychischen Veränderungen. In Pflegeheimen ist ein steigender Anteil – derzeit ca. 50-60% der Bewohner/innen – demenziell beeinträchtigt (z.B. Weyerer, Hönig, Schäufole & Zimmer 2000). Zur Verweildauer in Pflegeheimen sei angemerkt, dass bei grundsätzlich großen Unterschieden die mittlere Wohndauer nach Einzug 2005 bei 3,4 Jahren lag und damit im Vergleich zu früheren Erhebungen tendenziell rückläufig war (Schneekloth & Wahl 2009).

## 1.2 Wohnhandeln und Wohnerleben im höheren Alter

Der Anteil der in der Wohnung und in der unmittelbaren Umgebung der Wohnung verbrachten Tageszeit, nimmt mit dem Alter deutlich zu; Ältere verbringen den größten Teil der sogenannten Wachzeit in ihrer Wohnung (beispielsweise etwa 80% bei über 70jährigen der Berliner Altersstudie), was allerdings nicht mit erzwungener Hausgebundenheit verwechselt werden darf (Baltes, Maas, Wilms & Borchelt 1996; Küster 1998). Was die außerhäuslichen Aktivitäten betrifft, finden etwa zwei Drittel der Tätigkeiten außer Haus im unmittelbaren Wohnumfeld statt (Friedrich 1995). Ältere Menschen wohnen durchschnittlich über lange Zeiträume, im Mittel deutlich über 20 Jahre, am selben Ort. Diese Erfahrung führt in der Regel zu besonders intensiven gefühlsbezogenen und gedanklichen Bindungen und „Verwurzelungen“ an Wohnorte. Umzüge im Alter sind deutlich seltener, als in anderen Phasen des Lebens. Auch wenn es heute eine Tendenz zu unter älteren Menschen gibt, einen längeren Zeitraum im Jahr an einem anderen Ort zu verbringen und die Anzahl freiwilliger Umzüge deutlich gestiegen ist, ist die Umzugswahrscheinlichkeit



dennoch etwa um den Faktor 3 kleiner als bei unter 65jährigen. Aussagen wie „Hier bekommt mich keiner mehr raus“ sind vor allem im sehr hohen Alter nicht selten und drücken die enge Verbundenheit und erwünschte Wohnkontinuität aus (Oswald & Rowles 2006). Die Vielfalt des Wohnerlebens im Alter zeigt sich daran, dass von älteren Personen selbst nicht nur Aspekte der notwendigen Unterstützung, Anpassung und der Barrierefreiheit thematisiert werden, sondern dass auch vielfältige Aspekte sozialer, kultureller, emotionaler und kognitiver sowie behavioraler Bindung berichtet werden. Dazu gehören beispielsweise

- Besuche zu bekommen und Besuche zu machen,
- eine Rolle in der Nachbarschaft einzunehmen,
- die Wohnumwelt als Anregung zu erleben, etwa beim Blick in die Natur des Gartens oder auf die vielbelebte Straße,
- Wohnerinnerungen als Teil der eigenen Biographie zu erleben und präsent zu halten (z.B. prägende Erlebnisse aus der Wohnungsgeschichte),
- Gewohnheiten und Routinen im Umgang mit der Wohnung zu haben,
- oder Handlungsverdichtungen im Bereich von Lieblingsplätzen und sogenannten „Kontrollzentren“ in der Wohnung entwickelt zu haben, bei denen wiederkehrende Tätigkeiten (Telefonieren, Stricken, Fernsehen, Lesen, Photos betrachten, Medikamente einnehmen usw.) räumlich auf einen bestimmten Bereich der Wohnung konzentriert werden (vgl. Oswald & Wahl 2005; Wahl & Oswald 2004).

Diese Inhalte sind grundsätzlich unabhängig davon, ob wir ältere Menschen im privaten oder institutionellen Kontext befragen, oder, wie später anhand des Forschungsbeispiels gezeigt werden wird, scheinbar teilweise sogar unabhängig vom kulturellen Kontext.

Vor diesem Hintergrund wird nun der Zusammenhang von Wohnen und Lebensqualität aus zwei Perspektiven beleuchtet und anschließend exemplarisch im Hinblick auf das Wohnen im privaten und im institutionellen Kontext ausgeführt.

## **2. Zum Zusammenhang von Wohnen und Lebensqualität**

Lebensqualität im höheren Alter ist ein sehr häufig beforschtes Konstrukt und wurde bereits aus zahlreichen Perspektiven und Disziplinen (Medizin, Soziologie, Psychologie, Bildungsforschung) beschrieben und untersucht. Dabei werden positive und negative, objektive und subjektive Komponenten auf der Mikro- und Makroebene diskutiert, wie beispielsweise Einstellungen und psychologische Kontrollüberzeugungen (d.h., die Annahme, dass ein Ereignis vom eigenen Verhalten oder von anderen Einflüssen abhängt), ökonomische Ressourcen, soziale Beziehungen, Gesundheitsaspekte und Kompetenzen, gesellschaftspolitische

Umstände oder eben auch Umweltbedingungen (z.B. Glatzer & Zapf 1984; Mollenkopf & Walker 2007; Rupperecht 2006; Veenhoven 2000). Auch zur Rolle einzelner Umweltaspekte für Lebensqualität im höheren Alter wurden bereits empirische Befunde vorgelegt (z.B. Wahl, Mollenkopf, Oswald & Claus 2007). Daher sollen an dieser Stelle grundsätzlich die Möglichkeiten zur empirischen (quantitativen und qualitativen) Analyse des Zusammenhangs von Wohnen und Lebensqualität im höheren Alter aufgezeigt und für privates und institutionelles Wohnen herausgearbeitet werden.

## 2.1 Wohnen und Lebensqualität aus Sicht der Ökologischen Gerontologie

Verfolgt man die ökogerontologische Literatur zum Wohnen im Alter seit Anfang der 60er Jahre, so wurde eine Vielzahl von Theorien vorgeschlagen, die sich u.a. darin unterscheiden, ob sie eher objektive Umweltaspekte oder subjektive Umweltbezüge thematisieren, ob sie ältere Menschen eher als „Opfer“ oder auch als aktive „Gestalter“ von Umweltbedingungen betrachten und ob sie ihre Erkenntnisse eher einem quantitativen oder einem qualitativen Methodenparadigma folgend erheben (zusammenfassend hierzu Wahl & Oswald 2004, 2010a). Einem theoretischen Rahmenmodell folgend, dass diese Zugänge zusammenzufassen und zu interpretieren versucht und das ausführlich an anderer Stelle schon beschrieben wurde (Oswald 2010; Oswald et al. 2006; Wahl & Oswald 2010a,b), wollen wir Wohnen im Alter als komplexen Austauschprozess zwischen der Person und ihrer sozial-räumlichen Umwelt verstehen, bei dem sich zwei grundlegende Arten von Person-Umwelt-Austauschprozessen gegenüberstehen. Einerseits Prozesse der subjektiven Bewertung, Bedeutungszuschreibung und Verbundenheit mit Umwelt („Belonging“) und andererseits Prozesse der Aneignung, Nutzung und Auseinandersetzung mit Umwelt („Agency“) (ebd.). *Der hier beschriebene Zugang zum Wohnen betont also die Notwendigkeit, subjektive Bewertungen und objektive Handlungen gleichermaßen zu berücksichtigen.*

Die Autoren folgen dabei der Argumentation, dass sich in diesen beiden Prozessgruppen nicht nur die empirische Befundlage, sondern auch grundlegende Wohnmotive älterer Menschen widerspiegeln, nämlich zum einen Prozesse der aktiven Auseinandersetzung, Anpassung und Gestaltung von Wohnumwelt mit dem Ziel, die eigene Selbständigkeit zu erhalten. Die Frage „Was kann ich noch?“ beantwortet sich häufig aus den noch möglichen durchgeführten Alltagsaktivitäten, die zu einem sehr großen Teil im unmittelbaren Wohnbereich stattfinden. Zum anderen sind dies Prozesse, basierend auf biographisch gewachsener subjektiver emotionaler und kognitiver Verbundenheit und wachsender Bindung an die gewohnte Wohnumwelt, die sich auf die Erhaltung der eigenen Identität auswirken können. Die Frage „Wer bin ich?“ wird demnach auch beantwortet mit „Ich

wohne noch in meinen eigenen vier Wänden“, „Ich gehe noch nach draußen“, „Ich genieße die Natur mehr als früher“ oder „Ich wohne jetzt im Heim“. Schließlich kann angenommen werden, dass beide Umweltprozesse auch Auswirkungen auf das subjektive Wohlbefinden und die Lebensqualität im Allgemeinen besitzen. *Der hier beschriebene konzeptuelle Zugang setzt also beim Wohnen an und versteht Lebensqualität als ein mögliches Ergebnis oder eine Folge von Wohnprozessen.*

Soll beschrieben werden, welchen Beitrag Wohnen zum Wohlbefinden oder zur Lebensqualität im Alter ganz allgemein hat, müssen demzufolge immer beide Prozesse ins Auge gefasst werden. In der Praxis (z.B. der Wohnberatung oder -planung) wird hingegen häufig allein oder zumindest sehr einseitig auf die funktionale Komponente der Umgestaltung, Anpassung und des Selbständigkeitserhaltes geblickt. Ohne diesem Aspekt seine immense Bedeutung absprechen zu wollen, sind es gerade oft von Außen wenig „sichtbare“ Bindungsprozesse (z.B. Wohnbedeutung) die im Alter an Wichtigkeit gewinnen und sogar Anpassungsprozessen entgegenstehen können (z.B. wird ein selbstgeknüpfter Teppich nicht entfernt, nur weil er objektiv gesehen, eine Stolperfalle darstellt). So wird angenommen, dass beide Prozessgruppen gegenläufige Tendenz im Alternsverlauf haben können (Wahl & Lang 2004), wobei Bindungsprozesse zunehmen und die funktionalen Kompetenzen zur Anpassung an die Umwelt, häufig unbemerkt, abnehmen. Was die empirische Evidenz zum Zusammenhang von Wohnungsausstattung, Anpassungsmaßnahmen und Indikatoren für Alltagsselbständigkeit betrifft, so konnte in einer neueren systematischen Analyse von 54 Originalarbeiten und 10 Reviews gezeigt werden, dass es insbesondere hinsichtlich belegter positiver Folgen von Anpassungen der Wohnumwelt für die Alltagsselbständigkeit belastbare Befunde gibt, das aber die Befundlage insgesamt eher als gemischt bezeichnet werden kann (Wahl et al. 2009). Der empirische Nachweis der Bedeutung von Bindungsprozessen und Wohnbedeutung auf Zielvariablen wie beispielsweise Wohlbefinden oder Lebensqualität fällt ungleich schwerer (Oswald 2010). Im nachfolgenden Kapitel 3 wird daher aus einem Forschungsprojekt berichtet, bei dem dies umgesetzt wurde.

## **2.2 Lebensqualität und Wohnen im Alter aus Sicht der Lebensqualitätsforschung**

Einen anderen Zugang zur Frage des Zusammenhangs von Wohnen und Lebensqualität erhält man auf der Suche nach konstituierenden Aspekten von Lebensqualität im Alter, die hier nur ansatzweise skizziert werden kann (zusammenfassend hierzu Gunzelmann & Oswald 2005; Rupprecht 2006). Dabei wird, wie bereits erwähnt, Lebensqualität im Alter in der Regel als mehrdimensionales Konstrukt definiert, das insbesondere körperliche, verhaltensbezogene, emotionale, mentale, spirituelle, sowie materielle und soziale Aspekte umfasst (z.B. Kane 2003; Mollenkopf & Walker 2007; Schumacher, Klaiberg & Brähler 2003; Smith 2000;

Sowarka 2000; Rupprecht 2006; Veenhoven 2000; Weidekamp-Maicher & Reichert 2003). Im Rahmen des „Quality of Life“ Projektes der Weltgesundheitsorganisation (WHOQOL) werden beispielsweise Aspekte der Lebensqualität thematisiert, die bei Befragungen älterer Menschen unbedingt berücksichtigt werden sollten, unter anderem Hör- und Sehtüchtigkeit, persönliche Autonomie, Anerkennung für das in der Vergangenheit Erreichte, die zeitliche Strukturierung des Lebens, soziale Partizipation und Isolation und Einstellungen zu Tod und Sterben (vgl. Winkler et al. 2003). Dafür wurde mit großem empirischem Aufwand ein Fragebogen entwickelt (WHOQOL-OLD), der an über 7400 Teilnehmern getestet und in der Folge mit 5500 Teilnehmern überprüft wurde (Power et al. 2005). *Der hier beschriebene konzeptuelle Zugang setzt also bei der Lebensqualität an und versteht Wohnen als möglichen Teilaspekt oder Ausdruck von Lebensqualität.*

Für die Herausarbeitung der Beziehung von Wohnen und Lebensqualität bietet sich beispielsweise das von der Arbeitsgruppe um den amerikanischen Psychologen Powell Lawton entwickelte Lebensqualitätskonzept (1991) sowie sein Konzept eines „guten“ Lebens im Alter („good life model“ 1983) an (Oswald & Wahl 2004; Wahl et al. 2007; Wahl & Oswald 2004, 2005). Das Modell „guten“ Lebens im Alter (1983) unterscheidet vier Bereiche, die zur Kartierung eines „guten“ Lebens im Alter verwendet werden können:

- Die Verhaltenskompetenz (behavioral competence) beschreibt objektive Fähigkeiten einer Person wie Alltagsselbständigkeit, geistige Leistungsfähigkeit, soziale Fertigkeiten; diese lassen sich durch Tests oder Verhaltensbeobachtungen erfassen.
- Die erlebte Lebensqualität (perceived quality of life) gibt wieder, wie das Individuum seine körperlichen, psychischen und sozialen Lebensbereiche subjektiv bewertet; diese ist nur über die Selbstbewertung zugänglich.
- Die objektive Umwelt (objective environment) wirkt auf Verhaltenskompetenz und erlebte Lebensqualität im Sinne ermöglichender oder einschränkender Bedingungen und kann auf objektivem und auf subjektivem Weg erfasst werden.
- Das subjektive Wohlbefinden (psychological well-being) schließlich ist das Ergebnis der drei vorher genannten Dimensionen; es lässt sich insgesamt, zum Beispiel als Lebenszufriedenheit, oder in seinen einzelnen Bereichen (zum Beispiel als Wohnzufriedenheit, Gesundheitszufriedenheit) erfassen.

Lebensqualität wird also als erlebte Lebensqualität verstanden, als Ergebnis eines Bewertungsprozesses des vergangenen, gegenwärtigen und zukünftig erwarteten Person-Umwelt-Systems eines Individuums versteht, das anhand intrapersonaler und sozial-normativer Kriterien definiert wird (Lawton 1991).

*„Quality of life is the multidimensional evaluation, by both intrapersonal and social-normative criteria, of the person-environment system of an individual in time past, current, and anticipated“ (Lawton, 1991, p. 6).*

Intrapersonale Bewertungskriterien sind persönliche Werthaltungen wie auch subjektive Bewertungen des bisherigen Lebens. Hier werden Maßstäbe der älteren Menschen selbst in Bezug auf ihr Leben thematisiert. Sozial-normative Kriterien sind objektiv messbare Bewertungsmaßstäbe, die das Individuum mit seiner Kohorte und der Gesellschaft teilt. Dabei stehen von außen wirksame Maßstäbe für ein „gutes“ Leben im Alter im Mittelpunkt. Wenn bei diesem Zugang das Person-Umwelt-System in den Mittelpunkt gerückt wird, heißt dies, dass es eben nicht genügt, zur Einschätzung von Lebensqualität nur die Person selbst oder nur die Umweltbedingungen zu betrachten, sondern dass für diese Bewertung immer Wechselwirkungen der Person mit ihrer sozialen und räumlich-dinglichen Umwelt ausschlaggebend sind. Das zeitliche Bezugssystem schließlich betont die dynamische Qualität der Bewertung des Person-Umwelt-Systems, d.h. die dabei wirksamen Bewertungsprozesse sind im biografischen Verlauf Veränderungen unterworfen. Man kann dies auch auf die Dynamik in Systemen übertragen, wie etwa Heimen. Auch hier wirken Veränderungsprozesse auf die Bewertung von Lebensqualität, beispielsweise vor dem Hintergrund sich veränderter Maßstäbe von „gutem“ Leben im stationären Kontext. *Der hier beschriebene Zugang betont also die subjektive Bewertung von Lebensqualität und den Austausch von Person und Umwelt für die Bewertung von Lebensqualität.*

Im nachfolgenden Kapitel 3 werden Versuche zur Beschreibung von Lebensqualität im institutionellen Kontext beschrieben, bei dem Lebensqualität mehrdimensional und (teilweise) interaktiv erfasst wurde.

### **3. Empirische Annäherungen an Zusammenhänge von Wohnen und Lebensqualität**

Es werden zwei empirische Zugänge beschrieben bei denen einerseits das private Wohnen im sehr hohen Alter, andererseits das Wohnen im stationären Bereich untersucht wurden. Wohnen wird also zum Thema durch die Unterscheidung von Wohnbedingungen der Studienteilnehmer (privat vs. institutionell) und durch die methodische Erfassung von Person-Umwelt Interaktionen. Im ersten Beispiel wird Lebensqualität als Folge von Wohnprozessen und anhand von Indikatoren gesunden Alterns beschrieben, im zweiten Zugang werden Facetten erlebter Lebensqualität im Pflegeheim thematisiert.

## **3.1 Privates Wohnen im sehr hohen Alter und Lebensqualität: Ergebnisse aus dem Projekt ENABLE-AGE**

Um den Zusammenhang von privatem Wohnen im sehr hohen Alter und Lebensqualität zu beschreiben, werden Daten aus dem Europäischen Projekt ENABLE-AGE herangezogen, die bereits ausführlich an anderer Stelle beschrieben wurden (Iwarsson et al. 2007; Nygren et al. 2007; Oswald et al. 2007) und an dem Partner aus fünf europäischen Ländern (Schweden, Deutschland, Großbritannien, Ungarn und Lettland) beteiligt waren. Das übergeordnete Ziel des Projekts bestand darin, die Wohnumwelt als Determinante für gesundes Altern im sehr hohen Alter zu untersuchen. Die gewählten Indikatoren gesunden Alterns können auch als Indikatoren für Lebensqualität betrachtet werden. Aus den verschiedenen Projektteilen wählen wir jene Befunde aus, die sich auf den zentralen Erhebungsteil des Surveys sowie auf eine qualitative Vertiefungsstudie in Deutschland (n = 40) beziehen. Im Survey wurden 1.918 allein lebende, privat wohnende Männer und Frauen zwischen 75 und 89 Jahren in fünf verschiedenen städtischen Regionen Europas zu Hause besucht und befragt. Zudem erfolgte nach einem Jahr eine Follow-Up Untersuchung bei 1.365 Teilnehmern, sowie mittlerweile die Ausweitung der Studie als geplante Begleitung aller noch lebenden Teilnehmer bis zum Tode in den Standorten Schweden, Lettland und Deutschland, auf die hier nicht eingegangen wird.

### **3.1.1 Zur Messung von Wohnen und gesundem Alter**

Zur Erfassung der objektiven Wohnumwelt wurde das Instrument des „Housing Enablers“ eingesetzt (Iwarsson & Slaug 2001). Besonders berücksichtigt wurde dabei die Wohnausstattung im Sinne von Barrieren und daraus resultierende individuelle Zugänglichkeitsprobleme. Die Messung erfolgte dreistufig: Zunächst wurde die Personkomponente von Zugänglichkeit erhoben (dichotome Einschätzung von 15 möglichen kognitiven, sensorischen und motorischen Einbußen). Daran schloss sich die Messung der Umweltkomponente von Zugänglichkeit. Dazu wurden 188 mögliche Barrieren in der Wohnung, im Eingangsbereich und im unmittelbaren Außenbereich der Wohnung dichotom erfasst. Schließlich erfolgte die Berechnung des Zugänglichkeitswertes als Kombination beider Werte.

Was das subjektive Wohnerleben betrifft so wurden die Wohnzufriedenheit, die erlebte Nützlichkeit der Wohnumwelt, verschiedene Inhalte von Wohnbedeutungen sowie wohnbezogene Kontrollüberzeugungen erfasst (näher dazu Oswald et al. 2006). Die Wohnzufriedenheit wurde mit einer Frage abgedeckt (1-5) (Heywood, Oldman & Means 2002). Die erlebte Nützlichkeit im Wohnbereich wurde mit 16 Items erfasst (UIMH, Fänge & Iwarsson 1999, 2005). Zur Messung erlebter Wohnbedeutungen wurde ein 28-Item Fragebogen verwendet (Oswald,

Mollenkopf & Wahl 1999). Darin werden räumlich-dingliche Aspekte (7 Items), verhaltensbezogene Aspekte (6 Items), kognitiv-emotionale Aspekte (10 Items) und soziale Aspekte (4 Items) des Wohnerlebens anhand einer 11-stufigen Skala (0-10) nach ihrer persönlichen Bedeutsamkeit für das eigene Wohnen abgefragt. Erlebte Kontrolle wurde mit dem 24-Item Fragebogen zur domainspezifischen Kontrollüberzeugung im Wohnbereich erfasst (1-5) (Oswald, Wahl, Martin & Mollenkopf 2003), wobei eine Differenzierung nach internalen (Zuschreibung von Eigenverantwortung, 8 Items) und externalen Kontrollüberzeugungen (Zuschreibung von Fremdverantwortung, 16 Items) vorgenommen wurde.

Um die Zusammenhänge von Wohnen (objektiv und subjektiv) und ausgewählten Aspekten gesunden Alterns zu untersuchen, wurden als Indikatoren gesunden Alterns einerseits die verhaltensbezogene alltägliche Selbständigkeit (Activities of Daily Living / Instrumental Activities of Daily Living; Sonn & Hulter Åsberg 1991) herangezogen. Zum anderen wurden als Merkmale psychischen Wohlbefindens eine globale Selbsteinschätzung der Lebenszufriedenheit sowie die Skala für „Environmental Mastery“ (Ryff 1989) verwendet. Als Indikatoren für emotionales Wohlbefinden wurden Skalen für positiven und negativen Affekt (sog. „Positive and Negative Affect Scale“, Watson, Clark & Tellegen 1988) sowie für Depressivität (sog. „Geriatric Depression Scale“, Yesavage et al. 1983) eingesetzt.

Die Beschreibung von Zusammenhangsmustern erfolgte mit Kanonischen Korrelationsanalysen, da sie geeignet sind, multiple Zusammenhänge zwischen Gruppen von Variablen zu identifizieren. Unterschiede in den Zusammenhangsmustern zwischen den Untersuchungsregionen wurden mit Hilfe von Kongruenzkoeffizienten nach Tucker analysiert (Bortz 2005).

### **3.1.2 Zusammenhänge von Wohnen und gesundem Alter**

#### *Quantitative Analysen*

Es zeigte sich, dass sowohl objektive Aspekte des Wohnens, als auch subjektives Wohnerleben mit Indikatoren gesunden Alterns zusammenhängen. Was objektive Aspekte des Wohnens betrafen, so war es nicht das Ausmaß an Barrieren in einer Wohnung, sondern die individuelle Zugänglichkeit, die aus Barrieren und Funktionseinbußen resultierte, die eine Rolle spielte. Auch beim Wohnerleben zeigten sich bedeutsame Zusammenhänge mit gesundem Altern. Wer über eine gute Person-Umwelt-Passung verfügte, und wer seine Wohnumwelt als nützlich für Alltagsaktivitäten erlebte, wem die Wohnung viel für die Durchführung von Aktivitäten bedeutete und wer nur in geringem Ausmaß andere verantwortlich für das eigene Wohnen machte, der war auch selbständiger in der Durchführung alltäglicher Aktivitäten, fühlte sich wohler und hatte eher niedrige Depressivitätswerte. Trotz teilweise sehr unterschiedlicher Ausprägung

von Alltagsselfständigkeit und Depressivität bei den untersuchten Personen in den ost- und westeuropäischen Untersuchungsregionen zeigten sich hohe Ähnlichkeiten in den Zusammenhangsmuster zwischen allen fünf Regionen. Das heißt, in verschiedenen europäischen Regionen gilt im Hinblick auf das Wohnen von Hochaltrigen, dass die Zugänglichkeit (als Ausdruck von Person-Umwelt-Interaktion) und nicht die Zahl der Barrieren bedeutsam ist für gesundes Altern im Sinne hoher alltäglicher Selbständigkeit, höheren Wohlbefindens und geringerer Depressivität (s. Oswald et al. 2007).

### *Qualitative Analysen*

Vertiefend konnten aus den qualitativen Explorationen ergänzende Erkenntnisse gezogen werden, beispielsweise wenn es um ambivalente Erlebensweisen hinsichtlich der Kontinuität von Wohnen und Lebensqualität ging: „Es wäre erst gut ins Heim zu gehen, wenn ich einmal wirklich so pflegebedürftig bin. Das heißt pflegebedürftig wäre ich vielleicht jetzt schon, aber ich will halt noch so viel wie möglich Lebensqualität herausholen wie es geht (Frau D., 86 Jahre).“ Alltägliche Anstrengungen wurden dabei häufig durch andere Erlebensinhalte aufgewogen: „Meine Gesundheit hat überhaupt nichts mit dem bisschen Anstrendenden des Wohnens hier oben zu tun, sondern es ist eher ein Wohlbefinden, dass da noch [ist, wenn] Sie hören [wie] die Blätter rauschen und oben der Wald rauscht (Frau E., 81 Jahre).“ Der zentrale Stellenwert verhaltensbezogener Bedeutungsaspekte drückt sich auch in folgendem Zitat aus: „Ich möchte zu Hause bleiben [...] Da bin ich mein eigener Herr, da kann ich es mir so einrichten wie ich das möchte. Ich stehe auf, wann ich will, ich esse wann ich will, ich gehe ins Bett wann ich will und das ist mein Leben [...] (Frau F., 82 Jahre)“ (Naumann 2006).

Im Hinblick auf das Zusammenspiel von Wohnbedeutung, Unterstützung und Lebensqualität ist eines der wesentlichen Ergebnisse der Vertiefungsstudie, dass gesellschaftliche Unterstützungsleistungen in Bezug auf Wohnen sich insbesondere in der Domäne der direkten Familie abspielen. Dementsprechend könnte die Förderung von Wohnraumanpassung die familiären Unterstützungsleistungen direkt in ihr Angebot integrieren. Als weitere Bedingung für gesundes Altern zuhause, stellt sich ein adäquater Zugang zu Versorgungsstrukturen heraus. Dieser ist besonders unbefriedigend für Befragte, die nicht über ein ausreichendes informelles Netzwerk verfügen, beispielsweise keine Kinder haben. Nur wenig überraschend ist, dass wir im Verlauf der Analyse insbesondere die sozial isolierten, kinderlosen Befragten mit geringen finanziellen Ressourcen als Risikogruppe herausarbeiten konnten. Für diese in der Zukunft schnell anwachsende Gruppe erscheinen Sozialarbeit, Case Management und zugehende Beratung als obligatorische Voraussetzungen, um ein gesundes Altern in den eigenen vier Wänden noch gewährleisten zu können. Darüber hinaus, spricht aus den Daten ein generelles Misstrauen in den Sozialstaat



und die respektiven Pflege- und Versorgungsstrukturen, was sich unter anderem ausdrückt im Hinblick auf den Pflegemarkt durch osteuropäische Hilfskräfte als möglicher Teil der eigenen Vorsorge bei schwerem Pflegebedarf. Es erscheint bemerkenswert, dass die Befragten eher in Richtung solcher Hilfskräfte und damit zuweilen nicht ausgebildeten Pflegerinnen argumentieren anstatt dass sie Vertrauen in die etablierten Pflege- und Versorgungsstrukturen setzen, die mehr und mehr Kundenzufriedenheit in ihre Konzepte integrieren. Für die Befragten erscheint bereits die Hoffnung auf eine solche Hilfe Lebensqualität zu befördern. Zu betonen ist auch, dass diese Perspektive auf die Zukunft einer ausgeprägten Angst entgegenwirkt, nämlich der Übersiedlung in ein Pflegeheim, das für die meisten unserer Befragten nach eigenen Angaben den Verlust von Autonomie bedeuten würde. Die Daten geben zudem klare Hinweise auf die Bedeutung von sozialer und emotionaler Unterstützung, die rein instrumenteller Unterstützung übergeordnet wird. Der alleinige Zugang zu instrumenteller Hilfe im Zuhause kann kein gesundes Altern im eigenen Zuhause bedingen, da hier die ganzheitlichen Bedürfnisse der Älteren nicht umfassend genug berücksichtigt werden können. Gesundes Altern zuhause bedeutet vielmehr die Hervorhebung dieser ganzheitlichen Bedürfnisse. Einen weiteren Indikator für Lebensqualität zuhause stellt die Freiheit dar, das Haus zu verlassen, wann immer man möchte und wohin auch immer gehen zu können. Dementsprechend sollte gesellschaftliche Unterstützung nicht die Förderung von außerhäuslicher Mobilität außer Acht lassen (Naumann et al. 2004, Naumann 2006).

Die Befunde aus ENABLE-AGE unterstreichen die Notwendigkeit, den Zusammenhang von Wohnen und gesundem Altern oder Lebensqualität empirisch umfassend zu adressieren, also sowohl noch besser zu „messen“, als auch in der Praxis hinsichtlich seiner Beibehaltungs- und Veränderungspotentiale im Sinne einer Prävention frühzeitig zu erkennen und zu nutzen.

### **3.2 Institutionalisiertes Wohnen im sehr hohen Alter und Lebensqualität**

Insbesondere im Bereich der Langzeitpflege und des institutionellen Wohnens, also nach Einzug in ein Heim, hat sich ein inhaltlich breites Verständnis von Lebensqualität herausgebildet. Dieses ist sowohl in nomothetischen (siehe Kane 2001; Lawton 1991), als auch in ideografischen (z.B. inhaltsanalytischen) Ansätzen begründet (Ball et al. 2000; Cohn & Sugar 1991; Spalding & Frank 1985; Sonntag et al. 2003). Ohne auf Einzelbefunde einzugehen, lassen sich aus den vielen Konzepten für das stationäre Setting insbesondere die Arbeiten der beiden Arbeitsgruppen um Rosalie Kane (2001, Kane et al. 2003) und Powell Lawton (1996, 2001) als besonders wegweisend und empirisch mehrfach geprüft herausstellen.

Kane unterscheidet die Dimensionen

- Sicherheit (sense of safety, security and order),
- körperliches Wohlbefinden (physical comfort), Freude (enjoyment),
- sinnvolle Aktivitäten (meaningful activity),
- soziale Beziehungen (relationships),
- Verhaltenskompetenz (functional competence),
- Würde (dignity), Privatheit (privacy),
- individuelle Betreuung (individuality),
- Selbständigkeit (autonomy/choice),
- und Spiritualität (spiritual well-being),
- wobei sie keinen Anspruch auf Vollständigkeit erhebt.

Lawton beschreibt Lebensqualität für den stationären Kontext sehr ähnlich (2001) anhand der folgenden Dimensionen und betont jeweils auch die Wichtigkeit der Interaktion von Individuum und sozial-räumlicher Umwelt:

□ *Autonomie / Kontrolle (autonomy)*

Bewohner übernehmen die Initiative über ihr Leben und ihrer Pflegesituation selbst und treffen selbständig Entscheidungen. Institutionelle Bedingungen: Mitarbeiter unterstützen und fördern Eigeninitiative und Entscheidungen der Bewohner.

□ *Funktionale Kompetenz (kognitiv, physisch) (functional competence)*

Bewohner handeln selbständig und aufgrund eigener Fähigkeiten und Vorlieben. Institutionelle Bedingungen: Mitarbeiter unterstützen Bewohner darin, selbständig zu bleiben, z.B. in den Bereichen Selbstpflege, Umweltnutzung oder Mobilität.

□ *Schutz / Sicherheit / Orientierung (security / safety)*

Bewohner fühlen sich (und ihren Besitz) sicher und geschützt und kennen diesbezüglich geltende Bestimmungen und Abläufe. Institutionelle Bedingungen: Mitarbeiter gewährleisten Sicherheit, Schutz und Bewegungsfreiheit. Sie vermitteln geltende Bestimmungen klar und deutlich und wenden sie fair und flexibel an. Bei Demenz besonders wichtig: Orientierung.

□ *Freude / Genuss (enjoyment)*

Bewohner drücken erlebtes Wohlgefallen oder Freude verbal oder nonverbal aus bzw. äußern kein Unwohlsein oder erlebte Belastung. Institutionelle Bedingungen: Mitarbeiter fördern und unterstützen Freude beim Bewohner.

□ *Sinnvolle Aktivitäten (meaningful activity)*

Bewohner nutzen ihren Handlungsspielraum, beteiligen sich aktiv oder passiv an Handlungen und erleben dies als interessant, anregend, lohnend, und nicht als

langweilig. Institutionelle Bedingungen: Mitarbeiter unterstützen Bewohner, sich an Aktivitäten zu beteiligen, die diese interessieren und anregen.

□ *Sozialer Austausch (relationships)*

Bewohner beteiligen sich am zwischenmenschlichen Miteinander. Institutionelle Bedingungen: Mitarbeiter fördern soziale Aktivitäten zwischen Bewohnern, mit Mitarbeitern sowie Familienangehörigen und Freunden auch außerhalb der Einrichtung.

□ *Individualität / Kontinuität (individuality)*

Bewohner äußern eigene Vorlieben und können zurückliegende sowie aktuelle Interessen verwirklichen, was der Aufrechterhaltung der eigenen Identität dient. Institutionelle Bedingungen: Mitarbeiter kennen die Vorlieben und Interessen von Bewohnern und fördern deren Individualität (Wohnumwelt enthält Hinweisen auf Bewohnerinteressen).

□ *Privatheit (privacy)*

Bewohner können körperliche Intimität wahren, Persönliches kann geheim gehalten werden, und sie haben Möglichkeiten, allein zu sein oder sich mit anderen Personen ungestört auszutauschen. Institutionelle Bedingungen: Mitarbeiter zeigen Verständnis gegenüber dem Wunsch, zu bestimmen, wem Informationen weitergegeben werden, allein zu sein und sich von anderen unbeobachtet fühlen zu können.

□ *Würde (dignity)*

Bewohner fühlen sich geachtet und wertgeschätzt, beziehungsweise nicht bevormundet, entwertet oder entmündigt. Institutionelle Bedingungen: Mitarbeiter verhalten sich gegenüber den Bewohnern wertschätzend und bevormunden sie nicht.

□ *Religiosität (spiritual well-being)*

Bewohnern wird in ihren Bedürfnissen nach Ausübung von Religion, Gebet und Meditation entsprochen und sie können nach ihren geistigen Wertvorstellungen leben. Institutionelle Bedingungen: Mitarbeiter respektieren religiöse Werte, Praktiken und Überzeugungen jedes Bewohners und ermöglichen die Ausübung von religiösen Handlungen, Gebet und Meditation.

□ *Wohlbefinden / Wohnkomfort (comfort)*

Bewohner erleben so wenig körperliches Unwohlsein wie möglich (auch Schmerzen, Schwindel, Übelkeit, Verstopfung, Juckreiz, als unangenehm empfundene Kälte, Hitze, Durst, unbequeme Haltungen). Des Weiteren nehmen Bewohner wahr, dass sich die Mitarbeiter um ihr körperliches Wohlbefinden sorgen. Institutionelle Bedingungen: Mitarbeiter achten auf das körperliche Wohlbefinden jedes Bewohners und versuchen es bei jenen, die sich nicht selbst äußern können, zu ergründen.

Diese Dimensionen können als Leitlinien für ein Verständnis von Lebensqualität im institutionellen Kontext gelten. Wohnen im engeren Sinne ist dabei, wie schon erwähnt, nur in einigen der Dimensionen thematisiert.

Eines der Projekte, die Lebensqualität in Anlehnung an diese Dimensionen empirisch zu erfassen versucht ist das Projekt INSEL (Entwicklung eines Instruments zur Erfassung von Lebensqualität im stationären Kontext), das die Paul Wilhelm von Keppeler-Stiftung als Träger von Altenzentren in Süddeutschland gemeinsam mit den Universitäten Heidelberg (Leitung: Prof. Dr. Hans-Werner Wahl) und der Goethe-Universität (die Autoren dieses Beitrags) durchführt. Eines der Ziele dabei ist, das subjektive Erleben der Bewohner/innen in den Mittelpunkt zu stellen und die Perspektive der Bewohner/innen sowie des Betreuungspersonals gleichermaßen zu berücksichtigen. Dies wird versucht, in dem zwei methodische Zugänge verbunden werden. Die Erfassung von Lebensqualität erfolgt zunächst in individuellen offenen vis-a-vis Gesprächen einer/s Mitarbeiterin/s mit den Bewohnern, in dem deren Äußerungen erfasst und in Mitschriften dokumentiert werden. Zudem erfolgt ein durch diese/n Mitarbeiter/in moderiertes Mitarbeitergespräch zum jeweiligen Bewohner, in dem beide Perspektiven (Bewohner / Personal) gegenübergestellt werden und aus dem schließlich gemeinsam Maßnahmen für den Praxisalltag abgeleitet werden. Erste Befunde deuten bereits an, dass das gewählte Vorgehen möglich ist und zu vielversprechenden Ergebnissen führen kann, beispielsweise im Hinblick auf die Vielfältigkeit der gewonnenen Äußerungen (auch bei kognitiven Einbußen), oder im Hinblick auf den Erkenntnisgewinn durch die Kombination aus Bewohnerbefragung und moderiertem Mitarbeitergespräch. Obwohl die Thematisierung von Lebensqualität im institutionellen Kontext auf den ersten Blick als ein Widerspruch erscheinen mag, zeigt das Vorgehen auf, welche Möglichkeiten für ein besseres Verständnis von Lebensqualität auch bei vorliegenden Einbußen bestehen.

## 4. Abschluss

Lebensqualität kann einerseits als Folge des Austauschprozesses von Person und Umwelt (Wohnen) betrachtet werden, es kann aber auch als mehrdimensionales (und interaktiv zu erfassendes) Konstrukt verstanden werden, bei dem Wohnen nur eine Facette abdeckt. Ziel dieses Beitrags war es, den Zusammenhang von Wohnen und Lebensqualität aus diesen beiden Perspektiven zu beleuchten und grundsätzlich die Frage nach der Messbarkeit des Zusammenhangs zu stellen, sowie Möglichkeiten zur Erfassung im Hinblick auf das Wohnen im privaten und im institutionellen Kontext zu exemplifizieren.

Die exemplarischen Befunde zum Privatwohnen zeigen, dass es notwendig ist Wohnen sehr differenziert (Ausstattung, Verhalten, Erleben) zu erfassen, um Zusammenhänge mit gesundem Altern oder Lebensqualität empirisch zu

adressieren. Belege dieser Art haben aber dann das Potential, in der Praxis (z.B. zur Prävention und Intervention von Wohnbedingungen für lange Selbständigkeit) hineinzuwirken. Die exemplarischen Befunde zum stationären Wohnen zeigen, dass Wohnen einerseits stets nur einen Teilaspekt von Lebensqualität darstellen kann, dass aber andererseits die Erfassung von Lebensqualität im Heim in stärkerem Maße interaktiv hinsichtlich der sozial-räumlichen Bedingungen (im Sinne von Wohnprozessen) erfolgen muss. Das erwähnte Projekt INSEL verdeutlicht die Umsetzbarkeit und Praxistauglichkeit eines solchen Ansatzes.

Grundsätzlich lässt sich ableiten, dass erst eine differenzierte Betrachtung und empirische Erfassung beider Konstrukte auch eine für die Forschung ertragreiche und für die Praxis belastbare Analyse der Zusammenhänge von Wohnen und Lebensqualität im Alter erlaubt.

## Literatur

- Ball, M. M., Whittington, F. J., Perkins, M. M., Patterson, V. L., Hollingsworth, C., King, S. V. & Combs, B. L. (2000). Quality of life in assisted living facilities: viewpoints of residents. *The Journal of Applied Gerontology* 19, 3, 304-325.
- Baltes, M. M., Maas, I., Wilms, H.-U. & Borchelt, M. (1996). Alltagskompetenz im Alter: Theoretische Überlegungen und empirische Befunde. In K. U. Mayer & P. B. Baltes (Hrsg.), *Die Berliner Altersstudie* (S. 525-542). Berlin: Akademie-Verlag.
- Becker, S., Kaspar, R., & Kruse, A. (2006). Die Bedeutung unterschiedlicher Referenzgruppen für die Beurteilung der Lebensqualität demenzkranker Menschen - Kompetenzgruppenbestimmung mit HILDE. *Zeitschrift für Gerontologie und Geriatrie*, 39(5), 350-357.
- Birg, H., & Flöthmann, E.-J. (2002). Langfristige Trends der demographischen Alterung in Deutschland. *Zeitschrift für Gerontologie und Geriatrie*, 35(5), 387-399.
- Bundesministerium für Familie Senioren Frauen und Jugend (BMFSFJ) (Hrsg.). (2001). *Dritter Bericht zur Lage der älteren Generation in der Bundesrepublik Deutschland: Alter und Gesellschaft*. Berlin: BMFSFJ.
- Bortz, J. (2005). *Statistik*. (5. vollst. überarb. u. aktualis. Aufl.) Heidelberg: Springer.
- Bundesamt für Bauwesen und Raumordnung (2010). *Wohnen im Alter, Marktprozesse und wohnungspolitischer Handlungsbedarf*. Berlin: Eigenverlag.
- Cohn, J. & Sugar, J. (1991). Determinants of quality of life in institutions: Perceptions of frail older residents, staff and families. In: J.E. Birren, J.E. Lubben, J.C. Rowe & D.E. Deutchman (Eds.), *The Concept of Measurement of Quality of Life in the Frail Elderly* (pp. 28-49). San Diego: Academic Press.
- Friedrich, K. (1995). Altern in räumlicher Umwelt. Sozialräumliche Interaktionsmuster in Deutschland und in den USA. Darmstadt: Steinkopff.
- Fänge, A. & Iwarsson, S. (2005). Changes in ADL dependence and aspects of usability following housing adaptation – a longitudinal perspective. *American Journal of Occupational Therapy*, 59, 296-304.
- Fänge, A., & Iwarsson, S. (1999). Physical housing environment – development of a self-assessment instrument. *Canadian Journal of Occupational Therapy*, 66, 250-260.

- Glatzer, W., & Zapf, W. (Hrsg.). (1984). *Lebensqualität in der Bundesrepublik: Objektive Lebensbedingungen und subjektives Wohlbefinden*. Frankfurt a.M.: Campus.
- Gunzelmann, T. & Oswald, W. D. (2005). *Gerontologische Diagnostik und Assessment. Grundriss Gerontologie, Band 15*. Stuttgart: Kohlhammer.
- Heywood, F., Oldman, C., & Means, R. (2002). *Housing and home in later life*. Buckingham, UK: Oxford University Press.
- Iwarsson, S., Wahl, H.-W., Nygren, C., Oswald, F., Sixsmith, A., Sixsmith, J., Széman, S., & Tomsone, S. (2007). Importance of the home environment for healthy aging: Conceptual and methodological background of the European ENABLE-AGE project. *The Gerontologist*, 47(1), 78-84.
- Iwarsson, S., Nygren, C., & Slaug, B. (2005). Cross-national and multiprofessional inter-rater reliability of the Housing Enabler. *Scandinavian Journal of Occupational Therapy*, 12, 29–39.
- Iwarsson, S., & Slaug, B. (2001). *Housing Enabler. An instrument for assessing and analyzing accessibility problems in housing*. Lund (Sweden): Studentlitteratur.
- Kane, R. A. (2003). Definition, Measurement and Correlates of Quality of Life in Nursing Homes: Toward a Reasonable Practice, Reaserach and Policy Agenda. *The Gerontologist*, 43, Special Issue II, 28-36.
- Kane, R. A., Kling, K. C., Bershadsky, B., Kane R. L., Giles, K., Degenholtz, H. B., Liu, X. & Cutler, L. J. (2003). Quality of life measures for nursing home residents. *The Journals of Gerontology*, 58A, 3, 240-248.
- Kane, R. A. (2001). Long-term care and good quality of life: bringing them closer together. *The Gerontologist*, 41, 3, 293-304.
- Kane, R. L., & Kane, R. A. (Eds.) (2000). *Assessing older people: Measures, meaning and practical applications*. New York, NY: Oxford University Press.
- Kuratorium Deutsche Altershilfe (KDA) (2003). *Leben und Wohnen im Alter, Neue Wohnkonzepte – Bestandsanalyse, Band 1*. Köln: Eigenverlag.
- Küster, C. (1998) *Zeitverwendung und Wohnen im Alter*. In *Deutsches Zentrum für Altersfragen (Hrsg.), Wohnbedürfnisse, Zeitverwendung und soziale Netzwerke älterer Menschen. Expertisenband 1 zum Zweiten Altenbericht der Bundesregierung*. Frankfurt am Main : Campus.
- Lawton, M. P. (2001). The physical environment of the person with Alzheimer's disease. *Ageing & Mental Health*, 5 (1), S56-S64.
- Lawton, M. P. (1991). A multidimensional view of quality of life in frail elders. In J. E. Birren, J. E. Lubben, J. C. Rowe & D. E. Deutchman (Eds.), *The concept and measurement of quality of life in the frail elderly* (pp. 3-27). San Diego: Academic Press.
- Lawton, M. P. (1983). Environment and other determinants of well-being in older people. *The Gerontologist*, 23(4), 349-357.
- Mollenkopf, H., & Walker, A. (2007). *Quality of life in old age – International and multidisciplinary perspectives*. Dordrecht: Springer.
- Motel-Klingebiel, A., Wurm, S. & Tesch-Römer, C. (Hrsg.) (2010). *Altern im Wandel. Befunde des Deutschen Alterssurveys (DEAS)*. Stuttgart: Kohlhammer.
- Naumann, D. (2006). *Gesellschaftliche Integration und Mitwirkung im Kontext des hohen Alters (Dissertation)*, Heidelberg. (<http://www.ub.uni-heidelberg.de/archiv/6573>).
- Naumann, D., Himmelsbach, I., Oswald, F., Sixsmith, J., Klink, R., Varnhorn, S., & Wahl, H. W. & M. H. (2004). *ENABLE-AGE In-depth Study. National Report Germany. Abschlussbericht des qualitativen Teilprojekts an die EU*.

- Nygren, C., Oswald, F., Iwarsson, S., Fänge, A., Sixsmith, J., Schilling, O., Sixsmith, A., Széman, S., Tomsone, S., & Wahl, H.-W. (2007). Relationships between objective and perceived housing in very old age. *The Gerontologist*, 47(1), 85-95.
- Oswald, F. (2010). Subjektiv erlebte Umwelt in ihrer Bedeutung für Identität und Wohlbefinden älterer Menschen. In A. Kruse (Hrsg.), *Leben im Alter. Eigen- und Mitverantwortlichkeit in Gesellschaft, Kultur und Politik. Festschrift zum 80. Geburtstag von Prof. Dr. Dr. h.c. Ursula Lehr, Bundesministerin a.D.* (S. 169-179).
- Oswald, F., Wahl, H.-W., & Schilling, O. (2008). Das Projekt ENABLE-AGE: Der Zusammenhang von Wohnen und gesundem Altern. In S. Zank, & A. Hedtke-Becker (Hrsg.), *Generationen in Familie und Gesellschaft im demographischen Wandel: Europäische Perspektiven* (S. 71-85). Stuttgart: Kohlhammer.
- Oswald, F., Wahl, H.-W., Schilling, O., Nygren, C., Fänge, A., Sixsmith, A., Sixsmith, J., Széman, S., Tomsone, S., & Iwarsson, S. (2007). Relationships between housing and healthy aging in very old age. *The Gerontologist*, 47(1), 96-107.
- Oswald, F., Wahl, H. W., Zimber, A., Teufel, S., & Langer, N. (2007). Entwicklung eines Instruments zur praxisnahen Messung von Lebensqualität im stationären Kontext. Abschlussbericht. Sindelfingen.
- Oswald, F., & Rowles, G. D. (2006). Beyond the relocation trauma in old age: New trends in today's elders' residential decisions. In H.-W. Wahl, C. Tesch-Römer, & A. Hoff (Eds.), *New Dynamics in Old Age: Environmental and Societal Perspectives* (pp. 127-152). Amityville, New York: Baywood Publ.
- Oswald, F., Schilling, O., Wahl, H.-W., Fänge, A., Sixsmith, J., & Iwarsson, S. (2006). Homeward bound: Introducing a four domain model of perceived housing in very old age. *Journal of Environmental Psychology*, 26(3), 187-201.
- Oswald, F., & Wahl, H.-W. (2005). Dimensions of the meaning of home. In G. D. Rowles & H. Chaudhury (Eds.), *Home and Identity in Late Life: International Perspectives* (pp. 21-45). New York: Springer.
- Oswald, F., & Wahl, H.-W. (2004). Housing and health in later life. *Reviews of Environmental Health*, 19(3-4).
- Oswald, F., Wahl, H.-W., Martin, M., & Mollenkopf, H. (2003). Toward measuring proactivity in person-environment transactions in late adulthood: The housing-related Control Beliefs Questionnaire. *Journal of Housing for the Elderly*, 17(1/2) 135-152.
- Oswald, F., Mollenkopf, H., & Wahl, H.-W. (1999). Questionnaire on the Meaning of Home. Unpublished Manuscript, The German Centre for Research on Ageing.
- Power, M., Quinn, K., & Schmidt, S. (2005). Development of the WHOQOL-Old module Quality of Life Research, 14, 2197-2214. DOI 10.1007/s11136-005-7380-9
- Rupprecht, R. (2006) Lebensqualität. In W. D. Oswald, U. Lehr, C. Sieber & J. Kornhuber (Hrsg.), *Handbuch Gerontologie* (3. Aufl.) (S. 242-247). Stuttgart: Kohlhammer.
- Ryff, C. D. (1989). Beyond Ponce de Leon and life satisfaction: New directions in quest of successful ageing. *International Journal of Behavioral Development*, 12(1), 35-55.
- Schneekloth, U. & Wahl, H.-W. (2006). Selbständigkeit und Hilfebedarf bei älteren Menschen in Privathaushalten. *Pflegearrangements, Demenz, Versorgungsangebote*. Stuttgart: Kohlhammer
- Schneekloth, U. & Wahl, H.-W. (2009): *Pflegebedarf und Versorgungssituation bei älteren Menschen in Heimen. Demenz, Angehörige und Freiwillige, Beispiele für „Good Practice“*. Stuttgart: Kohlhammer
- Schumacher, J., Klaiberg, A. & Brähler, E. (2003). Diagnostische Verfahren zu Lebensqualität und Wohlbefinden. Göttingen: Hogrefe.

- Smith, A. E. (2000). Quality of life: A review. *Education and Ageing*, 15, 3, 419-435.
- Sonn, U., & Hulter-Åsberg, K. (1991). Assessment of activities of daily living in the elderly. A study of a population of 76-year-olds in Gothenburg, Sweden. *Scandinavian Journal of Rehabilitation Medicine*, 23, 193–202.
- Sonntag, A., Bischkopf, J., Ritz, A., Jakob, A. & Angermeyer, M. C. (2003). „Pflege mit Herz, Gesundheit oder Sterben“. Wünsche zur Veränderung der Lebenssituation von Altenpflegeheimbewohnern. *Zeitschrift für Gerontologie und Geriatrie*, 36, 280-286.
- Sowarka, D. (2000): Merkmale der Lebensqualität in Pflegeeinrichtungen. In: H. Entzian, K. I. Giercke, Th. Klie & R. Schmidt (Hrsg.), *Soziale Gerontologie. Forschungs- und Praxisentwicklung im Pflegewesen und in der Altenarbeit* (S. 69-82). Frankfurt a.M.: Mabuse.
- Spalding, J. & Frank, B. W. (1985). Quality care from the resident's point of view. *American Health Care Association Journal* 1985, 7, 3-7.
- Statistisches Bundesamt (StBA). (2008). *Fachserie 1 Bevölkerung und Erwerbstätigkeit, Reihe 3 Haushalte und Familien. Ergebnisse des Mikrozensus 2007*. Wiesbaden: Eigenverlag.
- Stevens, J. (1996). *Applied multivariate statistics for the social sciences* (3rd). Mahwah, NJ: Lawrence Erlbaum.
- Veenhoven, R. (2000). The four qualities of life. Ordering concepts and measures of the good life. *Journal of Happiness Studies*, 1, 1-39. (<http://www2.eur.nl/fsw/research/veenhoven/Pub2000s/2000c-full.pdf>)
- Wahl, H.-W., & Oswald, F. (2010a). Environmental perspectives on aging. In D. Dannefer & C. Phillipson (Eds.), *International Handbook of Social Gerontology* (pp. 111-124). London: Sage.
- Wahl, H.-W., & Oswald, F. (2010b). Umwelten für ältere Menschen. In E.-D. Lantermann & V. Linneweber (Hrsg.), *Enzyklopädie Umweltpsychologie. Band 2: Spezifische Umwelten und umweltbezogenes Handeln* (S. 235-264). Göttingen: Hogrefe.
- Wahl, H.-W., Fänge, A., Oswald, F., Gitlin, L. N., & Iwarsson, S. (2009). The home environment and disability-related outcomes in aging individuals: What is the empirical evidence? *The Gerontologist* 49(3), 355-367.
- Wahl, H.-W., Mollenkopf, H., Oswald, F., & Claus, C. (2007). Environmental aspects of quality of life in old age: Conceptual and empirical issues. In H. Mollenkopf, & A. Walker (Eds.), *Quality of life in old age – International and multidisciplinary perspectives* (pp. 101-122). Dordrecht: Springer.
- Wahl, H.-W., & Oswald, F. (2005). Zur Rolle von Wohnveränderungen für gutes Altern: Wirksamkeit von Wohnungsanpassung und Wohnberatung zwischen Evidenz und Spekulation. *Handlauf - Fachblatt für Wohnungsanpassung und Wohnberatung*, 2/05, 37-49.
- Wahl, H.-W., & Lang, F. R. (2004). Aging in context across the adult life: Integrating physical and social research perspectives. In H.-W. Wahl, R. Scheidt & P. G. Windley (Eds.), *Aging in context: Socio-physical environments* (*Annual Review of Gerontology and Geriatrics*, 2003) (pp. 1-33). New York: Springer.
- Wahl, H.-W., & Oswald, F. (2004). Wohnen im Alter. In U. Baumann, M. Büchel, & R. Schneider (Hrsg.), *Alter - Chancen und Grenzen* (S. 106-119). Vaduz: Eigenverlag.
- Watson, D., Clark, L. A., & Tellegen, A. (1988). Development and validation of brief measures of positive and negative affect: The PANAS scales. *Journal of Personality and Social Psychology*, 54, 1063–1070.



- Weyerer, S., Hönig, T., Schäufele, M. & Zimber, A. (2000.) Demenzkranke in Einrichtungen der voll- und teilstationären Altenhilfe. Empirische Forschungsergebnisse. In Sozialministerium Baden-Württemberg (Hrsg.), Weiterentwicklung der Versorgungskonzepte für Demenzerkrankte in (teil-)stationären Altenhilfeeinrichtungen, (S. 1-58). Stuttgart: Eigenverlag.
- Weidekamp-Maicher, M. & Reichert, M. (2003). Lebensqualität im Alter. Unveröffentlichter Bericht. Institut für Gerontologie an der Universität Dortmund.
- Winkler, I., Buyantugs, L., Petscheleit, A., Kilian, R., Angermeyer, M.C. & WHOQUL-OLD Group (2003). Die interkulturelle Erfassung der Lebensqualität im Alter: Das WHOQUL-OLD-Projekt. Zeitschrift für Gerontopsychologie und -psychiatrie, 16, 177-192.
- Yesavage, J. A., Brink, T. L., Rose, T. L., Lum, O., Huang, V., Adey, M., & Leirer, V. O. (1983). Development and validation of a geriatric depression screening scale: A preliminary report. Journal of Psychiatric Research, 17, 314-317.

*Dr. Ines Himmelsbach und Prof. Dr. Frank Oswald, Interdisziplinäre Alterswissenschaft, Fachbereich Erziehungswissenschaften, Goethe Universität Frankfurt am Main, Robert-Mayer-Str. 1, 60325 Frankfurt  
E-mail: [oswald@em.uni-frankfurt.de](mailto:oswald@em.uni-frankfurt.de)*



Birgit Kasper

## **Gemeinschaftliches Wohnen – weit mehr als die Optimierung individueller Wohnvorstellungen älterer Menschen**

---

„Wie will ich wohnen, wenn ich einmal alt bin?“ Mit dieser Frage setzen sich zunehmend Singles oder Paare ab 50 Jahre auseinander. Sie sind ledig, geschieden, verwitwet, verheiratet oder sogenannte „empty-nester“, weil die Kinder schon seit längerem aus dem Haus sind. Sie haben zum Teil akute Erkrankungen erlebt oder sich mit Pflegefällen in der eigenen Familie befasst. Neue Fragen ergeben sich mit Blick auf das anstehende Ende der Berufstätigkeit oder aufgrund anderer Erfahrungen. Einige bringt dieses Nachdenken dazu, sich nach alternativen und unkonventionellen Wohnformen im Alter umzuschauen. Hintergrund für diese Frage ist die Tatsache, dass die zentralen, traditionellen Formen des Wohnens und Versorgtseins im Alter durch eine Tochter oder Schwiegertochter oder in einem bezahlbaren Altenheim nicht mehr selbstverständlich sind: Längst ist das „Wohnen im Alter“ zu einem komplexen Thema geworden, das über die Alternative entweder „Wohnen in der Familie“ oder „Wohnen im Altenpflegeheim“ hinausgeht.

Mit der Frage setzen sich aber auch diejenigen auseinander, die sich rechtzeitig um eine sozialräumliche An- und Einbindung kümmern möchten, um möglichst lange aktiv und selbstbestimmt leben zu können. Dabei geht es um den passenden Wohnstandort, Anbindung, Erreichbarkeit von wichtigen alltäglichen Zielen und um die Suche nach der Gruppe an Mitstreiterinnen und Mitstreiter, mit denen man zunächst eine Wohninitiative und später ein gemeinschaftliches Wohnprojekt realisieren möchte. Bislang ist die Umsetzung alternativer gemeinschaftlicher Wohnformen noch langwierig und schwierig.

Der folgende Beitrag beschreibt, inwiefern sich die Bedarfslage im Hinblick auf das Wohnen im Alter verändert hat. Gesellschaftliche, wirtschaftliche und soziale Rahmenbedingungen wirken sich auf das Wohnen aus – ebenso wie siedlungsstrukturelle Trends und Gegenbewegungen. Der Beitrag liefert im Weiteren einen Überblick darüber, welche Wohnformen für Ältere mittlerweile möglich und erwünscht sind. Eine dieser Wohnformen ist das gemeinschaftliche Wohnen, bei dem sich Menschen mit dem Bedarf nach stärkerer nachbarschaftlicher Verbindlichkeit zusammenfinden und gemeinsam versuchen, ihre Wohnvorstellungen zu realisieren.

Bundesweit gibt es bereits zahlreiche Beispiele gelungener Umsetzung dieser Wohnform. In Frankfurt am Main wurde 2009 zur Unterstützung dieser bislang dort nur vereinzelt vorhandenen Wohnform eine Koordinations- und Beratungsstelle beim Netzwerk Frankfurt für gemeinschaftliches Wohnen e.V. eingerichtet, die hier vorgestellt wird. Konkrete Projektbeispiele bieten im Anschluss einen Einblick in die Qualitäten gemeinschaftlicher Wohnformen. Dieser Aspekt wirft zugleich die Frage auf, warum sich gemeinschaftliche Wohnformen nicht schon viel öfter konstituiert haben. Welche Schwierigkeiten, Barrieren aber auch welche Ressourcen spielen in diesem Zusammenhang eine Rolle? Den Abschluss bildet ein Plädoyer für bessere Rahmenbedingungen für unkonventionelle Wohnformen.

## Das Wohnen im Alter

Die Frage nach den eigenen, subjektiven Wohnwünschen im Alter ist ein Weg, um sich dem Thema Wohn- und Lebensformen für ältere Menschen zu nähern. Nach wie vor wird oftmals die Hoffnung auf ein möglichst langes Verbleiben in der bisherigen Wohnung und im gewohnten sozialen Umfeld formuliert, ein Phänomen, das Frank Oswald aus gerontologischer Perspektive als „Bindung und Verwurzelung“ an Wohnorte beschreibt (vgl. Oswald/Himmelsbach in diesem Band). Immer öfter ist aber auch fragwürdig, ob die bisherige Wohnung und der Wohnstandort auch geeignete Rahmenbedingungen bietet, um bis ins hohe Alter selbstbestimmt wohnen zu können. Die allgemein in der Literatur beschriebenen Veränderungen von Haushaltsstrukturen (Wegfall der Kernfamilie als „Normalwohnform“), von Lebensformen (Pluralisierung der Lebensstile), der sozialen Netze (zunehmende Bedeutung nicht-familialer Lebensformen) und der Geschlechterverhältnisse (Veränderung der gesellschaftlichen Rolle von Frauen) zeigen sich in vielen gesellschaftlichen Bereichen und nehmen demzufolge auch Einfluss auf die Art und Weise des Wohnens.

Es gibt hinreichende Anzeichen dafür, dass Wohnsituation und Wohnbedürfnisse längst nicht mehr im Einklang stehen. Wohnqualität wird nicht mehr nur durch steigenden Flächenkonsum oder Wertmaximierung definiert, sondern auch durch die Art des alltäglichen Zusammenlebens und andere soziale Qualitäten. Die dominierenden „gewohnten“ Wohnformen zur Miete und im Einzeleigentum, bei denen Nachbarschaften in aller Regel zufällig zustande kommen, bieten kaum Gelegenheit, ein gutes nachbarschaftliches Miteinander dauerhaft zu sichern. Zudem finden sich kaum noch lebenslange, sozial stabile Nachbarschaften, was sich vor allem durch die zunehmenden Wohnstandortwechsel erklären lässt.

Die zentrale Begründung für diese Veränderung ist im Wandel der Wohnbiographien zu sehen. Die traditionelle Wohnbiographie folgte dem sogenannten Familienzyklus mit den Phasen der Familiengründung, Familienerweiterung, Schrumpfung und

Auflösung (vgl. Clark/Dieleman 1996: 22ff.). Diesem idealtypischen Modell werden auch idealtypische Qualitäten zugeschrieben. Zum Beispiel bedeutet soziale Qualität, dass die Bindung ans nachbarschaftliche Umfeld über Jahrzehnte wächst. Demnach besteht kein Grund fortzuziehen – eher gilt das Gegenteil: Die gute Nachbarschaft mit der verlässlichen sozialen Kontrolle und Fürsorge ist das zentrale Argument, das gewohnte Wohnumfeld im Alter nicht verlassen zu wollen.

Aus beruflichen, persönlichen, finanziellen und familiären Gründen gibt es zunehmend Brüche oder Variationen im Familienzyklus (vgl. Tab 1) und traditionelle Wohnbiographien werden seltener, das heißt die Anzahl der Wohnstandortwechsel nimmt zu, die Intensität der sozialen Bindung im nachbarschaftlichen Wohnumfeld nimmt ab und es gibt häufiger Anlässe zur Neuorientierung.

Traditionelle Wohnbiographie	Zunahme der Variationen
Kindheit im Haus(halt) der Eltern	Umzug wegen Scheidung oder beruflichen Veränderungen der Eltern, Migrationshintergrund
Ausbildung / Studium am gleichen Ort	Bundesweit ist zumutbar, Auslandssemester, Praktika
Anstellung am gleichen Ort	Bundesweit ist zumutbar
Familiengründung im suburbanen Einfamilienhaus mit ortsbezogenem Lebensstil	Singles, unkonventionelle Partnerschaften, kinderlose Paare (jede dritte Akademikerin bleibt kinderlos), Alleinerziehende oder Patchworkfamilien
	Wegfall der Subventionen für die Suburbanisierung (Eigenheimzulage), steigende Mobilitätskosten
	Berufliche Veränderung mit Ortswechsel, Zwang zwischen Wohnort und Arbeitsplatz pendeln zu müssen
	Zweitwohnung, Wochenendbeziehungen
	Trennungen, Scheidungen, Schicksalsschläge

Eltern bleiben im Haus in der gewohnten Nachbarschaft	Haus wird zu groß, zu teuer und zu aufwändig, lange Wege zur Nutzung alltäglicher Infrastruktur, keine gewachsene Bindung zur Nachbarschaft, Wahlverwandtschaft gesucht, städtischer Lebensstil
Familie eines Kindes zieht ein	
(Schwieger-)Tochter übernimmt Pflege	Nutzung von Ambulanten Diensten, Betreutes Wohnen, Pflegeheim als letzte Perspektive

Tab. 1: Zunehmende Variationen in Wohnbiographien (Quelle: eigene Darstellung)

Mit der Zunahme der Variationen ergeben sich für die einzelnen Akteure gute Gründe, die Initiative zu ergreifen und die Wohnsituation *eigenständig-eigensinnig* und den Wünschen entsprechend zu gestalten. Hinzu kommen soziale und finanzielle Sorgen, Befürchtungen, aber auch Hoffnungen, die in der kommenden Generation der Älteren weit verbreitet sind und ihr Verhältnis zum Wohnen im Alter beeinflussen wie beispielsweise:

- Biographische Brüche wie z.B. Scheidung, die eine Umorientierung nötig machen
- Tod des Partners oder der Partnerin
- Die eigene Pflegeerfahrung der (Schwieger-)Eltern und der Wunsch, dass – sofern vorhanden – die (Schwieger-)Tochter nicht mit der Pflege der Älteren belastet werden soll
- Gebrochene Berufsbiographien, mit denen eine „normale“ Pflege in einem entsprechenden Heim nur schwer finanzierbar ist oder die Befürchtung, die weiter steigenden Kosten für die institutionalisierte Pflege im Alter nicht mehr aufbringen zu können
- Die Hoffnung, möglichst lange unabhängig bleiben zu können, weil man kein Vertrauen in die Güte der Pflege hat, auf die man später einmal angewiesen sein könnte
- Der Wunsch, selbstbestimmt bis ins Alter aktiv zu sein und der Bedarf nach einem Wohnumfeld, wo eine gute soziale Einbindung besteht und eine gute Erreichbarkeit der Infrastruktur sowie der kulturellen Angebote gegeben ist
- Die Sorge, mit steigendem Alter zunehmend zu vereinsamen
- Wohnvorstellungen der neuen Generation der ehemals in den suburbanen Raum in Einfamilienhäuser gezogenen Familien – die nun als „Rück-

zügler“ in kompaktere, sozial eingebundene Wohnformen ihren urbanen Lebensstil fortführen möchten

- Der Wunsch, mit Menschen nachbarschaftlich zusammenzuleben, die man kennt und die sich in einer ähnlichen Lebenssituation befinden wie man selbst – oder die sich in generationenübergreifenden Konstellationen ergänzen möchten

Mit diesem Überblick über die Rahmenbedingungen und Motive für Veränderungen der Wohnsituation wird also deutlich, dass es sich um zwei Ebenen handelt: Auf der einen Seite eine Reaktion auf gesellschaftliche, soziale und ökonomische Veränderungen und auf der anderen Seite der Gestaltungswille, alternative Konzepte und Lösungen zu finden, aktiv zu sein und absehbaren Problemen vorzubeugen. Insbesondere der letztgenannte Wunsch – nach nachbarschaftlichem Zusammenleben – wird von aktiven Älteren oft formuliert und ist als eine Gegenbewegung zur Individualisierung zu interpretieren (vgl. Andritzky 1999: 670 und Szypulski 2008; 328).

Diesem veränderten Bedarf steht jedoch entgegen, dass in Bezug auf die Wohnsituation und folglich die Wohnbiografie oft genug noch keine große Wahlfreiheit besteht. Zwar sind auf vielen persönlichen und gesellschaftlichen Ebenen die Möglichkeiten zur Selbstbestimmung des eigenen Lebens angewachsen, aber es ist fraglich ob das Wohnen tatsächlich „für einen großen Teil der Bevölkerung zu einem wählbaren Element der individuellen Lebensgestaltung“ (vgl. Flagge 1999; 7) wird, wenn unkonventionelle Wohnformen wie z.B. gemeinschaftliche Wohnprojekte aufgrund des großen Organisationsaufwandes und struktureller Widerstände noch nicht oft genug umgesetzt werden können. Zumindest aber gibt es inzwischen eine größere Bandbreite der Wohnmöglichkeiten im Alter. Das folgende Kapitel gibt einen kurzen Überblick.

## Wohnen im Alter

Generell sind vier Formen des Wohnens im Alter zu unterscheiden:

1. Zu Hause wohnen bleiben und die baulich-räumlichen sowie sozialen Rahmenbedingungen anpassen, so dass das selbstbestimmte Wohnen möglichst lange möglich bleibt
2. Neue Formen der Betreuung und Pflege in Anspruch nehmen oder in entsprechende Projekte ziehen
3. Umzug in ein Alten- oder Pflegeheim
4. Neue Wohnformen suchen oder entwickeln und entsprechend die Lebenssituation verändern

Die überwiegende Mehrheit der Älteren lebt derzeit in der eigenen Privatwohnung und möchte in der vertrauten Umgebung **zu Hause wohnen bleiben**. Hier sind Wohnraumanpassung oder ambulante Betreuung inzwischen bewährte Maßnahmen, um das selbstbestimmte Wohnen auch dann noch zu sichern, wenn die körperliche oder geistige Leistungsfähigkeit altersbedingt nachlässt. Darüber hinaus gibt es aber auch erste Konzepte der Wohnungswirtschaft, die Älteren das Wohnenbleiben erleichtern. Beispielsweise haben die Vereinigten Wohnstätten 1889 eG in Kassel zur Förderung der Gemeinschaft und zur nachbarschaftlichen Unterstützung den gemeinnützigen Nachbarschaftshilfeverein Hand in Hand e.V. gegründet, der professionell koordiniert und durch bürgerschaftliches Engagement mit Leben gefüllt wird.<sup>1</sup> In Quartieren, die nicht durch einen Wohnungseigentümer geprägt sind, findet man vereinzelt erste bürgerschaftliche Netzwerke, in denen man sich für die gegenseitige Unterstützung auf Stadtteilebene engagieren kann, wie beispielsweise das Netzwerk Neue Nachbarschaften in Frankfurt am Main.<sup>2</sup> Eine andere Variante, die das Wohnen in der eigenen Wohnung oder im eigenen Haus erleichtern kann, ist „Wohnen für Hilfe“. Bei dieser „Wohnpartnerschaft“ zwischen Jung und Alt bieten Ältere mit entsprechendem Wohnraum jüngeren Menschen eine Unterkunft an, wobei die Miete nicht mit Geld sondern durch Hilfsleistungen abgegolten wird. Das Frankfurter Bürgerinstitut organisiert gegenwärtig diese Wohnform.<sup>3</sup>

Insgesamt betrachtet ist das „Zuhause-wohnen-bleiben“ nicht nur die verbreitetste Wohnform, es ist auch die Wohnform, die die subjektive Hoffnung widerspiegelt, dass sich mit dem Älterwerden nichts verändern möge – dass die Stufen vor der Haustür oder die Autofahrt zum Supermarkt nicht eines Tages zur unüberwindlichen Hürde werden. Das Motto „einen alten Baum verpflanzt man nicht“ mag somit sicherlich für einen Teil der Älteren auch in Zukunft gelten. Für den anderen Teil wird es einen Zeitpunkt geben, an dem ein Umzug in eine Umgebung mit Betreuung oder Pflege nötig wird.

**Neue Formen der Betreuung und Pflege** findet man vor allem in betreuten Wohngruppen und betreuten Hausgemeinschaften. Sie sind sinnvoll, wenn eine Stufe der Pflegebedürftigkeit erreicht ist, die mit ambulanten Hilfen nicht mehr sichergestellt werden kann. Grundprinzip dieser in den achtziger Jahren in Bielefeld, Braunschweig und Berlin etablierten Wohnformen ist der Gedanke, dass die Bewohnerinnen in kleinen Gruppen in normalen Wohngebieten oder Stadtteilen in eine entsprechend große Wohnung zusammen ziehen (vgl. für Bielefeld Rubin 2009). Häufig werden diese Wohnformen durch Angehörige initiiert, die über das betreuende Personal bestimmen und gemeinsam über die Ausstattung der Wohnung entscheiden. Zum Teil werden sie auch von Vereinen oder Trägern ins Leben gerufen. Wichtig ist aber, dass die Älteren keine Heimbewohner sind und die Wohngemeinschaft auch nicht dem Heimgesetz unterliegt. Zentrale Qualität der

betreuten Wohngruppen ist, dass der Alltag den Bedürfnissen der Bewohnerinnen und Bewohnern entsprechend gestaltet wird und bis zu einem gewissen Grad auch gegenseitige Unterstützung – z.B. bei der Zubereitung der Mahlzeiten – möglich ist oder die im hohen Maß auf die Fähigkeit zur Selbsthilfe setzen. Insofern gibt es sehr große Unterschiede in Konzeption und Umsetzung der einzelnen Projekte. Ein Problem eint jedoch alle betreuten Wohngruppen – das Finden von geeigneten und preiswerten Wohnungen oder Immobilien.

Die traditionelle Wohnform für ältere Menschen ist das **Wohnen im Wohn- oder Pflegeheim**, wobei in Abhängigkeit von Träger, Lage, Größe, Engagement des Personals und weiterer Aspekte große Qualitäts- und Preisunterschiede gibt. Viele Ratgeber und Checklisten bieten Anhaltspunkte für die Einteilung und Bewertung, z.B. das Kuratorium Deutsche Altershilfe (vgl. KDA 2009 und KDA 2008)<sup>4</sup> oder das Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (vgl. BMFSFJ 2009). Auch wenn es gute Einrichtungen gibt, in denen sich Ältere wohl fühlen und gut versorgt sind, so besteht bei den meisten Älteren doch der Wunsch, erst dann in ein Wohn- oder Pflegeheim zu ziehen, wenn der Alltag anderweitig nicht mehr zu bewältigen ist.

**Neue Wohnformen für Ältere** wie beispielsweise gemeinschaftliche Wohnprojekte sind bislang noch nicht sehr weit verbreitet. Aber in allen größeren Städten findet man sie inzwischen: Gruppen Älterer oder generationenübergreifende Gruppen, die es geschafft haben, beispielhafte Projekte auf die Beine zu stellen. Diese Projekte sind im Allgemeinen selbstorganisierte Wohnformen, die sich durch Engagement und Beteiligung „bottom up“ organisieren und über die Diskussion des zukünftigen Wohnens im Idealfall zu einer Initiative zusammenschließen. Dabei sollte beispielsweise im Vorfeld geklärt werden wie viel Gemeinschaft, gegenseitige Hilfe, Verbindlichkeit und auch Distanz gewünscht wird. Geklärt werden müssen auch Fragen der rechtlichen Verfasstheit, der Finanzierung, des Standortes usw. Man kann allgemein sagen, dass jedes Wohnprojekt ein Unikat ist – von der Entstehung über die Planung und Umsetzung bis hin zur Alltagsgestaltung – und dass die gemeinschaftlichen Wohnprojekte neugierig machen und inspirieren. Das Interesse an unkonventionellen Wohnformen nimmt vor allem bei den Menschen ab 50 Jahre zu. Es ist absehbar, dass sich in Zukunft weitere Projekte etablieren werden, zumal die Umzugsbereitschaft unter den Älteren in den nächsten Alterskohorten aus verschiedenen, oben aufgezählten Gründen weiter wachsen wird (BMFSFJ 1998: 201).



## Gemeinschaftliche Wohnprojekte als Alternative zu traditionellen Wohnformen – ein Thema auch in Frankfurt am Main

Rechtzeitig eine geeignete Wohnform für das Alter finden ist ein Motiv, sich mit dem gemeinschaftlichen Wohnformen zu befassen. Dabei ist das gemeinschaftliche Wohnen als Thema nicht neu. Anfänge findet man seit den 68ern in den WGs, Landkommunen oder Siedlungsgemeinschaften. Aber spätestens seit der Beschreibung von Henning Scherf (vgl. Scherf 2006) ist es auch für das Wohnen im Alter deutlich populärer geworden.

Erste Projekte starteten in den achtziger Jahren z.B. in Göttingen und bald auch in den Städten mit längerer Wohnprojekte-Tradition wie Hamburg, Freiburg, München und Tübingen. Dabei ist die Gründung von jungen Genossenschaften als rechtlicher Rahmen seltener als die Gründung von Bauherrengruppen, die gemeinsam bauen oder von Vereinen, die sich dann einen Träger oder eine Traditionsgenossenschaft suchen, die den Planungs- und Bauprozess federführend übernimmt und ein Wohnprojekt mit Mietwohnungen für die Beteiligten ermöglicht.

In Frankfurt am Main kann man auf eine solche Tradition der realisierten Projekte nicht zurückblicken. Seit den achtziger Jahren bearbeitet und beforscht zwar der Wohnbund Frankfurt das Thema über alle Altersgrenzen hinweg. Aber die darüber hinaus in Frankfurt umgesetzten Wohnprojekte sind rasch aufgezählt: Die Frauenwohnungsbau eG Lila Luftschloss gründete sich Anfang der neunziger Jahre und baute zwei Wohnhäuser ausschließlich von und für Frauen. Einzelne Vereine wie „anders leben – anders wohnen e.V.“ oder „Preungesheimer Ameisen“ und Häuser wie „Frankfurt House“ und „Wohngruppe unterm Dach“ folgten, sie initiierten generationenübergreifende Projekte oder es ergab sich eine altershomogene Zusammensetzung der Bewohnerinnen und Bewohner ab etwa 60 Jahre. Der größte Verein Älterer ist in Frankfurt die Senioren-Selbsthilfe (Sen-Se e.V.), als sich 2001 mittels Zeitungsannonce ältere Menschen zusammenfanden und in einem Verein organisierten, um für die Realisierung eines Projekts aktiv zu werden und auf ein gemeinschaftliches Wohnprojekt hinzuarbeiten. Der Einzug von 13 Mitgliedern des Vereins in ein neu gebautes Mietshaus fand schließlich im Mai 2010 statt – eine zweite Gruppe wohnt in einer Nachbarschaft an der Friedberger Warte.

Diese angesprochenen Wohnprojekte und Initiativen in Frankfurt waren für einen zentralen Aspekt entscheidend: Sie gründeten 2005 den gemeinnützigen Verein „Netzwerk Frankfurt für gemeinschaftliches Wohnen e.V.“ Das Netzwerk ist ein Zusammenschluss von realisierten Wohnprojekten, jungen Genossenschaften wie beispielsweise „Fundament eG“, die 2005 hinzu kam und von Wohninitiativen, die auf ein Wohnprojekt hinarbeiten. Der Zusammenschluss dient dem Erfahrungsaustausch und der Weiterentwicklung des Themas. Rund vier Jahre lang wurde der Verein

zunächst weitgehend ehrenamtlich geführt. Im Jahr 2009 stellte der Verein einen Antrag auf Projektförderung, der durch die Stadt Frankfurt bewilligt wurde, so dass das Netzwerk mit Unterstützung des Amtes für Wohnungswesen der Stadt Frankfurt am Main eine Koordinations- und Beratungsstelle einrichten konnte. Im Rahmen von zwei Teilzeitstellen beschäftigt das Netzwerk eine Koordinatorin und eine Bürokraft. Die zentralen Ziele, die mit der Koordinations- und Beratungsstelle erreicht werden sollen sind:

- Koordination und Beratung von am gemeinschaftlichen Wohnen interessierten Projektgruppen und Einzelpersonen
- Unterstützung der Mitglieder des Netzwerks
- Strategische Weiterentwicklung gemeinschaftlicher Wohnformen in Frankfurt am Main

Weiterhin wird der Verein an sich ehrenamtlich geleitet, die Vorstandsmitglieder engagieren sich in erheblichem zeitlichen Ausmaß dafür, dass weitere Projekte realisiert werden und Alternativen zu traditionellen Wohnformen auch in Frankfurt geschaffen werden können.

## **Die Rahmenbedingungen für gemeinschaftliche Wohnprojekte in Frankfurt am Main**

Die Koordinations- und Beratungsstelle des Netzwerks Frankfurt für gemeinschaftliches Wohnen e.V. bietet seit April 2009 eine Anlaufstelle für Personen jeden Alters, die sich mit gemeinschaftlichen Wohnformen in Frankfurt am Main befassen wollen, sich orientieren möchten oder Anhaltspunkte suchen, wie die eigene Wohnsituation durch Verändern der sozialräumlichen Einbindung verbessert werden könnte. Dass in Frankfurt ein Bedarf nach gemeinschaftlichen Wohnformen besteht, hat die Arbeit der Koordinationsstelle gezeigt. Regelmäßige Beratungssprechstunden, Informationsveranstaltungen, Newsletter, Diskussionsrunden und vor allem die jährlich stattfindende Infobörse, die das Amt für Wohnungswesen gemeinsam mit dem Netzwerk Frankfurt organisiert (vgl. Amt für Wohnungswesen 2010) sind gut nachgefragt bzw. besucht und erweisen sich als sinnvoll aufgrund der kontinuierlichen Anfragen nach Ratschlägen und Orientierung. Erste Zahlen belegen dies: Ende 2010 – nach knapp zwei Jahren Laufzeit – sind neun Wohnprojekte und 17 Wohninitiativen Mitglied im Netzwerk<sup>5</sup>, wobei sich in der Zeit die Zahl der Wohninitiativen mehr als verdoppelt hat.

Auch repräsentative Befragungen von Seniorinnen und Senioren in Frankfurt am Main zeigen, dass das gemeinschaftliche Wohnen eine vielversprechende Alternative zu traditionellen Wohnformen darstellt: In der 2010 veröffentlichten Studie der Stadt Frankfurt wurde erhoben, dass 7,2% der über 50-Jährigen

„Wohngemeinschaft“ als gewünschte Wohnform für die Zukunft nennen sowie 23,5% eine „Hausgemeinschaft mit jeweils eigener Wohnung“ wünschen, wo man die Unabhängigkeit aufrecht erhalten kann und gleichermaßen Kontakte und ggf. Unterstützung möglich sind (vgl. Die Dezernentin für Soziales, Senioren, Jugend und Recht 2010: 103ff).

Die wachsende Zahl der Interessierten ist ein Anhaltspunkt für die steigende Bedeutung dieser Wohnform, die Aussagen und Begründungen der Interessierten, die hier zu Beginn dargestellt wurden, sind ein anderer. Stets findet man als Hintergrund die grundlegende Erkenntnis, dass Wohnen mehr ist als Behausung, ein Dach über dem Kopf oder Erfüllung basaler Grundbedürfnisse. Der Wunsch nach einer guten Nachbarschaft und die Entwicklung einer stabilen Gruppe im Vorfeld, die weiß wie sie zusammenleben will, hat einen hohen Stellenwert. Aber genau das macht die Umsetzung der Wohnprojekte auch so komplex: Neben der klassischen Schaffung von Wohnraum mit Kaufverhandlungen oder mit Planungs- und Bauprozessen beginnt bei gemeinschaftlichen Wohnformen der Gruppenprozess lange vorher. Daher müssen sich die am gemeinschaftlichen Wohnen Interessierten eigentlich zwei Herausforderungen stellen: Wie gelingt es, eine stabile Wohninitiative zu gründen und wie gelangt diese Initiative in die Umsetzung. Die Möglichkeiten sind vielfältig – ob als Verein, GbR, WEG, Genossenschaft oder Stiftung – generell ist es empfehlenswert dem Konzept des Gemeinschaftlichen eine rechtliche Verfasstheit zu geben (vgl. Stiftung trias 2009).<sup>6</sup>

Dementsprechend ist die Verschiedenartigkeit bemerkenswert, auf welche Weise sich die Initiativen zusammenschließen – aber ein Aspekt eint fast alle: dem Zufall zuvor kommen. In den klassischen Wohnformen zur Miete oder im Eigentum kann man sich bestenfalls beim Einzug ein Bild machen, wer in der Nachbarschaft wohnt. Im Lauf der Jahre und Jahrzehnte hat man im allgemeinen keinerlei Einfluss darauf, wer bei einem Umzug der Nachbarn als nächstes dort einzieht. Man kann Glück haben und es entwickelt sich eine tragfähige Nachbarschaft, die Ältere zum oben bereits genannten Schluss kommen lässt, dass man nicht „verpflanzt“ werden will. Aber wenn sich Nachbarschaft und Standort als nicht gut genug erweisen, fällt die Suche nach einer Alternative leichter – oder machen die Suche sogar erforderlich.

Zahlreiche Fragen – vom rechtlichen Rahmen des Projekts, der zu den Zielen und Inhalten des Wohnprojekts passen muss bis hin zu ästhetischen Fragen – müssen im Vorfeld geklärt werden: Wollen sich beispielsweise nur Ältere zusammenfinden oder soll das Projekt generationenübergreifend sein. Ist das Wohnen in einer kleinen nachbarschaftlichen Hausgemeinschaft gewünscht oder soll es als WG mit gemeinsamer großer (Wohn-)Küche realisiert werden. Oder will man sogar ein größeres Projekt mit ein paar Dutzend Wohnungen. Denkbar ist Neubau, denkbar ist aber auch die Umnutzung von Gebäuden oder Flächen im Bestand. Die einen wohnen mitten im urbanen Zentrum, die anderen am Stadtrand oder sogar ländlich

– woraus wiederum die Frage folgt, wieviel Freifläche oder Gartenfläche wird gewünscht und wie wird sie zugeordnet?

Es gibt Projekte, die eine Genossenschaft oder eine Stiftung gegründet haben, weil sie sich nicht nur mit einem Haus begnügen möchten, sondern weiter wachsen wollen. Oder sie bringen mit dieser rechtlichen Verfasstheit ihren Anspruch zum Ausdruck, mit ihrer Lebensweise und ihrem Engagement auf den Stadtteil ausstrahlen zu wollen. Andere wiederum genügen sich als Projektgruppe und haben sich als Verein bei einer traditionellen Genossenschaft eingemietet.<sup>7</sup> Wenn genug finanzielle Ressourcen vorhanden sind, sind außerdem unter bestimmten Voraussetzungen Projekte denkbar, die als Eigentümergemeinschaften oder GmbH organisiert sind. Am Ende ist es wie so oft die Frage nach der Finanzierung, die darüber entscheidet, ob und wie ein Projekt gelingen kann.

Diese Skizze zeigt, mit welcher Fülle von Fragen sich Interessierte befassen sollten, wenn sie das Ziel haben ein selbstbestimmtes, gemeinschaftliches Wohnprojekt umzusetzen. Auf der einen Seite steht der Wunsch, eine andere, bessere Wohnform zu realisieren, aber auf der anderen Seite warten die organisatorischen und gestalterischen Herausforderungen, die mit dem Gruppenprozess und der baulich-räumlichen Umsetzung für jede/n Einzelne/n zu bewältigen sind.

## **Warum geht es nicht einfacher? Mehr Eigensinn beim Thema Wohnprojekte!**

Erfahrungsberichte aus bestehenden Wohnprojekten und erste Untersuchungen belegen die persönlichen Vorteile für die Bewohnerinnen und Bewohner und mittlerweile auch den volkswirtschaftlichen Nutzen gemeinschaftlicher Wohnformen. So zeigt beispielsweise eine aktuelle Untersuchung von Effekten gemeinschaftlicher Wohnformen auf das Gesundheits- und Sozialwesen (vgl. Westerheide 2010: 7) vor allem, dass die Wohn- und Lebensbedingungen besser sind als in einer Vergleichsgruppe in traditionellen Wohn- und Pflegeformen und dass das soziale Zusammenleben im Viertel durch die Bewohnerinnen und Bewohner besser bewertet wird. Aus volkswirtschaftlicher Sicht liegt der Nutzen darin, dass der Unterstützungs- und Pflegebedarf sinkt, dass die Bewohnerinnen und Bewohner Kosten für Unterstützung einsparen und dass positive Quartiereffekte durch höheren Austausch auftreten.

Trotz derartiger Erkenntnisse ist die Umsetzung – von der selbst organisierten Gruppe hin zum Wohnalltag in der gewünschten Immobilie – noch ausgesprochen schwierig. Die wesentlichen Hürden sind dabei, dass ein hohes Maß an Aktivität, Selbstorganisation und ehrenamtlicher Tätigkeit nötig ist, die anstehenden Fragen und Aufgaben klären zu können. Und was den Kauf eines Grundstücks oder einer

Immobilie für ein Wohnprojekt anbelangt, so tritt man bei Bewerbungsverfahren in Konkurrenz zu professionellen Akteuren, was insbesondere bei nachgefragten Standorten und Lagen eine große Herausforderung ist, so lange nicht steuernd ins Marktgeschehen eingegriffen wird. So kann beispielsweise die Stadt München in Quartieren mit Milieuschutzsatzung von einem Vorkaufsrecht Gebrauch machen und bei Veräußerungen weiterer Spekulation vorbeugen, indem Grundstücke oder Immobilien zum Beispiel an Genossenschaften oder Wohnprojekte verkauft werden. Auch bei Ausschreibungen von Flächen besteht Handlungsspielraum, bestimmte Kriterien festzuschreiben. Beispielsweise wurden in Hamburg entsprechende Verfahren entwickelt, bei dem etwa Anhandgaben vereinbart werden, damit im Ergebnis Wohninitiativen mit stabilen Gruppen und sozial tragfähigen Konzepten in die Umsetzung gelangen (vgl. Freie und Hansestadt Hamburg 2002).

Damit rückt die Frage in den Vordergrund, inwieweit es Prozesse, institutionalisierte Verfahren oder Rahmenbedingungen geben muss, die die Entwicklung von Wohnprojekten unterstützt und erleichtert. Unbestritten ist, dass gemeinschaftliches Wohnen kein klassisches Wohnprodukt ist. Vorgefertigte Wohnprojekte durch die Wohnungswirtschaft, in die nur noch eingezogen werden muss, kann es nicht geben, da sie dem Grundprinzip des selbstorganisierten und selbstbestimmten Wohnens und der gezielten Suche nach Mitbewohnerinnen und -bewohnern widersprechen würden. Wohnprojekte sind per se als bottom up-Bewegung ein Ergebnis von ehrenamtlichem und selbstorganisiertem Engagement und können nicht als Produkt angeboten oder vermarktet werden – auch wenn manche Wohnungsbaugesellschaften mit den Begriffen des Mehrgenerationenwohnens und Wohnprojekten werben. Aber es können eben Rahmenbedingungen etabliert werden, die die Gründung von Initiativen und die Umsetzung von Projekten erleichtern.

Die Einrichtung einer Koordinations- und Beratungsstelle in Frankfurt am Main ist ein Beispiel für die Verbesserung der Rahmenbedingungen. Damit kann die Gründung von Initiativen erleichtert werden, denn sie schafft als Anlaufstelle und Veranstaltungsort Gelegenheiten, dass sich Interessierte kennenlernen und vernetzen. Außerdem werden dort Informationen bereitgestellt und Hinweise auf methodisches Vorgehen gegeben. Inwieweit es mit einer Koordinations- und Beratungsstelle gelingen kann, die strukturellen Rahmenbedingungen für gemeinschaftliche Wohnprojekte in einer Stadt zu verbessern, wird sich erst in der weiteren Arbeit zeigen. Sicher ist jedoch, dass die zentralen Fragen und Probleme nun deutlicher zutage treten, warum in einer Stadt wie Frankfurt die Umsetzung bislang relativ schwierig ist. Eine der zentralen Herausforderungen ist die Realisierung der Projekte, d.h. das Finden von geeigneten, bezahlbaren Flächen oder Immobilien, damit die Wohninitiativen ihre Konzepte umsetzen und als Wohnprojekte das gemeinschaftliche Wohnen realisieren können.

## Ausblick

Gemeinschaftliche Wohnformen gründen auf dem Engagement ihrer zukünftigen Bewohnerinnen und Bewohner. Sie bringen ein Wohnprojekt auf den Weg, legen Formen des alltäglichen Miteinanders fest und befassen sich damit, dass dies in eine passende baulich-räumliche Form mündet. Als Begründung für diese Aktivitäten findet man Sorgen und Ängste vor der Zukunft und dem alt werden und gleichwohl auch konstruktive Absichten, den Alterungsprozess positiv und aktiv zu gestalten. Es ist eine Kombination aus „getrieben sein durch absehbare Probleme in der Zukunft“, dem „aktiv gestalten wollen eines eigenen Weges“ und „überzeugt sein, dass man in einer Gruppe besser zurecht kommt als allein“.

In diese gemeinschaftlichen Wohnprojekte im engeren Sinne lassen sich nur schwer diejenigen Älteren einbeziehen, die „nur“ die Vorteile gemeinschaftlicher Wohnformen nutzen möchten: Die in einem solchen gemeinschaftlichen Wohnprojekt wohnen wollen, einen Beitrag für gutes nachbarschaftliches Wohnen leisten möchten, aber nicht (mehr) die nötige Zeit oder das Engagement aufbringen können, die Entwicklung einer Initiative hin zum Projekt zu gestalten. Wie können also die Rahmenbedingungen geschaffen werden, so dass die Planung von Wohnprojekten für die einen einfacher und für die anderen überhaupt realisierbar werden?

Neben der Koordination und Beratung der einzelnen Interessierten, der Gruppen und Initiativen sowie der Projekte – also der Bedarfsseite – müssen Möglichkeiten gegeben sein, damit steuernd eingegriffen werden kann. Durch geeignete Rahmenbedingungen müssen Chancen zur Umsetzung von Projekten geschaffen werden – beispielsweise durch die oben genannte Anhandgabe oder durch geeignete Satzungen, Verfahren oder sogar Akteure der kommunalen Verwaltung, die explizit die Umsetzung von Wohnprojekten befördern. Für eine Verbesserung der Abläufe und Verfahren ist es außerdem nötig, dass sich weitere Akteure mit dem Thema befassen und beratend oder planend Wohnprojekte unterstützen. Wohnberater/innen und Architekt/innen mit Erfahrung bei der Planung mit und für Gruppen sind hier gefragt. Und schließlich sind die Konzepte gemeinschaftlicher Wohnprojekte oft eng verwandt mit der ursprünglichen Idee des genossenschaftlichen Wohnens. Aus diesem Grund entscheiden sich manche Wohninitiativen für die Rechtsform einer Genossenschaft, damit ihre Projektidee rechtlich adäquat verankert wird. Es gibt auf der anderen Seite einzelne Traditionsgenossenschaften in Deutschland, die sich dieser ursprünglichen Idee verpflichtet sehen und als geeignete Partner für Wohninitiativen auftreten. Sie können mit ihrem professionellen Hintergrund am Wohnungsmarkt für einzelne Gruppen als Träger oder Bauherr fungieren, womit ein wichtiger Schritt in Richtung Umsetzung getan wäre. Hier sind die Traditionsgenossenschaften im Vorteil, die sich nicht nur punktuell mit dem Thema befassen, sondern die notwendige Zusammenarbeit in der Projektplanung

als Bereicherung oder Bestandteil der Kommunikation und Partizipation mit der Bewohnerschaft betrachten.

Wohnen im Alter ist ein existenzielles und komplexes Thema – für jede/n Einzelne/n und erst recht als gemeinschaftliche Wohnform. Und es wird im Zuge des demographischen Wandels noch mehr Handlungsbedarf mit sich bringen, denn neben dem herkömmlichen Wohnen zur Miete oder im Einzeleigentum und zu den traditionellen Pflegeformen werden sich Alternativen mit bürgerschaftlichem Engagement und Selbsthilfe etablieren – über den derzeitigen Status als gute Beispiele oder exotische Sonderformen hinaus. Für neue Strukturen und kreative Lösungen geeignete Unterstützung, Spielräume und Verfahren zu schaffen, ist dringend nötig.

## Anmerkung

<sup>1</sup> Vgl. <http://www.handinhand-kassel.de/>

<sup>2</sup> Vgl. <http://www.neue-nachbarschaften-ffm.de/>

<sup>3</sup> Vgl. <http://www.buergerinstitut-ffm.de/index.php/ger/Unsere-Angebote/Wohnen-fuer-Hilfe>

<sup>4</sup> Vgl. <http://www.kda.de>

<sup>5</sup> Einen Überblick bietet die Broschüre des Netzwerks Frankfurt für gemeinschaftliches Wohnen e.V. 2010: 23 Perspektiven – Ideen und Anregungen fürs gemeinschaftliche Wohnen. Frankfurt. Außerdem: [www.gemeinschaftliches-wohnen.de](http://www.gemeinschaftliches-wohnen.de)

<sup>6</sup> Mehr Informationsmaterialien unter: <http://www.stiftung-trias.de>. Darüber hinaus Publikationen des wohnbund e.V. unter: <http://www.wohnbund.de>, des Forum für gemeinschaftliches Wohnen e.V. <http://www.fgwa.de> und der Wissenspool des Kompetenznetzwerks Wohnen <http://www.kompetenznetzwerk-wohnen.de/sub/de/home/index.php>

<sup>7</sup> Einen Einblick in die Bedeutung und Rolle der Traditionsgenossenschaften bietet der Bericht der Expertenkommission Wohnungsgenossenschaften (vgl. BMVBW 2004)

## Literatur

Amt für Wohnungswesen der Stadt Frankfurt am Main (2010): Dokumentation der 3. Frankfurter Informationsbörse für gemeinschaftliches und genossenschaftliches Wohnen. Frankfurt am Main.

Andritzky, Michael (1999): Balance zwischen Heim und Welt. Wohnweisen und Lebensstile von 1945 bis heute. In: Flagge, Ingeborg (Hg.): Geschichte des Wohnens, Bd. 5, 1945 bis heute: Aufbau, Neubau, Umbau. Ludwigsburg, Stuttgart, S. 615-806.

BMFSFJ – Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (1998): Zweiter Altenbericht – Wohnen im Alter. Berlin.

BMFSFJ – Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (Hg.) (2009): Auf der Suche nach der passenden Wohn- und Betreuungsform. Ein Wegweiser für ältere Menschen. Berlin.

- BMVBW – Bundesministerium für Verkehr, Bau- und Wohnungswesen (Hg.) (2004): Wohnungsgenossenschaften – Potenziale und Perspektiven. Bericht der Expertenkommission Wohnungsgenossenschaften. Berlin.
- Clark, William A. V.; Dieleman, Frans M. (1996): Household and Housing. New Brunswick.
- Die Dezernentin für Soziales, Senioren, Jugend und Recht (2010): Bedarfsanalyse Seniorengerechtes Wohnen in Frankfurt am Main, Reihe Soziales und Jugend, Bd. 41. Frankfurt am Main.
- Flagge, Ingeborg (1999): Geschichte des Wohnens, Bd. 5, 1945 bis heute: Aufbau, Neubau, Umbau. Wüstenrot-Stiftung, Deutscher Eigenheimverlag e.V. Ludwigsburg, Stuttgart.
- Freie und Hansestadt Hamburg, Behörde für Bau und Verkehr (Hg.) (2002): Bau und Hausgemeinschaften in Hamburg – Neue Lebensqualität für die Stadt. Hamburg.
- KDA – Kuratorium Deutsche Altershilfe (2008): Vom Pflegeheim zur Hausgemeinschaft – Empfehlungen zur Planung von Pflegeeinrichtungen. Köln.
- KDA – Kuratorium Deutsche Altershilfe (2009): Wie wollen wir künftig leben? Lösungsansätze und Beispiele für Wohnformen älterer Menschen – Dokumentation der Fachtagung am 10. November 2008 in Bonn. Köln.
- Netzwerk Frankfurt für gemeinschaftliches Wohnen e.V. (2010): 23 Perspektiven – Ideen und Anregungen fürs gemeinschaftliche Wohnen. Frankfurt.
- Rubin, Yvonne (2009): Die ambulante pflegerische Versorgung in der Bundesrepublik Deutschland. Unter Betrachtung des Bielefelder Modells als quartiersnahe Versorgungsform. Hamburg.
- Scherf, Henning (2006): Grau ist bunt. Was im Alter möglich ist. Freiburg im Breisgau.
- Stiftung trias (2009): Rechtsformen für Wohnprojekte. Hattingen. Szypulski, Anja (2008): Gemeinsam bauen – gemeinsam wohnen. Wohneigentumsbildung durch Selbsthilfe. Wiesbaden.
- Westerheide, Peter 2010: Effekte gemeinschaftlicher Wohnprojekte für das Gesundheits- und Sozialwesen – Ergebnisse aus dem Netzwerk SONG. Vortrag auf der Fachtagung „Rendite durch Wohnen und Leben“ der Schader Stiftung, Darmstadt, [www.schaderstiftung.de/docs/6\\_nachmittag\\_westerheide.pdf](http://www.schaderstiftung.de/docs/6_nachmittag_westerheide.pdf) (Zugriff am 7.12.2010)
- Wohnbund e.V. (2007): Wohnprojekte und nachbarschaftliches Wohnen in Hessen, Heft 02/07. München.

*Dipl.-Ing. Dipl.-Verw. Birgit Kasper, Ohmstraße 62, 60486 Frankfurt am Main,  
E-mail: [kasper@gemeinschaftliches-wohnen.de](mailto:kasper@gemeinschaftliches-wohnen.de)*





---

Christian Schütte-Bäumner

## **Alter(n) in Bewegung**

### **Zum Verhältnis von Geschlechtsidentität und Lebensalter am Beispiel alternativer Wohnprojekte der Queer Community**

---

#### **Hegemonial strukturierter Wunsch nach einem ‚Anders Altern‘?**

Die gesellschaftliche Bedeutung gesundheitlicher Versorgung, Pflege und psychosozialer Begleitung alter und hochaltriger Menschen nimmt zu. Nicht unerheblich ist dabei die Art und Weise, wie der gesellschaftliche Diskurs über das Altern und das veränderte Generationengefüge geführt wird. Frank Schirrmachers (2004) Bestseller „Das Methusalem-Komplott“ illustriert eine mittlerweile gängige Alarmierungs- und insofern auch Moralisierungspraxis. Er schreibt, dass wir „das Problem unseres eigenen Alterns lösen (müssen), um das Problem der Welt zu lösen“ (ebd.). Älterwerden wird als unerwünschte Last, die jeder vermeiden wolle, stereotypisiert, um zugleich – im Duktus eines Krieges der Generationen – zu einem Komplott, zu einem Bündnis der sogenannten Alten gegen die Ausbeutung durch die sogenannten Jungen aufzurufen.

In der aktuellen wissenschaftlichen und Fachdebatte um eine zukunftsfähige Gesundheitsversorgung und Pflege in einer alternden Gesellschaft werden, gewissermaßen im Windschatten dieses popularisierten Diskurses des Älterwerdens, immer häufiger Forschungsfragen aus einem interdisziplinären Kontext heraus gestellt und bearbeitet, weil deutlich geworden ist, dass die komplexen Fragestellungen nicht von einer wissenschaftlichen Disziplin alleine gelöst werden können. Um innovative Modelle für einen angemessenen und adressatenbezogenen Umgang mit den schwierigen Situationen, die im Alter entstehen können, zu entwickeln, hat sich die Zusammenarbeit in Netzwerken bewährt. Damit verbunden ist vermutlich auch die Hoffnung, durch eine multiperspektivische Inblicknahme des ‚Alternsproblems‘, die Re-Produktion diskriminierender Altersstereotypen zu reduzieren (in einem utopischen Sinne vielleicht sogar zu vermeiden).

Mit Blick auf die Aktivitäten des Frankfurter Forums „Alterswissenschaften und Alterspolitik“, das sich seit nunmehr fast sechs Jahren zu den Themen Alter und Altern beschäftigt und Fragen des Älterwerdens untersucht, mittlerweile auch

unterstützt durch eine Professur für interdisziplinäre Alternswissenschaften, findet sich eine entsprechende Vielzahl unterschiedlicher Aspekte, die das komplexe Feld gerontologischer Forschung gliedert. Auf der Homepage des Forums<sup>1</sup> findet sich folgende Zusammenstellung:

1. Demographisches Altern in den (westlichen) Gesellschaften,
2. Ökonomische Aspekte der Alterssicherung,
3. Gesetzliche Betreuung,
4. Altersdiskriminierung,
5. Entwicklungsveränderungen im Alter,
6. Lernen im Alter,
7. Psychologische Theorien des Alterns,
8. Pathologische Entwicklungsverläufe,
9. Geriatrische Problemstellungen,
10. Gerontopsychiatrische Fragen,
11. Psychotherapeutische Problemstellungen,
12. Lebensbegleitung innerhalb und außerhalb von Alteneinrichtungen,
13. Sport und Altern.

Die aufgeführte Kategorie ‚Lebensbegleitung innerhalb und außerhalb von Alteneinrichtungen‘ erscheint mir, vor dem Hintergrund der aktuellen sozial- und wohlfahrtsstaatlichen Debatte um alternative Wohnformen im Alter, ein wichtiger und entscheidender Topos zu sein. Denn die Ideen eines *Anders Wohnen* tangieren nicht nur die Notwendigkeit einer Modifikation und Umstellung herkömmlicher Versorgungsstrukturen in der Altenhilfe, sondern stellen die Effekte der demographischen Entwicklung in einen breiten, nämlich gesamtgesellschaftlichen, ja lebensweltlich-sozialräumlich situierten Kontext.

Das Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (BMFSFJ) schlägt in diesem Kontext vor, das Phänomen einer zunehmend alternden Gesellschaft nicht ausschließlich als Problem und Versorgungsauftrag anzusehen. Vielmehr gelte es, den prognostizierten Verlauf als Herausforderung zu verstehen. Aus meiner Sicht ist auf diese Weise ein bemerkenswerter politischer Trend angesprochen, dessen Intention sich im Programm individueller Selbstsorge verdichtet und hier besonders deutlich zu Tage tritt. Mit dem Schlagwort ‚Selbstorganisation älterer Menschen‘ (vgl. BMFSFJ 2008a) wird vom Bundesministerium der Vorschlag ausgearbeitet, das Potential eines bürgerschaftlichen Engagements älterer Menschen in Deutschland stärker als bisher in den Vordergrund zu rücken. Zu diesem Zweck werden ‚gute Beispiele der Praxis‘ erhoben, um sie als nachahmenswerte ‚erfolgreiche Modelle der Eigeninitiative‘ der Bevölkerung

sowie den Vertreter\_innen der Fachwelt vorzustellen. Die Projektvielfalt reicht von Themen wie „Seniorenbüro ‚Nothelfer‘ in Bamberg“, „Stadtbücherei Burscheid“ oder „Internetcafé für Senior/innen“ (alle Beispiele vgl. ebd.: 39ff.)<sup>2</sup>. Die Chance eines solchen Ansatzes bestehe darin, gelungenes bürgerschaftliches Engagement strukturell in das kommunale Angebotspektrum einzubinden: „Gefordert wird mehr Eigenverantwortung von Bürgerinnen und Bürgern, gefördert werden sollen Möglichkeiten zu gesellschaftlicher Mitgestaltung und Mitbestimmung“ (ebd.: 9).

Damit unterstreiche ich meine These, dass neoliberale Sozialpolitiken immer häufiger im Duktus einer *Selbstaktivierungsprogramm*atik, die in der Metapher ‚Jede und jeder ist ihres/seines Glückes Schmied‘ virulent wird, argumentieren. Sich selbst zu helfen bedeutet dieser Lesart folgend dann nicht ausschließlich nur, das Selbstbestimmungsrecht jedes Einzelnen zu achten, sondern auch, so etwas wie eine innere Triebkraft des Subjekts, provoziert durch den gesellschaftlich in Gang gebrachten Aktivismus-Zwang (sozial-) ökonomisch zu nutzen. Dieses Phänomen, das sich eher diffus als „Regime des Managements“ (Bröckling 2000: 131) oder besser noch Regime des Selbstmanagements wirksam wird, ist forschungsrekonstruktiv auch in Bezug auf die Umsetzung von Wohnprojektideen wieder zu erkennen. „Nicht als Klassenherrschaft, sondern als Hegemonie managerialen Denkens in nahezu allen Lebensbereichen, nicht als Alternative *zum*, sondern als spezifischer Rationalitätstyp und Ensemble von Techniken für das erfolgreiche Bestehen im Kapitalismus hat sich die Managergesellschaft durchgesetzt“ (ebd.; Hervorh.i.O.). Henning Scherfs Engagement ist in diesem Zusammenhang wohl ein sehr bekanntes Beispiel für die Konjunktur ‚neuer Ideen‘ zu Haus-WG’s, Wohn- und Siedlungsgemeinschaften. „Grau ist bunt“ votiert Scherf (2006) in seinem Buch und berichtet von einem notwendigen neuen und anderen Umgang mit einsamen älteren Menschen. Die Überzeugung selbst aktiv werden zu müssen, die an dieser Stelle deutlich wird, knüpft an mein Forschungsprojekt ‚Anders Altern‘<sup>3</sup> an. Im Unterschied allerdings zu den allgemeinen Konzepten ‚gemeinschaftlicher Wohn- und Lebensformen‘ thematisieren und betonen lesbisch oder schwul lebende ältere Menschen die Gefahr einer ‚*doppelten Diskriminierung*‘ im Alter, die sie gewissermaßen auffordert und motiviert, gezielt und präzise über passende Alternativen in der Ausgestaltung und Organisation der dritten und vierten Lebensphase nachzudenken<sup>4</sup>. Aus diesem Grund bin ich im Rahmen meiner ethnographischen Studie der Frage nachgegangen, wie ältere lesbische und schwule Menschen grundsätzlich mit dem Thema Alter umgehen und wie sie allgemeine und spezifische Versorgungsschwierigkeiten antizipieren. Dabei interessierte mich besonders, welche Argumente hinsichtlich schwieriger Situationen im Alter, insbesondere auch mit Blick auf Formen ihrer Bewältigung, vertreten werden. Im weiteren Verlauf werde ich demzufolge über das Studiendesign berichten. Nachdem ich den Feldzugang und die Forschungsmethode grob skizziert habe, setze ich mich mit zentralen Kategorien, Tendenzen und Befunden auseinander.

Daran anschließend stelle ich die Ergebnisse in einen größeren theoretischen Zusammenhang und formuliere schließlich in Form einer Schlussbemerkung weiterführende Gedanken entlang der Frage, ob sich das Konzept der Selbsthilfe für ein emanzipatorisches Engagement eignet.

## Gespräche über das Phänomen Anders Alter(n)

Der Erschließung des Feldes kommt in qualitativen Studien eine entscheidende Bedeutung zu. Theoretische Vorüberlegungen ermöglichen zwar ein Grundverständnis über Regeln, Normen und spezifische Diskursstränge, sie können aber schwerlich den Weg ins Feld, mit seinen je eigenen kulturellen Praktiken, vorbereiten. Dieser Schritt entspricht einem aufwendigen Aushandlungsverfahren, denn es geht schließlich immer auch um spezifische Interessen, die sich ergänzen oder stark voneinander abweichen. So verstehe ich Feldforschung in Anlehnung an Stephan Wolff (2000a) als „soziale Veranstaltung“ (ebd.: 335). Für Sozialwissenschaftler\_innen ist also bereits die Auseinandersetzung mit den Praktiken, die ein *Ins-Feld-Kommen* organisieren und vorbereiten, ein entscheidendes Kriterium dafür, ob und wie Feldforschung gelingen kann. Immer wieder entstehen Situationen, die es erforderlich machen, den Sinn und Zweck der Fragestellung gegenüber den Akteuren im Feld zu erläutern und deutlich zu machen, worum es eigentlich geht. „Deshalb sollte man den Weg ins Feld als eine nie ganz abgeschlossene Arbeitsaufgabe begreifen (und gestalten), die kooperativ, d. h. gemeinsam mit den vermeintlichen ‚Objekten‘ der Forschung, abgewickelt werden muss“ (ebd.).

Für die vorliegende Studie konnte ich auf berufliche Kontakte zu den AIDS-Hilfen zurückgreifen. Ehemalige Kollegen, die sich unter anderem auch mit Fragen des Älterwerdens in Schwerpunktprojekten beschäftigen, vermittelten mir auf recht unkomplizierte Weise den Erstkontakt zu den so genannten *Gatekeepern*. Darunter verstehe ich Expert\_innen, die in einem sozialen Feld tätig und über spezifische *Praktiken vor Ort* entsprechend gut informiert und eingeübt sind. Diese können zum einen helfen, einen Überblick über ein bestimmtes zu untersuchendes Feld zu gewinnen, in diesem Fall also der Bereich ‚ältere lesbisch/schwul lebende Menschen‘ und zum anderen weitere konkrete Personen und Institutionen benennen, die für Expertengespräche und Beobachtungen in Frage kommen, sich für diese Zusammenarbeit interessieren und bereit erklären. Im Rahmen dieser Sondierungsgespräche fiel mir auf, dass ein großes Interesse am Thema ‚Alter(n) und Homosexualität‘ besteht. Insgesamt habe ich zwei Interviews mit Expert\_innen in queerorientierten Projekten einer Großstadt geführt, die sich sozialpolitisch mit dem Thema Älterwerden unter queeren Vorzeichen beschäftigen sowie eine Gruppendiskussion mit Vertretern eines kommunal organisierten Runden Tisches zu Fragen der Einbindung von Lesben und Schwulen in Überlegungen und Konzeption der Versorgung älterer Menschen im städtischen Raum. Es handelte

sich einmal um einen Vertreter eines Projekts, ich nenne ihn Peter Müller<sup>5</sup>, deren Mitglieder zu Fragen alternative Wohnformen im Alter für Lesben und Schwule in der Großstadt A arbeiten. Mit Monika Schneider habe ich gesprochen, weil sie als Expertin eines Beratungszentrums für lesbische Frauen sowie als Vertreterin des Runden Tisches, ein kommunalpolitisches Gremium zur Bearbeitung der Situation von Lesben und Schwulen in A-Stadt, über entsprechende Erfahrungen und Insiderwissen verfügt. Darüber hinaus habe ich mit Unterstützung eines Studenten der Sozialen Arbeit eine Gruppendiskussion mit zwei Experten durchgeführt, die sich intensiv mit der Organisation, Implementierung und Finanzierung eines telefonischen Beratungsangebots für ältere Männer beschäftigen. Hier fehle, so die Diskussionsteilnehmer, im Vergleich zu anderen Großstädten ein niedrighschwelliger Anlaufpunkt außerhalb der schwulen Szene. Nachdem beide Gespräche sequentiell analysiert und zentrale Tendenzen und Strukturen als Diskussionsfolie freigelegt wurden, dienen die Studien des Soziologen Michael Bochow (2005, 2006) und der Historikerin Kirsten Plötz (2006, 2007) zur weiteren theoretischen Interpretation. Beide qualitativen Studien wurden vom Land Niedersachsen finanziell gefördert und erfolgten im Auftrag des „Schwulen Forums Niedersachsen“. Zunächst aber zur Beschreibung und kurzen ethnographischen Skizze des ersten Interviews mit dem Projektkoordinator Peter Müller.

### **„... ein Schutzraum gegen mögliche Diskriminierung“ – Mehr Gemeinschaft**

Peter Müller ist 50 Jahre alt und examinierter Altenpfleger. Seit 25 Jahren arbeitet er bereits im Bereich Alten- und Krankenpflege in unterschiedlichen ambulanten und stationären Projekten, u.a. hat er eine Zeit lang ein Alten- und Pflegeheim geleitet. Momentan ist Peter Müller Inhaber und Geschäftsführer eines privaten Pflegedienstes in A-Stadt. Arbeitsschwerpunkt des ambulanten Pflegedienstes ist die Begleitung, Pflege und Betreuung älterer lesbisch und schwul lebender Menschen. Zudem berichtet Peter Müller dass er professionelle Altenpflege entlang des Modells ‚Stadtteilorientierung‘ praktiziere. Dies bedeute, dass die vielfältige Vernetzung der Hilfesysteme in der Stadt seines Erachtens genutzt aber auch weiter ausgebaut werden sollten. Daher stellt sich für ihn und sein Team die Zusammenarbeit mit den Projekten und Institutionen in den jeweiligen Stadtteilen als zentrale Kategorie im Konzept seiner Einrichtung und seines Selbstverständnis dar, um der/dem einzelnen Adressat\_in eine individuelle Betreuung und Pflege zu ermöglichen. Seit 1999 engagiert sich Peter Müller ehrenamtlich im Kontext sozialpolitischer Kampagnen, so zum Beispiel in verschiedenen Arbeitsbereichen der AIDS-Hilfe und auch im Feld spezifischer problematischer Situationen im Alter zum Beispiel Demenzerkrankungen. Peter Müller macht den Eindruck eines sehr zielstrebigem und überzeugten Aktivisten. Er kämpft ‚leidenschaftlich‘

für alternative Wohnformen im Alter. Den für die vorliegende Studie relevanten Kontext, die Motivation für ein Engagement im Bereich ‚Homosexualität und Alter‘, begründet Peter Müller zunächst mit seiner beruflichen Beschäftigung als examinierter Altenpfleger und Geschäftsführer eines ambulanten Pflegedienstes. In diesem Zusammenhang habe er sich gemeinsam mit Kolleg/innen bereits vor zehn Jahren schon gefragt, wie sich die Situation in den Alten- und Pflegeheimen für lesbisch oder schwul lebende Menschen darstelle. Peter Müller argumentiert zu Beginn des Gesprächs in fragender Form folgendermaßen:

*„[...] was passiert eigentlich mit uns, also mit uns Lesben, Schwulen und Transgender, wenn wir alt und pflegebedürftig werden. Können wir in herkömmlichen Altenpflegeeinrichtungen leben oder nicht? Laufen wir Gefahr diskriminiert zu werden? Wie weit sind wir da in unserer Gesellschaft? [...] Und wir haben dann sehr schnell festgestellt, dass wir in herkömmlichen Hilfsstrukturen von Altenhilfe nicht leben können, weil wir eigene Strukturen brauchen. Auf dem Hintergrund unserer Historie, auf dem Hintergrund unserer sozialen Geschichte, und weil wir einfach wissen auch, die, wie soll man sagen, Vorurteile in den Köpfen, sind trotz aller Liberalität im Staat, in Staat und Gesellschaft ja, immer noch da. Und von daher braucht’s ja ’ne Art Initialzündung, so ein emanzipatorisches Ereignis, dass dann in so ’ner Einrichtung sich ausdrücken könnte“ (Peter Müller: 52-65).*

Gleich zu Beginn des Gesprächs leitet Müller seine zentralen Überlegungen mit grundsätzlichen Fragen danach ein, ob lesbisch und schwul lebende Menschen überhaupt in herkömmlichen Altenpflegeeinrichtungen leben können, denn es bestehe immerhin die Gefahr von Diskriminierung und ungeklärt sei auch, inwieweit die Gesellschaft ausreichend aufgeklärt sei, um entsprechend „liberal“ mit den Differenzen und Normbrüchen umzugehen. Neben einer ohnehin schwierigen Versorgungslage älterer und/oder pflegebedürftiger aufgrund einer unzureichenden finanziellen Absicherung der professionellen Dienstleistungen durch die negativen Effekte der Pflegeversicherung sowie einer schwierigen Organisationsform, die nicht selten mit dem Begriff der totalen Institution in Verbindung gebracht wird (vgl. Goffman (1973, Dux 1997, Schütte 2002) thematisiert Peter Müller die Gefahr einer ‚besonderen Diskriminierung‘. Diese besondere oder gar zusätzliche Diskriminierung, die sich nicht bloß mit den Erfahrungen sozialer Ungleichheit und Ungerechtigkeit im Alter erklären lassen, bezieht er explizit auf die Situation älterer lesbisch oder schwul lebende Menschen, eben weil sie eine homosexuelle Lebensweise praktizierten und deshalb auf der Grundlage der gemachten Erfahrungen mit Vorurteilen zu rechnen sei. Bedeutsam ist, dass die Differenzierung zwischen zwei verschiedenen Lebenswelten, einmal die ‚Welt der Lesben und Schwulen‘ und ein anderes Mal die ‚Welt der heterosexuellen Individuen‘ und ihren jeweils unterschiedlichen kulturellen Praxen und Gewohnheiten, bereits in den ersten Sätzen artikuliert und eingeführt wird, weil er im weiteren Verlauf des Gesprächs häufiger, durchaus nicht immer explizit, an diese wichtige Kategorie

anknüpft. Beispielsweise redet Peter Müller darüber, dass die „heterosexuellen Omas und Opas“ kaum Gemeinsamkeiten mit ihrem homosexuellen Pendant, den „homosexuellen Omas und Opas“ hätten. Als Begründung liefert er hier die fehlende familiäre Beziehung zu Enkel- und Urenkelkindern, weil schlichtweg das Interesse resp. die Möglichkeit zur biologischen Reproduktion im Fall lesbisch oder schwuler Paarbeziehungen fehle und damit auch ein entscheidendes Thema für eine Kommunikation im Alter (vgl. Peter Müller: 39-46).

Mit den Befunden der qualitativen Studie von Michael Bochow (2006) lässt sich hier allerdings einwenden, dass gerade in der Generation im dritten Lebensalter zwischen 60 und 79 Jahren schwule Männer sehr häufig verheiratet waren und ebenfalls Kinder haben. In diesen Fällen, von denen Bochow als ‚schwule Väter‘ mit spezifischen Problemen spricht (vgl. ebd.: 197), berichten die Gesprächspartner von sehr engen Bindungen zu ihren Kindern sowie ebenfalls von freundschaftlichen Verhältnissen zu ihren Ehefrauen nach der Trennung. In meinen Augen stellt sich das Bild, dass Müller hier von den kinderlosen schwulen und lesbischen Älteren entwirft, die stets außerhalb des Typus der bürgerlichen Kleinfamilie existieren, etwas differenzierter dar. Zugleich verweist dieser Hinweis darauf, dass die Verallgemeinerung und spezifische Definition lesbisch und schwuler Lebensweisen schlechterdings nicht möglich ist. Im Gegenteil führt eine Lokalisierung eindeutiger Identitätsmarker dazu, dass Devianz oder einfach nur Anderssein personalisiert wird (vgl. Kessl/Plößer 2010). Aber: „Devianz ist keine Qualität, die ihren Ort im Verhalten selbst hat, sondern in der Interaktion zwischen der Person, die eine Verhaltensweise zeigt, und denen, die darauf reagieren“ (Becker 1973: 13).

Die Diskurse ‚Alter(n)‘ und ‚lesbisch/schwule Lebensweise‘ repräsentieren Differenzkategorien, die sich im gesellschaftlichen Reden über Ungleichheit und Anderssein entlang dieser Lesart additiv aufzuschichten scheinen. Peter Müller identifiziert auf diese Weise ein spezifisches Amalgam erniedrigender und verachtender Etiketten.

*„Also es ist eigentlich immer noch, wir sind immer noch Außenseiter und gerade auch in den Köpfen der alten Menschen, die in solchen Einrichtungen leben immer noch Exoten, immer sind wir noch behaftet, stigmatisiert, dass Homosexualität was ist, was nicht normal ist. Von daher ist die Gefahr von Diskriminierung, ich sage das mit ganz großer Vorsicht, groß, nicht unbedingt aber sie ist halt groß, ja“ (Peter Müller: 214-219).*

Die gesellschaftliche Diskriminierung und Stigmatisierung lesbisch-schwuler Lebensweisen diagnostiziert Peter Müller als zentrales gesellschaftliches Phänomen, das offenbar „immer noch“ wirksam ist. Mit dem Einschub „eigentlich immer noch“ wird angedeutet, dass die einsetzende und fortschreitende Normalisierung homosexueller Lebensentwürfe nicht als generelle und für alle Lebenszusammen-



hänge gültige Regel verstanden werden kann. Vielmehr müsse man davon ausgehen, dass ältere lesbisch-schwul lebende Menschen in den herkömmlichen Institutionen der Altenhilfe, nach wie vor als „Außenseiter“ und „Exoten“ stigmatisiert und etikettiert würden. Bemerkenswert erscheint mir diese Aussage insofern, weil Peter Müller hinsichtlich der konkreten Zuschreibungspraktiken, die diskriminieren und ausschließen, zuallererst die Insassen der Institutionen selbst ins Spiel bringt. Wenn nun also ältere lesbisch-schwul lebende Menschen in die Situation geraten, dass sie in ein Altenpflegeheim umziehen müssten, so erwarte sie dort eine ablehnende Haltung, die sich „gerade auch in den Köpfen der alten Menschen, die in solchen Einrichtungen leben“ manifestiere. Müller greift hier den Aspekt der Diskriminierung innerhalb der Gruppe der Insassen heraus. In der Literatur findet sich hingegen häufiger die Perspektive auf das diskriminierende Verhalten des Fachpersonals. „Pflegebedürftige Lesben und Schwule werden meistens nicht angemessen betreut: Ihre andere Sexualität wird nicht wahrgenommen oder führt im schlimmsten Fall zu Diskriminierung. Pflegekräfte haben Ängste und Vorurteile; in der Ausbildung kommt die Pflege Homosexueller nicht vor“ (Gerlach 2004: 41). Vermutlich beziehen sich die Vorbehalte gegenüber den ‚klassischen Versorgungsstrukturen‘ im Alter insgesamt auf die ‚soziale Welt‘ des Altenpflegeheims<sup>6</sup>.

Zwei Formen des Umgangs mit den institutionellen Normen sind angedeutet: Einerseits könnten die stigmatisierten Individuen sich selbst verleugnen und ihre sexuelle Identität in klandestine Räume verlagern, so dass sich die Merkmale, die zu spürbaren Diskriminierungen führen könnten unsichtbar bleiben. Andererseits ist ein Verhalten denkbar, sich den (zu erwartenden) Auseinandersetzungen zu stellen und, wie es der Soziologe Goffman formuliert, „mit dem, was Realität genannt wird, (zu) brechen und *eigensinnig* (zu) versuchen, eine unkonventionelle Auffassung von der Eigenart ihrer sozialen Identität durchzusetzen“ (Goffman 1975: 20; Hervorh. csb). Diese Bewältigungsstrategien bezeichnet Goffman als *Stigma-Management*. Im Gespräch mit Peter Müller ist zwar durchaus die Überzeugung erkennbar, mit der eigenen Identität, die sich im Verhältnis zur Gesellschaft als abweichend darstellt, offen und selbstbewusst umzugehen, mit Blick auf die institutionellen Versorgungsstrukturen wird hingegen der Ort des assistierten Älterwerdens an sich in Frage gestellt.

*„Weil ein alter Schwuler oder eine alte Lesbe in einem herkömmlichen Altenheim nicht leben will, weil die ja immer noch gebaut werden ja wie Verwahrnstanalten und dies halt zunehmend, das ist ja ein riesen Markt, damit wird sehr viel Geld verdient“ (Peter Müller: 603-605).*

Das Konzept Altenpflegeheim wird demzufolge entlang einer grundsätzlichen Kritik an der institutionellen Ausgestaltung von Fürsorge im Alter abgelehnt. Hinzukommt die Befürchtung ‚doppelter Diskriminierung‘. Die Situation stellt sich in mehrfacher Hinsicht schwierig dar, denn der gesellschaftliche Umgang mit Homosexualität

in Form habitualisierter Vorurteile (Berger/Luckmann 2003: 56ff.) verbindet sich gewissermaßen mit diskriminierenden Altersbildern, die in der Einschätzung Müllers deutlich werden. Die Versorgung älterer und pflegebedürftiger Menschen sei ein Wirtschaftsfaktor, der wiederum den Bau von „Verwahranstalten“ fördere (vgl. Reimann/Lasch 2006). „Deshalb ist es vielleicht auch kein Wunder, dass viele ältere Lesben und Schwule nicht den bestehenden Strukturen der Altenhilfe vertrauen. Die Sorge bei den älteren homosexuell lebenden Menschen ist groß, dass sie durch ihre Öffnung gegenüber anderen Menschen und die Formulierung ihrer speziellen Bedürfnisse (wieder) Tür und Tor für ihre Diskriminierung öffnen. Die Altenhilfe und -pflege kann diesen Menschen aber nur dann die Sorge vor möglichen Diskriminierungen nehmen, wenn sie den Betroffenen Offenheit im Umgang mit Homosexualität signalisiert“ (Raabe 2004a: 8).

Auf der Grundlage dieser Vermutung, dass in herkömmlichen Einrichtungen der Altenhilfe mit einer ‚doppelten Diskriminierung‘ gerechnet werden müsse, formuliert Müller im Anschluss die Notwendigkeit eines ‚emanzipatorisches Ereignisses‘ als ‚Initialzündung‘, dessen Umsetzung in Form einer eigenen stationären Einrichtung mit entsprechenden ‚eigenen Strukturen‘ (vgl. Zitat Peter Müller S. 8) als dringend erforderlich erachtet wird. Den Bedarf nach einer speziellen Institution für die ‚Gruppe älterer lesbisch und schwul lebender Menschen‘ erklärt Müller aber nicht nur mit den gemachten oder antizipierten Diskriminierungserfahrungen der Akteure, sondern zugleich mit einem Bedürfnis älterer Lesben und Schwuler, unter sich zu sein und zusammenleben zu können. Das spezifische Bedürfnis bringt er folgendermaßen auf den Punkt:

*„[Wir haben festgestellt], dass es bei vielen alten Lesben und Schwulen das Bedürfnis gibt, sich innerhalb der eigenen Gruppe zu bewegen, weil man sich einfach, ja weil man Gemeinsamkeiten hat über die man auch gemeinsam reden und verstehen kann. [...] Ja und von daher ist das Bedürfnis nach ‚nem gewissen Ghetto erstaunlicher Weise schon da“ (Peter Müller: 73-81).*

Die Nutzung von Räumen als kollektive Rückzugsmöglichkeit impliziert einerseits den Schutz vor gesellschaftlicher Diskriminierung und andererseits den damit einhergehenden Effekt einer ‚Selbstghettoisierung‘. Peter Müller verwendet selbst den Begriff des Ghettos um auf die skizzierte Ambivalenz von Diskriminierung und kollektiven Rückzug der diskriminierten Individuen hinzuweisen. Dennoch hält er den Aufbau einer eigenen Institution für unerlässlich, da sich die Lebenswelten der Akteure zu sehr unterschieden und er nicht davon ausgehe, dass sich ein Zusammenleben unter einem Dach organisieren lasse: „da würden wir konfrontieren und da würden wir aufeinanderprallen“ (Peter Müller: 99-100).

*„Und dann wären wir die Außenseiter, die anderen halt eben. Um das zu vermeiden, haben wir gedacht, muss man das Ding von der anderen Seite aufziehen und sagen, es ist ein Schutzraum. Es ist ein Schutzraum gegen mögliche Diskriminierung, das muss man dazusagen, gegen mögliche Diskriminierung in einer Situation, in der man eh schon ausgeliefert ist. Also wenn man alt und pflegebedürftig ist, dann ist man ja auf die Hilfe anderer, in der Regel fremder Menschen oder auch Angehöriger angewiesen. Und wenn dann dazu noch Diskriminierung kommt ist ja ziemlich schlimm, ja. Von daher haben wir die Vorstellung zu sagen, wir machen diese Einrichtung unter dem Aspekt des Zusammenlebens von Lesben und Schwulen und wenn heterosexuelle Menschen sich vorstellen können, mit uns zusammenzuleben, dann sind sie dazu herzlich eingeladen“ (Peter Müller: 102-113).*

Peter Müllers Motivation für einen alternativen Weg, den lesbisch und schwul lebende Menschen einschlagen können, um ihr Alter(n) selbst zu organisieren, lässt sich in drei unterschiedliche Begründungszusammenhänge fassen. Einmal ist es der Versuch, Diskriminierungen zu vermeiden und das ‚Abstempeln zum Außenseiter‘ zu umgehen. Daran anschließend erscheint das Ziel, ein gemeinsames Wohnen ‚unter seines Gleichen‘ zu konzipieren, auch wenn die heterosexuelle Welt bei Interesse nicht ausgeschlossen würde, als zentrale Kategorie für ein Selbsthilfeengagement. Zudem geht es meines Erachtens drittens ganz entscheidend auch um das Thema Autonomieerhalt. Lesbisch und schwul lebende ältere Menschen, die sich heute der dritten Lebensphase zurechnen lassen, berichten häufig von schwierigen und schmerzhaften Erlebnissen in Zusammenhang mit der Identitätsarbeit und der Feststellung des Andersseins. Weil sie sich im Laufe der Zeit, Selbstbestimmung und Freiheitsräume durch die Erfahrungen im Prozess des Coming Out, einen offenen Umgang mit ‚sexuellen Orientierung und Identitäten‘ erkämpft haben, erscheint das potentielle Angewiesensein auf heterosexuell geprägte Alten- und Krankenpflege unvorstellbar.

Zusammenfassend möchte ich den Aspekt der ‚doppelten Diskriminierung‘ und daran anschließend die Forderung eigener Strukturen in der Altenhilfe, als zentrale Diskursstränge im Gespräch mit Peter Müller festhalten, um nachfolgend diese späterhin mit den Überlegungen von Monika Schneider in ein Verhältnis zu setzen.

## **„Frauen sind einfach anders als Männer“ – Getrennte Welten**

Monika Schneider ist 58 Jahre alt und gelernte Bürokauffrau. Später konnte sie durch zahlreiche Weiterbildungen im Bereich Journalismus und Lektorat Anstellungen in Nichtregierungsorganisationen annehmen. In dieser Zeit habe sie sich auch vermehrt mit ihrem eigenen Coming Out beschäftigt. Ihre Fähigkeit zur Selbstreflexion und autonomen Lebensführung stellt sie in ihrem Bericht in einen

kausalen Zusammenhang mit dem Diskussionsangebot der Frauen- und Lesbienbewegung zu Beginn der 1970er Jahre. Hier habe sie Räume gefunden, in denen eine Auseinandersetzung mit dem Thema Frau- und Lesbischsein sowie offene Lebensführung als lesbisch lebende Frau ohne Angst vor Erniedrigung möglich war. Das Gespräch mit Monika Schneider wurde mir über einen Feldakteur vermittelt, der als Aktivist in der Schwulenbewegung gute Einblicke in das Repertoire der verschiedenen sozialpolitisch bedeutsamer Aktivitäten aus der lesbisch-schwulen Subkultur heraus hat. Bemerkenswert erschien mir auch hier wieder, wie unkompliziert ein Zugang zum Feld zu bekommen war. Aufschlussreich war der Kontakt insofern, weil Monika Schneider als Expertin eines ‚Beratungszentrums für lesbische Frauen‘ sowie als Vertreterin der ‚Gruppe der lesbischen Frauen‘ am Runden Tisch der A-Stadt auf entsprechende Erfahrungen und Insiderwissen im Experteninterview zurückgreifen kann. Gleich zu Beginn des Interviews berichtet sie davon, dass in den Gesprächen, die sie im Auftrag des Runden Tisches mit kommunalen Trägern der Altenhilfe geführt habe, deutlich wurde, dass eine lesbisch-schwule Lebensweise schlichtweg kein Thema war. Sie formuliert diesen Sachverhalt wie folgt:

*„Und mit denen haben wir Gespräche geführt und also A war immer noch dabei, so als das schwule Pendant und da war immer die Aussage dann „Lesben und Schwule, so was hatte mir ned, das hat noch nie jemand mit uns drüber gered, da hatte mir uns ned drum gekümmert, aber sacht auch keiner was“. Die meinen deshalb, es gibt sie nicht“ (Monika Schneider: 66-71).*

Mit diesem Hinweis auf eine Nichtthematisierung von Homosexualität im gesamten Bereich der Altenhilfe, formuliert sie so etwas wie die Unsichtbarkeit spezieller Existenzweisen, die gewissermaßen aus der legitimierten Norm herausfallen. Dies kann den Ausführungen Peter Müllers folgend gleichsam als subtile Form der Diskriminierung ausbuchstabiert werden. Auf der Seite der professionellen Institutionen und Experten präsentiert sich eine Leerstelle, die entweder damit zu erklären ist, dass der häufig zitierten gesellschaftlichen Entwicklung zur normalisierten Homosexualität schlicht gefolgt wird und insofern schwul und lesbisch lebende Menschen als ‚besondere Gruppe‘ nicht auf- und herausfallen. Oder das Ausklammern und Ausschließen der Vorstellung, dass ältere Menschen nicht heterosexuell empfinden und begehren könnten, weist darauf hin, dass nicht nur die Homo-Variante der Sexualität im Altenhilfebereich tabuisiert und unausgesprochen bleibt, sondern dass der gesamte Diskurs der Sexualität als problematische und moralisch zweifelhafte Kategorie verhandelt wird.

Wirft man einen Blick in die wenigen Texte zu dieser Thematik, die es überhaupt gibt, fällt auf, dass Schneiders These einer Unsichtbarkeit schwul-lesbischer Lebensweisen im Altenhilfebereich, im Wesentlichen der gesellschaftlichen Kodierung einer moralisch unzulässigen und daher ignorierten Allianz von Alter

und Sexualität entspricht. Im Rahmen der professionellen Praxis von Alten- und Krankenpflege, Sozialer Arbeit und Medizin wird dieses reduzierte Bild vom asexuellen Individuum im Alter in den Institutionen fortgeführt. Aus einer diskurskritischen Perspektive könnte man nun den Mythos einer sexualitätsfreien Altersphase im Sinne einer ideologisierenden Erzählung weiterverfolgen und fragen, warum sich diese Auffassung im Archiv der gesellschaftlichen Vorstellungen und Deutungen stabilisieren konnte. Ich werde diese Überlegung nur anreißen können und möchte deshalb an dieser Stelle lediglich der Vermutungen nachgehen, dass eine Sexualitätspraxis im Alter möglicherweise nicht mit dem herrschenden Altersbild kompatibel ist. Allerdings lohnt es sich darauf hinzuweisen, dass dieser Aspekt des asexuell gedeuteten Alterns nicht wirklich neu ist. Bereits im ersten Schwerpunktheft *Alter(n) der Widersprüche*, Heft 7, im Jahr 1983 hat Rolf Schwendter auf den Zusammenhang der *Nichtmehrverwertbarkeit* hingewiesen, der normativ schließlich dazu führe, dass im höheren Alter sexuelle Praxis als nicht mehr vorstellbar und mithin auch als nicht tolerierbar erscheine.<sup>7</sup>

In der gerontologischen Forschung hatte lange Zeit die Disengagement-Theorie des Alterns Gültigkeit (vgl. Cumming/Henry 1961). Im Vordergrund steht hier grob zusammengefasst ein altersbedingter Rückzug aus sozialen Rollen, Kontakten und gesellschaftlichen Verantwortlichkeiten der funktional von großer Bedeutung ist, da Lebenszufriedenheit im hohen Alter nur durch eine reduzierte Leistungserwartung an die Individuen gewährleistet werden könne. Dagegen formuliert die sogenannte Aktivitätstheorie kritisch, dass die grundsätzliche Annahme eines *disengagements* zu defizitär argumentiere und die unterschiedlichen Leistungspotentiale sowie die Notwendigkeit gesellschaftlicher Anerkennung außer Acht lasse. Margret Baltes und Leo Montada (1996) fassen diese Gedanken in einer wissenschaftlichen Reihe unter das Paradigma eines ‚produktiven und erfolgreichen Alterns‘ (vgl. ebd.; Baltes/Baltes 1989). In diese asymmetrische Konstellation der Alternsbilder – entweder sozialer Rückzug (Isolation) oder Leistungs- und Ressourcenstärke – fügt sich ein Diskurs über Sexualität nur schwerlich ein und schon gar nicht, wenn dieser ausschließlich aus dem Blickwinkel biologischer Reproduktion, so wie es Peter Müller gleich zu Beginn seiner Ausführungen thematisiert, Erwähnung findet.

Ein Genderbias findet in dieser Lesart kaum Erwähnung, weil die Geschlechtsidentität in der Anrede ‚alte Menschen‘ schlichtweg unbemerkt bleibt. Ich schließe mich den Ausführungen der Sozialwissenschaftlerin Irmhild Saakes (2006) an, dass die Bilder über das Alter(n) zuallererst im Reden, in der wissenschaftlichen Kommunikation über das Alter(n) entstehen und somit den Bias selbst mit herstellen, den sie späterhin untersuchen und reklamieren (vgl. ebd.: 9). Insofern ist einmal mehr verständlich, dass Monika Schneider auf die Existenz lesbisch und schwul lebender älterer Menschen hinweist, wenn „die Unsichtbarkeit des Alters“ (ebd.) sich mit der Unsichtbarkeit der Sexualität verbindet.

*„[...] da hat keiner [der Einrichtungsträger in der Altenhilfe] dran gedacht, dass es die, da hat man immer nur so die ›CSD-Tucken‹, ja, die hat man so bei Homosexualität, das haben die Leute so vor sich, dass die dann aber auch mal alt und schrumpelig werden, (lacht) also auf die Idee kommt erst mal keiner, ja. Und, dass es die auch schon immer gegeben hat und dass sie sich nur verstecken, ja, da muss man die Leute, ja, [...] einfach sensibilisieren und sagen ‚es gibt sie! Wenn ihr sagt ihr hab sie nicht, dann seht ihr sie nicht, aber es gibt sie!‘“ (Monika Schneider: 155-161).*

Mit diesen zwei Sätzen wiederholt Monika Schneider nochmals ihre Feststellung, das (Homo-)Sexualität in der Altenhilfe missachtet werde, fügt aber hinzu, dass dies im Fall von ‚Homosexualität und Alter‘ auch mit den gesellschaftlichen Definitionen und Etiketten ‚exotischer Sexualität‘ und einer ‚Karnevalisierung des Geschlechts‘ (Braun 2002) zu tun haben könnte. Der Begriff einer ‚Karnevalisierung des Geschlechts‘ den der Kulturwissenschaftler Karl Braun verwendet, weist bereits darauf hin, dass in der karnevalesken Inszenierung von Geschlecht „die theoretisch diagnostizierte Krise der Natürlichkeit der zwei Geschlechter“ (ebd.: 53) illustriert werde.

Einmal komme Homosexualität als Lebensweise gar nicht vor, äußert Schneider, oder aber sie falle als karnevaleskes Ereignis, das, wie es Peter Müller formulierte, lediglich als Exotik überrasche und dabei übersehe, dass ‚die‘, also lesbisch und schwul lebende ältere Menschen „dann aber auch mal alt und schrumpelig werden“. Dies nimmt Monika Schneider zum Anlass, einen besonderen Handlungsbedarf in dieser Situation des mehrfachen Missverständnisses zu konstatieren. Dies könne nur dadurch gelingen, wenn auf die Verbindung ‚Homosexualität und Alter‘ aufmerksam gemacht würde: „einfach sensibilisieren und sagen ‚es gibt sie!““. Für die konkrete Umsetzung der Idee eines Sensibilisierens betont Monika Schneider im Vergleich zum Vorschlag Peter Müllers allerdings ein Modell, das die Geschlechterdifferenz sowie die Verschiedenheit lesbischer und schwuler Identität als grundlegend dichotome ‚Veranlagung‘ des Menschen in den Vordergrund rückt.

*„Man muss halt auch immer sagen, ein Lesbenpärchen ist doppelt Frau, also da potenziert sich das Weibliche und bei den Männern ist es, da potenziert sich das Männliche in einem schwulen Pärchen, was heißt, dass, in den heterosexuellen Verbindungen gibt es da einfach Korrektive, ja. Also die teilweise etwas überbordenden männlichen Hormone werden in heterosexuellen Beziehungen irgendwie in die Schranken gewiesen. In einer schwulen Beziehungen (fängt langsam an zu lachen und lacht immer lauter) können die sich völlig ungebremst entladen. Das finden Frauen mittellustig, ja“ (Monika Schneider: 290-298).*

*„Natürlich sagen wir Homosexualität ist erst mal eine Lebensweise, das ist keine Frage, aber die Bedeutung der Sexualität ist im lesbischen und im schwulen Leben einfach eine völlig andere, und das ist auch etwas, was einfach trennt, ja“ (Monika Schneider: 354-357).*

Ausgehend von eindeutig zu trennenden Welten zwischen den Frauen und den Männern, entwirft Monika Schneider das auf dieser Grundlage die Idee einer lesbisch-schwulen Entsprechung entlang dieser Differenzierung. Meines Erachtens kann diese Begründung nur durch eine implizite Bezugnahme auf die Wirkmächtigkeit einer heteronormativen Matrix gelingen, die als Norm die Grundlage jeglicher Subjektwerdung bildet. Die Einteilung der Menschheit in zwei Klassen, die XX-Menschen, die Frauen genannt werden, und die XY-Menschen, die den Titel Mann tragen, gilt in sehr unterschiedlichen Kulturen als Selbstverständlichkeit, gleichsam als ‚naturegegeben‘. Die Trennung wird von den biologischen Voraussetzungen her als einzig möglicher Weg erachtet, der letztlich durch den Fortpflanzungsakt, der die menschliche Reproduktion sichert, erklärt wird. Fortpflanzung und Arterhaltung gelten als die ontischen Denk- und Leitfiguren, über deren Eigenlogik sich ein Dichotomieverständnis in den kulturellen Körper einschreiben kann.

Ausgehend von diesem poststrukturalistischen Interpretationsansatz verstehe ich die Formel „ein Lesbepärchen ist doppelt Frau“ als theoretischen Ausgangspunkt für Schneiders Überlegung, dass sich die lesbische Paarbeziehung durch ihre *doppelte Weiblichkeit* gleichsam vervielfache und von ihrem männlich-schwulen Pendant entsprechend deutlich unterscheide. Zudem fehle, zumindest im Fall der mann-männlichen Liebe ein gegengeschlechtliches Pendant, das als Korrektiv regulierend wirke. Ohne nun zu detailliert in die Analyse einzusteigen, möchte ich die Kategorie der Identitätsbestimmung hervorheben. Diese scheint mir relevant zu sein, weil die *Trennung der differenten Identitätswelten* auch eine spezifische Situation für lesbische Frauen begründet und dies zugleich zum Anlass genommen wird, ein spezifisches Bedürfnis nach Homogenität in einer Gruppe zu formulieren: „Die Lesben, sagen wir mal, die so alt sind wie ich und älter, haben vom Trend her keine Böcke auf Männer und auch nicht auf schwule Männer“ (Monika Schneider: 278-279). Eine Trennung der Welten, die sich identitätspolitisch legitimiert, ist vor dem Hintergrund der Normativität heterosexueller Beziehungsstrukturen zumindest erklär- und nachvollziehbar, sie birgt aber die Gefahr, Gruppenzugehörigkeit als Ausgangspunkt für einseitige Interessenkämpfe einzusetzen. Dies führt unwillkürlich zu einem fundierenden Verständnis der Kategorie ‚Frau‘, ‚Lesbe‘, ‚Mann‘ oder ‚Schwuler‘ und zu einseitigen Identitätspolitiken bezogen auf *personale Eigenschaften*. Es bleibt dabei offen wie „im Namen der Legitimierung einer sozial aufgezwungenen Differenz gesprochen werden (kann), ohne die historisch spezifischen Mechanismen disziplinierender Differenzierung erneut zu stabilisieren? Was sind die politischen Einsätze, die bei dem Versuch auf dem Spiel stehen, eine Identitätskategorie – Instrument regulativer Regime der Normalisierung und zugleich persönlich, sozial und politisch (potentieller) Ort des Einspruchs gegen die vielfältigen Formen von Normalisierung – zu reartikulieren?“ (Hark 1999: 18).

Innerhalb dieser getrennten Welten indes entdeckt Monika Schneider für die Welt der lesbischen Frauen eine besondere *Netzwerkkompetenz*. Diese gelte auch

für jene älteren lesbisch lebenden Frauen, die nicht offen ihre lesbische Identität leben könnten oder wollten. Sie seien bereits so gut in Freundes- und Bekanntenkreis integriert, dass sogar ein Beratungstelefon, das sie mit einer Kollegin vor einiger Zeit ins Leben gerufen habe, kaum genutzt würde: „die Frauen einfach da anscheinend so untereinander ganz gut verdrahtet und man kann mal sagen, wenn sie Infrastruktur brauchen, dann werden sie sich rühren“ (Monika Schneider: 247-249). Dennoch plädiert Schneider für einen Ausbau dieser Netzwerkwerk Stadtteil übergreifend:

*„Also ich stelle mir vor, dass Lesben ja, sagen wir mal zunehmend, also die ganz jungen haben wieder Kinder, die ganz alten haben auch Kinder, so dass zwischendrin haben die eigentlich tendenziell keine Kinder, dass heißt also was fehlt, sind diese familialen Netze, in denen man aufgehoben ist, außerhalb von ambulanten Pflegediensten, und da denke ich werden Lesben, das gilt für die Frauen genauso, aber für die Lesben eben auch, wird es Netzwerke geben, die sich bilden werden, davon gehe ich mal aus. Also mit der großen Überschrift so Nachbarschaftshilfe, ja. Und das hast du dann stadtteilbezogen, denn B-Stadt ist ja nicht so groß, also einfach auf B-Stadt bezogen, dass sich da Netzwerke bilden, wo sich Frauen einfach gegenseitig unterstützen, wenn die eine nicht mehr kann, dass dann die anderen eben Einkäufe gehen und mal kochen und mal besuchen und mal mit zum Arzt gehen, also all die Sachen, die ambulante Pflegedienste nicht abdecken, ja“ (Monika Schneider: 434-446).*

Schneiders Vorschlag ähnelt hier dem Peter Müllers, weil auch hier der Bezug auf die eigene Identität hervorgehoben wird. Diese scheint – vielleicht noch etwas radikaler als bei Müller – Dreh- und Angelpunkt für ein Engagement exklusiver Unterstützungsformen im Alter zu sein. Verständlich wäre – und hier argumentiere ich nicht konträr zur vorgenannten identitätskritischen Position – das Hervorheben der Situation älterer lesbisch lebender Frauen, weil sie noch stärker als es bei schwulen Männern der Fall ist, gesellschaftlich so gut wie gar nicht in Erscheinung treten (vgl. Brauckmann 2004: 9; Brauckmann 2007: 5; Plötz 2006, 2007). „Bedeutsam ist dabei auch die unterschiedliche gesellschaftliche Sichtbarkeit von schwulen und lesbischen Lebensformen. Vor allem in großen Städten ist die schwule Szene häufig selbstbewusst sichtbar, auch wenn es nicht selten zu schwulenfeindlichen Anfeindungen und Gewalttaten kommt. Lesbische Lebensformen sind gesellschaftlich dagegen in weniger starkem Maß sichtbar“ (BMFSFJ 2005: 294). Ebenso dringlich wird von Monika Schneider die Notwendigkeit herausgestellt, über die erwartbaren Dienstleistungen des Sozialstaats hinaus, ein *Unterstützungsprogramm* dauerhaft zu installieren. Im Unterschied zu Müllers Beispiel einer stationären Einrichtung, die sich am Konzept der Hausgemeinschaften (KDA<sup>8</sup>) orientiert und so die klassische Version einer Anstalt verlässt<sup>9</sup>, legt Schneider den Schwerpunkt auf ‚familiale Netze‘, ‚Netzwerkarbeit‘ und ‚Nachbarschaftshilfe‘ im Stadtteil. Auf diese Weise fokussiert sie stärker noch als Müller auf die erforderliche soziale Infrastruktur, wenn Situationen von Pflegebedürftigkeit eintreten können, und zwar jenseits der



Begrenzungen einer Hausgemeinschaft (als potentielle Institution). Damit soll nicht das eine gegen das andere Projekt ausgespielt werden, vielmehr geht es darum den Akzent auf eine größtmögliche Offenheit für ‚betroffene Akteure im Gemeinwesen‘ zu legen. Diesem Gedanken möchte ich im nächsten Kapitel nachgehen. Welche Orte und Räume lassen sich für ein ‚Anders-Altern‘ denken und entwickeln? Wie kann eine größtmögliche Offenheit und eine ausreichende Vielfalt von Ideen und Lebensvorstellungen (Lebensentwürfen) garantiert werden?

## Räume für ein Alter(n) in Gemeinschaft

In beiden Expert\_innengesprächen ging es um Diskriminierungserfahrungen lesbisch-schwuler Lebensweisen, um Fragen der Definition ‚eigener Identität‘ sowie um Bewältigungsformen (Stigmamanagement) mit den Zuschreibungen eines Außenseiterstatus und zuletzt auch um (sozial-)politische Forderung nach gesellschaftlicher Anerkennung. Die skizzierten Überzeugungen der Expert\_innen, wie nun bezogen auf ein Wohnen im Alter mit diesen Differenzkategorien umzugehen sei, führt demgemäß zu unterschiedlichen Projektideen. Sehr grob zusammengefasst wird in den beiden Gesprächen deutlich, dass es insbesondere für lesbisch und schwul lebende ältere Menschen schwierig und stellenweise gar nicht vorstellbar ist, in ‚herkömmlichen Einrichtungen der Altenhilfe‘ zu leben und ggf. betreut und gepflegt zu werden. Im Gegenteil werden mit Verweis auf die besondere Situation ‚eigene Strukturen‘ eingefordert. Ich habe bereits darauf hingewiesen, dass der Wunsch nach schützenden Räumen schlechthin außer Frage steht, dass es aber immer darauf ankommt, wie reflektiert der Umgang mit Differenzkategorien (Gender-Bias, Geschlechtsidentitäten, sexuelle Identitäten) konzipiert wird. Im Kontext des Stigmamanagements darf die Kategorie des Sozialen, also der Zugang zu den allgemein erforderlichen Ressourcen hier am Beispiel der Alternsprozesse, nicht aus dem Blickfeld geraten, weil ansonsten Identitätspolitik auf eine Arbeit an den ‚eigenen Strukturen‘ reduziert wird und demzufolge die Interessenvertretungen selbstbezüglich bleiben. Im Einzelfall sind Hausgemeinschaftsmodelle so wie sie Peter Müller im Kopf hat, plausibel. Mit Blick auf die unterschiedlichen Generationen lesbisch-schwuler Akteure im Alter, die sehr differenzierte Umgangsweisen mit gesellschaftlichen Normen formulieren und mitunter lebenslang ihre sexuelle Orientierung verstecken (oder verstecken müssen), sind Hausgemeinschaften als ‚exklusive Orte‘ eine geeignete Zielvorstellung. Für Überlegungen, die die aktuellen Entwicklungen im Sozial- und Gesundheitswesen im Blick haben, greifen parzellierte Fürsorgeprojekte indes zu kurz. Identitätspolitik steht immer auch in der Gefahr, einen *Insel-Effekt* zu produzieren, indem das Engagement für die eigene Sache die Aspekte des Sozialen aus den Augen verliert. Hier liegt aber meines Erachtens eine zentrale Herausforderung für die gesamte Gesellschaft, Ressourcen für die Entwicklung ‚sozialer Konzepte‘ zur Verfügung zu stellen, die ihre Interessen und politischen Absichten gemeinwesenorientiert formulieren.

## Altenarbeit als Gemeinwesenarbeit

Altenarbeit als ein Engagement im und für das Gemeinwesen zu verstehen ist eigentlich keine neue Idee. Dass ältere Menschen in besonderer Weise in der Gefahr stehen, von Isolation und Entfremdung betroffen zu sein, ist ebenfalls keine Neuigkeit. Gerade in den Gesprächen mit Monika Schneider und Peter Müller wurde deutlich, wie häufig Ausgrenzung und Situationen der Einsamkeit Hand in Hand gehen. Stefan Jüngst vom Beratungszentrum für Lesben und Schwule „Rubicon (Köln)“ fasst zusammen: „Eine Untersuchung der Universität Bamberg<sup>10</sup> zur Isolation und Einsamkeit von Schwulen aus dem Jahr 2002 ergab, dass fast 50 Prozent der schwulen Männer ab 55 Jahren isoliert oder sehr isoliert leben. Eine frühere Erhebung von 1997 gibt an, dass 33 Prozent der Männer ab 45 immer noch versteckt leben, 42 Prozent gehen kaum oder gar nicht in die Szene, und 22 Prozent fühlen sich auch dort isoliert. Dies ist bei dem üblichen Jugendkult innerhalb der schwulen Szene auch nicht verwunderlich, stimmen doch 31 Prozent aller Schwulen der Aussage zu ‚Mit über 40 hast du in der Szene nichts mehr zu suchen‘. Die Ausgrenzung des Alters fängt bei Schwulen demnach sehr früh an. Dies mag einer der Gründe sein, weshalb laut der neuesten Münchner Befragung von rund 1.670 älteren Schwulen sehr viele meinen, dass sie von anderen wesentlich früher als ‚alt‘ eingestuft werden, als sie sich selbst einstufen würden“ (Jüngst 2004: 15). Als Antwort auf die schwierigen Lebensbedingungen der stationären Altenhilfe haben die Expert\_innen im Interview Alternativen aufgezeigt und die Notwendigkeit für weiteres Engagement in diesem Bereich unterstrichen. Wie ich bereits erwähnt habe, erscheint es sinnvoll zu sein, die antizipierten Konflikte und schwierigen Situationen, die im Alter auftauchen können, über einen individuell oder gruppenbezogenen Entwurf hinaus, stärker in den Kontext *generativer Themen* zu stellen, also im Sinne „historische(r) Themen (die) nie isoliert, eigenständig oder statisch“ vorkommen. „Sie beziehen sich stets dialektisch auf ihren Gegensatz. Sie sind nirgends anders als in der Mensch-Welt-Beziehung aufzufinden. Der Gesamtkomplex interagierender Themen einer Epoche bildet ihr ‚thematisches Universum‘“ (Freire 1993: 84; vgl. auch Kunstreich/Lindenberger 2005). Das Ziel, ‚Wohnverhältnisse‘ als autonom organisierte Räume und reflektierte Interessenvertretungen zu realisieren, kann meines Erachtens gelingen, wenn alternative Wohnmodelle als Arbeit am Sozialen verstanden werden. „Gemeinwesenarbeit als Arbeitsprinzip, das Partizipation der Akteure an ihren eigenen Angelegenheiten unterstützt und so zur Praxis der Aneignung des Sozialen wird“ (Kunstreich 2005: 106), ist der Grundgedanke einer Reaktivierung und radikalen Neuausrichtung gemeinwesenorientierter sozialer Altenarbeit. Bei gemeinwesenorientierter Altenarbeit geht es um Personen, die zur Entwicklung angemessener Räume für ein Alter(n) in Gemeinschaft in Selbsthilfe oder mit Hilfe von in diesem Bereich beruflich Tätiger zur gestützten Selbsthilfe greifen. Eben weil die soziale Heimstruktur in der Regel entlang institutioneller Funktionsbestimmungen aufgebaut ist, folgt sie einer Anstaltslogik, „die selbst

da noch funktioniert, wo eine Durchmischung angestrebt wird. Dauerhaft von Fremdhilfe abhängig/unabhängig zu sein, ist hier die Leitdifferenz, die das Heimleben organisiert“ (Kade 2001:69f.). Gemeinwesenorientierung und Soziale Selbsthilfe wären daher geeignete Konzepte, die Vielfalt der Lebenssituationen im Alter angemessen zu berücksichtigen.

## **Soziale Selbsthilfe als emanzipatorische Kategorie?**

Eckhard Rohrmann hat, gemeinsam mit Peter Günther, in einer kleinen Aufsatzsammlung die verschiedensten Facetten einer Selbsthilfetheorie wie auch Selbsthilfemethodik bemerkenswert treffend zusammengefasst (vgl. Günther/Rohrmann 1999). Soziale Selbsthilfe entspreche weniger einem klar umrissenen Modell individueller Selbstregulation, sondern entstehe innerhalb eines breiten Spektrums unterschiedlicher, politischer Motivationen. Kritisch reformuliert möchte sich Selbsthilfe gegen bestehende Versorgungsstrukturen wenden und für eine ‚selbstbestimmte‘ und ‚autarke‘ Organisation von Hilfsdiensten eintreten. Ihren Ausgangspunkt nehmen diese Überlegungen stets von konstatierten Ausgrenzungen, Diskriminierungen oder einfach übersehenen Beeinträchtigungen. Die Konstruktion von so genannten ‚Behinderungen oder chronischen Krankheiten‘ wird als gesellschaftlich unzureichend reflektierter Marginalisierungsdiskurs ausbuchstabiert, der stets eine Tendenz zur Produktion sozialer Ungleichheit mit sich führe. Konservative Selbsthilfebefürworter sehen das Subsidiaritätsprinzip als zentrale Kategorie einer Sozialpolitik, die sich historisch über die Weimarer Republik und die Entstehung der Bundesrepublik hinaus erhalten konnte (vgl. Rohrmann 1999: 15). Entstaatlichung sowie Privatisierung individuell zu verantwortender ‚Störpotentiale‘ gehören zu deren Argumentationslinie, Selbsthilfe als effektives wie auch effizientes Selbstversorgungsmodell im sozialen Sicherungssystem dauerhaft zu installieren. Einigkeit besteht im kritischen wie auch konservativen Lager darüber, dass Selbsthilfe unverzichtbar sei: Sie „ist irgendwie gut, förderungswürdig und unterstützenswert“ (ebd.). In regelmäßigen Absetzbewegungen zum Ehrenamt sowie zur Laienkompetenz wird Selbsthilfe gar als „Korrektiv und ‚vierte Säule‘ im Gesundheitswesen“ (Matzat 2003: 14) in den Olymp sozialer Sicherungssystematik erhoben. Ehrenamt und Laienkompetenz sind, wie auch Selbsthilfe, weitreichende Diskurse im Bereich Sozialer Arbeit. Teilweise überschneiden sie sich, teilweise stellen sie eigene Forschungszweige dar. So hilfreich und wichtig der Selbsthilfebezug ist, so kritisch muss seine Entwicklung gesehen werden, wenn die Leistungsanforderungen an Nutzer\_innen Sozialer Arbeit steigen und Modelle einer Individualisierung von Hilfekonzepten mit Empowerment-Ansätzen verkreuzt werden, so dass am Ende der Kostengewinn von Selbsthilfe und weniger die autonome Entscheidungsfreiheit des Individuums im Vordergrund steht. Selbsthilfe ist stets relational, in gesellschaftliche

Verhältnisse eingebunden, zu denken. Die ‚persönlichen Defizite‘, die Kranke, Süchtige, Alte oder Behinderte in Selbsthilfegruppen verhandeln, sind stets in Bezug auf gesellschaftliche Rahmenbedingungen zu sehen. Ent-Pädagogisierung Sozialer Hilfe durch Stärkung autonomer Entscheidungsräume akzentuiert den emanzipativen Charakter von Selbsthilfe. Vor diesem Hintergrund betonen Strategien des Empowerments, neben der Selbstbestimmung, in besonderem Maße die verschütteten Fähigkeiten der Adressaten Sozialer Arbeit (vgl. Herriger 2002; Herriger/Kähler 2003). Es besteht die Gefahr, dass Empowerment gesellschaftliche Ungleichheiten dadurch individualisiert.

## **Zum Schluss: Für eine Ethnographisierung psychosozialer Intervention und Forschung**

In der Ausarbeitung der beiden Expert\_inneninterviews habe ich versucht den aktuellen Diskurs zum Thema ‚Alter und Wohnen‘ in ein Verhältnis zur Situation lesbisch und schwul lebender älterer Menschen zu setzen. Wie ich bereits schon zu Beginn erwähnt habe, konnten nicht sämtliche Aspekte hinreichend bearbeitet werden. Mindestens vier *Forschungsd desiderata* und demzufolge dringend weiterzuführende Forschungsaktivitäten sehe ich in folgenden Punkten:

1. Zunächst etwas Grundsätzliches: Bei der Durchsicht der Literatur zum Thema Wohnen und Alter fiel auf, dass eine Systematisierung der unterschiedlichen Wohnmodelle, insbesondere aus sozialgerontologischer Perspektive aussteht. Auch hier wäre noch eine Synopse, die sich an zuvor zu identifizierenden Kategorien orientiert, zu erarbeiten. Vorstellbar wäre eine Einteilung in a) Wohngemeinschaft, b) Hausgemeinschaft und c) Siedlungsgemeinschaft (vgl. Hessisches Ministerium 2006). Diese Aufzählung vernachlässigt allerdings die Punkte Demenz, Generation, Mehrgenerationenwohnen, Umgang mit Differenz, Barrierefreiheit, Finanzierung, Stadt und Stadtteil sowie ländliche Regionen (vgl. hierzu auch die Homepage des Forum Gemeinschaftliches Wohnen (FGW), <http://www.fgwa.de>).
2. Es gibt noch sehr wenig Forschungsergebnisse und qualitative Daten zu den Lebenswelten lesbisch und schwul lebender Menschen (vgl. Bochow 2005, 2006; Reimann/Lasch 2006). Hier wäre vor allem auf der Ebene der sozialen Interaktionen ein entsprechend *ethnographisch strukturiertes Forschungsdesign* weiterzuentwickeln, um verfeinerte Einblicke in die ‚Logik der Praxis‘ zu ermöglichen.
3. Im Anschluss an das Forschungsprojekt stellt sich die Frage, wie sich das parzellierte Engagement lesbisch und schwul lebender älterer Menschen auf eine *strukturelle Ebene transformieren* ließe. Wie wäre also eine Arbeit

am Sozialen gerade auch im Kontext gesellschaftlicher Etikettierungen denkbar?

4. In den Expert\_inneninterviews war häufiger auch davon die Rede, dass die Auseinandersetzungen mit dem Alter(n) sowie mit alternativen Wohnformen nicht zwangsläufig zu einer Integration der Schwierigkeiten einer Pflegebedürftigkeit führen müssten. Es gehe ja schließlich beim Wohnen, so die Interviewpartner, zunächst um das Thema Leben, Aktivität und Gestalten in Verbindung mit einem anderen Wohnen und erst in zweiter Linie um Fragen der Bewältigung körperlicher und geistiger Leistungsminderung<sup>11</sup>. Hier beobachte ich das Phänomen einer abwehrenden Haltung gegenüber Pflegebedürftigkeit und/oder Demenz-Erkrankungen. Sicherlich ist dieser Aspekt noch allzu pauschal formuliert und aufgrund des begrenzten zeitlichen Rahmens auch nicht weiter bearbeitet, doch sollten diese Befunde in Folgeprojekten dringend aufgegriffen und sozialgerontologisch wie auch sozialpädagogisch analysiert werden, nicht zuletzt deshalb weil auch weitere Expert\_innen ähnliche ‚Verdrängungsmechanismen‘ feststellen (vgl. hier zum Beispiel Dezernent für Soziales und Jugend 2006: 21; Scherf 2006). Wie wäre demgemäß *Alter(n)* sowie *Fragen, die das Ende des Lebens thematisieren* als transversale Dimension diskutierbar, so dass Differenzkategorien nicht ausschließlich nur als binäre Phänomene, zum Beispiel alt/jung, hetero/homo, frau/mann, krank/gesund, gedacht werden müssen?

Gesucht wird ein Ansatz, der den Eigensinn der Adressat\_innen im Auge behält, das Eingebundensein in gesellschaftliche Macht- und Herrschaftsverhältnisse mit einbezieht und zugleich das Involviertsein der Professionellen in den Konstruktionsprozess der ‚Adressat\_in als Fall‘ nicht ausblendet und unterschlägt. Wenn Expert\_innen im Rahmen zugehender Beratungen und Fallarbeit das ‚gewöhnliche Alltagsleben‘ erkunden, so geht es ihnen nicht anders als so mancher Praxisforscher\_in. Wir machen uns ein Bild von den Anderen, von Akteuren, deren Verhaltensweisen, von ‚guten Sozialarbeitern‘ und ‚schrägen Klienten‘. Man könnte auch sagen wir unterscheiden, ordnen ein, kategorisieren und verstärken Differenzen.

Reflexivität meint nun, ein Verständnis dafür zu entwickeln, wie das Fragen, Beobachten, Handeln – quasi die Erforschungen des Tuns vor Ort im direkten Vollzug – Einfluss nimmt auf die Herstellung von Situationen, so dass wir uns nicht mehr darauf verlassen können, dass alles so wie es ist, immer schon da war und deshalb auch richtig ist. Das wir in unseren Sozialräumen und Lebenswelten von ‚selbstverständlich gegebenen Strukturen‘ ausgehen und demgemäß kommunizieren und handeln, hat Pierre Bourdieu und Loïc Wacquant zu einer kritischen Nachdenklichkeit motiviert, die er in theoretischen Texten und methodischen

Vorschlägen zur Erkundung sozialer Welten (Feldanalyse) eingebracht hat: „Man muss die phänomenologische Analyse des Selbstverständlichen, der Doxa, als der fraglosen Unterwerfung unter die Alltagswelt soziologisch betrachten, und zwar nicht bloß um festzustellen, daß sie nicht universell für jedes wahrnehmende und handelnde Subjekt gültig ist, sondern auch um deutlich zu machen, daß sie, wenn sie auf bestimmten sozialen Positionen und vor allem auf den Positionen der Beherrschten realisiert wird, die radikalste Form der Zustimmung zur Welt, wie sie ist, darstellt, die absoluteste Form des Konformismus überhaupt. Es gibt keine umfassendere und vollständigere Bejahung der bestehenden Ordnung als jenes infrapolitische Verhältnis der doxischen Selbstverständlichkeit, aus der heraus Existenzbedingungen als natürlich angesehen werden, die für jemanden, der in anderen Verhältnissen sozialisiert wurde und sie daher nicht über die aus dieser Welt selbst stammenden Wahrnehmungskategorien erfaßt, empörend wären“ (Bourdieu/Wacquant 1996: 104f.).

Wenn ich in der Zwischenüberschrift für eine ‚Ethnographisierung psychosozialer Intervention und Forschung‘ plädiere, so geht es mir in erster Linie darum, die Doxa sozialprofessioneller Felder, wie beschrieben das sozialgerontologische, das sozialpädagogische, das gender/queersensible Feld in ihrer ‚Polyvokalität‘ (Winter 2010) zu rekonstruieren und zu verstehen. „Sie bereichert ethnografische Texte, weil Phänomene aus verschiedenen Blickwinkeln konstruiert werden. So wird deutlich, dass eine einzelne gelebte Erfahrung nicht die ‚Wahrheit‘ eines Phänomens vermitteln kann. Erst die solide Berücksichtigung unterschiedlicher Perspektiven bildet die Voraussetzung für einen Text, der die differenzierten Verschränkungen persönlicher, interpersonaler und politischer Ebenen erfassen kann. Insgesamt gesehen geht es also darum, die Lebenswelten der untersuchten Personen in ihrer Komplexität und ihren vielfältigen ‚Wahrheiten‘ darzustellen. Forschende nehmen nicht die Position ‚objektiver‘ Beobachter/innen ein, die ein Geschehen von außen betrachten. In der Interaktion zwischen ihren Welten und denen der Erforschten spielt sich der auf Kooperation aufbauende Forschungsprozess ab. So ist mit der dialogischen Validität auch die ethische Verpflichtung verbunden, den untersuchten Welten gerecht zu werden“ (ebd.). Ethnographisch motivierte Felderkundungen sowie Interventionen in diesen Feldern, beispielsweise durch psychosoziale Beratung und Netzwerkunterstützung (vgl. den Beitrag von Birgit Kasper in diesem Band) für Menschen, die sich mit der Idee eines ‚Anders Alter(n)‘ auseinandersetzen wollen, geben mithin keine Garantie dafür, im Forschungsprozess weniger verdinglichend und paternalistisch aufzutreten. Sie bietet aber grundsätzlich eine gute Möglichkeit, insbesondere auch dann, wenn es, wie in der vorliegenden Untersuchung exemplarisch am Thema Wohnen im Alter exemplifiziert, um Fragen der kollektiver Identitätsarbeit und Lebensweltgestaltung geht, die Perspektive, mit der wir den ‚Erkenntnisgegenstand‘ vorbereiten und mit der wir schließlich ins Feld gehen so einzustellen, dass wir auf ein dirigistische

Vorgehensweisen verzichten können, stattdessen behutsam, verstehend und dialogisch den Akteuren im Feld begegnen. Damit wäre allerdings auch auf notwendige *Rahmenbedingungen* zur Durchführung ethnographischer Forschungen und/oder Fallanalysen hingewiesen. Ethnographisch motivierte Felderkundungen, seien sie nun für die wissenschaftliche oder handlungsorientierte Praxis vorbereitet, greifen zwar auf Abkürzungstechniken zurück, diese vollziehen sich aber „nicht im Wege der technischen, dekontextualisierten Applikation deduktiv-abschließend formulierter Kategoriensätze, sondern durch das kontextualisierte Gestaltsehen auf der Grundlage sequenziell und kontrastiv analysierter Schlüsselsymbole“ (Schütze 1994: 192).

In Zeiten wohlfahrtsstaatlicher Transformationen, die zunehmend das eigenverantwortliche Subjekt in den Mittelpunkt der Weiterentwicklungsdebatten stellen, um damit zugleich von infrastrukturellen Rahmenbedingungen für ein ‚gutes Leben‘ ablenken, erscheinen vergleichsweise aufwendige ethnographische Methoden spektakulär und/oder befremdlich. Sie sind aber notwendig, um dem *Eigensinn der Akteure* gerecht zu werden, ihn zumindest nicht durch managerielles Kalkulieren schlichtweg zu vergessen.

## Anmerkung

- <sup>1</sup> Forum Alterswissenschaften und Alterspolitik an der Johann Wolfgang Goethe-Universität, [www.uni-frankfurt.de/org/fp/alter/das\\_Forum/index.html](http://www.uni-frankfurt.de/org/fp/alter/das_Forum/index.html).
- <sup>2</sup> Aktuell wurden in Berlin auf der Satellitenveranstaltung „Gesund und aktiv älter werden“ des 16. Kongress Armut und Gesundheit 2010 drei Modellprojekte ausgezeichnet, die sich alle mit präventiven und gesundheitsfördernden Aktivitäten im Alltag auseinandersetzen und die Selbstbefähigung sowie die Ressourcen älterer Menschen in den Vordergrund rücken. Die diesjährigen Preisträger sind: Mehrgenerationenhaus „Unter den Arkaden“, München, [www.mehrgenerationenhaeuser.de](http://www.mehrgenerationenhaeuser.de); „Denk-Sport-Spiel-Parcours“, Bremerhaven, [www.foerderwerk-bremerhaven.de](http://www.foerderwerk-bremerhaven.de); „Aktiv Altern im Kiez Friedrichsfelde Süd“, Berlin, [www.miteinanderwohnen.de](http://www.miteinanderwohnen.de) (vgl. <http://www.gesundheitliche-chancengleichheit.de>).
- <sup>3</sup> Der vorliegende Aufsatz basiert auf einer ethnographischen Studie, die ich 2008 im Rahmen „Kleinerer Projekte zur Frauen- und Genderforschung“ an der Goethe-Universität Frankfurt am Main durchgeführt habe. Ich danke an dieser Stelle der Goethe-Universität für die finanzielle Unterstützung. Helga Cremer-Schäfer, Ellen Bareis, Holger Adam und Marion Ott danke ich für hilfreiche Gespräche im Kontext der Antragstellung zur Projektförderung.
- <sup>4</sup> Der Sozialwissenschaftler Marco Pulver setzt sich als Koordinator des Projektes ‚Netzwerkes Anders Altern‘ und des Wohnprojekt ‚Lebensort Vielfalt‘ in Berlin ebenfalls mit dieser Thematik auseinander. Die vielschichtigen Entwicklungsschritte und Projektphasen hat er in einem Erfahrungsbericht rekapituliert. Besonders schwierig erschien ihm das Ausbalancieren der unterschiedlichen Interessen der Akteure, die sich das gemeinschaftliche Wohnprojekt für homosexuelle Menschen sowohl als Schutzraum

- wie auch als Raum zur Durchsetzung individueller Interessen vorstellen. Für weitere Informationen ist Marco Pulver unter folgender Adresse erreichbar: [m.pulver@schwulenberatungberlin.de](mailto:m.pulver@schwulenberatungberlin.de), [www.lebensort-vielfalt.de](http://www.lebensort-vielfalt.de).
- <sup>5</sup> Die Namen der Gesprächspartner sind zu deren Schutz frei erfunden. Ich habe mich für diese Vorgehensweise entschieden, um trotz Anonymisierung, den jeweiligen Bezug zum Interviewskript nicht unnötig zu verkomplizieren. Dies wäre beim Einsatz von Abkürzungen wie Herr A. oder Frau B. meines Erachtens der Fall. Mit der vorliegenden Praxis der artifiziellen Benennung von Interviewpartnerinnen, ist der erforderlichen Anonymisierung und Maskierung genüge getan. Allen Interviewpartnern wurde vorab versichert, dass ihre Daten verschlüsselt und maskiert verwendet und nicht an Dritte übergeben werden. In diesem Zusammenhang bleiben auch die politischen Kontexte, und damit meine ich Verbände, Organisationen und Netzwerke, in denen die Expert/innen aktiv sind, anonym. Trotzdem möglicherweise Abstriche in der Bereitstellung von Informationen vorgenommen werden müssen, halte ich diese Vorgehensweise für unerlässlich.
  - <sup>6</sup> Ich nehme Bezug auf stationäre Altenhilfeeinrichtungen, weil diese Institutionsform im Interview verhandelt wurde. Damit sind Diskriminierungs- und Stigmatisierungspraktiken im ambulanten Alten- und Pflegebereich selbstverständlich nicht ausgeschlossen, sie können hier aus Gründen der begrenzten Ressourcen nicht weiter ausgeführt werden.
  - <sup>7</sup> Überhaupt erstaunt die Lektüre auch der weiteren Texte, weil sie an Aktualität kaum eingebüßt hat „Die Alten werden von Bundesregierungen zum Kostenfaktor einer volkswirtschaftlichen Rechnung erklärt“ (Widersprüche 1983: 5): Auf diese diskriminierende Tendenz, zwischen ‚den Alten‘ und ‚den Jungen‘ auf naturalisierende Art und Weise zu dichotomisieren, weisen die Autor\_innen hin. Hilde von Balluseck beispielsweise argumentiert: „Den Alten wird anscheinend Lernfähigkeit, Unternehmungslust, der Mut zu neuen Beziehungen zugestanden. Damit werden auch auf sie die Normen der erwerbstätigen Generation übertragen. Dies bedeutet eine verstärkte Aussonderung derjenigen Alten, die körperlich, seelisch oder geistig behindert sind. Für nicht flexible alte Menschen, die nicht mehr lernwillig sind, für kranke und pflegebedürftige, und auch für einsame Alte ist nirgendwo ein Schonraum vorgesehen“ (von Balluseck 1983: 38).
  - <sup>8</sup> Kuratorium Deutsche Altershilfe: [www.kda.de](http://www.kda.de).
  - <sup>9</sup> Klaus Dörner (2007) wendet ein, dass ein fast ‚tragisches Problem‘ bei den Verbesserungsprojekten im Heimbereich darin bestehe, dass sie Deinstitutionalisierung nur halbherzig betreiben und dabei übersehen, dass sich die Unzulänglichkeiten der Heimunterbringung letztlich nur radikal zu beheben sind. „Hier ist nämlich der überaus schmerzhafteste Lehrsatz einschlägig: Man kann nicht ein bisschen deinstitutionalisieren“ (Dörner 2007: 29).
  - <sup>10</sup> Die hier zitierte Studie wurde von der Sozialwissenschaftlichen Forschungsstelle (SOFOS) an der Universität Bamberg durchgeführt.
  - <sup>11</sup> Monika Schneider argumentiert in diesem Zusammenhang folgendermaßen: „Wir sind also insofern auch dabei, unser eigenes Alter vorzubereiten, wobei dabei muss man sagen, also das ist mir immer ganz wichtig, es gibt ein Alter vorm Pflegeheim, ne. [...]. Also sehr häufig wird Altenarbeit, das Thema Alter, immer gleichgesetzt mit Pflegeheim, also die Leute kommen ins Pflegeheim ab fünfundachtzig im Gros, vom Trend her, ja. Es gibt was davor“ (Monika Schneider: 134-144).



## Literatur:

- Baltes, Margret M./Baltes, Paul B. (1989) : Erfolgreiches Altern: Mehr Jahre und mehr Leben, in: Baltes, Margret M./Kohli, Martin/Sames, K. (Hg.), Erfolgreiches Altern: Bedingungen und Variationen, Bern, S. 5-10.
- Baltes, Margret M./Montada, Leo (Hg.) (1996): Produktives Leben im Alter, Frankfurt am Main.
- Becker, Howard S. (1973): Außenseiter. Zur Soziologie abweichenden Verhaltens. Fischer Verlag: Frankfurt am Main.
- Berger, Peter L./Luckmann, Thomas (2003): Die gesellschaftliche Konstruktion der Wirklichkeit. Eine Theorie der Wissenssoziologie. Fischer Verlag: Frankfurt am Main.
- BMFSFJ (Hg.) (2005): Fünfter Bericht zur Lage der älteren Generation in der Bundesrepublik Deutschland. Potenziale des Alters in Wirtschaft und Gesellschaft. Der Beitrag älterer Menschen zum Zusammenhalt der Generationen. Bericht der Sachverständigenkommission an das Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend, Berlin.
- BMFSFJ, Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (Hg.) (2008a): Selbstorganisation älterer Menschen. Beispiele guter Praxis. Berlin.
- BMFSFJ, Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (Hg.) (2008b): Wohnen im Alter, Bewährte Wege – Neue Herausforderungen. Ein Handlungsleitfaden für Kommunen. Berlin.
- BMFSFJ (2010): Altersbilder in der Gesellschaft. Sechster Bericht zur Lage der älteren Generation in der Bundesrepublik Deutschland. Bericht der Sachverständigenkommission an das Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend, Berlin, im Juni 2010.
- Bochow, Michael (2005): Ich bin doch schwul und will das immer bleiben. Schwule Männer im dritten Lebensalter, MännerschwarmSkript Verlag: Hamburg.
- Bochow, Michael (2006): »Schwule Männer im dritten Lebensalter. Ergebnisse einer qualitativen Studie, in: Zeitschrift für Sexualforschung, 19, Seite 187–240.
- Bourdieu, Pierre/Wacquant, Loïc J. D. (1996): Die Ziele der reflexiven Soziologie, in: dies.: Reflexive Anthropologie, Frankfurt am Main, S. 95-249.
- Brauckmann, Caroline (2004): Sechzig Plus und Lesbisch, in: KDA (Kuratorium Deutsche Altershilfe) (Hg.): Pro Alter, Fachmagazin des Kuratoriums Deutsche Altershilfe, (03), Homosexualität im Alter. Frauen liebende Frauen und Männer liebende Männer altern anders, Köln, S. 9-12.
- Brauckmann, Stephanie (2007): Lesbische Frauen im Alter. Ihre Lebenssituation und ihre spezifischen Bedürfnisse für ein altengerechtes Leben. Ergebnisse einer empirischen Untersuchung und Empfehlungen für die Praxis. Forschungsgruppe der Studie „Lesben im Alter“: Schmauch, Ulrike, Brauckmann, Stephanie, Göttert, Margit, Habert, Ulrike, Schüller, Elke. Frankfurt am Main.
- Braun, Karl (2002): Karnevalisierung des Geschlechts, in: Berliner Blätter. Ethnographische und ethnologische Beiträge, 26, S. 51-60.

- Bröckling, Ulrich (2000): Totale Mobilmachung. Menschenführung im Qualitäts- und Selbstmanagement, in: ders./Krasmann, Susanne/Lemke, Thomas (Hg.): *Gouvernementalität der Gegenwart*, Frankfurt am Main, S. 131-167.
- Cumming, E./Henry, W. W. (1961): *Growing old – the process of disengagement*. New York: Basic Books Inc.
- Dezernat für Soziales und Jugend (Hg.) (2006): *Partizipative Altersplanung. Entwicklung von Strukturen und Angeboten für heute und morgen, Reihe Soziales und Jugend, Teil III: Angebote und Hilfen zur selbstbestimmten Lebensführung in stationären Einrichtungen*, 35, Frankfurt am Main.
- Dörner, Klaus (2007): *Leben und sterben, wo ich hingehöre. Dritter Sozialraum und neues Hilfesystem*, Neumünster.
- Düx, Holger (1997): *Lebenswelten von Menschen in einem Alten- und Pflegeheim. Eine qualitative Untersuchung mit heuristischen Methoden*, Kuratorium Deutsche Altershilfe: Köln.
- Freire, Paulo (1993): *Pädagogik der Unterdrückten. Bildung als Praxis der Freiheit*, Reinbek bei Hamburg.
- Gerlach, Heiko (2004): Anders alt werden. Lesben, Schwule und die Altenhilfe, in: Dr. med. Mabase. *Zeitschrift für alle Gesundheitsberufe*, 150, S. 41-44.
- Goffman, Erving (1973): *Asyle. Über die soziale Situation psychiatrischer Patienten und anderer Insassen*, Suhrkamp Verlag: Frankfurt am Main.
- Goffman, Erving (1975): *Stigma. Über Techniken der Bewältigung beschädigter Identität*. Frankfurt am Main.
- Goffman, Erving (1977): *Rahmen-Analyse. Ein Versuch über die Organisation von Alltagserfahrungen*. Frankfurt am Main.
- Goffman, Erving (2006): *Wir alle spielen Theater. Die Selbstdarstellung im Alltag*. München und Zürich.
- Günther, Peter/Rohrman, Eckhard (1999): *Soziale Selbsthilfe. Alternativen, Ergänzungen oder Methode sozialer Arbeit?*, Heidelberg.
- Hark, Sabine (1999): *deviante Subjekte. Die paradoxe Politik der Identität*, Opladen.
- Herriger, Norbert (2002): *Empowerment in der Sozialen Arbeit. Eine Einführung*, Stuttgart.
- Herriger, Norbert/Kähler, Harro Dietrich (2003): *Erfolg in der sozialen Arbeit: gelingendes berufliches Handeln im Spiegel der Praxis*, Bonn.
- Hessisches Ministerium (2006): *Neue Wohnprojekte für Jung und Alt. Gemeinschaftliches Wohnen in Hessen*, Wiesbaden.
- Hummel, Konrad (1991): *Öffnet die Altersheime! Gemeinwesenorientierte, ganzheitliche Sozialarbeit mit alten Menschen*, Weinheim und Basel.
- Jüngst, Stefan (2004): *Alt und Schwul*, in: KDA (Kuratorium Deutsche Altershilfe) (Hg.): *Pro Alter, Fachmagazin des Kuratoriums Deutsche Altershilfe*, (03), *Homosexualität im Alter. Frauen liebende Frauen und Männer liebende Männer altern anders*, Köln, S. 15-20.
- Kade Sylvia (2001): *Selbstorganisiertes Alter. Lernen in ›reflexiven Milieus‹*. Unter Mitarbeit von Andrea Mader, Bielefeld.

- Kessler, Fabian/Plößer, Melanie (Hg.) (2010): Differenzierung, Normalisierung, Andersheit. Soziale Arbeit als Arbeit mit den Anderen, Wiesbaden.
- Kunstreich, Timm (2005): Sozialgenossenschaften – ein Versuch, eine kooperative Vergesellschaftung im kapitalistischen Sozialstaat zu denken, in: Widersprüche, Heft 97, September, S. 105-122.
- Kunstreich, Timm/Lindenberg, Michael (2005): Die Tantalus-Situation – Soziale Arbeit mit Ausgegrenzten, in: Thole, Werner (Hg.), Grundriss Soziale Arbeit, Wiesbaden, S. 349-366.
- Matzat, Jürgen (2003): Die Selbsthilfe als Korrektiv und ‚vierte Säule‘ im Gesundheitswesen, in: Kiss, Kontakt- Und Informationsstelle Für Selbsthilfegruppen e.V.; (Hg.), Stärkung und Förderung der Selbsthilfe. Stuttgarter Fachtag 21. Mai 2003, Stuttgart, S. 14-27.
- Plötz, Kirsten (2006): Lesbische Alternativen. Alltagsleben, Erwartungen, Wünsche. Ulrike Helmer Verlag: Königstein.
- Plötz, Kirsten (2007): Lesbisches Altern, in: Rut – Rat und Tat e.V. (Hg.): 3. bundesweite Fachtagung Lesben und Altern, Dokumentation, Seite 8-11.
- Raabe, Harald (2004a): Homosexualität im Alter. Frauen liebende Frauen und Männer liebende Männer altern anders, in: KDA (Kuratorium Deutsche Altershilfe) (Hg.): Pro Alter, Fachmagazin des Kuratoriums Deutsche Altershilfe, (03), Homosexualität im Alter. Frauen liebende Frauen und Männer liebende Männer altern anders, Köln, S. 6-32.
- Raabe, Harald (2004b): Hilfe und Pflege unterm Regenbogen, in: KDA (Kuratorium Deutsche Altershilfe) (Hg.): Pro Alter, Fachmagazin des Kuratoriums Deutsche Altershilfe, (03), Homosexualität im Alter. Frauen liebende Frauen und Männer liebende Männer altern anders, Köln, S. 22-28.
- Reimann, Katja/Lasch, Vera (2006): Differenzierte Lebenslagen im Alter. Der Einfluss sexueller Orientierung am Beispiel homosexueller Männer, in: Zeitschrift für Gerontologie und Geriatrie, 39, S. 13-21.
- Rohrmann, Eckhard (1999): Was ist überhaupt Selbsthilfe? Zum Begriff und Verständnis Sozialer Selbsthilfe, in: Günther, Peter/Rohrmann, Eckhard (Hg.), Soziale Selbsthilfe. Alternativen, Ergänzungen oder Methode sozialer Arbeit?, Heidelberg, S. 15-33.
- Saake, Irmhild (2006): Die Konstruktion des Alters. Eine gesellschaftstheoretische Einführung in die Altersforschung, Wiesbaden.
- Scherf, Henning (2006): Grau ist bunt. Was im Alter möglich ist, Freiburg im Breisgau.
- Schirmacher, Frank (2004): Das Methusalem-Komplott, München.
- Schütte, Christian (2002): Personenzentrierte Kommunikation mit Sterbenden in der Hospizarbeit, Kuratorium Deutsche Altershilfe: Köln.
- Schütze, Fritz (1994): Ethnographie und sozialwissenschaftliche Methoden der Feldforschung. Eine mögliche methodische Orientierung in der Ausbildung und Praxis der Sozialen Arbeit? In: Groddeck, Norbert/Schumann, Michael: Modernisierung Sozialer Arbeit durch Methodenentwicklung und -reflexion. Freiburg i. B., S. 189-297.
- Schwendter, Rolf (1983): Alter als Gegenorm, in: Widersprüche, Zeitschrift für sozialistische

- Politik im Bildungs-, Gesundheits- und Sozialbereich, Jg. 3, Heft 7, Lebensatt – Altsein und Älterwerden.
- Steinert, Heinz (2003): Die kurze Geschichte und offene Zukunft eines Begriffs: Soziale Ausschließung, in: Berliner Journal für Soziologie, Heft 2, S. 275-285.
- Steinert, Heinz (1995) Soziale Ausschließung – Das richtige Thema zur richtigen Zeit, in: Kriminologisches Journal, Jg. 27, S.83-88.
- Strauss, Anselm L. (1998): Grundlagen qualitativer Sozialforschung: Datenanalyse und Theoriebildung in der empirischen und soziologischen Forschung, UTB: München.
- Von Balluseck, Hilde (1983): Die Relativierung von Jugend und Alter, in: Widersprüche, Zeitschrift für sozialistische Politik im Bildungs-, Gesundheits- und Sozialbereich, Jg. 3, Heft 7, Lebensatt – Altsein und Älterwerden.
- Wehrs, Elke (2006): Verstehen an der Grenze: Erinnerungsverlust und Selbsterhaltung von Menschen mit dementiellen Veränderungen, Frankfurter Beiträge zur Erziehungswissenschaft, Frankfurt am Main.
- Wilkening, Karin/Kunz, Roland (2005): Sterben im Pflegeheim. Perspektiven und Praxis einer neuen Abschiedskultur, Vandenhoeck Ruprecht: Göttingen.
- Wolff, Stephan (2000a): Wege ins Feld und ihre Varianten, in: Flick, Uwe/Kardorff, Ernst von/Steinke, Ines (Hg.): Qualitative Forschung. Ein Handbuch. Reinbek bei Hamburg, S. 334-349.
- Wolff, Stephan (2000b): Dokumenten- und Aktenanalyse, in: Flick, Uwe/Kardorff, Ernst von/Steinke, Ines (Hg.): Qualitative Forschung. Ein Handbuch. Reinbek bei Hamburg, S. 502-513.
- Widersprüche (1983): Zeitschrift für sozialistische Politik im Bildungs-, Gesundheits- und Sozialbereich, Heft 7, Lebensatt – Altsein und Älterwerden, 3. Jg., 1983.
- Widersprüche (2006): Zeitschrift für sozialistische Politik im Bildungs-, Gesundheits- und Sozialbereich, Heft 100, Was ist heute kritische Soziale Arbeit, 26. Jg. 2006, Nr.2.
- Winter, Rainer (2010): Ein Plädoyer für kritische Perspektiven in der qualitativen Forschung, in: Forum Qualitative Sozialforschung, 12 (1), Art. 7, <http://nbn-resolving.de/urn:nbn:de:0114-fqs110171> (Zugriff am 17.12.2010).

*Dr. phil. Christian Schütte-Bäumner, Sozial- und Erziehungswissenschaftler (www.Schuette-Baeumner.de), Alt Eschersheim 64, 60433 Frankfurt am Main  
E-mail: chrschuette@web.de*



Ulrike Knobloch

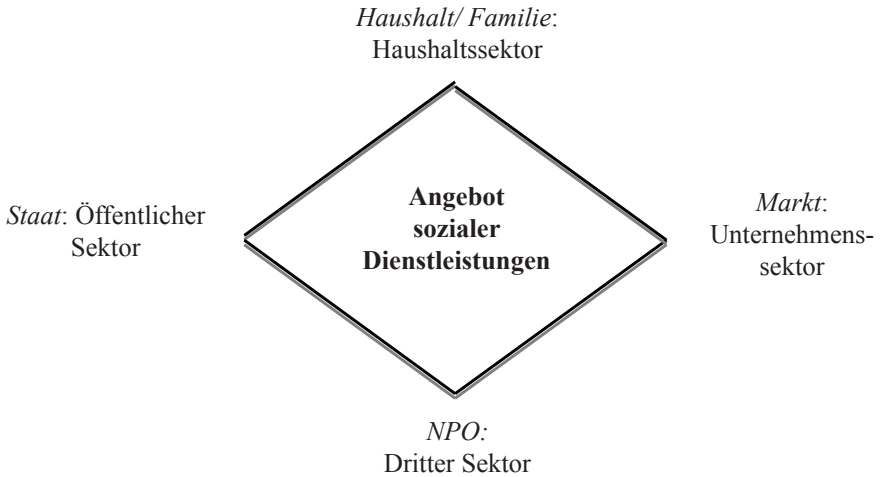
## Prozesse der Verlagerung sozialer Dienstleistungen zwischen Markt, Staat, Non-Profit-Sektor und privaten Haushalten

---

In diesem Beitrag werden die Beziehungen zwischen den verschiedenen Sektoren, in denen soziale Dienstleistungen bereitgestellt werden, untersucht und die Prozesse der Verlagerung sozialer Dienstleistungen diskutiert, die zwischen den vier Wirtschaftssektoren – Markt, Staat, Non-Profit-Sektor und private Haushalte – stattfinden. Dabei wird von der Frage ausgegangen, was denn eigentlich unter Ökonomie und Wirtschaft zu verstehen ist bzw. in früheren Zeiten verstanden wurde. Entscheidend ist, dass die unbezahlte Arbeit, also Haus- und Familienarbeit ebenso wie Freiwilligenarbeit, in die ökonomische Analyse einbezogen wird, weil die unbezahlte Arbeit eine notwendige Grundlage für jedes Wirtschaftssystem bildet, die in ihrer Größenordnung vielfach unterschätzt wird. Nur dann, wenn die unbezahlte Arbeit in der Ökonomie ebenfalls Berücksichtigung findet, können die Verlagerungsprozesse zwischen den einzelnen Sektoren in ihrem ganzen Ausmaß sichtbar werden, damit insbesondere auch die Verlagerungsprozesse sozialer Dienstleistungen in die privaten Haushalte sowie in umgekehrter Richtung.

### Was ist Ökonomie? Was ist Wirtschaft?

Beim *Wirtschaften* geht es um den effizienten Umgang mit knappen Mitteln mit dem Ziel, die Menschen mit dem, was sie zum Leben und zum guten Leben benötigen, zu versorgen.<sup>1</sup> Dieses grundlegende Ziel wird durch am Markt angebotene Güter und Dienstleistungen verfolgt, aber darüber hinaus sind weitere Sektoren an der wirtschaftlichen Versorgung der Menschen beteiligt. Sinnvollerweise lassen sich vier Sektoren unterscheiden, in denen gewirtschaftet wird: öffentlicher Sektor (Staat), Unternehmenssektor (Markt), der sogenannte Dritte Sektor (Non-Profit-Organisationen – NPO) und Haushaltssektor (Haushalt und Familie), wobei beim Haushaltssektor nicht nur die Konsumseite betrachtet wird, sondern auch seine Produktionsseite mit ihren Besonderheiten und eigenen Logiken. Im Folgenden werden der Ökonomie- und der Arbeitsbegriff um die Haushaltsproduktion und die gesamte unbezahlte Arbeit erweitert, um die wirtschaftliche Bedeutung der Haus- und Familienarbeit sowie der Freiwilligenarbeit sichtbar zu machen.

Abb. 1: Vier-Sektoren-Modell<sup>2</sup>

## Erweiterter Ökonomiebegriff

Unter Wirtschaft und Ökonomie nur die bezahlte Erwerbswirtschaft zu fassen, ist nicht ausreichend, um das Funktionieren der Wirtschafts- und Gesellschaftssysteme zu verstehen. Allerdings wird genau eine solche Engführung des Ökonomiebegriffs in Wirtschaftstheorie und Wirtschaftspolitik bis heute vorgenommen, denn es werden nur die produzierten Waren und Dienstleistungen, die auch im Bruttoinlandsprodukt erfasst sind, als wirtschaftlich relevant angesehen. Die vielfältigen, unbezahlt geleisteten Tätigkeiten bleiben nicht nur im Bruttoinlandsprodukt weitgehend unsichtbar, sondern werden auch im Alltag kaum als ökonomisches Handeln wahrgenommen, obwohl diese Tätigkeiten wesentlich zum „Wohlstand der Nationen“ (Adam Smith) beitragen. Zum unbezahlten Teil der Wirtschaft zählt der gesamte Bereich im und um den Haushalt, also insbesondere die Hausarbeit, die Betreuung und Pflege von Angehörigen, Nachbarschaftshilfe und viele andere Formen der Freiwilligenarbeit (Jochimsen & Knobloch 2006; Knobloch 2006). Auch im unbezahlten Bereich wird wirtschaftlich gehandelt, insofern hier Lebenszeit sowie materielle Ressourcen direkt oder indirekt zur eigenen oder der Versorgung anderer Menschen eingesetzt werden. Diese Tätigkeiten sind für jedes Wirtschaftssystem überlebenswichtig, so dass jede Gesellschaft ein großes Interesse daran haben muss, dass sie auch bereitgestellt werden (Jochimsen & Knobloch 1997).

Welchen Bedeutungswandel der Ökonomiebegriff durchgemacht hat, soll hier anhand seiner ursprünglichen Bedeutung umrissen werden. Bei Aristoteles ist die *Oikonomia* die Kunst der Haushaltsführung. Dabei gehören zum Haus (*oikos*) die Personen, die zusammen unter einem Dach leben, und der zum täglichen Leben notwendige mobile und immobile Besitz. Zudem unterscheidet Aristoteles zwei Arten von Erwerbskunst: Die naturgemäße Erwerbskunst hat es mit der Beschaffung derjenigen Güter zu tun, die zum Leben in Haus und Staat unverzichtbar und nützlich sind, vor allem Nahrung und Kleidung. Diese Form der Erwerbskunst ist Teil der aristotelischen Ökonomie. Von der zum Haushalt gehörenden Erwerbskunst unterscheidet Aristoteles die nicht-naturgemäße Erwerbskunst, die er als Kunst des Gelderwerbs bezeichnet. Die Gelderwerbskunst hat nicht mehr die Versorgung mit Gütern zum Ziel, sondern die Mehrung des Geldvermögens (Bien 2006). Dies widerspricht ganz offensichtlich dem aristotelischen Zweck der Ökonomie, dem politischen Leben eine materielle Basis zu verschaffen; die Gelderwerbskunst dagegen ist reiner Selbstzweck.

Aristoteles' Verständnis des Ökonomischen hat bis weit ins 18. Jahrhundert hinein gewirkt. Erst Ende des 18. Jahrhunderts entwickelte sich eine Wirtschaftslehre, die sich ganz auf das in dieser Zeit entstehende Marktsystem konzentriert und die auf den privaten Haushalt bezogene aristotelische Ökonomie in den Hintergrund drängt. Adam Smith, der als Begründer dieser auf den Markt bezogenen Wirtschaftslehre gilt (Smith 1978), interessiert sich genauso wenig für den Beitrag der Haushaltsproduktion zum Wohlstand der Nationen wie seine Nachfolger. Seither führte die Lehre vom Haushalt ein Schattendasein, aus dem sie erst am Ende des 19. und zu Beginn des 20. Jahrhunderts mit der Konstituierung der Haushaltswissenschaft bzw. im angelsächsischen Sprachraum den Home Economics wieder hervortrat (Richarz 1991: 29f.).

Doch erst die feministische Ökonomie des späten 20. Jahrhunderts beginnt, die beiden Bereiche Markt und Haushalt, oder besser gesagt die bezahlte Erwerbswirtschaft, die außer dem Markt auch den Staat und den Non-Profit-Sektor umfasst, sowie die unbezahlte Versorgungswirtschaft, systematisch zusammen zu denken (z.B. Folbre 1995; Himmelweit 1995; Jochimsen & Knobloch 1997) – und zwar ausgehend von der Tatsache, dass aufgrund ihrer zunehmenden Erwerbstätigkeit viele Frauen in beiden Bereichen aktiv sind. Es erscheint daher notwendig und sinnvoll, den Ökonomiebegriff so zu erweitern, dass nicht nur die bezahlte Ökonomie, sondern auch die unbezahlte Ökonomie einbezogen ist, denn der „Wohlstand der Nationen“ wird nicht nur in der bezahlten Erwerbswirtschaft, sondern in durchaus vergleichbarer Größenordnung auch in der unbezahlten Versorgungswirtschaft erzeugt, wie weiter unten gezeigt werden soll.



## Erweiterter Arbeitsbegriff

Analog zum Ökonomiebegriff ist auch der Arbeitsbegriff zu erweitern. Die weit verbreitete Vorstellung von Arbeit bezieht sich nur auf die bezahlten Tätigkeiten. Doch diese genauer als *Erwerbsarbeit* bezeichneten Tätigkeiten sind nicht die einzige Form von Arbeit. Mindestens ebenso bedeutsam ist die Arbeit, die unbezahlt geleistet wird, und zwar für den Einzelnen wie für die Gesellschaft. Die unbezahlte Arbeit ist an anderen Zielen orientiert als die Erwerbsarbeit, denn es steht nicht die Einkommenserzielung, sondern die Versorgung der Menschen mit dem zum (guten) Leben Notwendigen im Vordergrund, weshalb sie auch als *Versorgungsarbeit* bezeichnet werden kann. Es handelt sich um Tätigkeiten, die aus der Einsicht heraus ausgeführt werden, dass sie für einen selbst oder für andere erforderlich sind. Um nicht zahlreiche für das Funktionieren eines Wirtschafts- und Gesellschaftssystems notwendige Leistungen unberücksichtigt zu lassen, tritt an die Stelle eines rein an der Erwerbswirtschaft orientierten Arbeitsbegriffs ein erweiterter Arbeitsbegriff, der unter Einbezug aller gesellschaftlich notwendigen Tätigkeiten bezahlte Erwerbs- und unbezahlte Versorgungsarbeit umfasst.

Arbeit wird dann von anderen Tätigkeiten nicht mehr über das Einkommen abgegrenzt, sondern mithilfe des *Drittpersonen-Kriteriums*. Ob etwas Arbeit ist oder nicht, entscheidet sich danach, ob es sich um Tätigkeiten handelt, die auch von einer dritten Person übernommen werden könnten – dann handelt es sich um Arbeit – oder ob man sie selbst tun muss, um in den Genuss der Tätigkeit zu kommen – dann handelt es sich nicht um Arbeit. Nach dem Drittpersonen-Kriterium sind somit alle Aktivitäten Arbeit, die an Dritte delegiert werden könnten. Beispielsweise sind Mahlzeiten zubereiten und Wäsche waschen Arbeit, denn diese Tätigkeiten können auch von anderen ausgeführt werden, Essen und Schlafen sind dagegen keine Arbeit, denn das muss jede und jeder selbst tun, um satt und ausgeschlafen zu sein.<sup>3</sup>

## Umfang und Wert der bezahlten und unbezahlten Arbeit

### Umfang der bezahlten und unbezahlten Arbeit

Der Umfang und die Entwicklung der bezahlten Arbeit sind aus der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung (VGR), die das Statistische Bundesamt laufend aktualisiert, ersichtlich. Der Umfang der unbezahlten Arbeit wird erst seit den 1990er Jahren mithilfe von Zeitbudgetstudien oder vergleichbaren Untersuchungen erfasst. Solche Zeitbudgetstudien geben Auskunft über die gesamte Zeitverwendung von Männern und Frauen, also über die Zeit, die sie für bezahlte und unbezahlte Arbeit sowie für Freizeitaktivitäten verwenden. In Deutschland wurden bisher zwei Zeitbudgeterhebungen durchgeführt, die erste 1991/92, die zweite 2001/02. Mithilfe dieser Zeitbudgetstudien ist der Vergleich des Jahresvolumens von bezahlter und unbezahlter Arbeit möglich (Tab. 1).

Jahresvolumen	Bezahlte Arbeit	Unbezahlte Arbeit
1992	59 Mrd. Std.	102 Mrd. Std.
2001	56 Mrd. Std.	96 Mrd. Std.

Tab. 1: Jahresvolumen der bezahlten und unbezahlten Arbeit (Schäfer 2004a,b; eigene Darstellung)

Bemerkenswert ist zum einen, dass das Jahresvolumen von bezahlter und unbezahlter Arbeit in diesem Zeitraum zurückgegangen ist, obwohl die Bevölkerungszahl der Personen ab 12 Jahre von 70,9 auf 72,5 Millionen gestiegen ist (Schäfer 2004b), und zum anderen, dass die gesamte innerhalb eines Jahres erbrachte bezahlte Arbeit jeweils ein deutlich geringeres Volumen hatte als die von der Gesamtbevölkerung geleistete unbezahlte Arbeit. Werden die Werte für das Jahr 2001 pro Woche und Person umgerechnet, wird im Durchschnitt gut 25 Stunden unbezahlt und etwa 17 Stunden bezahlt gearbeitet (BMFSFJ 2003: 9).

Durch die Zeitbudgeterhebungen kann auch die *geschlechtsspezifische Arbeitsteilung* sichtbar gemacht werden: Wiederum auf das Jahr 2001 bezogen, haben Frauen im Durchschnitt pro Woche 12 Stunden bezahlt und 31 Stunden unbezahlt gearbeitet, Männer 22,5 Stunden bezahlt und 19,5 Stunden unbezahlt. Demnach arbeiten Frauen insgesamt – also unbezahlte und bezahlte Arbeit zusammen genommen – mit 43 Stunden eine Stunde mehr als Männer mit 42 Stunden (Schäfer 2004a: 252).

## Umfang der Freiwilligenarbeit

Wegen ihrer Bedeutung für den sozialen Bereich soll hier auf die Freiwilligenarbeit noch speziell eingegangen werden. Unter *Freiwilligenarbeit* wird die unbezahlte Arbeit gefasst, die außerhalb des eigenen privaten Haushalts geleistet wird. Dabei ist es üblich, zwischen zwei Formen der Freiwilligenarbeit zu unterscheiden: institutionalisierte und informelle Freiwilligenarbeit.<sup>4</sup> *Institutionalisierte* Freiwilligenarbeit umfasst ehrenamtliche und freiwillige Tätigkeiten in Organisationen, Institutionen, Vereinen oder Verbänden. Unter *informeller* Freiwilligenarbeit werden alle nicht-institutionalisierten, unbezahlten Arbeiten außerhalb des eigenen Haushalts gefasst, vor allem Nachbarschaftshilfe, das Hüten anderer als der eigenen Kinder, das Erledigen von Haushaltsarbeiten für Verwandte und Bekannte sowie Transportdienste.

Was die Größenordnung angeht, so hat die Freiwilligenarbeit nur einen relativ kleinen Anteil an der unbezahlten Arbeit. Wie die Zeitbudgeterhebung von 2001/02 ergeben hat, sind von den 31 Stunden, die Frauen unbezahlt arbeiten, durchschnittlich 6% Freiwilligenarbeit, von den 19,5 Stunden bei den Männern sind es 12% (BMFSFJ 2003: 10). Nichtsdestotrotz ist die Freiwilligenarbeit für die Sozialwirtschaft eine wichtige Größe, wie in Jahres- und Geschäftsberichten von sozialen Organisationen und Unternehmen immer wieder betont wird (z.B. BAGFW 2009: 48ff.).

Wie schon die unbezahlte Arbeit insgesamt ist auch die Freiwilligenarbeit geschlechtsspezifisch verteilt, wobei hier aufgrund der Unterscheidung von institutionalisierter und informeller Freiwilligenarbeit eine Besonderheit sichtbar wird: Informelle Freiwilligenarbeit wird vermehrt von Frauen, institutionalisierte Freiwilligenarbeit vermehrt von Männern geleistet (Gabriel 2004: 349; Kahle & Schäfer 2005: 313).

### **Wert der bezahlten und unbezahlten Arbeit**

Die Größenordnung der Erwerbsökonomie wird mithilfe des Bruttoinlandsproduktes (BIP) angegeben. Das BIP misst den Wert der im Inland produzierten Waren und Dienstleistungen und kann auch über den Wert der bezahlten Arbeitsstunden Auskunft geben. Da die aktuellsten Angaben für den Wert der unbezahlten Arbeit aus der Zeitbudgeterhebung des Jahres 2001/02 stammen, wird hier als Vergleichszahl das BIP für das Jahr 2001 herangezogen, dass fast 2,1 Billionen Euro betragen hat.

Unbezahlte Arbeit in den privaten Haushalten und andere Tätigkeiten in der unbezahlten Versorgungsökonomie werden im BIP (fast) nicht erfasst. Um den Wert der unbezahlten Arbeit zu ermitteln und ihn mit dem BIP vergleichen zu können, wird auf der Grundlage der Zeitbudgeterhebungen ein Satellitenkonto<sup>5</sup> Haushaltsproduktion erstellt. Dabei wird unter Haushaltsproduktion die Produktion von Gütern und Dienstleistungen verstanden, die durch die Kombination von unbezahlter Arbeit der Haushaltsmitglieder mit dem Kauf von dauerhaften und nicht dauerhaften Gebrauchsgütern erstellt werden. Im Satellitenkonto Haushaltsproduktion wird dann der Wert der unbezahlten Arbeit berechnet und ihr gesamter Umfang in Geldeinheiten ausgedrückt. Anschließend lässt sich der Wert der unbezahlten Arbeit zum Bruttoinlandsprodukt in Beziehung setzen.

In Deutschland wird die unbezahlte Arbeit mit Hilfe des Nettolohns vergleichbarer Berufsgruppen bewertet. So liegt der Zeitbudgeterhebung von 2001/02 der Nettolohn einer Hauswirtschafterin zugrunde, der im Jahr 2001 etwas mehr als 7 Euro pro Stunde betrug (Schäfer 2004b: 966ff.). Die Bewertung mit dem Nettolohn ist äußerst vorsichtig und markiert eine absolute Untergrenze. Nach dieser Berechnung beträgt der Wert der unbezahlten Leistungen im Haushalt 820 Mrd. € und damit fast 40% des BIP.<sup>6</sup>

Wert	Bezahlte Arbeit	Unbezahlte Arbeit
1992	1 613 Mrd. Std.	690 Mrd. €
2001	2 074 Mrd. Std.	820 Mrd. €

Tab. 2: Wert der bezahlten und unbezahlten Arbeit (Schäfer 2004a,b; eigene Darstellung)

### Wert der Freiwilligenarbeit

Aufgrund der Bedeutung der Freiwilligenarbeit für die Sozialwirtschaft wäre es interessant, auch diesen Wert zu kennen. Wie aus Tabelle 3 ersichtlich ist der Wert für die gesamte Freiwilligenarbeit (= Ehrenamt und informelle Hilfen), wobei zum Vergleich die Bruttowertschöpfung herangezogen wird, von 53 Mrd. Euro im Jahr 1992 auf 59 Mrd. Euro im Jahr 2001 angestiegen, die institutionalisierte Freiwilligenarbeit (= ehrenamtliche Tätigkeiten) von 24 Mrd. auf 29 Mrd. Euro und die informelle Freiwilligenarbeit (= informelle Hilfen) von 29 Mrd. auf 30 Mrd. Euro.

Gegenstand der Nachweisung	Bewertete Arbeitszeit <sup>1)</sup> /Selbstständigen-einkommen		Sonstige Komponenten der Nettowertschöpfung		Nettowertschöpfung		Abschreibungen		Bruttowertschöpfung		Vorleistungen		Produktionswert	
	1992	2001	1992	2001	1992	2001	1992	2001	1992	2001	1992	2001	1992	2001
Aktivitäten der unbezahlten Arbeit	603	684	4	5	607	688	27	36	634	725	218	286	851	1010
Haushaltsführung ....	491	565	3	4	493	569	23	30	516	599	205	267	720	866
Haus- und Gartenarbeit .....	352	385	1	2	353	387	13	16	366	403	168	217	534	620
Bauen und handwerkliche Tätigkeiten .....	31	31	0	0	31	31	1	1	32	33	17	22	49	54
Einkaufen und Haushaltsorganisation ....	108	149	1	2	109	151	8	13	118	163	20	28	137	191
Pflege und Betreuung	62	62	1	1	62	63	3	4	65	67	8	12	73	79
Kinderbetreuung ..	54	56	0	1	54	57	2	3	56	59	7	10	63	70
Unterstützung, Pflege und Betreuung .....	8	6	0	0	8	7	1	1	9	8	2	2	10	10
Ehrenamt und informelle Hilfen ...	51	56	0	0	52	56	2	3	53	59	4	6	58	65
Ehrenamtliche Tätigkeiten .....	23	28	0	0	23	28	1	1	24	29	2	2	25	31
Informelle Hilfen ..	28	28	0	0	28	28	1	2	29	30	3	4	32	34
Eigennutzung von Wohnungen .....	-	-	33	59	33	59	24	36	57	95	10	15	66	110
Haushaltsproduktion insgesamt .....	603	684	36	64	640	748	50	72	690	820	227	301	918	1121
dar.: im Bruttoinlandsprodukt enthalten ..	7	10	35	62	42	72	24	36	65	107	14	21	80	129

1) Bewertet mit dem Nettostundenlohn von Hauswirtschafterinnen/Hauswirtschaftern ohne Bezahlung von Ausfallzeiten; Arbeitnehmerentgelte soweit im Bruttoinlandsprodukt enthalten.

Tab. 3: Haushaltsproduktion nach Aktivitätsbereichen (in Mrd. Euro; Schäfer 2004b: 973)

Allerdings wird nur ein Teil der institutionalisierten Freiwilligenarbeit in der Sozialwirtschaft geleistet. Die traditionell dominanten Bereiche sind Sport, Kirche und Kultur. Doch auch viele soziale Einrichtungen sind auf die Mitarbeit von Freiwilligen angewiesen. Eine gute Möglichkeit, neben dem Umfang auch den Wert der Freiwilligenarbeit sichtbar zu machen, ist ihr Ausweis im Rahmen einer Sozialbilanz z.B. als Teil des Jahresberichtes.<sup>7</sup>

## Angebots-Mix sozialer Dienstleistungen

In allen vier Wirtschaftssektoren – Markt, Staat, Dritter Sektor, private Haushalte – werden soziale Dienstleistungen erbracht, weshalb vielfach auch von einem *Angebots- oder Welfare-Mix* gesprochen wird (Hottelet 2003; Zimmer & Nährlich 2003). Die Sozialwirtschaft, der es um die Versorgung der Menschen mit sozialen Dienstleistungen geht, hat es demnach immer mit allen vier Sektoren zugleich zu tun, wobei auch der unbezahlte Sektor zu berücksichtigen ist. Denn die Sozialwirtschaft ist zum einen auf die Mitarbeit von Freiwilligen angewiesen, zum anderen werden von den privaten Haushalten wichtige Dienstleistungsäquivalente erbracht, deren Art und Umfang sich im Zeitverlauf verändert haben und weiter verändern. Die Sozialwirtschaft agiert somit im Schnittpunkt von bezahlter und unbezahlter Ökonomie, von Erwerbs- und Versorgungswirtschaft (Knobloch 2009b). Von daher kann die Sozialwirtschaft auch als Bindeglied zwischen den vier Sektoren Markt, Staat, NPO und den privaten Haushalten verstanden werden.

Das Besondere sozialer Dienstleistungen ist, dass bei ihrer Bereitstellung mehr als bei anderen Dienstleistungen die zwischenmenschlichen Beziehungen eine ganz zentrale Rolle spielen. Soziale Dienstleistungen werden vielfach für Menschen erbracht, die sich nicht allein versorgen können, sondern auf die Hilfe und Unterstützung anderer Menschen angewiesen sind – manchmal nur vorübergehend, manchmal für immer. Diesen Menschen bzw. in diesen Phasen eines Menschenlebens ist es nicht möglich, die lebensnotwendige Versorgung ohne Hilfeleistungen zu bewerkstelligen. Man befindet sich in existentieller Abhängigkeit, die über die übliche Marktabhängigkeit weit hinausgeht, der wir in einer arbeitsteiligen Gesellschaft alle unterliegen, weil wir darauf angewiesen sind, von anderen Dinge erwerben zu können, die wir nicht selbst herstellen. Eine weitere Besonderheit sozialer Dienstleistungen ist die begrenzte Möglichkeit zur Steigerung der Produktivität (Madörin 2006), worauf im Zusammenhang mit den privaten Unternehmen als Anbieter sozialer Dienstleistungen noch eingegangen wird.

Die Sozialwirtschaft ist demnach von einer Asymmetrie in den menschlichen Beziehungen geprägt, die mit symmetrischen Tauschbeziehungen, die das Handeln im Markt symbolisieren, wenig zu tun haben (Jochimsen 2003). Von daher kann die Sozialwirtschaft noch weniger als alle anderen Branchen des Wirtschaftens eine

rein effizienz-ökonomische Perspektive einnehmen, sondern muss immer auch den Menschen mit seinen grundlegenden Bedürfnissen und teilweise eingeschränkten Fähigkeiten sehen, die unterschiedlichen Anforderungen der verschiedenen Personengruppen wahrnehmen und darauf reagieren. Zwar ist ein effizienter Einsatz begrenzter Mittel auch im sozialen Bereich von großer Bedeutung, aber die Frage nach Sinn und Zweck des Wirtschaftens kann in keinem Sektor allein durch das Effizienzkriterium beantwortet werden. In Zeiten zunehmender Privatisierung und Globalisierung ziehen auch in die Sozialwirtschaft stärker als bisher betriebswirtschaftliche Überlegungen ein, was immer dort sinnvoll ist, wo Effizienzsteigerung ohne Qualitätsverlust möglich ist, aber immer dort unsinnig ist, wo die nur äußerst begrenzt möglichen Produktivitätssteigerungen ausgereizt sind und das Versorgungsziel konterkariert würde. Der Sozialwirtschaft im Staat oder im Non-Profit-Sektor generell Ineffizienz zu unterstellen, wäre genauso einseitig, wie davon auszugehen, dass sich private Unternehmen an nichts anderem orientieren als an der Maximierung des Gewinns.

Bei der Bereitstellung sozialer Dienstleistungen hat sich in Deutschland das Subsidiaritätsprinzip durchgesetzt, wonach der Staat diese Leistungen nur dann anbietet, wenn sich kein Leistungsanbieter aus einem anderen Sektor findet. In einer Untersuchung des Instituts der deutschen Wirtschaft Köln wird das in der deutschen Sozialgesetzgebung an verschiedenen Stellen formulierte Subsidiaritätsprinzip folgendermaßen auf den Punkt gebracht: „Der Staat will den Bürgern vor Ort ein ausreichendes Angebot an sozialen Dienstleistungen bieten. Das aber stellt er nicht selber zur Verfügung, sondern beauftragt damit – wo immer möglich – nicht staatliche Anbieter“ (IW 2004: 24). Als nicht staatliche Anbieter fungieren heute nicht mehr nur die Verbände der Freien Wohlfahrtspflege, sondern immer häufiger auch private Anbieter.

## **Verlagerungsprozesse sozialer Dienstleistungen zwischen den Sektoren**

Verlagerungsprozesse sozialer Dienstleistungen finden zwischen allen Sektoren statt, also von und in die privaten Haushalte, den Staat, die privaten Unternehmen und den Non-Profit-Sektor. Mithilfe des Vier-Sektoren-Modells lässt sich die Vielfalt der Verlagerungsprozesse verdeutlichen (siehe Abb. 2). Grundsätzlich sind diese Verlagerungsprozesse – wie durch die Pfeilspitzen angedeutet – in zwei Richtungen möglich, auch wenn in der Realität zu einem bestimmten Zeitpunkt eine Richtung dominieren kann (Knobloch 2008, 2009a). Im Folgenden sollen die heute zentralen Verlagerungsprozesse sozialer Dienstleistungen skizziert werden.

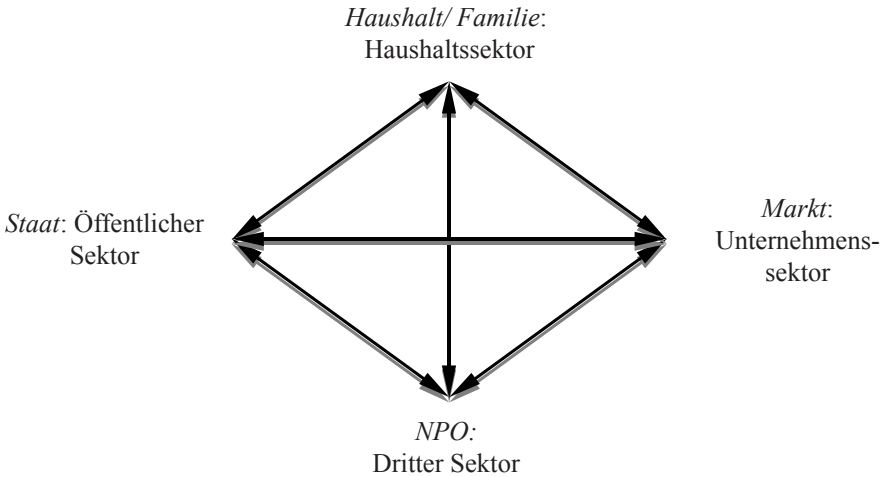


Abb. 2: Verlagerungsprozesse sozialer Dienstleistungen (eigene Darstellung)

## Verlagerungsprozesse zwischen bezahltem und unbezahltem Bereich

Durch die Erweiterung des Arbeitsbegriffs und das Einbeziehen der unbezahlten Arbeit in die ökonomische Analyse lassen sich auch die Verschiebungen, die zwischen der unbezahlten Ökonomie und den verschiedenen Sektoren der bezahlten Ökonomie stattfinden, sichtbar machen. Die Verlagerungsprozesse finden auch hier in zwei Richtungen statt: einerseits wird unbezahlte Arbeit in den bezahlten Bereich verlagert (Monetarisierungsprozesse) und andererseits werden in umgekehrter Richtung bezahlte Tätigkeiten in die privaten Haushalte ausgelagert (Entmonetarisierungsprozesse).

*Monetarisierungsprozesse:* Mithilfe des Drittpersonen-Kriteriums haben wir weiter oben die Tätigkeiten bestimmt, die als Arbeit bezeichnet werden und dadurch gekennzeichnet sind, dass sie grundsätzlich auch von einer anderen Person ausgeführt werden könnten. Es sind insbesondere Kinderbetreuung, Pflege von Angehörigen, Mahlzeitenzubereitung, Waschen und Bügeln. Eine Monetarisierung findet statt, wenn diese Güter und Dienstleistungen, die bisher von Haushaltsmitgliedern oder der Zivilgesellschaft erbracht wurden, jetzt von privaten Unternehmen, dem Staat oder dem Non-Profit-Sektor gegen Bezahlung übernommen werden.

Viele der früher unbezahlt verrichteten Tätigkeiten werden heute nicht mehr von den Haushaltsmitgliedern oder der Zivilgesellschaft geleistet, sondern von Personen, die diese Tätigkeiten gegen – meist geringe – Bezahlung verrichten, z.B. Tagesmutter, Pflegerin, Putzfrau, Köchin, Gärtner.<sup>8</sup> Bei dieser Form der

Verschiebung bleibt der Ort der Leistungserstellung der private Haushalt, der dadurch in zunehmendem Maße zum Erwerbsarbeitsplatz wird. Die Verschiebung von unbezahlter Versorgungsarbeit in die Erwerbswirtschaft kann aber noch einen Schritt weiter gehen, indem die Tätigkeiten aus dem Haushalt oder anderen versorgungswirtschaftlichen Bereichen in die Erwerbswirtschaft ausgelagert werden. Auf lokaler Ebene sind dies z.B. Essens- und Pflegedienst, Kinderhort, aber auch Wäscherei, Partyservice. Auf globaler Ebene werden versorgungswirtschaftliche Tätigkeiten zunehmend durch die Produktpalette weltweit agierender Unternehmen etwa der Pflege- und Lebensmittelbranche, deren Angebot von Halbfertigprodukten bis hin zu Pflegerobotern reicht, oder auch durch Fastfood-Ketten ergänzt oder ersetzt. Gemeinsam ist diesen verschiedenen Ausprägungen des Monetarisierungsprozesses, dass bisher unbezahlt geleistete Tätigkeiten jetzt bezahlt in der Erwerbswirtschaft geleistet werden.

Dass Haushaltstätigkeiten monetarisiert werden, ist historisch nicht neu. Doch durch zwei Entwicklungen hat diese Richtung des Verlagerungsprozesses eine ganz neue Dimension erreicht: zum einen durch die mittlerweile auch soziale Dienstleistungen umfassende wirtschaftliche Globalisierung und zum anderen durch die zunehmende Erwerbsbeteiligung von Frauen, ohne dass Männer im gleichen Umfang ihre Tätigkeit in der unbezahlten Versorgungswirtschaft ausbauen.

*Entmonetarisierungsprozesse:* In umgekehrter Richtung wirken die Auslagerungsprozesse erwerbswirtschaftlicher Tätigkeiten in die unbezahlte Versorgungswirtschaft. Beschleunigt werden diese Verschiebungen durch die Verbreitung der modernen Informations- und Kommunikationstechnologien. Dadurch können bzw. müssen eine Vielzahl von Tätigkeiten, die früher in der Erwerbswirtschaft erbracht wurden, jetzt von den privaten Haushalten übernommen werden, z.B. durch Online-Banking, Internet-Reisebuchungen u.v.m. oder im Bereich sozialer Dienstleistungen z.B. durch die Möglichkeit virtueller medizinischer Voruntersuchungen.

Aber noch ein anderer Verlagerungstrend fällt in diese Rubrik der Entmonetarisierungsprozesse, und zwar Leistungsverschiebungen, die aufgrund knapper öffentlicher Mittel erfolgen. In Zeiten knapper öffentlicher Mittel und den darauf folgenden Mittelkürzungen werden soziale Dienstleistungen in die privaten Haushalte zurückverlagert (Wichterich 2003: 66ff.), z.B. Patienten werden so früh aus dem Krankenhaus entlassen, dass sie zu Hause auf weitere Pflege angewiesen sind, oder Kinder müssen wieder zu Hause betreut werden, weil Kinderkrippen schließen. Größenordnungen dieser Verlagerungsprozesse zwischen Staat/ NPO und privaten Haushalten lassen sich aus einer Gender-Budget-Analyse ermitteln, wenn sie explizit auch die unbezahlte Arbeit einbezieht, wie dies z.B. in der Studie *Der kleine Unterschied in den Staatsfinanzen*, die im Kanton Basel-Stadt durchgeführt wurde, geschehen ist (Pfeifer u.a. 2003).



## **Verlagerungsprozesse sozialer Dienstleistungen zwischen Staat und Markt sowie zwischen Non-Profit-Sektor und Markt**

In der öffentlichen Wahrnehmung dominieren jedoch die Verlagerungsprozesse vom Staat und vom Non-Profit-Sektor in die Privatunternehmen. Denn mittlerweile haben auch private Unternehmen vermehrt die Möglichkeit, soziale Dienstleistungen anzubieten, vor allem durch das Pflegeversicherungsgesetz von 1994, in dem freie und private Träger gleichgestellt wurden. Mittlerweile sind z.B. mehr als die Hälfte der Pflegedienste und ein Drittel der Pflegeheime in privater Hand (IW 2004: 25). Effizienz, Kostensenkung und Gewinnerzielung rücken damit stärker in den Blick. Allerdings gilt es auch hier, den gesetzlichen und darüber hinaus auch den moralischen Rahmen zu beachten. Gerade vor dem Hintergrund, dass soziale Dienstleistungen nur sehr begrenzt rationalisierbar sind, kann der menschenwürdige Umgang mit abhängigen Personen gar nicht stark genug betont werden. Natürlich bestehen Möglichkeiten, die Arbeit z.B. für das Pflegepersonal angenehmer und leichter zu machen, aber die erforderliche Zeit für die menschenwürdige Grundpflege einer bettlägerigen Person lässt sich dadurch, wenn überhaupt, nicht wesentlich reduzieren. Effizienz bleibt damit ein wichtiges, aber untergeordnetes Kriterium. Vorgelagert sind die oben genannten Besonderheiten sozialer Dienstleistungen, denen Rechnung zu tragen ist.

Für eine auch sorgetheoretisch überzeugende Wirtschaftstheorie gilt es, von der Asymmetrie menschlicher Beziehungen in Sorgesituationen auszugehen anstatt von symmetrischen Tauschbeziehungen. Die Sozialökonomin Maren Jochimsen hat mit ihrem Entwurf zu einer Sorgetheorie gezeigt, dass das Marktmodell mit seinen Annahmen Unabhängigkeit, Handlungsfreiheit und Symmetrie ein Spezialfall einer Sorgeökonomie ist, die von Abhängigkeit, beschränkter Handlungsfreiheit und Asymmetrie ausgeht (Jochimsen 2003).

### **Grenzen der Verlagerungsprozesse**

Die Verlagerungsprozesse stoßen an Grenzen, was ich hier an den beiden oben vorgestellten zentralen Verlagerungsrichtungen aufzeigen möchte, die Grenzen der Verlagerung von Tätigkeiten in die unbezahlte Versorgungswirtschaft und die Grenzen der Verlagerung von unbezahlter Arbeit in den bezahlten Bereich.

Während die Berufstätigkeit von Frauen in den vergangenen Jahrzehnten immer weiter zugenommen hat, hat sich der Anteil, den Männer an den in der Versorgungswirtschaft erbrachten unbezahlten Tätigkeiten übernehmen, laut der Zeitbudgeterhebung 2001/02 nicht wesentlich erhöht (Schäfer 2004a: 251ff.). Wenn die bisherige geschlechtsspezifische Arbeitsteilung bestehen bliebe, hätte die Verlagerung zusätzlicher erwerbswirtschaftlicher Tätigkeiten in die Versorgungswirtschaft daher unweigerlich zur Folge, dass

- entweder die Doppelbelastung und die damit einhergehende Zeitarbeit der sowohl in der Erwerbs- als auch in der Versorgungswirtschaft Beschäftigten weiter zunähme
- oder sich die Zeit für versorgungswirtschaftliche Tätigkeiten insgesamt (weiter) verringert.

Verlagern und Verteilen als mögliche Strategien, die anfallende unbezahlte Arbeit zu verringern, wurden schon angesprochen. Zudem besteht die Möglichkeiten des Vermeidens, also Tätigkeiten nicht mehr oder seltener auszuführen, z.B. seltener zu waschen, zu saugen und putzen, Lebensmittel und Kleidung zu kaufen statt selber herzustellen, auf Fertigprodukte zurückzugreifen statt zu kochen. Und es besteht die Möglichkeit des Veränderns, also unbezahlte Tätigkeiten effizienter zu erledigen, z.B. durch technische Hilfsmittel wie Waschmaschine und Staubsauger. Dennoch besteht die Gefahr, dass eine *Versorgungslücke*, wie ich es nenne, entsteht, wenn effektiv zu wenig Versorgungsarbeit geleistet werden kann, z.B. fehlende Zeit für die Betreuung von Kindern und bettlägerigen Menschen, und dadurch soziale Schäden entstehen.

Die Verlagerungsmöglichkeiten von unbezahlten Tätigkeiten in die Erwerbswirtschaft finden vor allem dort eine Grenze, wo nicht genügend soziale Dienstleistungen angeboten werden. Birgit Geissler (2002) spricht in diesem Zusammenhang von einer *Dienstleistungslücke*, wobei sie aber auch deutlich macht, dass die Verlagerung aus dem Privaten in den öffentlichen Bereich gesellschaftlich nicht in allen Fällen gewünscht wird.

## Fazit: Sozialwirtschaft als Bindeglied zwischen den Sektoren

Aus der Analyse der Verlagerungsprozesse zwischen den Sektoren, insbesondere zwischen dem bezahlten und unbezahlten Sektor ergeben sich eine Reihe von Fragen, die hier zwar gestellt, aber nicht beantwortet werden können: Wie verändern sich die sozialen Dienstleistungen durch die Verlagerungsprozesse? Welche Tätigkeiten können oder sollten (nicht) in andere Bereiche verlagert werden und weshalb? Welche Tätigkeiten sollten im privaten Rahmen und von wem ausgeführt werden? Gibt es einen idealen Ort der Leistungserstellung? Oder ist die jeweilige Einschätzung abhängig von Kultur und Zeitgeschichte und/ oder vom jeweiligen Verständnis von öffentlich und privat, von gesellschaftlichen und individuellen Umständen?

Eine zusätzliche Herausforderungen liegt darin, dass in die Untersuchungen zu den Verlagerungsprozessen immer auch die geschlechtsspezifische Arbeitsteilung in der bezahlten und der unbezahlten Arbeit einzubeziehen ist, damit die möglicherweise unterschiedlichen Auswirkungen der Verlagerungsprozesse für

Frauen und Männer sichtbar werden. Gerade vor dem Hintergrund, dass Frauen gleichberechtigt im Erwerbsarbeitsmarkt teilnehmen sollen und Männer sich nicht in einem vergleichbaren Umfang an der entsprechenden Versorgungsarbeit, also Pflege und Betreuung von Angehörigen zu Hause beteiligen (können?), stellt sich auch modernen Gesellschaften die zentrale Frage, wer in Zukunft welche sozialen Dienstleistungen übernehmen soll.

In der Privatisierungsdebatte geht häufig verloren, welche Stärken die verschiedenen Sektoren bei der Bereitstellung sozialer Dienstleistungen haben und welche Bedeutung einem ausgewogenen Angebots-Mix zukommt. Dazu müssen wir aber zunächst einmal sowohl dieses Angebots-Mix wie auch die Verlagerungsprozesse zwischen den einzelnen Anbietern besser verstehen, wofür der dieser Beitrag einen grundlegenden Rahmen skizziert hat. Über die Größenordnungen und Auswirkungen der Verlagerungsprozesse sozialer Dienstleistungen zwischen Staat, NPO, Markt und privaten Haushalten ist allerdings immer noch wenig bekannt.

## Anmerkung

- <sup>1</sup> Interessant wäre in diesem Zusammenhang auch zu fragen, ob alles Handeln, das dieses Versorgungsziel unterläuft, z.B. Nahrungsmittelspekulation, nach der hier vorgenommenen Definition nicht als Wirtschaften zu bezeichnen ist.
- <sup>2</sup> Bezogen auf die bezahlten und unbezahlten Tätigkeiten in der Sorgeökonomie arbeitet Shahra Razavi mit den gleichen vier Sektoren, die sie ebenfalls in einer Raute anordnet und als *Care Diamond* bezeichnet: „The institutions involved in the provision of care may be conceptualized in a stylized fashion as a care diamond, to include the family/household, markets, the public sector and the not-for-profit sector that would include voluntary and community provision“ (Razavi 2007: 21). Luise Gubitzer unterscheidet in ihrem Sektorenmodell zusätzlich noch den kriminellen Sektor, geht also von fünf Sektoren aus (Gubitzer 2006).
- <sup>3</sup> Es gibt noch andere Kriterien, um Arbeit von Nicht-Arbeit abzugrenzen (siehe dazu Krebs 2002), aber das Drittpersonen-Kriterium hat sich international durchgesetzt (UNDP 1995).
- <sup>4</sup> Für die Freiwilligenarbeit und ihre beiden Ausprägungen kursieren unterschiedliche Begrifflichkeiten. Mir erscheinen die hier verwendeten Begriffe des Schweizer Bundesamtes für Statistik die eindeutigsten zu sein (BFS 2004; siehe auch Enquete-Kommission 2002; Gensicke u.a. 2004, 2005; Maelicke 2003).
- <sup>5</sup> Satellitenkonten, die es auch für andere Bereiche als die Haushaltsproduktion gibt, beziehen sich auf Elemente, die in der VGR nicht enthalten sind, weil sonst deren Struktur geändert werden müsste. Diese Konten werden parallel zur VGR erstellt, kreisen sozusagen um sie herum wie ein Satellit.
- <sup>6</sup> Siehe dazu auch den Wert für die Bruttowertschöpfung der Haushaltsproduktion insgesamt in Tab. 3.
- <sup>7</sup> Ein gutes Beispiel einer Sozialbilanz ist dem Jahresbericht von Kovive, einem Anbieter von Ferien für benachteiligte Kinder in der Schweiz zu entnehmen: <http://www.kovive>.

ch/\_\_/frontend/handler/document.php?id=4328. Dieses Beispiel ist schon deswegen beeindruckend, weil in diesem Fall der Wert der freiwilligen Leistungen sogar den Wert der Grundleistungen übersteigt.

- <sup>8</sup> Zu den haushaltsexternen Personen, die diese Dienstleistungen im Haushalt übernehmen, gehören auch immer mehr Frauen (seltener Männer) aus anderen Kulturkreisen. Deren Anteil an versorgungswirtschaftlichen Tätigkeiten im Heimatland wird dann von – meist wiederum weiblichen – Verwandten, Nachbarn oder Freunden erbracht (Gather, Geissler & Rerrich 2002).

## Literatur

- Aristoteles (1973): Politik, München: Deutscher Taschenbuch Verlag.
- BAGFW (2009): Einrichtungen und Dienste der Freien Wohlfahrtspflege – Gesamtstatistik 2008, Berlin: Bundesarbeitsgemeinschaft der Freien Wohlfahrtspflege.
- BFS (2004): Bericht zur Freiwilligenarbeit in der Schweiz. Sozialberichterstattung Schweiz, Neuenburg: Bundesamt für Statistik.
- Bien, Günther (2006): Zur Geschichte des (Lebenswelt-)Ökonomiebegriffs, in: Jochimsen, Maren A. & Knobloch, Ulrike (2006): Lebensweltökonomie in Zeiten wirtschaftlicher Globalisierung, Bielefeld: Kleine Verlag, 21-45.
- BMFSFJ – Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (2003): Wo bleibt die Zeit? Die Zeitverwendung der Bevölkerung in Deutschland 2001/02, Wiesbaden: Statistisches Bundesamt.
- Enquete-Kommission „Zukunft des Bürgerschaftlichen Engagements“ (Hg.) (2002): Bürgerschaftliches Engagement: Auf dem Weg in eine zukunftsfähige Gesellschaft, Opladen: Leske + Budrich.
- Folbre, Nancy (1995): Holding Hands at Midnight. The Paradox of Caring Labor, in: Feminist Economics 1 (1), 73-92.
- Gabriel, Oscar; Trüdinger, Eva-Maria & Völkl, Kerstin (2004): Bürgerengagement in Form von ehrenamtlicher Tätigkeit und sozialen Hilfsleistungen, in: Statistisches Bundesamt (Hg.): Alltag in Deutschland. Analysen zur Zeitverwendung. Beiträge zur Ergebniskonferenz der Zeitbudgeterhebung 2001/02 am 16./17.2.2004, Forum der Bundesstatistik Band 43, Wiesbaden, 337-356.
- Gather, Claudia; Geissler, Birgit & Rerrich, Maria S. (Hg.) (2002): Weltmarkt Privathaushalt. Bezahlte Haushaltsarbeit im globalen Wandel, Münster: Westfälisches Dampfboot.
- Geissler, Birgit (2002): Die Dienstleistungslücke im Haushalt. Der neue Bedarf nach Dienstleistungen und die Handlungslogik der privaten Arbeit, in: Gather, Claudia; Geissler, Birgit & Rerrich, Maria S. (Hg.) (2002): Weltmarkt Privathaushalt. Bezahlte Haushaltsarbeit im globalen Wandel, Münster: Westfälisches Dampfboot, 30-49.
- Gensicke, Thomas; Picot, Sibylle & Geiss, Sabine (2005): Freiwilliges Engagement in Deutschland 1999-2004, München: TNS Infratest Sozialforschung.
- Gensicke, Thomas & Geiss, Sabine (2004): Erfassung freiwilligen Engagements (Ehrenamt, Freiwilligenarbeit, Bürgerengagement) in den Freiwilligen surveys 1999/2004 und in der Zeitbudgetstudie, in: Statistisches Bundesamt (Hg.): Alltag in Deutschland. Analysen zur Zeitverwendung. Beiträge zur Ergebniskonferenz der Zeitbudgeterhebung 2001/02 am 16./17.2.2004, Forum der Bundesstatistik Band 43, Wiesbaden, 357-372.

- Gubitzer, Luise (2006): Wirtschaft ist mehr! Sektorenmodell der Gesamtwirtschaft als Grundlage für Geschlechtergerechtigkeit, in: Widerspruch. Beiträge zu sozialistischer Politik 26, Heft 50, 17-29.
- Himmelweit, Susan (1995): The Discovery of 'Unpaid Work'. The Social Consequences of the Expansion of 'Work', in: *Feminist Economics* 1 (2), 1-19.
- Hottelet, Harald (2003): Das System öffentlicher und freier Träger sowie gewerblicher Anbieter sozialer (Dienst-)Leistungen, in: Arnold, Ulli & Maelicke, Bernd (Hg.): *Lehrbuch der Sozialwirtschaft*, 2. Aufl., Baden-Baden: Nomos, 99-158.
- IW (2004): Auf den Schultern der Schwachen. Wohlfahrtsverbände in Deutschland, Köln: Institut der deutschen Wirtschaft.
- Jochimsen, Maren A. (2003): Die Gestaltungskraft des Asymmetrischen – Kennzeichen klassischer Sorgesituationen und ihre theoretische Erfassung in der Ökonomik, in: *Zeitschrift für Wirtschafts- und Unternehmensethik* 4, Heft 1: Themenschwerpunkt: Feministische Wirtschaftsethik, 38-51.
- Jochimsen, Maren A. & Knobloch, Ulrike (Hg.) (2006): *Lebensweltökonomie in Zeiten wirtschaftlicher Globalisierung*, Bielefeld: Kleine Verlag.
- Jochimsen, Maren A. & Knobloch, Ulrike (1997): Making the Hidden Visible: The Importance of Caring Activities and their Principles for any Economy, in: *Ecological Economics*, Special Issue: Women, Ecology and Economics, Vol. 20/2, 1997, 107-112.
- Kahle, Irene & Schäfer, Dieter (2005): Ehrenamt und bürgerschaftliches Engagement. Ergebnisse der Zeitbudgeterhebung 2001/02, in: *Wirtschaft und Statistik*, 4/2005, 311-317.
- Knobloch, Ulrike (2009a): Sorgeökonomie als allgemeine Wirtschaftstheorie, in: *Olympe. Feministische Arbeitshefte zur Politik*, 30/2009: Care Ökonomie: Neue Landschaften von feministischen Analysen und Debatten, 27-36.
- Knobloch, Ulrike (2009b): Auf dem Weg zu einer Sorgeökonomie, in: *SOZIALwirtschaft. Zeitschrift für Sozialmanagement* 19, 1/2009, 14-18.
- Knobloch, Ulrike (2008): Ansatzpunkte einer Sorgeökonomie als allgemeine Wirtschaftstheorie: Genderbewusste Wirtschaftsethik – Lebensweltökonomie – Vorsorgendes Wirtschaften, in: Dellheim, Judith & Krause, Günther (Hg.): *Für eine neue Alternative. Herausforderungen einer sozialökologischen Transformation*. Berlin: Dietz, 162-176.
- Knobloch, Ulrike (2006): Was ist Ökonomie? Genderbewusste Wirtschaftsethik – Vorsorgendes Wirtschaften – Lebensweltökonomie, in: Möller, Carola; Peters, Ursula & Valley, Irina (Hg.): *Dissidente Praktiken. Erfahrungen mit herrschafts- und warenkritischer Selbstorganisation*, Königstein Ts.: Ulrike Helmer Verlag, 206-211.
- Krebs, Angelika (2002): *Arbeit und Liebe. Die philosophischen Grundlagen sozialer Gerechtigkeit*, Frankfurt a.M.: Suhrkamp.
- Madörin, Mascha (2006): Plädoyer für eine eigenständige Theorie der Care-Ökonomie, in: Niechoj, Torsten & Tullney, Marco (Hg.): *Geschlechterverhältnisse in der Ökonomie*, Marburg: Metropolis, 277-297.
- Maelicke, Bernd (2003): Ehrenamtlichkeit, in: Arnold, Ulli & Maelicke, Bernd (Hg.): *Lehrbuch der Sozialwirtschaft*, 2. Aufl., Baden-Baden: Nomos, 536-542.
- Pfeifer, Andrea; Madörin, Mascha & Schwendener, Peter (2003): Der kleine Unterschied in den Staatsfinanzen. Geschlechterdifferenzierte Rechnungsanalysen im Kanton Basel-Stadt, Basel.

- Razavi, Shahra (2007): The Political and Social Economy of Care in a Development Context. Conceptual Issues, Research Questions and Policy Options, Gender and Development Programme Paper Number 3, Genf: United Nations Research Institute for Social Development.
- Richarz, Irmintraut (1991): Die Ökonomik – eine für das 'menschliche Leben unentbehrliche Wissenschaft'?, in: Petzina, Dietmar (Hg.): Zur Geschichte der Ökonomik der Privathaushalte, Berlin: Duncker & Humblot, 29-69.
- Schäfer, Dieter (2004a): Unbezahlte Arbeit und Haushaltsproduktion im Zeitvergleich, in: Statistisches Bundesamt (Hg): Alltag in Deutschland. Analysen zur Zeitverwendung. Beiträge zur Ergebniskonferenz der Zeitbudgeterhebung 2001/02 am 16./17.2.2004, Forum der Bundesstatistik Band 43, Wiesbaden, 247-273.
- Schäfer, Dieter (2004b): Unbezahlte Arbeit und Bruttoinlandsprodukt 1992 und 2001. Neuberechnung des Haushalts-Satellitensystem, in: Wirtschaft und Statistik, 9/2004, 960-978.
- Smith, Adam (1978): Der Wohlstand der Nationen. Eine Untersuchung seiner Natur und seiner Ursachen, München: Deutscher Taschenbuch Verlag.
- UNDP – United Nations Development Programme (1995): Bericht über die menschliche Entwicklung 1995, Bonn: Uno-Verlag 1995.
- Wichterich, Christa (2003): Femme global. Globalisierung ist nicht geschlechtsneutral, Hamburg: VSA-Verlag.
- Zimmer, Annette & Nährlich, Stefan (2003): Zur volkswirtschaftlichen Bedeutung der Sozialwirtschaft, in: Arnold, Ulli & Maelicke, Bernd (Hg.): Lehrbuch der Sozialwirtschaft, 2. Aufl., Baden-Baden: Nomos, 64-80.

*Dr. Ulrike Knobloch, Universität Freiburg Schweiz, Deutschsprachiger Lehrstuhl Sozialarbeit und Sozialpolitik, Route des Bonnesfontaines 11, 1700 Fribourg  
E-mail: [ulrike.knobloch@unisg.ch](mailto:ulrike.knobloch@unisg.ch)*



## Pädagogik zwischen Verweigerung und Verstrickung

*Thomas von Freyberg: Tantalos und Sisyphos in der Schule. Zur strukturellen Verantwortung der Pädagogik. Frankfurt/M.: Brandes & Apsel, 2009, 145 Seiten, 11,90 Euro*

Es mag dahingestellt sein, ob die Anzahl der Kinder und Jugendlichen, die aus der für sie in Familie, Schule und Freizeiteinrichtungen vorgesehenen Rolle fallen, tatsächlich in einem, wie vielfach behauptet, besorgniserregenden Ausmaß angewachsen ist, fehlt es doch nach wie vor an entsprechenden aussagekräftigen repräsentativen Daten. Nicht zu bestreiten dagegen ist, daß die medial hergestellte öffentliche Aufmerksamkeit gegenüber der „Unregierbarkeit des Schulvolks“, um eine Formulierung von Freerk Huisken zu bemühen, zugenommen hat. Hiervon legen die Rohheiten gegenüber Mitschülern und Lehrern ebenso beredtes Zeugnis ab wie die Widerständigkeiten gegenüber den als Verhaltenszumutungen erlebten Anordnungen der Eltern, Erzieher und Lehrer. Widerständigkeiten, deren Formen den inneren Rückzug und das sporadische oder völlige Fernbleiben vom Unterricht ebenso umfassen wie dessen Störungen und die uns in der Sprache der Schulbürokratie unter dem Etikett »nicht beschulbar« begennen.

Von ebensolch auffällig-widerspenstigen, störenden wie gestörten, das heißt nicht beschulbaren Kindern und Jugendlichen und den zumeist vergeblichen Reintegrationsbemühungen der professionellen Pädagogen, seien es Erzieher, Lehrer oder Sozial-arbeiter, han-

delt das kleine, aber nichtsdestoweniger gescheite Büchlein von Thomas von Freyberg, indem es die gesellschaftlichen »Grenzen öffentlicher Bildung und Erziehung« nicht nur für die heutige Zeit neu zu vermessen, sondern auch im Interesse der Kinder und Jugendlichen zu verschieben sucht. Hinsichtlich seiner Empirie basiert das Büchlein auf den Ergebnissen eines interdisziplinär angelegten Forschungsprojekts, das in den Jahren von 1999 bis 2005 am Institut für Sozialforschung an der Universität Frankfurt in Kooperation mit dem ebenfalls in Frankfurt ansässigen Institut für analytische Kinder- und Jugendlichen-Psychotherapie durchgeführt worden ist und mit Hilfe psychoanalytischer und soziologischer Methoden des Fallverstehens „Konfliktgeschichten“ untersuchte, in denen Kinder und Jugendliche an Schule und Jugendhilfe gescheitert waren. Wie auch umgekehrt diese an jenen.

Die Ursachen und Bedingungen dieses beiderseitigen Scheiterns sieht Freyberg in der gemeinsam hergestellten individuellen wie institutionellen Pathologie der „strukturellen Verantwortungslosigkeit“, soll heißen, daß die in ihrem Verhalten individuell schwer gestörten Kinder und Jugendlichen auf ein nicht weniger, allerdings institutionell gestörtes Erziehungssystem „Schule“ stoßen, das unfähig ist, die „Unregierbarkeit“ seiner Zöglinge als Ausdruck schwerer seelischer Störungen infolge früher gravierender emotionaler Mangelenerfahrungen zu sehen und pädagogisch ernst zu nehmen. Statt dessen verschränken und verstricken sich die von den Kindern und Jugendlichen entwickelten unbewußten Überlebensstrategien der Abwehr von Verletzung und Vernachlässigung mit den



völlig unzulänglichen organisatorisch-institutionellen Settingbedingungen von Schule und Jugendhilfe, wodurch – vermittelt über den aus der Psychoanalyse bekannten ‚Mechanismus‘ von Übertragung und Gegenübertragung – sich wiederholende und schließlich eskalierende Macht-Ohnmacht-Spiralen in Gang gesetzt werden, an deren Ende auf beiden Seiten nur ‚erfolgreiche Verlierer‘ stehen.

Wenn Freyberg in diesem Zusammenhang von „struktureller Verantwortungslosigkeit“ redet, so um einerseits deutlich zu machen, daß trotz fehlerhaften Verhaltens bei allen Beteiligten, Zöglingen wie Erziehern, die Suche nach der Schuldfrage nur in die Sackgasse wechselseitiger Schuldzuweisung zu führen vermag, weil die institutionellen bzw. strukturellen Bedingungen öffentlicher Erziehung ein verantwortliches Handeln auf Seiten der Erzieher behindern oder gar verbieten. Wiewohl der Begriff der „strukturellen Verantwortungslosigkeit“ darauf abstellt, den Blick von den Erziehern weg auf die Verhältnisse hin zu lenken, unter denen diese sich abmühen, wenn sie es denn tun, ihrem Erziehungs- und Bildungsauftrag nachzukommen, dient der Begriff Freyberg andererseits als Referenz für die Frage, ob es nicht auch so etwas gebe wie „strukturelle Verantwortung“. Eine Frage, die Freyberg mit dem Argument bejaht, wir Menschen würden nicht nur von den gesellschaftlichen Verhältnisse geformt, sondern brächten diese durch unser Handeln auch selbst hervor, so daß wir sie auch zu verantworten hätten.

Um „strukturelle“ und nicht bloß pädagogische Verantwortung übernehmen zu können, hält Freyberg die Durchbrechung des *circulus vitiosus*

von Widerstand und Verweigerung (auf der Seite der Zöglinge) und von Sanktion und Selektion (auf der Seite der Erzieher) für unabdingbar. Dies heißt für ihn zuvörderst, in einem ersten Schritt zunächst einmal innezuhalten und beiseite zu treten, um bewußt die verleugneten „Grenzen der Pädagogik“ sich vor Auge führen zu können, womit Freyberg sowohl die individuellen als auch die institutionellen Abhängigkeiten thematisiert sehen möchte. Ganz in der Tradition Siegfried Bernfelds stehend, dem Marx und Freud als die „Schutzpatronen der neuen Erziehungswissenschaft“ galten, heißt dies für Freyberg, zwei komplementäre Perspektiven miteinander zu verschränken: nämlich jene, bei der die Grenzen der „Erziehbarkeit“ der Zöglinge und die der „Erziehbarkeit“ der Erzieher im Fokus stehen, und jene, die, um mit Bernfeld zu reden, den „sozialen Ort“ der Schule zum Gegenstand hat, das heißt die dort objektiv herrschenden Lehr- und Lernbedingungen.

Für Freyberg ist klar: Sobald man diesen Schritt unternimmt und sich bewußt der gesellschaftlichen Grenzen der Erziehung vergewissert, wird man erkennen, daß im institutionellen Rahmen von Schule und Jugendhilfe nur sehr geringe Chancen bestehen, die für ein sich demokratisch verstehendes Gemeinwesen konstitutive Forderung nach Erziehung zur Mündigkeit zu erfüllen. Und weil dies so ist, habe, so Freyberg mit Adorno, eine Erziehung zur Mündigkeit immer auch und zugleich eine „Erziehung zum Widerspruch und zum Widerstand“ zu sein, die allerdings weniger von einem Erziehererzieher zu leisten sei, als vielmehr durch eine „radikale ‚Selbstveränderung‘“ bewirkt werde. Dies setze allerdings voraus, die

Erzieher zeigten, ganz im Sinne Kants, die Bereitschaft, die Entschiedenheit und den Mut, sich in der beruflichen Praxis des eigenen Verstandes „ohne Leitung eines anderen“ zu bedienen.

So sympathisch dem Rezensenten auch Freybergs Forderung sein mag, so stellt sich ihm dennoch die Frage nach den Voraussetzungen, Bedingungen und Hemmnissen für den postulierten ‚aufrechten Gang‘, über deren Beantwortung Freyberg sich indes dezent ausschweigt. Verständlicherweise, liegen doch bislang keine gesicherten, verallgemeinerbaren Erkenntnisse darüber vor, warum überhaupt und unter welchen spezifischen Bedingungen sich jemand zu einem ‚couragierten Handeln‘ (Heuer) aufgefordert sieht und wie die Entstehung eines solchen von außen gefördert werden kann. Insofern verbleibt Freyberg hinsichtlich der Erziehung der Erzieher bzw. deren Selbsterziehung in der Sphäre des wishful thinking. Hier hätte der Leser schon gerne etwas darüber erfahren, wie sich nach Freyberg das Erziehungsparadoxon auflösen läßt, nämlich zugleich sozialen Gehorsam abzuverlangen und gegen ihn zu immunisieren, also zum Ungehorsam und zur Unbotmäßigkeit zu erziehen. Eine Antwort hatte er zwar nicht parat, doch womöglich gäbe uns Peter Brückner mit seinen stets auf die ‚Zerstörung des Gehorsams‘ zielenden Arbeiten einen Ariadnefaden in die Hand, der lohnte, aufgegriffen und bis zu seinem Anknüpfungspunkt weiterverfolgt zu werden. Auf jeden Fall hätten die Erzieher anzuerkennen, daß eine bedeutende Wurzel der Selbstbefreiung und der Erschütterung von Herrschaft in der Provokation von Tabubrüchen und Regelverletzungen liegt, weil diese ‚nach innen‘ auf das ‚Umwerfen

von Bewußtsein“ und ‚nach außen‘ auf die Veränderung der Umstände zielen.

Gleichviel, Freybergs Büchlein ist von unschätzbarem Wert für all jene, die Erzieher, Lehrer oder Sozialarbeiter ausbilden oder die als solche in ihrer beruflichen Praxis mit Kindern und Jugendlichen zu tun haben, die sich, negativ formuliert, ein ‚Anpassungsdefizit‘ erhalten haben, in dem ihr Bedürfnis nach Nähe, Unversehrtheit, Anerkennung, Autonomie und Mitsprache sich artikuliert. Es räumt dankenswerterweise auf mit dem bisweilen unerträglichen, weil völlig kritiklosen Geschwätz von Menschenstärken, Ressourcenorientierung und Selbstbemächtigung (neudeutsch besser als ‚Empowerment‘ bekannt), das dem Rezensenten aus dem Munde seiner Studierenden (und auch aus der Fachliteratur) entgegenschwallt, die vielfach in Ermangelung von mündigem Ungehorsam nur das nachplappern, was ihnen des Rezensenten Kollegen, bloß weil es Mode ist oder sonst wissenschaftlicher mainstream, gegen den man sich nicht zu stellen wagt, ohne Besinnung vorplappern. Allein schon dies, Freybergs Auseinandersetzung mit dem Ressourcenansatz und der ihm korrespondierenden Resilienzforschung, lohnt die Anschaffung und Lektüre des Büchleins, das, auch dies sollte nicht unerwähnt bleiben, klar strukturiert und in einer weitgehend verständlichen Schreibe verfaßt ist. Bleibt mithin zu hoffen, daß es viele, ihm aufgeschlossene Leser finden wird.

*Prof. Dr. Michael Wolf  
Fachbereich Sozialwesen  
Konrad-Zuse-Str. 1  
56075 Koblenz*

## Parteiliche Bildungszusammenarbeit.

*Susanne Timm: Parteiliche Bildungszusammenarbeit. Das Kinderheim Bellin für namibische Flüchtlingskinder in der DDR (=Bildung in Umbruchgesellschaften, Bd. 7). Waxmann Verlag, Münster/New York/München/Berlin 2007, 324 Seiten, 29,90 Euro*

Die Geschichte und das Schicksal der sogenannten SWAPO-Kinder, vor allem deren Erziehung in einem Kinderheim im mecklenburgischen Bellin hat inzwischen schon gut ein Dutzend Wissenschaftler und Studenten für ihre Abschlussarbeiten, jedoch auch eine große Anzahl von mehr oder minder seriös arbeitenden Journalisten sowie einige Filmemacher interessiert. Und diese kamen nicht nur aus Deutschland, sondern auch aus dem südlichen Afrika und den USA. Nunmehr liegt also eine weitere Publikation zur Thematik vor, die als Dissertation von der Erziehungswissenschaftlichen Fakultät der Universität Erlangen-Nürnberg angenommen worden ist.

Diese durch ihre akribische Quellenauswertung hervorstechende Arbeit befasst sich mit einem recht ungewöhnlichen Bildungsprojekt aus der untergegangenen DDR, nämlich mit einem bislang einmaligen pädagogischen Experiment. Denn von 1979 bis 1989 lebten in einem Kinderheim im mecklenburgischen Bellin zwischen 80 und 130 namibische Flüchtlingskinder. Als während des sogenannten Border Wars die südafrikanische Luftwaffe Ende der 70er Jahre Flüchtlingscamps der SWAPO, der Befreiungsorganisation Namibias, im

Süden Angolas bombardierten, kamen dabei viele Menschen ums Leben. Nicht wenige Kinder wurden zu Waisen oder Halbweisen. Die SWAPO-Führung wandte sich um Hilfe an westliche Staaten, unter anderem an die USA, die Schweiz und an die Bundesrepublik Deutschland. Alle angesprochenen Vertreter dieser Länder beantworteten entsprechende Anfragen negativ. Die Vertreter der DDR stimmten indes zu, als diese gefragt wurden. Die DDR war bereit, die Vorschulkinder aufzunehmen. Es handelte sich um eine humanitäre Tat, die den Staat viel Geld kostete. Das war vermutlich der Hauptgrund, warum andere Staaten damals die Hilfe für die Kinder ablehnten. Solche Handlungsweise ist wohl in der heutigen Gesellschaft, in der Geld den wichtigsten Wert darstellt, für viele unvorstellbar und so werde hinter diesem humanitären Akt, der noch heute viele Menschen im südlichen Afrika mit Hochachtung von der DDR sprechen lässt, irgendwelche bösen Absichten vermutet und Verschwörungstheorien aufgestellt.

Bei den Kindern, die die DDR zur Erziehung aufgenommen hatte, handelte es sich nicht nur um solche, die durch Tod Vater und/oder Mutter verloren hatten, sondern auch um Kinder, deren Eltern sich im Befreiungskampf oder irgendwo im Exil befanden sowie um einige, wenige Kinder bzw. Enkel von SWAPO-Funktionären. So auch aus der Familie des SWAPO-Chefs Sam Nujoma. Dies wäre unerheblich und brauchte eigentlich nicht erwähnt zu werden, wenn nicht immer der Vorwurf gegenüber der DDR erhoben worden wäre, sie hätte die Existenz des Kinderheims geheim gehalten und das Objekt habe strengen Sicherheitsstandards unterlegen. Wie auch schon damals nicht unbekannt war, operierten die

Geheimdienste des Apartheidstaates auch in Europa – neben der bekannten Sicherheitsmanie der DDR durchaus ein wichtiger Aspekt für besonderen Schutz. Ein gesamtes Kapitel ist dieser Thematik im vorliegenden Buch gewidmet.

Völlig daneben und unglaublich erscheint die durch nichts belegte Behauptung der Autorin, die „Macht-habenden“ (wer war das?) hätten für die DDR-Bevölkerung „die wachsende Begegnungsmöglichkeiten mit Ausländern“ gefürchtet (S. 90). Wie hätte das bei Studierenden und Auszubildenden, so fragt sich der Rezensent, funktionieren sollen? In vielen Fällen war das Gegenteil der Fall, mussten doch die sich zeitweilig in der DDR aufhaltenden Auszubildenden und Studierenden in „die Gemeinschaft“, Arbeits- oder Studienkollektiv genannt, integriert werden. Es wurden gar Patenschaften geschlossen. So gab es in den Studentenwohnheimen nach Möglichkeiten immer gemischte Zimmerbewohner aus Deutschen und Ausländern. Diese und weitere unbewiesene Schlussfolgerungen oder pauschale bis unzutreffende Behauptungen der Verfasserin, die vom völligen Unverständnis der DDR-Verhältnisse oder von einer neuen allenthalben bemerkbaren politischen Indoktrinierung zeugen, schmälern den positiven Gesamteindruck, die das Buch wohl bei den meisten Lesenden hinterlässt.

Zu würdigen ist hingegen, dass die recht umfangreiche Untersuchung von Sabine Timm sich bemüht, die gesamte Geschichte des Berliner Kinderheimes und der darin untergebrachten „SWAPO-Kinder“ zu rekonstruieren. Schwerpunkt bilden hierin die institutionelle sowie die pädagogisch-konzeptionelle Entwicklung. Die zunächst nur vorübergehend in der

DDR verbleiben sollenden Vorschulkinder blieben letztlich dann doch aufgrund der weiterhin bestehenden Besetzung Namibias durch den südafrikanischen Apartheidstaat bis zur Unabhängigkeit ihres Heimatlandes in der DDR.

Mit dem Zusammenbruch der DDR in der ersten Hälfte des Jahres 1990 wurden sie auf Weisung der SWAPO übereilt in ihre Heimat zurückgebracht. Die Anzahl der namibischen Kinder und Jugendlichen war inzwischen auf fast 400 angewachsen.

Deutlich wird herausgearbeitet, daß die SWAPO dieses Projekt initiiert hatte. Die führende Partei in der DDR, die SED, entschied über die Grundbedingungen und Rahmenbedingungen eines solchen experimentellen Unternehmens. Das Ministerium für Volksbildung wurde mit der Durchführung des Projektes betraut. Die Kritik der Autorin wird besonders an den pädagogischen Plänen angebracht, die angeblich die die spezielle Situation der Kinder nicht berücksichtigt habe. Wie ein weltweit einmaliges pädagogisches Projekt, ohne Vorbild, ohne Unterstützung von außen, mit den „normalen“ Schwierigkeiten auf Seiten des Partners, der SWAPO, hätte besser realisiert werden können, vermag auch Frau Timm nicht zu sagen. Es gab ja kein Lehrmaterial, welches speziell auf Namibia zugeschnitten war; an einem Geschichtsbuch etwa wurde in Absprache von Kollegen aus der Bundesrepublik jahrelang gearbeitet. Ebenso gab es in der DDR keine differenzierten Lehrpläne, kaum Erfahrungen in der interkulturellen Pädagogik. Der erzieherische Einfluss von Kinder-gärtnerinnen und weiterem pädagogischen Personal aus Namibia wird in der Studie unterbewertet bzw. negiert. Neben naiver Zurschaustellung von Unkenntnis der DDR-Gesellschaft,

so werden auf S. 291 plakative Allgemeinweisheiten aufgestellt, ohne den besonderen Charakter eines solchen Experiments, das letztlich durch die erbrachten Solidaritätsleistungen die gesamte DDR-Bevölkerung mitgetragen wurde – fallen immer wieder unsinnige Bemerkungen auf. So wird nämlich gesagt, dass „die namibischen Kinder gemäß der Grundlinien des DDR-Schulsystems zunächst erzogen“ (S. 291) werden sollten. Nun ja, nach welchen denn sonst? Die Ausführungen von Frau Timm zum Wehrunterricht für ältere Schüler entbehren jeder Kenntnis der politischen Realität in Namibia. Es war bis 1990 nicht erkennbar, wann die Kinder in den Süden Afrikas zurückkehren würden. Dass sie dann mit Fanfaren empfangen werden würden, war kaum glaubhaft und dass die politischen Auseinandersetzungen mit Kissenschlachten oder Wattebällchenwerfen ausgetragen werden würden, war auch unwahrscheinlich.

Wie heutzutage allgemein üblich, versucht auch die Autorin wohl mehr unbewusst ihre ideologische Beeinflussung, die etwa bei der Bewertung zeitgenössischer Handlungen und Entscheidungen zu Tage treten, zu dokumentieren. Wenn es jedoch gelingt, über diese störenden bis lächerlichen Einlassungen hinwegzusehen, ist das vorliegende Buch eine fleißige Arbeit, die trotz allen Einschränkungen einige wichtige Erkenntnisse über das solidarische Empfinden und Handeln der DDR-Bevölkerung, wenn dies mit Bedacht auch nicht explizit das Anliegen des Buches gewesen ist, zu Tage fördert.

*PD Dr. Dr. Ulrich van der Heyden  
Humboldt-Universität zu Berlin  
Theologische Fakultät  
Invalidenstr. 110  
D-10099 Berlin*

## Der Staat als Erzieher

*Sven Steinacker (2007): Der Staat als Erzieher. Jugendpolitik und Jugendfürsorge im Rheinland vom Kaiserreich bis zum Ende des Nazismus. Stuttgart: ibidem-Verlag. 999 Seiten, 99 Euro*

Sven Steinacker hat dieses ausserordentliche historische Werk erarbeitet. Der Titel ähnelt dem eines Artikels von Gertrud Bäumer aus dem Jahr 1925. Steinackers Werk ist eine gründliche Untersuchung, die mehrere Dimensionen verfolgt: Gesellschaft, Alltag, Institutionen, Professionelle, Praxen und Klientel sind Teile seiner Analyse, die als Dissertation angenommen wurde.

### 1. Aufbau und Ziel

Die Abhandlung besteht aus drei Hauptteilen – erster Teil: Jugendpolitik und Jugendfürsorge im Kaiserreich (S. 45-116), zweiter Teil: Der Weimarer Republik (S. 117-427) und dritter Teil: Nazismus (S. 428-889). In jedem Teil sind die Befunde in „Zwischenfaziten“ gesammelt. Nach dem dritten Teil folgt ein Resümee (S. 890-907). Die umfassenderen Teile II und III sind die Schwerpunkte der Abhandlung. Die Einleitung besteht aus dem Stand der Forschung, dem theoretischen Apparat, dem verfolgten Erkenntnisinteresse, dem Aufbau der Untersuchung sowie einer Übersicht über die reichhaltige Quellengrundlage. Steinacker versucht u.a. Lücken der bisherigen Forschung zu schließen. Ist das nach 1933 von den Nazis etablierten System ‚nur‘ eine Radikalisierung der Diskussion zur Jugendfürsorge in der Niedergangsperiode der Weimarer

Republik, ist also die Weimarerische Krisenphase eine Inkubationsphase des Nazismus? Oder gibt es einen starken empirischen Beleg dafür, dass das Nazi-Regime die demokratischen Partizipation abgebaut, die individuellen Rechtspositionen geschwächt und letztendlich „Euthanasie“-Morde als letzte Instanz der gescheiterten Erziehung bzw. als „Endlösung“ der rassistisch „Minderwertigen“ organisiert hatte? Damit sind nicht nur rein „deutsche“ Fragen zur Untersuchung und späterer Evaluation gestellt, sondern auch Fragen, die universellen Charakter haben.

Die Lektüre dieser Studie stellt ein komplexes Bild der Entwicklung der Jugendpolitik und Jugendfürsorge über 70 Jahre dar: Vom Kaiserreich über die Weimarer Republik bis zum Nazismus mit dem Rheinland als Fall- oder case story. Die Wahl des „Vorreiters“ – als solcher ist die Rolle des Rheinlandes anzusehen – öffnet prinzipiell die Möglichkeiten, Steinackers Thesen zu verallgemeinern.

## 2. Theoretische Grundlage

Der analytische Ansatz bezieht sich auf Gramsci, Foucault und Goffman, und die Hauptidee ist, die Hegemonie und den hegemonial wirkenden Apparat der Jugendfürsorge zu untersuchen. Damit bietet der Verfasser eine Analyse aus der Perspektive einer materialistischen Gesellschaftstheorie an (S. 13). Später erweitert er diese Perspektive: „... der hegemonietheoretische Zugang erlaubt eine topographische Verortung der Jugendfürsorge im Raum des Politischen, das heisst eine Rückkoppelung an staatliche Herrschaftszusammenhänge, ohne die Funktionen der Jugendfürsorge eindimensional als durch

Kapitalinteressen determiniert zu verstehen oder sie kurzschlüssig als staatliches Repressionsinstrument aufzufassen. Sie lässt sich auf diese Weise an die Bestimmungsfaktoren der gesamtgesellschaftlichen Produktions- und Reproduktionserfordernisse in ‚letzter Instanz‘ zurückbinden, ohne dabei ihre Eigendynamiken und Eigenlogiken, die relative Autonomie der Jugendfürsorge aus dem Auge zu verlieren oder deren Aktivitäten wiederum distanzlos als wohlthätige, uneigennützig ‚Hilfe‘ zu verkennen. Gleichzeitig können bestimmte historische Entwicklungsmomente der Jugendfürsorge konkret im politisch-staatlichen Entstehungskontext verortet werden und müssen nicht aus den abstrakten Kräften der ‚Moderne‘ (Peukert) abgeleitet oder den anonymen Machtbeziehungen einer letztlich zentrums- und interesselosen ‚Disziplinargesellschaft‘ (Foucault) zugeschrieben werden“ (S. 23).

Die Perspektive hebt weiterhin sowohl das Verhältnis von Kontinuität und Bruch als auch eine hegemonietheoretische Dialektik von Zwang und Konsens, von Herrschaft und Führung hervor (S. 24). Also geht es darum, beide Seiten der Machtausübung in den Blick zu nehmen: die repressive als auch die ‚sanfte‘ Gewalt der Erziehung (S. 25). Auf Gramsci gestützt weist Steinacker auf die oft übersehene Bedeutung des konsensstiftenden Charakters der Zivilgesellschaft hin. Das bedeutet, dass die Klienten nicht nur ‚Objekte‘, sondern auch ‚Subjekte‘ sind.

### 3. Allgemeine Funktionsbestimmung der Jugendfürsorge

Welche Zwischenbilanzen werden gezogen? Im Schlussresümee heisst es u.a.: „Grundlegend für die Aktivierung der jugendpolitischen Hegemonialapparate war die diskursive Transformation gesamtgesellschaftlicher Problemlagen und Konflikte in jugendpolitische, über Erziehung und Führung der heranwachsenden Generation zu lösende Probleme. Und das heisst auch: Die Transformation der gesellschaftlichen Widersprüche in entpolitisierte, die Grundlagen des bestehenden Gesellschaftssystems unangetastet lassende Lösungsstrategien“ (S. 891).

Die Apparate waren weiter durch eine dreigliedrige Figuration gekennzeichnet: „Die staatliche Jugendpflege zielte auf die Mobilisierung und möglichst vollständige organisatorische Einbindung der zunächst schulentlassenen männlichen Jugend in die Aktivitäten der bürgerlich-konfessionellen Jugendorganisationen. Diese Aufgabe wurde aber schon 1911/13 zu einer staatspolitischen Aufgabe ersten Ranges erhoben und auf tendenziell alle Heranwachsenden ausgedehnt. Die kommunalen Jugendämter zielten mit kriminalpräventiven und bevölkerungspolitischen Impetus auf die hegemoniale Steuerung und Regulierung von Einstellungsmustern und Lebenspraxen der (sub)proletarischen Klassen. Als ältester Zweig öffentlicher Jugendpolitik zielte die als Reformprojekt des Jugendstrafrechts entstandene Zwangs- bzw. Fürsorgeerziehung als kompensatorisch-kurativ wirkender Sozialisationsmodus auf die [...] individuelle Verhaltenskorrektur bei Heranwachsenden, deren gesellschaftliche

Integration als gescheitert angesehen wurde“ (S. 891-92).

### 4. Kontinuität oder Diskontinuität?

Diese grundlegende Funktionsbestimmung hat sich während der 70 Jahre, die die Studie umfasst, nicht fundamental geändert. Es zeigte sich „eine kontinuierliche Ausdehnung des Interventionsspielraumes der jugendpolitischen Apparate“ (ebd.). Quantitativ gesehen war die Weimarer Republik stärker am öffentlichen Gestaltungswillen orientiert; sowohl die Programme als auch der Infrastruktur der Jugendpolitik wurden ausgebaut. Also reine Kontinuität? Auf keinen Fall, denn „der Machtwechsel des Jahres 1933 bedeutete keine grundlegende Zäsur, geschweige denn eine Rücknahme, sondern eine Intensivierung [...] der [...] Erziehungstätigkeit“ (S. 893). Weiter fasst der Verfasser zusammen: „Die Verwirklichung des nazistischen Volksgemeinschaft-Projektes war letztlich nicht denkbar ohne eine Veränderung der Einstellungen und Verhaltensweisen der Subjekte, ihre Mobilisierung [...] zur effektiven Übernahme einer funktionalen Rolle für die politischen Zielsetzungen der Nazi-Führung“ – diese Sätze kann der Leser als Kontinuität begreifen. Die Diskontinuität aber besteht vor allem darin, dass die materiellen Verhältnisse sich änderten, was bedeutete, dass die Problemkreise der Erziehung sich änderten oder wenigstens sich verschoben. Vom Aufstieg vor dem Ersten Weltkrieg über erneute Hoffnung nach 1918, Massenarbeitslosigkeit der Jugendlichen ab Ende der 1920er Jahre kulminierend mit der Weltwirtschaftskrise – dies sind Aufstigs- und Niedergangsphasen der kapitalistischen krisenhaften Entwicklung,

die natürlich mit neuen Mitteln angegriffen wurden. Die Perspektiven der staatlichen Sozial- und Fürsorgepolitik aber wurden erst grundlegend nach 1933 geändert. Die Wohlfahrtspflege wurde in ein Instrument der rassenpolitischen Selektion umgeformt: „Mit der Verabsolutierung der rassistisch definierten ‚Volksgemeinschaft‘ als paradigmatischem Leit- und Wertbegriff nazistischer Gesellschaftspolitik setzte sich (auch) in der Jugendfürsorge ein komplementärer Modus von selektiver ‚Auslese‘ und ‚Ausmerze‘ durch. (Erziehungs)Leistungen sollten nur noch diejenigen erhalten, die nach den Würdigkeitskriterien der ‚Volkspflege‘ als rassistisch wertvoll und politisch zuverlässig galten und dies durch Leistungsbereitschaft und eine konforme Haltung bewiesen. Diejenigen, die nicht den Verhaltenserwartungen der Machthaber entsprachen, gegen die sozialen Normen des NS-Staates verstießen oder aus rassistischen Gründen nicht zur ‚Volksgemeinschaft‘ zählen sollten, hatten nicht nur keine Leistungen zu erwarten, sondern mussten mit Stigmatisierung, Diskriminierung, Ausgrenzung und letztlich Vernichtung rechnen“ (S. 895).

## 5. Überreste der Weimarer Republik?

Hier zeigen sich also die echten Schurken und Schweinehunde, denkt man. So einfach ist es aber nicht. Steinacker weist nach, dass die Finanzierungskrise der Weimarer Republik Ende der 1920er Jahre mit einer Diskussion über die „Grenzen der Erziehung“ verknüpft wurde. Damit wurden widerständige oder unwillige Jugendliche oder ihre Eltern als ‚unerziehbar‘ und später als ‚Volksfeinde‘ definiert und kategorisiert.

Die Psychiatrie wurde zur Pathologie, und ‚Untermenschen‘ tauchten auf. Das war so zu sagen ein gefundenes Fressen der Nazi-Ideologen und professionellen Nazi-SozialpädagogInnen. Schon in der Niedergangszeit der Weimarer Republik existierte also ein Gedankengut, das dem Nazismus nicht fremd war. „Dafür aber viel damit, dass die Grenzen zwischen Hilfe und Herrschaft in den Anstalten bis zur Unkenntlichkeit verschwammen und die edukativen Beziehungen nicht selten in eine Beziehung zwischen Mächtigen und (vermeintlich) Ohnmächtigen transformiert wurden. Wenn sich das Aufbegehren der Anstaltsinsassen nach 1933 mit einer antifaschistischen Grundhaltung kreuzte, macht das deutlich, dass – auch in den Augen der Betroffenen – sowohl die als ‚Hilfe‘ deklarierten Herrschaftsverhältnisse als auch der Nazismus mit dem ‚Wohl‘ der Jugend nichts zu tun hatten“ (S. 907). So beendet Sven Steinacker seine Studie.

*Niels Rosendal Jensen  
Pädagogische Universitätsschule  
Dänemarks  
Institut für Pädagogik  
Aarhus Universität  
E-mal: nrj@dpu.dk*





2010 - 235 S. - € 24,90

*Fußballweltmeisterschaft in Südafrika: Auch 14 Jahre nach dem offiziellen Ende der Apartheid sind die sozialen Probleme, die mit diesem System verknüpft waren, nicht geringer geworden. Hinzu kommt die schwere Krise des politischen Systems. Aber auch die Folgen dieser Entwicklungen für die wackelige Lösung in Zimbabwe beschäftigen die Öffentlichkeit. Im übrigen Afrika dürfte die Ambivalenz ähnlich groß sein. Schließlich ist Südafrika alles andere als ein unhinterfragter Repräsentant des Kontinents. Die Vergabe der Spiele an Südafrika lässt sich daher keineswegs ungebrochen als Symbol erfolgreichen Aufstiegs gegen die politische, soziale und ökonomische Marginalisierung des Kontinents feiern.*

*Eine Gruppe von Soziologinnen hat während der Fußball-Europameisterschaft das Geschehen in den Fanzonen beobachtet und die Medien-Berichterstattung ausgewertet. Fußball wird dabei konsequent als Zuschauer-Sport reflektiert. Welche Sicherheitsmaßnahmen die Fans bereitwillig über sich ergehen lassen und was es mit dem „Partyotismus“, den Politiker als neues, freundliches Nationalbewusstsein so schätzen, tatsächlich auf sich hat, wird ebenso analysiert, wie die Geschäftemachereien der Sportverbände und die kommunalen Kosten.*

117 PERIPHERIE

Zeitschrift für Politik und Ökonomie in der Dritten Welt

## fußball peripher

Was ist Afrika für den globalen Fußballmarkt?  
Café, Football, Green Football, Redwood, Mamba und  
Puma von Madagaskar in Costa Rica, Wilfried Zaha  
Dennis Adzic in China, Christian Wörns  
Sonderauftrag von Diego Simeone, Löwen und  
Chloride, Bruce Mackinnon, Kasse, Die Präsentation  
des Fußballers in Brasília, Robert Ayoyi, Journal  
Pete & Conrad Scherer: Die Spiel im Fußball?

Herausgeber: Hans-Joachim Lauth  
Präsident: Michael Müller

Wie schließt Peripherie an der  
Fußballweltmeisterschaft 2010?

Redaktion

2010 - 152 S. - € 10,50

# DAS ARGUMENT

ZEITSCHRIFT FÜR PHILOSOPHIE UND SOZIALWISSENSCHAFTEN

## 288 Gewalt und Hegemonie

E.JELINEK: Raus!

S.NAIR: Die Ohnmacht der europäischen Linken

E.BALIBAR: Extreme Gewalt. Grenzen der politischen Anthropologie

R.ZELIK: Konsens des Schreckens. Zur hegemoniebildenden Wirkung von Gewalt

W.F.HAUG: Über Gewalt und Hegemonie

D.SALOMON: Regeln und Ausnahmen. Recht, Gewalt und Hegemonie

T.EBNER & J.NOWAK: Struktur als Bruch. Wider Badiou und Žižek

### Fallbeispiele

W.ADOLPHI: Hegemonie und Gewalt in der DDR

U.SCHRÖTER: Randglossen einer Beitrittsbürgerin

P.MAYO: Gramsci, die Südfrage und der Mittelmeerraum

I.HEDGES: Eingedenken der Gewalt und palästinensische Identität

### Gewalt in Geschlechterverhältnissen

C.COCKBURN: Geschlechterverhältnisse, Militarisierung und Krieg

L.PRICE: Männliche Herrschaft und sexuelle Gewalt

F.HAUG: Wie Gewalt gegen Frauen begreifen?

J.KILBY: Judith Butler, Inzest und die Frage der Liebe des Kindes

J.BUTLER: Über Gewalt

### Intellektuelle bei der Hegemonie-Arbeit

D.GRÜNBEIN: Selbstportrait als leerer Teller

V.OITTINEN: Das Lukács-Paradigma des Intellektuellen

CH.SIGRIST: Amilcar Cabral

K.MESCHKAT: Die vergessenen Intellektuellen des lateinamerikanischen Sozialismus

### Das Argument Buch 2010 (ISBN 978-3-88619-674-6)

Doppelheft 24 € (336 S.); Abo: 6 Hefte pro Jahr 59 € (ermäßigt 45 €) zzgl. Versand

Abo & Versand · versand-argument@t-online.de Redaktion DAS ARGUMENT · c/o Elske Bechthold

Reichenberger Str. 150 · 10999 Berlin

Kanalweg 60 · 76149 Karlsruhe

Tel: 030-611-3983 · Fax: -4270

Tel: 0721-7501-438 · argument@inkrit.org

# WIDERSPRUCH

Beiträge zu  
sozialistischer Politik

# 59

## Integration und Menschenrechte

Migration, Islam, Leitkultur; Integrationsdiskurse, Citoyenneté, Interkultur, Härtefallpraxis, Grundrechte; Einbürgerung, Second@s, Gewerkschaften; Sarrazin-Debatte, Sozialstaat und Desintegration; Kopftuch- und Burkaverbot, Neo-Rassismus

U. K. Preuß, G. D'Amato, S. Prodoliet, A. Sancar,  
C. Dubacher, E. Mey, H. Gashi, E. Piñeiro,  
K. Scherschel, C. Butterwegge, E. Joris/K. Rieder,  
T. Schaffroth, F.O. Wolf, M. Bojadzijeve et al.

## Diskussion

H. Busch: Ausschaffungsinitiative und Folgen  
J. Lang: Strategien gegen die Nationalkonservativen  
A. Rieger: Macht der Finanzwirtschaft  
H. Schatz: Bedingungsloses Grundeinkommen  
M. Wendl: Traditionsozialismus und Streitkultur  
H. Schäppi: Venezuela und Desinformationspolitik

**224 Seiten, € 16.- (Abonnement € 27.-)**  
**zu beziehen im Buchhandel oder bei**  
**WIDERSPRUCH, Postfach, CH - 8031 Zürich**  
**Tel./Fax 0041 44 273 03 02**  
**vertrieb@widerspruch.ch    www.widerspruch.ch**

# express

Zeitung für sozialistische  
Betriebs- und Gewerkschaftsarbeit



## ■ Abgetreten?

Texte zu und aus Theorie & Praxis der internationalen ArbeiterInnenbewegung

## ■ Absurd?

Perspektiven jenseits betrieblicher & nationaler Standortpolitik

## ■ Alternativlos?

Elemente & Strategien einer gewerkschaftlichen Anti-Konzessionspolitik

## ■ Anachronistisch?

Berichte über nationale & internationale Arbeitskämpfe

## ■ Antizyklisch?

Debatten und Kommentare zur Politik der Ökonomie

Bezugspreise: Einzelheft 3,50 Euro;  
Jahresabo. 35 Euro, erm. 18 Euro  
(Studierende, Auszubildende) und  
12 Euro (Hartz IV-Spezial-Abo)  
– einschl. Versandkosten.

## ■ express, 12/10 u.a.

Werner Sauerborn: »Hauptsache Gewerkschaft«, eine gewerkschaftspolitische Zwischenbilanz, Teil I

»Runter geht immer...«, WSI-Diskussionspapier zur Tarifkonkurrenz als gewerkschaftspolitische Herausforderung

Cum: »Gewerkschaftsspiegel«, ein kleiner Streifzug durch die Gewerkschaftspresse

Thomas Gehrig: »Wem gehört die Commons-Debatte?«, Versuch einer kommunistischen Rückeroberung

Boy Lüthje: »Sag mir, wo Du stehst«, Lehren aus den Streiks bei Autozulieferern in Südchina

»Chancenlos in Calais«, humanitäre Abgründe in Europa – ein Reisebericht

Anton Kobel: »Ursprüngliche Gewerkschaftsbildung«, Ermutigungen durch Beispiele, über Martin Kempe: »Ermutigungen für den aufrechten Gang im Betrieb«

»Chance für was?«, Krisenanalysen und Krisenerfahrungen in der Diskussion, Einladung zur Veranstaltung am 8. Januar 2011

Redaktion express  
Niddastraße 64  
60329 Frankfurt

Tel. (069) 67 99 84  
Email: [express-afp@online.de](mailto:express-afp@online.de)  
[www.labournet.de/express](http://www.labournet.de/express)



Gabriele Roth

## Zwischen Täterschutz, Ohnmacht und Parteilichkeit

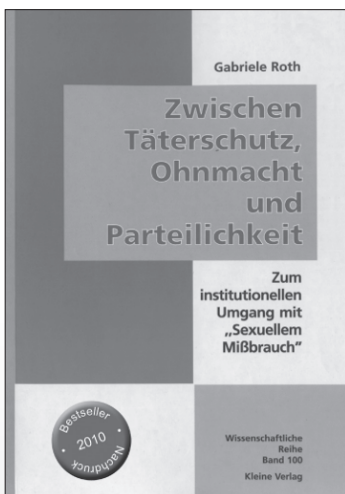
Zum institutionellen Umgang mit  
„Sexuellem Mißbrauch“

Die nicht vorhersehbare Aktualität, die das Thema „Sexueller Mißbrauch“ in den letzten Monaten gewonnen hat, war Anlass, diesen Bestseller mit seinem expliziten Blick auf Institutionen und deren Umgangsweisen mit sexuellem Mißbrauch und sexueller Gewalt erneut zu veröffentlichen.

Das Buch liefert eine detaillierte Darstellung des Diskussions- und Forschungsstands. Es ermöglicht sowohl den Blickwinkel auf die Wahrnehmung der Opfer als auch auf die subjektiven Einstellungen und Handlungsweisen von Professionellen, die in Schul- und Erziehungssystemen tätig sind. Anregungen für eine veränderte Praxis werden ausgeführt.

Die gegenwärtige Empörung muss nun zur Entwicklung entsprechender Präventions- und Interventionsschritte und zum Ausbau wirksamer Hilfsangebote genutzt werden. Die meisten Opfer sind nach wie vor allein. Adäquate und wissenschaftlich ausgewiesene Handlungskonzeptionen befinden sich erst in der Entstehung und das Angebot an spezialisierten Beratungsstellen ist noch immer unzureichend. Zudem bestehen noch immer zu geringe Kenntnisse über Ursachen, Täterstrategien und jugendliche Täter. Zentrales Anliegen der Autorin ist es, hierzu einen Beitrag zu leisten.

Dr. Gabriele Roth, langjährige Berufstätigkeit als Lehrerin und Diplompädagogin, Supervisorin DGsv, Akademische Oberrätin an der Pädagogischen Hochschule Ludwigsburg am Institut für Erziehungswissenschaft, u.a. im Schwerpunkt Allgemeine Pädagogik, Geschlechterforschung, Soziale Ungleichheit, Gewaltverhältnisse und Prävention, Beratung und Supervision.



424 Seiten, Kartoniert  
Nachdruck 2010  
Nur 29,90 €  
ISBN 3-89370-266-0

# Sozialwissenschaftliche Literatur Rundschau

## Sozialwissenschaftliche Literatur Rundschau

Sozialarbeit – Sozialpädagogik –  
Sozialpolitik – Gesellschaftspolitik

Hrsg. v. Hans-Uwe Otto und  
Heinz Sünker und Hans Thiersch



jetzt erschienen:

Heft 1/2010 SLR 60

142 Seiten, 20,- €\*

ISSN 0175-6559

\*zzgl. Versandkosten

### In diesem Heft (1/2010 SLR 60):

- Kapitalismus und Kapitalismuskritik
- Karl Marx
- Säkularisierung und Gesellschaftspolitik
- Zeit und Zeitpolitik
- Gesellschaftliche Potenziale Sozialer Arbeit
- Kindheitsforschung
- Erwachsenenbildung

Mehr Informationen zu diesem Heft unter [www.verlag-neue-praxis.de](http://www.verlag-neue-praxis.de)

Die **Sozialwissenschaftliche Literatur Rundschau** bietet als einzige Fachzeitschrift für den Bereich der Sozialarbeit und Sozialpädagogik sowie für Sozialpolitik und Gesellschaftspolitik zweimal im Jahr umfassende und grundlegende Orientierungen über eine Vielzahl wichtiger sozial- und erziehungswissenschaftlicher Themen.

**Rezensionsaufsätze** setzen sich kritisch mit neuen Theorieansätzen auseinander und zeigen Konsequenzen für die praktische Soziale Arbeit auf. **Trendberichte** geben einen Überblick über

wichtige aktuelle Themen, **Sammelbesprechungen** vergleichen Neuerscheinungen unter einem thematischen Schwerpunkt, **Einzelbesprechungen** informieren über ausgesuchte sozial- und erziehungswissenschaftliche Publikationen. In **Essais** werden unterschiedliche Ansätze und Standpunkte aufgezeigt. AbonnentInnen der SLR erhalten ein exklusives online-Nutzungsrecht für den aktuellen Jahrgang der **Bibliografie zur Sozialarbeit/Sozialpädagogik**, bearbeitet von Gerd Steege.

verlag | **neue.  
praxis**

Zu bestellen über Ihre Buchhandlung oder direkt beim Verlag:  
Verlag neue praxis GmbH | Lahneckstraße 10 | 56112 Lahnstein  
Telefon 02621.187159 | Telefax 02621.187176  
[info@verlag-neue-praxis.de](mailto:info@verlag-neue-praxis.de) | [www.verlag-neue-praxis.de](http://www.verlag-neue-praxis.de)

Die WIDERSPRÜCHE erscheinen als Zeitschrift im Abonnementbezug und werden zugleich als Buchreihe bzw. als eigenständige Buchtitel bibliografiert und vertrieben. Die WIDERSPRÜCHE sind 1981 von Mitgliedern der Arbeitsfelder Gesundheit, Sozialarbeit und Schule des Sozialistischen Büros gegründet worden und werden seither auch vom Sozialistischen Büro herausgegeben. Mit ihrer Gründung wurden die zuvor im Sozialistischen Büro erschienenen Infodienste für Schule, Gesundheitswesen und Sozialarbeit zu einer neuen gemeinsamen Zeitschrift zusammengelegt. Die WIDERSPRÜCHE verstehen sich als kritisches, undogmatisches, theorieorientiertes und zugleich praxisnahes Zeitschriftenprojekt. Sie sind ein anerkanntes Forum für Theorie und Politik des Sozialen, Kritik und Kontrolle, Entwürfe alternativer Praxis.

*Erscheinungsweise:*

Die WIDERSPRÜCHE erscheinen viermal jährlich zum Quartalsende mit einem Jahresgesamtumfang von durchschnittlich 480 Seiten. Im Mittelpunkt jeder Ausgabe steht ein Schwerpunktthema, darüber hinaus enthält jeder Band ein Magazin mit Rezensionen, Informationen, Materialien und Terminen.

*Bezugsbedingungen:*

Die WIDERSPRÜCHE können als Einzelausgaben oder im Abonnement bezogen werden.

*Abonnementbezug:*

Die Abonnements gelten für ein Jahr, sie verlängern sich automatisch, wenn nicht zwei Monate vor Ende des Kalenderjahres schriftlich gekündigt wird.

Das Jahresabonnement kann mit jeder lieferbaren Ausgabe begonnen werden und umfasst die Lieferung von vier Heften.

*Jahresabo-Preis:* € 39,50, SFr 75,10

Jahresabopreis für Studierende: € 25,90, SFr 49,20 (Studienbescheinigung erforderlich)

(jeweils zuzüglich Zustellgebühr)

*Einzelausgaben:* € 14,00, SFr 24,80

(innerhalb Deutschlands versandkostenfrei)

*Anzeigenverwaltung:*

USP Publishing Kleine Verlag, München. Mediadata beim Verlag.

Bestellungen an USP Publishing / Kleine Verlag,

Leopoldstrasse 191, 80804 München, Deutschland,

Tel.: +49 89 724 06 - 839, Fax: +49 89 724 06 - 842,

e-mail: [KV@Kleine-Verlag.de](mailto:KV@Kleine-Verlag.de),

Webseite: [www.usp-publishing.com](http://www.usp-publishing.com) und

[www.kleine-verlag.de](http://www.kleine-verlag.de) oder über den Buchhandel



**WIDERSPRÜCHE**



# Welcome

Publishing

**USP**  
PUBLISHING



## Wir fördern Ihre wissenschaftliche Arbeit!

Als unabhängiger Wissenschaftsverlag veröffentlicht der renommierte Kleine Verlag seit nunmehr fast 30 Jahren wissenschaftliche Publikationen, Fach- und Sachbücher, Studienmaterialien sowie Fachzeitschriften überwiegend aus dem Bereich der Geistes-, Kultur-, Wirtschafts- und Sozialwissenschaften.

Die Nachwuchsförderung ist uns ein großes Anliegen. Daher hat der Verlag einen eigenen Fördertopf für wissenschaftliche Publikationen eingerichtet, über den bis zu 50 % der Produktionskosten gefördert werden. Einziges Kriterium ist, dass das Ansuchen ein kurzes Empfehlungsschreiben einer habilitierten Person für die Publikation der Arbeit beinhalten soll.

Durch ein innovatives Publikationsverfahren können wir Diplomarbeiten, Dissertationen, Habilitationsschriften, wissenschaftliche Reihen rascher und auch kostengünstiger bei hochwertiger Qualität produzieren. Auf unseren Internetseiten [www.kleine-verlag.de](http://www.kleine-verlag.de) und [www.usp-publishing.com](http://www.usp-publishing.com) finden Sie weitere Informationen.

Anfragen können Interessierte direkt an [redaktion@usp-publishing.com](mailto:redaktion@usp-publishing.com) senden.

Ich freue mich, von Ihnen zu hören.

Dr. Uwe Seebacher  
USP Publishing Kleine Verlag

USP International  
Leopoldstrasse 191  
D-80804 München  
Deutschland

Tel.: +49 89 724 06 - 839  
Fax: +49 89 724 06 - 842  
[www.usp-international.com](http://www.usp-international.com)





Zeitschrift für sozialistische Politik im Bildungs-, Gesundheits- und Sozialbereich

# Widersprüche

Eine Übersicht über alle noch lieferbaren Bände der Widersprüche unter [www.kleine-verlag.de](http://www.kleine-verlag.de)

## Lieferbar sind u. a.:

**Heft 89:** Zum Umbau von Bildung und Sozialstaat  
124 Seiten, € 11,00

**Heft 90:** Noch auf Kurs? – Zehn Jahre ‚Neue Steuerung‘ in der Jugendhilfe  
116 Seiten, € 11,00

**Heft 91:** Scheiternde Erfolge oder: Die Früchte politischer Emanzipationsprojekte  
116 Seiten, € 11,00

**Heft 92:** Familienunternehmen – zur neoliberalen (Neu)Ordnung der Familie  
136 Seiten, € 11,00

**Heft 93:** Eliten-Schwindel. Gesellschaft zwischen Demokratisierung und Privilegierung  
92 Seiten, € 11,00

**Heft 94:** Kampf ums Herz. Neoliberale Reformversuche und Machtverhältnisse in der ‚Gesundheits-Industrie‘  
104 Seiten, € 11,00

**Heft 95:** Genders neue Kleider? Dekonstruktivistischer Postfeminismus, Neoliberalismus und die Macht  
130 Seiten, € 11,00

**Heft 96:** Jenseits von Status und Expertise: Soziale Arbeit als professionelle Kultur  
128 Seiten, € 11,00

**Heft 97:** Politik des Sozialen – Alternativen zur Sozialpolitik. Umriss einer Sozialen Infrastruktur  
160 Seiten, € 11,00

**Heft 98:** Klassengesellschaft reloaded. Zur Politik der „neuen Unterschicht“  
116 Seiten, € 11,00

**Heft 99:** Politik des Sozialen – Verhandlungen über Lebensweisen. Moralische Ökonomien heute  
112 Seiten, € 11,00

**Heft 100:** Was ist heute kritische Sozialarbeit?  
222 Seiten, € 14,00

**Heft 101:** Geschichte und Geschichten der Sozialen Arbeit  
144 Seiten, € 11,00

**Heft 102:** Neue Soziale Fragen? Zur Diskussion um Arbeit, Mindestlohn und bedingungsloses Grundeinkommen  
132 Seiten, € 11,00

**Heft 103:** Selbstverantwortete Gesundheit – selbstverantwortete Krankheit  
136 Seiten, € 11,00

**Heft 104:** „Alles schön bunt hier!“ Zur Kritik kulturalistischer Praxen der Differenz  
136 Seiten, € 11,00

**Heft 105:** Von der Naturalisierung der Gesellschaft  
144 Seiten, € 11,00

**Heft 106:** Wer nicht hören will, muss fühlen? – Zwang in öffentlicher Erziehung  
120 Seiten, € 14,00

**Heft 107:** Soziale Arbeit und Menschenrechte  
128 Seiten, € 14,00

**Heft 108:** Wie (selbst-)kritisch ist die Theorie Sozialer Arbeit?  
112 Seiten, € 14,00

**Heft 109:** „Euch werden wir helfen!“ Kinderschutz zwischen Hilfe und Kontrolle  
128 Seiten, € 14,00

**Heft 110:** Ganztagschule - Hoffnung. Ernüchterung. Kritik.  
117 Seiten, € 12,00

**Heft 111:** Staatsbedürftigkeit der Klassengesellschaft – politische Sorgen um die „Mitte“  
125 Seiten, € 14,00

**Heft 112:** „Normative Fluchtpunkte“ – Begriffe kritischer Sozialer Arbeit  
128 Seiten, € 16,00

**Heft 113:** Grenzen des Zwangs? Soziale Arbeit im Wandel  
140 Seiten, € 15,00

**Heft 114:** Die immerwährende Lust am Genetischen – ein posthumer Beitrag zum Darwin-Jahr  
144 Seiten, € 14,00

**Heft 115:** Verstrickte Hochschule – Unternehmen Bildung  
166 Seiten, € 14,00

**Heft 116:** „Hast Du mal `nen Markt?“ Wohlfahrtsverbände als Quasi-Marktakteure  
136 Seiten, € 14,00



Kleine Verlag